Donnerstag, 15. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 188 - 33.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 273,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Europa: Eine vollständige Abschaffung der Kontrollen an den europäischen Grenzen hält Bundesfinanzminister Stoltenberg derzeit nicht für möglich. Bei der Vorstellung des Jahresberichts 1984 der Zollverwaltung sagte er in Bonn, Stichprobenkontrollen blieben zur Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels und wegen des unterschiedlichen Steuerrechts in der EG erforderlich.

Waffen: Das Bundeskriminalamt ermittelt wegen einer illegalen Lieferung deutscher Waffen für Nicaragua. Dabei soll es sich um Maschinenpistolen vom Typ Heckler und Koch handeln. Die Lieferung war in Costa Rica bei der Überprüfung eines dänischen Frachters beschlagnahmt worden, der nach Nicaragua wollte.

Transit: In Bonn wird heute ein Abkommen mit der „DDR" über die Erneuerung von Teilstücken der Transitautobahn Berlin–Hof unterzeichnet. Vor allem geht es um den Abschnitt zwischen dem Grenzübergang Rudolphstein bei Hof und der Autobahnabfahrt Triptis in der „DDR".

Arbed Saarstahl: Die Bundesregierung ist weiterhin nicht bereit, zusammen mit dem Saarland die Kapitalmehrheit bei dem hoch verschuldeten Unternehmen zugunsten einer Treuhand-Gesellschaft zu übernehmen. Ein solcher Schritt käme einer Verstaatlichung gleich, sagte Regierungssprecher Ost. (S. 4)

Umwelt: Als „chaotisch" wird von Fachleuten die Umwelt- und Gewässersituation in Polen charakterisiert. Polnische Ökologie-Experten sehen in Oberschlesien eines der gefährdetsten und am meisten belasteten Gebiete der Welt. (S. 6)

Dialog: Großbritannien führt vertrauliche Gespräche mit Albanien über eine Wiederherstellung der nach dem Krieg abgebrochenen Beziehungen, bestätigte Premierministerin Thatcher. Tirana fordert Goldreserven im Wert von knapp zwölf Millionen Mark zurück, die während der deutschen Besetzung aus dem Land geholt wurden und heute von Großbritannien, den USA und Frankreich verwaltet werden.

Die „Großen-500"

Zum 10. Mal veröffentlicht die WELT eine Aufstellung der 500 größten Unternehmen in Industrie, Handel und Dienstleistung. Die Liste, ein Spiegelbild der Wirtschaftsaktivitäten in der Bundesrepublik, zeigt, daß 1984 ein gutes Jahr für Chemie und Energiewirtschaft war, Insgesamt sind 20 Unternehmen neu in den „Club der großen 500" gekommen. Seite 14

WIRTSCHAFT

Textil: Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Textilhandel beklagen die deutschen Hersteller. Bei stagnierendem Inlandsabsatz werde der Export immer schwieriger. (S. 9)

BMW: Im ersten Halbjahr 1985 wurden neue Höchstwerte erzielt. Die Produktion (234 366 Einheiten) stieg um 19,1 Prozent der Umsatz (knapp 7,4 Milliarden DM) um 24,6 Prozent. (S. 11)

US-Agrarmarkt: Unerwartet große Ernten verschärfen die Krise im Getreidegürtel der USA. Washington rechnet mit einem weiteren Preisverfall und sinkenden Exporten. (S. 11)

Börse: Durch wiedereinsetzende Auslandsnachfrage kam es an den Aktienmärkten zu einer Kurserholung. Auch der Rentenmarkt war etwas freundlicher. WELT-Aktienindex 199,60 (198,85). BHF-Rentenindex 104,612 (104,563). Performance Index 106,371 (106,292). Dollarmittelkurs 2,7930 (2,7736) Mark. Goldpreis pro Feinunze 326,00 (326,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Die Politik ist die Kunst des Möglichen. Derzeit ist es unmöglich, die Weißen in Südafrika zur Abschaffung der Apartheid zu bewegen. Ich trete daher für einen allmählichen, evolutionären Prozeß ein «

Gatsha Buthelezi, Führer der sechs Millionen Zulus in Südafrika, bei seinem Besuch in Israel (S. 5) FOTO: DPA

KULTUR

Film: Ein kleines Meisterwerk ist der Film „Die Prinzen" des französischen Zigeuners Tony Gatlif geworden. Er zeichnet das Leben der Zigeuner als düster, stolz und schön. Tristesse durchzieht den Film, dennoch ist er von erstaunlicher Wehleidslosigkeit. (S. 17)

„Handbuch der DDR": Wie sehr in den letzten Jahren der hiesige Wissensstand über die „DDR" zugenommen hat, demonstriert die neue Ausgabe des „Handbuchs der DDR". Aus dem „Handbuch" wurde ein 1660 Seiten starkes Speziallexikon. (S. 17)

SPORT

Motorsport: Die kanadische Polizei untersucht den Unfall von Rennfahrer Winkelhock, der in Toronto an den Folgen schwerer Kopfverletzungen starb. (S. 16)

Fußball: Bochums Torwart Croonen, der am ersten Bundesliga-Spieltag in Nürnberg des Feldes verwiesen worden war, wurde für vier Spieltage gesperrt. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Absturz: Der in Japan abgestürzte Jumbojet hatte vor sieben Jahren schon einmal einen Unfall, bei dem die Unterseite des Hecks beschädigt wurde. Nach Reparaturen wurde er wieder für die Zivilluftfahrt zugelassen. (S. 18)

„Traumschiff": Das von Südafrika an die „DDR" verkaufte ehemalige deutsche TV-Traumschiff „Astor" soll nach dem für den 28. August in Hamburg vorgesehenen Flaggenwechsel auf „Arkona" getauft werden. Es darf nicht mehr auf dem deutschen Chartermarkt angeboten werden. (S. 18)

Wetter: Gewitter und teilweise Regen. 24 bis 30 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Moskauer Presse-Kampagne im Vorfeld des Genfer Gipfels

Gorbatschow drängt Washington zu Verhandlungen über Atomteststopp

dws, Washington

Die Sowjetunion hat im Vorfeld des Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und KP-Chef Michail Gorbatschow eine ausgeklügelte Pressekampagne in den amerikanischen Medien eröffnet. Dabei geht die Moskauer Propagandamaschinerie offenbar neue Wege, um dem amerikanischen Volk mitzuteilen, warum es bei den Genfer Gesprächen bisher keine Fortschritte gegeben hat. Sie kaufte eine dreiviertel Seite der „New York Times" und setzte darauf in schwerfälligem Englisch den vollen Text des Leitartikels aus dem Parteiorgan „Prawda" ab, um ihre Position zu den Rüstungskontrollverhandungen darzulegen. Natürlich hatte man auch bereits eine Antwort auf die selbstgestellte Frage zur Hand: Es seien die bösen Amerikaner, die jegliche Fortschritte verhinderten, denn diese hätten „bisher nicht einen einzigen Schritt in eine positive Richtung getan".

Offenbar geht es Moskau einzig und allein darum, der Reagan-Administration alle Schuld für ein noch ausstehendes, umfassendes Rüstungskontrollabkommen in die Schuhe zu schieben.

In der amerikanischen Hauptstadt gehen politische Beobachter davon aus, daß diese Kampagne gegen die Amerikaner bis zum Beginn des für Mitte November in Genf geplanten Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow noch verschärft weitergeführt werden wird. Auch der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, glaubt, daß Amerika bis November eine großangelegte Public-Relations-Kampagne der Sowjets erleben wird.

RMB/DW. Moskau

Im Propagandavorfeld des anstehenden Genfer Gipfeltreffens ist das gestrige Interview von KP-Chef Michail Gorbatschow mit der Moskauer Nachrichtenagentur Tass zu sehen, das groß aufgemacht auf den Titelseiten aller sowjetischen Zeitungen steht. In einem breitangelegten Gespräch begründet Gorbatschow erneut die sowjetische Bereitschaft, in den nächsten fünf Monaten auf jegliche Atomtests zu verzichten.

Die Äußerungen des Kreml-Chefs sind im Zusammenhang mit einer massiven Kampagne zu sehen, welche die sowjetischen Medien gegen die amerikanischen Pläne zur Entwicklung eines im Weltraum stationierten Raketen-Abwehrsystems (SDI) führen. Wieder macht Gorbatschow den Moratoriumsvorschlag zum Grundpfeiler des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses. „Wir wünschen immer noch", erklärte er, „daß die amerikanische Führung auf unsere Erklärung positiv antwortet. Denn von unserer Seite war das ein offener und ehrlicher Schritt." Keineswegs hätten die Sowjets danach gestrebt, die amerikanische Führung in eine schwierige Lage zu manövrieren.

Gorbatschow kritisierte amerikanische Argumente gegen den sowjetischen Moratoriumsvorschlag, wonach die Vereinigten Staaten wegen eines Rückstandes auf dem Gebiet der Atomwaffen nicht auf Atomversuche verzichten könnten. Dies sei nur ein Vorwand, sagte der Kreml-Chef. Jedesmal, wenn die USA von einem Rückstand gesprochen hätten, sei dies eine bewußte Täuschung ge-

● Fortsetzung Seite 8

„Neue Techniken nicht verhindern"

Diskussion um Mitbestimmungsregelung / Streikparagraphen nicht unbedingt gesetzlich verankern

GÜNTHER BADING, Bonn

Eine Kommission der CDU/CSU-Fraktion wird am 22. August einen ersten Entwurf zur Regelung der Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken in den Betrieben formulieren. Anders als derzeit aus Kreisen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) verlautet, soll dies aber kein irgendwie geartetes „Entgegenkommen" der Union oder des Bundeskanzlers gegenüber den DGB-Forderungen nach Mitbestimmung in diesem Bereich signalisieren, um ein günstiges Klima für das Dreier-Gespräch mit den Arbeitgebern am 5. September zu schaffen. Die Notwendigkeit einer solchen Regelung der Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien sei eine „originäre Angelegenheit" der CDU/CSU-Fraktion betonte der Vorsitzende der Kommission zur Bearbeitung mitbestimmungsrelevanter Fragen, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Adolf Müller (Remscheid) gegenüber der WELT.

Die zehnköpfige Gruppe, der Vertreter des Wirtschaftsflügels, des Mittelstands, des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie der Arbeitnehmergruppe angehören, wird in der vorletzten August-Woche zu ihrer dritten Sitzung zusammenkommen. Die erste fand am 15. März dieses Jahres statt, was allein die Darstellung widerlegt, daß die Mitbestimmungsdiskussion in der CDU/CSU-Fraktion erst aufgrund des Kanzlergesprächs mit der DGB-Spitze vom 23. Juli begonnen worden sei.

Den Abgeordneten wird eine vom wissenschaftlichen Dienst des Bundestages erstellte Synopse der Forderungen der verschiedenen Gewerkschaften zur Frage der Mitbestimmung bei Einführung neuer Techniken vorliegen. In der letzten Sitzung am 27. Juli war Einvernehmen darüber erzielt worden, daß „akuter Handlungsbedarf" in dieser Frage bestehe. Für die Diskussion hat der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger die Linie vorgegeben, daß die Mitsprache der Arbeitnehmerseite keinesfalls dazu führen dürfe, daß die Einführung neuer Techniken verhindert werde. Sein Stellvertreter Müller erklärte, daß vor allem der Mangel an Information über die Unternehmensplanung zur Einführung technologischer Neuerungen die Betriebsräte „auf die Palme gebracht" habe.

Nicht weiterverfolgen will die CDU/CSU dagegen die von einer Gruppe von etwa 130 Abgeordneten zunächst betriebene Reform des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz. Dieser sogenannte „Streikparagraph" schreibt die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit im Falle eines Arbeitskampfes vor. Im Zusammenhang mit dem Metallarbeiter-Streik um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche wurde über den Paragraphen und den Erlaß des Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt, Franke, zu seiner Ausführung viel gestritten. Durch die von der IG Metall gewählte Form des „Spezialistenstreiks", bei dem kleinere Schlüsselbetriebe den Produktionsausfall einer ganzen Branche verursachen, können ganze Industrien lahmgelegt werden. Dadurch steigt die Zahl der „mittelbar betroffenen" Arbeitnehmer, zum Beispiel durch Kurzarbeit oder vorübergehende Werkschliessungen, in anderen als dem streiken-

■ Fortsetzung Seite 8

Regierung fordert Asbest-Ersatz

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, alle im Handel befindlichen Asbest-Produkte aus gesundheitlichen Gründen durch andere Erzeugnisse ersetzen zu lassen. In dieser Absicht hat Bonn eine „Asbest-Studie" erstellen lassen, in der unter Berücksichtigung der gesundheitsschädigenden Eigenschaften von Asbest-Staub auf andere Erzeugnisse verwiesen wird, die es im Handel bereits gibt. Wie Staatssekretär Franz Kroppenstedt vom Bundesinnenministerium gestern erklärte, besteht über die Gefahr, daß Asbest krebserregend ist, kein Zweifel mehr. Zahlen über Todesfälle wollte Kroppenstedt nicht nennen; er begrüßte jedoch die kontinuierliche Verminderung der Asbest-Produktion.

Seite 6: Gefährlicher Staub

Admiral's Cup an deutsche Segler

DW. Plymouth

Die deutschen Hochseesegler gewannen vor Südengland zum dritten Mal nach 1973 und 1983 den Admiral's Cup, die begehrteste Segeltrophäe der Welt neben dem legendären America's Cup. Die Yachten Outsider (Eigner Tilman Hansen, Kiel), Rubin (Hans-Otto Schümann, Hamburg) und Diva (Peter Westhal-Langloh, Lübeck) verteidigten ihren Titel als Mannschafts-Weltmeister vor Großbritannien und Neuseeland, die im Gegensatz zur Flotte des Deutschen Segler-Verbandes die 15 Tage lange Regattaserie nur mit zwei von drei Yachten beendeten. In der inoffiziellen Einzelwertung belegte die vom Olympia-Zweiten Achim Griese gesteuerte Outsider den zweiten Platz hinter der britischen Panda.

Seite 16: Jubelfeier morgens um zwei

Übereinstimmung in den Steuerplänen

AP, Bonn

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat sich im Grundsatz mit den Plänen der FDP für eine Steuerreform nach der Bundestagswahl 1987 einverstanden erklärt. Stoltenberg erklärte bei der Vorlage des Zollberichtes 1984, die Beschlüsse des FDP-Präsidiums stimmten im wesentlichen mit seinen eigenen Vorstellungen überein, insbesondere was die Einführung eines gleichmäßig ansteigenden Tarifs bei der Lohn- und Einkommensteuer betreffe. Allerdings halte er die exakte Quantifizierung der Steuersenkungen (40 Milliarden Mark) für „noch nicht ausgereift". Für das letzte Drittel der Wahlperiode erwarte er innerhalb von CDU/CSU und FDP eine intensive Grundsatzdebatte über die Steuerpolitik.

Seite 9: Stoltenberg einverstanden

„Ein Dammbruch der Säkularisation"

DW. Bonn

Die evangelischen Kirchen in Deutschland hätten einen weltweit unvergleichbaren „geistlichen Tiefstand" erreicht und befänden sich in ihrer „dunkelsten Stunde", beklagte jetzt einer der bekanntesten deutschen Evangelisten, Anton Schulte (Altenkirchen). Der Gründer und Leiter des interkonfessionellen Missionswerkes „Neues Leben", das sich in den 30 Jahren seines Bestehens zu einem Zentrum der Evangelisation in Deutschland entwickelte, sagte gegenüber dem Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea): „Wenn ich Deutschland mit anderen Ländern ver[illegible]iche, ist es wie im Eisschrank.[illegible] vielen Gemeinden sei es „kalt und [illegible]t".

Dies hänge vor allem mit der „Kritikbesessenheit" vieler Christen zusammen, die das geistliche Leben lähme. Außerdem werde dieser Zustand von einer von der Kirche geduldeten liberalen Theologie bestimmt, die die Bibel als „zuverlässiges Wort Gottes in Frage" stelle und damit „allem anderen Tor und Tür" öffne. Diese falsche Theologie, so Schulte, übe besonders nach dem Zweiten Weltkrieg eine „für den christlichen Glauben und die Kirche zerstörerische Wirkung aus" und habe in den letzten Jahrzehnten zu einem „Dammbruch der Säkularisation" geführt, der in eine „nachchristliche Zukunft" führe.

Von 1972 bis 1982 seien 1,52 Millionen Menschen aus den evangelischen Landeskirchen ausgetreten. 4,6 Millionen erwögen einer Studie zufolge den gleichen Schritt. Zu dieser Situation haben nach Auffassung Schultes nicht zuletzt die Massenmedien beigetragen, die – von Ausnahmen abgesehen – kein christliches Gedankengut vermittelten. Selbst in vielen Sendungen des Kirchenfunks und des „Wortes zum Sonntag" fehle wesentlich Christliches: „Was läuft, ist eine Philosophie der Menschenfreundlichkeit." Schulte sagte, er wundere sich, was die kirchlichen Beauftragten an den Rundfunkanstalten in dieser Hinsicht hinnähmen.

Der bekannte Evangelist plädierte für „freie theologische Hochschulen" neben der Universitätsausbildung, um auf diesem Wege die „theologische Landschaft in Deutschland grundlegend bessern zu können". In der „verheerenden geistlichen und kirchlichen Not Deutschlands" ist nach seinen Worten eine umfassende Bußbewegung notwendig, eine Rückkehr zu Gott. Schulte schlug deshalb eine „Durchevangelisierung der Bundesrepublik Deutschland" vor. Sie sei allerdings nur dann durchführbar, wenn die Gemeinden dazu bereit seien.

Schulte: „Wir müssen in Westdeutschland mal vom hohen Roß runter, auf dem wir sitzen, weil wir dank der Kirchensteuern zu den reichsten Kirchen der Welt gehören." Die Buße werde dann „unweigerlich dazu führen, daß die Christen aufs Neue einen Zugang zur Autorität der Heiligen Schrift in Lehr- und Lebensfragen finden". Der Wunsch vieler junger Menschen nach „einfacher, ja altmodischer Frömmigkeit" könne so die „Türschwelle zur Erweckung" sein.

Auf die Frage, wo diejenigen Christen geblieben seien, die in den vergangenen Jahren aus Gewissensgründen aus den Landeskirchen aus-, in die Freikirchen aber nicht eingetreten seien, sagte Schulte: „Überall gibt es mittlerweile Tausende von Haus- und Bibelkreisen, die nirgends registriert sind und das auch gar nicht wollen." Diese brauchten jedoch die Gemeinde, um nicht geistlich abzusterben.

DER KOMMENTAR

Belastungsprobe

PETER M. RANKE

Von einem „unvergleichlich gefährlichen Schritt" spricht Israels Außenminister Shamir für den Fall, daß es zu Verhandlungen des US-Unterstaatssekretärs Murphy mit PLO-Vertretern oder gar PLO-Chef Arafat in Amman kommt. In der Tat könnte solch ein „Schritt" in seinen Konsequenzen zur Katastrophe im Nahen Osten führen.

Washington hat zwar Zusicherungen gegeben, daß man nicht an eine Anerkennung der Terrororganisation denke und daß Gespräche mit einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation später unbedingt zu direkten Verhandlungen mit Israel führen müßten. Aber Israel glaubt nicht mehr daran.

Erst Mitte April hatte Arafats PLO ein Terroristenschiff gegen die israelische Küste geschickt. Sein Auftrag lautete: so viele Israelis töten wie möglich. Die PLO bildet Sandinistas gegen Amerika aus und liefert Waffen. Es wäre gerade in Anbetracht der amerikanischen Aufrufe gegen den Terrorismus absurd, wenn Murphy jetzt mit Arafat oder seinen Gefolgsleuten spräche, nur weil König Hussein es wünscht – und ein solches Gespräch wird allgemein erwartet, weil die PLO-Leute, die auf der Delegationsliste stehen, gerade jetzt in Amman auftauchen. Ist den Amerikanern das zuzutrauen? Die Israelis erinnern sich, daß Washington ebenfalls ohne Absprache die Autonomie-Regelung für die besetzten Gebiete, wie sie in Camp David abgesprochen war, aufgegeben hat. Sie sind wie vor den Kopf geschlagen; viele Politiker bedauern inständig die finanzielle Abhängigkeit Israels von den USA.

Die amerikanische Diplomatie steuert in die bisher schwerste – und zugleich unnötigste! – Belastungsprobe mit Israel, dem zuverlässigsten Freund in Nahost. Unnötig, weil bei Gesprächen mit der PLO nichts für den Frieden herauskommen kann. Denn so wurde es erst wieder vom „Gipfel" in Casablanca verkündet: keine Verhandlungen mit Israel; nur der Fez-Plan zur schrittweisen Vernichtung des jüdischen Staates gilt.

In dieser Situation unternimmt Israels Regierungschef Peres das einzig Richtige: Er spricht nicht mit PLO-Emigranten, die seit Jahren nicht mehr in den besetzten Gebieten leben, sondern mit wichtigen Persönlichkeiten aus Nablus, Jerusalem und Gaza (wie gestern mit Rashid Shauwa), die von dem amerikanischen Techtelmechtel mit der PLO noch nicht entmutigt sind. Peres bereitet schrittweise weitgehende Autonomie für den Gaza-Streifen, Judäa und Samaria vor – im Einklang mit der Vernunft, nicht mit Jordanien.

Israel sperrt sich gegen US-Kontakt zu Palästinensern

Murphy-Mission belastet Verhältnis Washington–Jerusalem

FRITZ WIRTH, Washington

Der Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs Richard Murphy in Jordanien hat unversehens eine Belastung des amerikanisch-israelischen Verhältnisses mit sich gebracht. Obwohl Außenminister George Shultz in den vergangenen Tagen versuchte, mit verschiedenen diplomatischen Initiativen das Mißtrauen der israelischen Regierung über Programm, Ziele und mögliche Folgen der Murphy-Mission zu zerstreuen, sind in Jerusalem starke Vorbehalte gegen den Besuch Murphys in Amman geblieben.

Murphy soll in Jordanien und später in Ägypten und Israel die Möglichkeit von direkten Gesprächen zwischen Jordanien, Israel und Palästinensern, die der PLO nahestehen, sondieren. Das State Department versicherte wiederholt mit Nachdruck, daß es sich um eine „Erkundungsmission" handelt, und daß Murphy, der Gespräche mit König Hussein führen wird, nicht zu Verhandlungen mit der arabischen Seite in den Nahen Osten gefahren sei.

Anlaß zur Besorgnis in Jerusalem liefert die Frage, ob Murphy bei seinem Aufenthalt auch Mitglieder der palästinensischen Delegation treffen wird, die der PLO nahestehen. Diskussionen über die Zusammensetzung einer derartigen jordanisch-palästinensischen Delegation haben in den vergangenen beiden Monaten das Verhältnis zwischen den USA und Israel belastet. Obwohl Premierminister Peres zwei der sieben benannten Mitglieder der Delegation akzeptabel fand, hat sein Außenminister Shamir grundsätzlich Gespräche mit einer derartigen Delegation abgelehnt. Er nannte Murphys Reise einen „unvergleichlich gefährlichen Schritt, der wahrscheinlich schwerwiegende Folgen für Frieden und Sicherheit in der Region haben" werde. Ein Treffen Murphys mit einem jordanisch-palästinensischen Verhandlungsteam wäre „ein Schlag, den wir nicht von unserem Verbündeten, den USA, erwarten würden". Daher scheinen die Chancen für eine derartige Begegnung Murphys in Amman gering.

Shultz hat bisher offengelassen, ob Murphy in Amman mit Mitgliedern der palästinensischen Delegation sprechen wird. Er sprach lediglich von einer „Option", die wahrgenommen werden könne unter der Voraussetzung, daß ein derartiges Treffen zu direkten Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien führen wird. Sollte ein Treffen Murphys mit den gemäßigten Palästinensern dagegen diese angestrebten Verhandlungen gefährden, würde es nicht stattfinden.

Die israelische Regierung fürchtet, daß eine Begegnung Murphys mit Mitgliedern der jordanisch-palästinensischen Delegation ein erster Schritt zur Anerkennung der PLO durch die USA sein könnte. Es wurde mit Aufmerksamkeit in Israel registriert, daß sich PLO-Chef Arafat zur Stunde in Amman aufhält. Die USA haben bisher stets betont, daß sie nicht mit der PLO verhandeln würden, solange diese nicht gesicherte israelische Grenzen und das Existenzrecht Israels anerkenne.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Klingendes Spiel

Von Enno v. Loewenstern

Honeckers Zentralorgan „Neues Deutschland" hat wieder einmal versucht, zum Jahrestag des 13. August – einen dieser Jahrestage, den die östlichen Stellen uns nicht zu feiern nahelegen – die Mauer zu rechtfertigen; diesmal freilich ist ein selbst für realsozialistische Verhältnisse ungewöhnlich groteskes Alibi herausgekommen. Man hat sich nicht damit begnügt, zu behaupten, daß, wäre die Mauer nicht gebaut worden, die Bundeswehr den Ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden überfallen hätte; nein, es heißt sogar: Massenmedien hätten damals „den bevorstehenden Einmarsch der Bundeswehr mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor" angekündigt.

Das hätte ihnen nicht passieren dürfen. Nun kann jeder selbst auf SED-Bezirksversammlungen bitten, solche Massenmedien im Ausschnitt vorzulegen. Zumal da weder der Jargon paßt (das mit dem „klingenden Spiel" ist ein pseudopreußischer Nachklapp aus vergangenen Tagen, der mit dem Scharnhorst- und Friedrich-Kult östlich der Mauer aufkam), noch ein westliches Massen- oder Einzelmedium davon ausgehen kann, daß Bundeswehr durch Berlin marschiert. Dort gibt es schon aus Statusgründen keine Einheiten der Bundeswehr.

Ernster freilich ist für die Einwohner der „DDR" die Formel, daß im Ergebnis der Maßnahmen Schluß gemacht worden sei mit der Ausplünderung der „DDR". Die Menschen, die damals in und über Berlin die Freiheit suchten, haben nicht einmal ihre eigenen Sachen vollständig mitnehmen können, geschweige denn staatseigene Dinge. Nein, hier wurde wieder die Denkweise eines angeblich fortschrittlichen Systems offenbart, das den Sozialismus reklamiert und den Feudalismus praktiziert: die Leibeigenschaft.

Mit den „Gütern", die laut „Neues Deutschland" geplündert wurden, sind die Menschen gemeint, die sich sozusagen selbst dem Staat stahlen, dem sie nach seiner Betrachtungsweise als glebae adscripti nach altem Feudalrecht, als Schollengebundene, gehören. Wenn, dann werden sie in kleinen Posten verkauft. Einfach so weggehen, das ist Ausplünderung.

Der Statthalter

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß ein Botschafter dazu ist, Botschaften seiner Regierung zu übermitteln, gehört scheinbar zu den Binsenwahrheiten. Dennoch gibt es zwei Arten von Botschaften und offenbar auch zwei Arten von Botschaftern. Der sowjetische Botschafter in Bulgarien, Leonid Grekow, ist jedenfalls ein Botschafter besonderer Art. Denn Bulgarien gilt als der treueste Verbündete und Vasall der Sowjetunion, wenn schon nicht in Europa, so doch sicher auf dem Balkan.

Um so erstaunlicher ist, daß Botschafter Grekow, der von der bulgarischen Wochenzeitung „Pogled" zu einem umfangreichen Interview eingeladen wurde, keineswegs nur diplomatische Höflichkeiten von sich gab (wie es an sich die Usancen erwarten lassen), sondern, neben einigen Lobsprüchen, mit massiver Kritik an der bulgarischen Wirtschaftspolitik nicht hinter dem Berg hielt. In einigen Gebieten Bulgariens, so vermerkte er, liege die Arbeitsproduktivität zwei- bis dreimal niedriger als in der Sowjetunion. Das Land sei mit teuren Maschinen ausgestattet, diese aber seien nur zu fünfzehn Prozent ausgelastet. Die Qualität der bulgarischen Waren bleibe hinter den Erwartungen zurück.

Dann kam ein Satz, der aufhorchen läßt: Bulgarische Arbeiter verwendeten „zuviel Zeit und Energie" für eigene Zwecke. Es fehle ihnen an „proletarischem Bewußtsein".

Ist, fragt man sich, die „kleine Wirtschaftsreform", die Bulgarien seit einigen Jahren praktiziert, der neuen Sowjetführung wirklich so angenehm, wie manchmal behauptet wurde? Könnte sich die Disziplinierungskampagne Gorbatschows auch gegen die Bulgaren richten? Daß der Botschafter dies alles offen sagte, und daß er nicht das persönliche materielle Interesse, sondern das „proletarische Bewußtsein" der Arbeiter in den Vordergrund stellte, kann doch kein Zufall sein.

Kein Zufall ist auch, daß Botschafter Grekow auf die Frage der bulgarischen Journalisten, ob die kommunistischen Länder den Westen für die wirtschaftliche Kooperation benötigen, mit einem glatten Nein antworte. Als Beweis führte der Sowjetdiplomat – die Rüstungsindustrie des Ostblocks an, die, wie er sagte, ganz und gar ohne den Westen auskomme.

Geheimdienstliches

Von Jürgen Liminski

Einige westliche Geheimdienste sind ins Gerede gekommen. In Dänemark zog sich ein bekannter Sozialdemokrat, der frühere Außenminister Olesen, aus der Politik zurück. Er hatte unter Berufung auf eine „sichere Quelle" einen Geheimdienstbericht an die große Medienglocke gehängt, in dem sein geplanter Besuch in Moskau als „untergrabende Tätigkeit" eingestuft worden sein soll. Der Maulwurf-Bericht aber war nicht aufzufinden. So bleibt dem Geheimdienst zwar das Vorurteil, daß er unlautere Vor-Urteile fälle; der Politiker aber stand im Regen und sah sich zum Rückzug genötigt.

In Frankreich herrscht schon seit Tagen Geheimdienst-Hysterie. Angeblich soll der von Admiral Lacoste geführte Dienst in trüben Wassern gefischt und dabei auch einen Mord begangen haben. Ein Agentenpaar wird festgenommen; und selbst bürgerliche Zeitungen greifen gierig die Information auf, wonach das Paar Fingerabdrücke auf einem Schlauchboot hinterlassen habe, das in der Nähe des Tatorts gefunden wurde. Die Information stamme aus der sicheren Quelle der neuseeländischen Polizei.

Nun erfährt man, daß diese die Information erst aus den Zeitungen erfahren habe. Seitdem sind die Berichte über die Affäre auf Nachrichtengröße zusammengeschrumpft. Geblieben ist der Soupçon, Lacostes Leute vergriffen sich an harmlosen Umweltschützern.

Also: Westliche Geheimdienste sind schurkisch. Was im Bild noch fehlt, sind Umtriebe der bösen Israelis. Siehe da, plötzlich gehen Nachrichten durch die Agenturen, daß eine dritte Person in Neuseeland aufgetreten sei, deren Spur sich aber in – Israel verliere. Na also. Nun behaupten manche, daß Informationen, die plötzlich da sind, deren Ursprung aber sich genauso plötzlich im Dunkel der Anonymität verliert, meist aus östlichen Quellen stammen. Welche Verdächtigung. Wo doch gerade die „Prawda" mit einer großen Artikelserie über alles begonnen hat, was der sowjetische und natürlich auch der westliche Mensch über westliche Spione wissen muß. Hoffentlich offenbart die „Prawda" nicht aus Versehen mehr über alle diese Affären, als die westlichen Polizeistellen wissen …



Die Wunde — KLAUS BÖHLE

Vernebelungen

Von Heinz Barth

Der Terrorismus in der Bundesrepublik, der nach der Zerschlagung seines harten Kerns eine Pause der Rekonstituierung seiner Kader eingelegt hatte, ist mit dem Attentat auf den Frankfurter Luftstützpunkt der USA und dem fast sicher damit zusammenhängenden Genickschuß-Mord an einem jungen amerikanischen Soldaten in eine neue Dimension seiner kriminellen Herausforderung eingetreten. Durch die Mobilisierung von Ersatzkräften aus dem Umfeld erscheint er fürs erste diffuser, aber eben deshalb noch gefährlicher als zu der Zeit, da er seine ersten Opfer aus der Gesellschaft und dem Staatsdienst meuchelte.

Die deutschen und französischen Sicherheitsbehörden sind überzeugt, daß ihnen kritische Monate einer sich steigernden, aber in der Auswahl ihrer Ziele spezialisierten Brutalität bevorstehen. Wenn die RAF dazu übergeht, sich amerikanische Soldaten zu dem ausschließlichen Zweck in einer Diskothek zu greifen und im nächsten Wald zu ermorden, sich mit deren Ausweis und einem Sprengstoff-Auto mit gefälschter US-Nummer Zugang zu einer Militärbasis zu verschaffen, dann ist das kein Terror nach den früher bekannten Mustern mehr.

Eine neue Phase, die nicht allgemein auf Wirtschaftsführer und Bankiers abzielt, sondern darauf, die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu untergraben, hat schon vor längerem begonnen. Sie begann mit dem Heidelberger Anschlag auf den US-General Kroesen, wurde fortgesetzt mit der Ermordung des Rüstungstechnologen Zimmermann und hat mit dem Frankfurter Doppelverbrechen bestimmt noch kein Ende gefunden. Das Programm des Terrorismus ist eindeutig darauf zentriert, die deutsche, vor allem aber auch die amerikanische Öffentlichkeit, die nach östlichen Analysen Zeichen von Bündnismüdigkeit verraten, in dem Vertrauen zu erschüttern, das sie in die Partnerschaft beider Länder setzen.

Weder Gewalt noch „gewaltlose" Demonstrationen vermochten die Nachrüstung mit Pershing-Raketen auf deutschem Boden zu verhindern. Die psychopathische Offensive gegen die Allianz greift zu direkteren Methoden. Es gilt, den Amerikanern Überdruß an einem Verbündeten beizubringen, unter dessen Politikern es manche gibt, die geringeren Wert als früher auf den Schutz der Vereinigten Staaten zu legen scheinen. Der Terror des ideologischen Protestes hat von „Todesurteilen" gegen die Kapitalisten auf die internationale Politik umgeschaltet.

Auffallend ist dabei, daß er durchaus nicht knapp an Mitteln ist. Früher finanzierten sich die Terroristen aus Banküberfällen; das ist zur Zeit in diesem Ausmaß nicht nachweisbar. Es fällt schwer, das anders zu erklären, als daß er sich inzwischen internationale Quellen erschlossen hat. Über die Auswahl von Sponsoren mit offenen Taschen, die, alarmiert durch die Ausschaltung der ersten Terror-Generation, eingriffen, mag sich jeder seine Gedanken machen. Es dürfte eine reichhaltige Auswahl sein.

Auf absehbare Zeit bleibt die Bundesrepublik das bevorzugte Operationsfeld. Dafür sprechen unter anderem auch die westpolitischen Akzente, die von der neuen Sowjetführung anders gesetzt werden als noch unter Breschnew. Michail Gorbatschow, der in Genf mit Präsident Reagan zusammentraf, wird zunächst nicht Bonn, sondern Paris besuchen. Diese diplomatische Gewichtsverteilung läßt darauf schließen, daß die Sowjetunion ihren Druck auf die Bundesrepublik zu verstärken beabsichtigt.



Mord zur Mord-Vorbereitung: Der Ausweis des erschossenen Soldaten Pimental, von den Tätern versandt als Beleg für die Urheberschaft FOTO: AP

Das wäre eine Entscheidung, die richtungweisend für den neuen Terrorismus sein dürfte, der Aktionen gegen die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa vorbereitet. Unter diesem Aspekt wäre Frankreich nicht sein wichtigstes Operationsgebiet – darauf deutet auch die provokatorisch plakatierte Zusammenarbeit der französischen „Action Directe" mit der RAF bei dem Frankfurter Attentat eindeutig hin.

In jedem Fall hat man es mit einer Verschärfung der Situation zu tun, die alle Hoffnungen auf die Dauerhaftigkeit des Sieges gegen den Terrorismus ins Reich der bitter enttäuschten Illusionen verweist. Unter solchen Umständen sollten es die für die Staatssicherheit verantwortlichen Organe, aber auch die Medien, die deren Verlautbarungen übernehmen, für unpassend halten, im Zusammenhang mit so abscheulichen Verbrechen wie denen von Frankfurt von „Bekennerschreiben" zu reden. Es ist eine semantische Entgleisung und überdies eine Gedankenlosigkeit, die sich leider schon seit längerem in den Sprachgebrauch eingeschlichen hat, kriminellen Banden, die kaltblütig Menschenleben für einen Ausweis auslöschen, ein Bekennertum zu unterstellen.

Bekennerbriefe – das rückt die Mörder nach religiöser Sprachtradition in die Nähe von Märtyrern, was von den Erfindern des Begriffes ursprünglich wohl auch beabsichtigt war. Mordgeständnis wäre die einzig zutreffende Bezeichnung. Sprachliche Vernebelungen der düsteren Wahrheit sollten von der öffentlichen Meinung eines Landes, das mit dem Terror auch der Irreführung durch den Terrorismus ausgesetzt ist, nicht mehr hingenommen werden.

IM GESPRÄCH Raschid Schauwa

Alt-Verschwörer

Von Peter M. Ranke

Als Student in Beirut und in Kairo trug er noch den roten Tarbusch aus der Türkenzeit. Denn Raschid Schauwa (75) stellte stets heraus, daß er zum feudalsten und reichsten Familien-Clan im Mandatsgebiet Palästina zählte. Der arabische Name deutet darauf hin, daß seine Vorfahren vom Viehhandel zwischen Mittelmeer und dem Hedschas im heutigen Saudi-Arabien lebten. Ihr Landbesitz war größer als der jetzige Gaza-Streifen (360 Quadratkilometer).

Die Schauwas lebten in Gaza und in Jerusalem, wo der junge Raschid vor dem Zweiten Weltkrieg mit den Husseinis, denen auch der berüchtigte Großmufti angehörte, gegen Engländer und jüdische Siedler zusammenarbeitete. Als Distriktoffizier in Haifa schmuggelte er 1936 Waffen für den arabischen Aufstand und mußte nach Libanon flüchten. Im Krieg lagen seine Sympathien auf der Seite der „Achse". Nach seiner Rückkehr aus dem transjordanischen Exil 1943 schmuggelte er in Gaza wieder Waffen und wurde in Ägypten als Pilot ausgebildet.

Die Briten in Gaza wurden auf ihn aufmerksam und überwachten seine Post. Aber auch „Shai", Vorläufer des israelischen Geheimdienstes, begann sich um Raschid zu kümmern. Er war nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg 1949 aus Kairo nach Gaza zurückgekehrt, das unter ägyptischer Militärverwaltung stand, während die Schauwa-Familie einen Großteil ihrer Ländereien an Israel verloren hatte.

Zunächst verhafteten die Ägypter Raschid Schauwa wegen projordanischer „Konspiration". Sie ließen ihn wieder frei, und die Israelis machten ihn 1971 zum Bürgermeister von Gaza. Dafür erhielt er auch die Zustimmung der PLO, nachdem er Yassir Arafat in Beirut aufgesucht hatte. Die PLO beherrschte damals die acht Flüchtlingslager in Gaza und wurde erst 1972 durch das harte Durchgreifen von General Sharon vertrieben.



Jetzt Gesprächspartner für Peres: Schauwa FOTO: SAD

Der PLO-Chef von Gaza, ein von den Israelis gesuchter Terrorist, konnte sich 42 Tage lang im Haus von Raschid Schauwa verstecken, ehe er schließlich Selbstmord beging.

Schauwa trat als Bürgermeister zurück, als ihn die Israelis aufforderten, die sanitären Verhältnisse in den Lagern zu verbessern. Wie alle Einheimischen in Gaza will auch Schauwa die rund 245 000 Flüchtlinge möglichst bald wieder loswerden. Von 1975 bis 1981 machten ihn die Israelis wieder zum Bürgermeister, doch entließen sie ihn, als er nicht mit der Zivilverwaltung zusammenarbeiten wollte. Der alte Kämpe revanchierte sich mit Schauermärchen über die israelische Besetzung für westliche Journalisten und Diplomaten und widmet sich dem Bau eines islamischen Kulturzentrums, einer Betonburg, in die die Saudis schon 2,3 Millionen Dollar investiert haben, und die immer noch nicht fertig ist. Neuerdings jedoch gehört er zu den Verhandlungspartnern Jerusalems über eine Verbesserung der Beziehungen. Er ist und wird kein Freund Israels, aber man unterstellt ihm – trotz allem – anderes Format als Arafat.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

In vielen Zeitungen wird die Ermordung des amerikanischen Soldaten durch die Terroristen erörtert:

Frankfurter Allgemeine

Der amerikanische Soldat Edward F. Pimental mußte sterben, damit eine deutsch-französische Bande letzte Woche den Terroranschlag in Frankfurt begehen konnte. (Hoffentlich verzeihen uns gewisse Verteidiger der politischen Kultur in der Bundesrepublik den Gebrauch des Wortes Bande.) … Das Leben dieses jungen Mannes war den Bandenmitgliedern weniger wert als seine Papiere. Nur weil er den hilfreichen Ausweis hatte, mußte der Amerikaner sterben. Der Träger einer amerikanischen Uniform, so stellt sich das in den Köpfen der Mörder dar, ist nicht eine Person, sondern Exponent einer Funktion, derer man sich bemächtigen kann. Der moralische Nihilismus der Terroristen hat bislang noch keinen übleren Ausdruck gefunden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Planung, Ausführung und der naive Stolz auf das „Geleistete", der in den Bekennerschreiben zum Ausdruck kommt, belegen erneut, daß eine fürchterliche Spielart teutonischer Effizienz in dieser Mördersekte eine späte, schauerliche Blüte treibt.

RHEINISCHE POST

Die Tat, zu der sich die Verbrecher aus dem Untergrund in einem Anflug unmenschlichen Triumphs bekennen, ist schlicht Mord. Und nicht etwa „mutmaßlicher" Mord. Hinterhältig wurde ein 20jähriger per Kopfschuß in einer Falle erledigt, wobei man getrost annehmen kann, daß die wahrscheinlich jungen Mörder sich voller Abscheu über nazistische Tötungskommandos in den unsäglichen Konzentrationslagern Himmlers entsetzten und womöglich immer noch entsetzen.

WESTFÄLISCHER ANZEIGER

Das Bundeskriminalamt hat von einer „anderen Qualität" der britischen Anschläge gesprochen. Sie ist jetzt zu Tage getreten. Blindes, auf Massenentsetzen gerichtetes Zuschlagen paart sich mit gezieltem Meuchelmord, wobei die Person des Einzelopfers austauschbar ist – nur Amerikaner müssen die Opfer sein. (Hamm)

STUTTGARTER ZEITUNG

Natürlich bleibt es für die Einschätzung der kriminellen Energie letztlich gleichgültig, ob die RAF ihre Opfer in den Tod bombt oder ob die Mörder einen harmlosen, von Todesangst getriebenen zwanzigjährigen in die Augen schauen, bevor sie ihn umbringen. Doch dieses Vorgehen sagt etwas aus über die grenzenlose Menschenverachtung und den abgründigen Fanatismus der Täter. Sie sind noch stolz auf den Ekel, den ihre Verbrechen hervorrufen.

Arbeitslose genau zählen heißt nicht, sie wegzuzählen

Die Angst vor der detaillierten Klärung eines Tabus / Von Peter Gillies

Ich traue nur jener Statistik, die ich selbst gefälscht habe, lautet ein Stoßseufzer über Aussagewert und politische Kraft, die in den erhobenen Zahlenreihen stecken (oder in sie hineingedeutet werden können). Jedes soziales Gebilde muß zählen und messen, aber die Statistik an sich ist blind, gnadenlos und verführerisch; als Beispiele mögen nur die Zählungen aller Bürger, der Wohnungen, der Raketen oder der Arbeitslosen dienen.

Einst waren es die Raketen, an denen sich die Deuter entzündeten, derzeit ist die Arbeitslosenstatistik im Gespräch. In der Bundesrepublik Deutschland werden bei den Arbeitsämtern die Erwerbslosen zu einem Stichtag monatlich erfaßt. Mit dem Ergebnis von derzeit 2,2 Millionen sind alle unzufrieden. Den einen ist die Pauschalierung zu summarisch und als Symptom der Verelendung mißverständlich, den anderen ist sie zu niedrig, weil sie eine sogenannte stille Reserve von weiteren 1,3 Millionen gern dazugerechnet wissen wollen.

Aus der CSU kam nun die Anregung, künftig etwas mehr zu differenzieren. Man sollte beispielsweise zwischen arbeitslosen Alleinernährern und jenen unterscheiden, die nur ein Zubrot zum Familieneinkommen verdienen möchten. Auch sollte man den Arbeitswillen und die Energie, mit der sich die Registrierten um einen Job bemühen, irgendwie berücksichtigen, um die Drückeberger oder Scheinarbeitslosen sichtbar zu machen. Ziel ist dabei offenbar, aus der Millionenzahl eine Abstufung nach sozialer Dringlichkeit herauszufiltern.

Die Gegner dieses Gedankens wittern darin den Versuch, die peinlichen Zahlen zu frisieren oder gar wegzudefinieren. Das Regierungslager wolle, so meinen sie, eine höchst brisante und vielleicht sogar wahlentscheidende Wahrheit auf dem kleinen statistischen Dienstweg abschütteln. Dieser Versuch, sollte er denn von der CSU so gestartet und gemeint sein, wäre durchsichtig und ein Rohrkrepierer mit beträchtlicher Sprengwirkung. Die Erwerbslosigkeit beseitigt man nicht mit statistischen Tricks, sondern nur durch eine arbeitsplatzschaffende Wirtschaftspolitik.

Andererseits gibt die starre Zählung jener, die sich beim Arbeitsamt registrieren lassen, keineswegs ein zutreffendes soziales Spiegelbild. In der Millionenzahl verbergen sich Schicksale höchst unterschiedlicher Betroffenheit. Beispielweise begehrt eine Viertelmillion der Registrierten keinen vollen Arbeitsplatz, sondern nur eine Teilstelle. Da gibt es solche, deren Arbeitshunger sich in Grenzen hält, weil sie kurz vor der Rente, vor einem Berufswechsel, mitten in der Schwarzarbeit oder anderswo und somit zur Vermittlung eigentlich gar nicht zu Verfügung stehen. Andererseits gibt es Nichtregistrierte, die, statt aufs Arbeitsamt, lieber auf eigene Initiative vertrauen.

Für das menschliche Schicksal ist die Statistik blind. Besonders unsinnig ist der Versuch, sogenannte Doppelverdiener mit einem statistischen Kainsmal zu versehen und auszusondern. Das ginge vor allem gegen die Frauen. Zwar gibt es hierzulande aus gutem Grund kein verfassungsmäßiges Recht auf Arbeit, wohl aber ein Recht darauf, Arbeit zu nehmen, wo man sie findet.

Schon etwas merkwürdig ist jedoch die Berührungsangst mit jener Millionenzahl. Die Gewerkschaften hätten gern noch einige Millionen mehr, die Oppositionsparteien ebenso. Beider Absicht ist durchsichtig. Daß aber beispielsweise die Regierung oder die Unternehmen nicht einmal schüchtern zu hinterfragen versuchen, was jedermann weiß oder spürt, ist befremdlich. Damit nehmen beide es hin, daß Massenarbeitslosigkeit und Massenelend zu einem siamesischen Begriffspaar werden.

Eine Trennung ist nötig. Die monatliche Präsentation von Herrn Franke mag so bleiben. Sie ist aufschlußreich im Zeitvergleich, im Auf und Ab der Konjunkturen und Jahreszeiten. Aber da es entscheidend auf den sozialen Sprengstoff ankommt, der sich dahinter verbirgt, sind mehr statistische Aufschlüsse vonnöten. Beispielsweise könnte man den Erwerbslosenzahlen jene über die Zahl der Beschäftigten beigeben. Sie lag im Mai rund 74 000 höher als im gleichen Vorjahresmonat, wird in diesem Jahr um 100 000 und im nächsten nach ersten Berechnungen um 200 000 höher liegen.

Wenn ein Institut der Bundesanstalt sogar die „stille Reserve" exakt definiert, also eine klassische Dunkelziffer, dann mag sie auch darangehen, die pauschalen Zahlen etwas tiefer zu staffeln als nach Geschlecht, Region oder Nationalität. Die Demoskopie bietet Methoden an, die die soziale Betroffenheit deutlich machen – nein, nicht um eine Million wegzudefinieren, sondern um den Politikern zu zeigen, wo man am besten anpackt, wo die knappen Mittel von Förderung und Hilfe am effizientesten einzusetzen wären. Das innenpolitische Problem Nummer eins ist kein Tabu, sondern eine Herausforderung, die man ergründen muß, um mit ihr fertig zu werden.

Die SPD entdeckt ihre Wurzeln neu

Skandale um die „Neue Heimat" und Vorwürfe gegen „coop"-Manager haben den Genossenschafts-Gedanken in Mißkredit gebracht. Doch gerade diesen Gedanken, wiedergeboren aus der Not leerer Kassen und den Zeichen der Zeit, pflegt nun wieder die SPD.

Von PETER PHILIPPS

Zu den Folgen der Bonner Wende, des Verlustes der Regierungsmacht gehört bei den Sozialdemokraten die wieder offenere Theoriediskussion. Dies zeigt sich zum einen an der von Parteichef Willy Brandt selbst begonnenen Debatte über die Fortschreibung des Godesberger Parteiprogramms, zum anderen aber auch an der Wiederentdekkung der Wurzeln der Arbeiterbewegung. Dies geht bis zu Überlegungen des stellvertretenden Bonner Fraktionsvorsitzenden Horst Ehmke über eine Überwindung des „im Ersten Weltkrieg aufgebrochenen Schismas" in demokratische Sozialisten und Kommunisten, schließt aber auch die in jüngster Zeit intensivierten Überlegungen über eine Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens ein. Beflügelt wird diese Renaissance noch durch die auch den Genossen immer bewußter werdende Unbezahlbarkeit und Unbeweglichkeit des entstandenen sozialen Sicherungsmolochs.

Im Godesberger Programm von 1959 waren die von Nationalsozialisten gleichgeschalteten und nach 1945 fast vergessenen Genossenschaften immerhin wieder aufgenommen worden – wenn auch nur in einem Nebensatz und auf den Agrarbereich beschränkt. Die Delegierten hatten damals allerdings lange und hitzig die Fragen der Gemeinwirtschaft diskutiert, waren jedoch noch stärker auf die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien fixiert.

Seitdem war das auch in seinem Ursprung ungeliebte Kind in keiner sozialdemokratischen Theorieüberlegung mehr zu finden – bis zum Jahre 1984: Die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete plötzlich in Berlin ein Symposion zu diesem Thema, der Essener Parteitag beschied: „Der Kern des Genossenschaftsgedankens, solidarische Selbsthilfe der Betroffenen in demokratischen Organisationsformen, gewinnt heute wieder an Aktualität, er entspricht den sozialdemokratischen Grundwerten von Solidarität und Demokratie. Wir stehen vor großen Herausforderungen, bei denen die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens ein Element der Veränderung sein kann."

So wurde die neue, alte Richtung quasi parteiamtlich beschlossen, eine Tradition zumindest verbal wieder aufgegriffen, die auch junge Leute ansprechen soll, die von „alternativen Lebensformen" träumen und damit potentielle Anhänger der Grünen sind. Wie ernst es den Sozialdemokraten ist, zeigte sich auch in einer Wanderausstellung und in einem fundierten Buch, das unter dem Titel „Anders leben" im parteieigenen Dietz-Verlag herausgebracht wurde.

Die ersten Bau-, Konsum- und Produktionsgenossenschaften in Deutschland gaben mit ihren Namen das Programm vor: „Zukunft" und „Freie Scholle", „Eintracht" und „Selbsthülfe", „Solidarität" und „Gemeinwohl". Vorbild waren die im 19. Jahrhundert von den Chartisten in England gegründeten ersten Genossenschaften, um „Nichtbesitzende zusammenzuschließen. Der gemeinsame Zusammenschluß und die Einlage vieler kleiner Beiträge schafft Kapital, das zum Nutzen gemeinsamer Interessen eingesetzt werden kann." Auf diese Formel wurde das Genossenschaftsprinzip von Arno Mersmann gebracht.

Die Mitglieder sorgen mit ihren relativ kleinen Einlagen für das Grundkapital, sind darüber später auch gewinnberechtigt. Sie bleiben als Handwerker oder Bauern in ihren Genossenschaften zwar selbständige Unternehmer, sind aber zusammengeschlossen, zum Beispiel in gemeinsamen Einkaufs- oder Vertriebsorganisationen, nutzen einen gemeinschaftlichen Maschinenpark. Bei Konsumgenossenschaften ist zwar jeder einkaufsberechtigt, aber nur die Mitglieder können einmal im Jahr in der Generalversammlung über die Geschäftspolitik abstimmen und sind an Gewinn oder Verlust beteiligt. So lautet das Prinzip, das in den vergangenen Jahren teilweise pervertiert wurde, wodurch die Genossenschaften dank einiger ganz ungenossenschaftlicher Manager in negative Schlagzeilen gerieten.

Inspiriert vor allem durch den sächsischen Juristen Hermann Schulze-Delitzsch, war in Deutschland die Idee der Einkaufs-, Kredit- und Absatzgenossenschaften der kleinen Handwerker entstanden, die in die Konkurrenz des freien Marktes treten sollten. Raiffeisen entwickelte das Pendant für den Agrar-Bereich, Huber propagierte die ersten genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften für Arbeiter, Pfeiffer gründete die ersten Konsumgenossenschaften. Rechtliche Grundlage wurde das von Schulze-Delitzsch als Abgeordneter der liberalen „Fortschrittspartei" entworfene Genossenschaftsgesetz, das 1867 vom Preußischen Landtag und 1889 vom Reichstag verabschiedet wurde.

Dieselbe SPD, die sich heute dieses Gedankens immer stärker erinnert, behinderte lange Zeit die Entwicklung: Noch 1892 forderte der Parteitag von den „Parteigenossen, der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern".

Der von Anfang an in der SPD vorhandene Verbal-Radikalismus, der immer einen Kontrast bildete zur eher reformatorischen praktischen Politik der Parteiführung, feierte auch hier fröhliche Urständ, war übrigens im modernen Gewande auch 1959 in Godesberg von einigen Delegierten wieder zu hören. Das erste Mal verschwand er, nachdem der Revisionismusstreit entschieden war. 1910 konnte der Parteitag in Magdeburg die neue Linie festlegen, daß „die genossenschaftliche Tätigkeit eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse ist". Zur Zeit der Weimarer Republik waren dann im gesamten Reichsgebiet in den Großstädten 30 bis 40 Prozent der Haushalte in irgendeiner Form in Genossenschaften organisiert, während auf dem Lande die Raiffeisen-Einrichtungen nicht mehr wegzudenken waren.

Was heute mit dem Namen Genossenschaft behaftet ist, hat wenig oder nichts mehr mit den ursprünglichen Vorstellungen zu tun, die immer über das rein marktwirtschaftliche hinausreichten, soziale und kulturelle Ideen beinhalteten, Idealismus und Aufbruchstimmung. Auch die Bedeutung, die in den zwanziger Jahren erlangt wurde, ist dahin. Ob „co op" oder „Volksfürsorge" oder gar die „Neue Heimat" – entstanden sind Trusts, die sich weit von den Ursprüngen entfernt haben. Gerade die Erfahrungen mit der „Neuen Heimat" mögen viel dazu beigetragen haben, daß der Genossenschaftsgedanke in der SPD lange in die Gerümpelkisten verbannt wurde.

Denn am Ende stand plötzlich etwas, was eher an den alten Manchester-Kapitalismus erinnerte. In der offiziellen Beschreibung des DGB wurde zwar weiterhin viel Wert darauf gelegt, daß etwa coop und Neue Heimat nicht so gewöhnliche Beutelschneider seien wie die Konkurrenz, sondern mit „sozialverpflichtetem Kapital" arbeiteten, „erfolgreich für das Gemeinwohl". Und als er noch Gewerkschaftsboß war, sprach Heinz-Oskar Vetter von der „anderen Rolle", die der Gewinn in diesen Unternehmungen spiele.

Tatsächlich jedoch haben einfallsreiche Manager erfolgreich für ihren privaten Gewinn gearbeitet, so daß dieser in einer Art Idealzustand etwa bei der Neuen Heimat dann gar keine Rolle mehr spielte: Verluste, höher als ihre höchsten Bauten, türmten sich plötzlich auf, forderten Stützung durch die Einzelgewerkschaften aus deren Vermögen und brachten den Genossenschaftsgedanken nachhaltig in Mißkredit.

Die Wiederentdeckung des „Subsidiaritätsprinzips" bei der CDU einerseits und das Anwachsen alternativer Strukturen auf der anderen Seite wiederum haben dennoch die Erinnerung der Sozialdemokraten an eine einstige Domäne in rosa Licht getaucht. Und „Raiffeisen" funktioniert ja auch nach wie vor zu aller Bauern Zufriedenheit.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel gab die vorläufige Richtung vor: „In kleinen, besser überschaubaren Einheiten all das leisten, was dort geleistet werden kann, und es nicht ohne Not der größeren, weniger oder nicht mehr überschaubaren Einheit zuzuschlagen. Subsidiarität heißt, den Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe befähigen, ihm Mitwirkung zu ermöglichen, der Spontaneität und der – auch unorganisierten – Menschlichkeit Raum zu lassen."

Dieser Gedanke stand auch am Anfang von Neue Heimat und coop. Am Ende litten vor allem Mieter und Genossen eher an „organisierter Unmenschlichkeit".

Urväter der Genossenschaften: Hermann Schulze-Delitzsch (1808–83), Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–88)
FOTOS: KEYSTONE/ULLSTEIN



„Folter" an der Kraftmaschine: Wer schön sein will muß leiden FOTO GELPKE

Die „weißen Riesen" erobern die Studios der Body-Builder

Jeder weiß, daß Leber, Herz und Niere gefährdet sind, und dennoch nehmen immer mehr Anabolika, die Muskelmacher. Vor allem in Body-Building-Studios finden die „weißen Riesen" reißend Absatz und bringen den Dealern Supergewinne.

Von ULLA HOLTHOFF

Im Frühjahr vollzog Jusup Wilkosz den endgültigen Bruch. Er bat um Entlassung aus dem Dienst. Vor zwanzig Jahren hatte er sich bei der Bundespost bis zum Fernmeldehauptsekretär hochgearbeitet. Ein sicherer Beruf mit Pensionsberechtigung. Doch am 21. April wechselte der 37jährige Stuttgarter Postbeamte endgültig in die Glitzerwelt aus Chrom, Stahl und Muskeln, die ihn bis dahin nur in seiner Freizeit vereinnahmt hatte. Jusup Wilkosz eröffnete das Body-Building-Studio „Galaxy", eines unter rund 100 Fitneßcentern, die jeden Monat neu eröffnet werden.

Er gab die gesicherte Beamtenlaufbahn auf, weil die neue Existenz gewinnträchtiger erscheint. Das Geschäft mit den Muskeln blüht. Die Branche verzeichnet Rekordgewinne. Jusup Wilkosz ist überzeugt, für diese Entwicklung mitverantwortlich zu sein. Denn als zweimaliger „Mr. Universum" ist er der populärste unter Deutschlands Muskelmännern, und „wenn ein Weltmeister nach Hause kommt, zieht das immer eine solche Entwicklung nach sich, wie wir sie jetzt erleben".

Die Studios sind oft für Monate im voraus ausgebucht, ein Ende des Booms ist noch nicht abzusehen. Für die schweißtreibende Arbeit mit Gewichten und Maschinen zahlen Kunden zwischen 50 und 500 Mark Monatsbeiträge. Vielen Studiobesitzern ermöglichen sie damit ein flottes Leben: Rolex am Handgelenk, Cartier am Hals, den Benz vor der Tür. Statussymbole unter Body-Buildern. Den Reichtum finanzieren die Kunden nicht immer allein durch Eintrittsgelder.

Der Run auf die Studios beschert Body-Buildern oft einträgliche Nebeneinkünfte. Der Ehrgeiz der neuen Muskelmänner und auch -frauen hat den ohnehin seit Jahren profitablen, aber illegalen Handel mit Anabolika-Präparaten in den vergangenen Monaten mächtig angekurbelt. Offiziell verweisen Body-Builder stets auf ihre Eiweißernährung als Ursache für stählerne Muskeln. Doch Eiweiß allein reicht meist nicht. Erst Anabolika ermöglichen den schnellen Aufbau solch riesiger Muskelmassen, wie sie unter Body-Buildern üblich sind: „Wer gut werden will, muß es nehmen", behauptet Nick Nowak, 22 Jahre alt, ehemaliger Eishockey-Spieler beim Stuttgarter EV, inzwischen überzeugter Muskelprotz. Seinen neuen Sport betreibt er erst seit rund einem halben Jahr, doch Anabolika gehören bereits zu seinem Alltag: „Ich nehme nicht viel, denn gesund ist es natürlich nicht."

Anabole Steroide, kurz Anabolika genannt, heißen im Jargon der Szene „weiße Riesen". Sie sind synthetische Varianten der menschlichen Sexualhormone und werden zum Aufbau von Muskulatur benötigt. Jeder Körper produziert diese Hormone täglich in bestimmten Mengen, doch der körpereigene Vorrat ist begrenzt. Von Ärzten werden Anabolika-Präparate z. B. zur schnellen Heilung nach Muskelverletzungen verordnet.

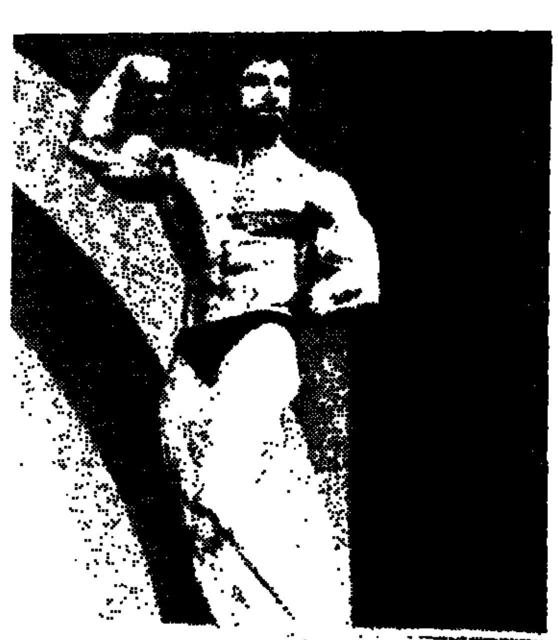
Für Sportler sind die Muskelpillen offiziell tabu: Anabole Steroide stehen auf der Liste der unerlaubten Dopingmittel. Viele Spitzenathleten in Kraftsportarten schlucken sie trotzdem. Denn rechtzeitig vor einer Kontrolle abgesetzt, kann die Einnahme nicht nachgewiesen werden, weil Anabolika-Rückstände vom Körper relativ schnell abgebaut werden.

Dopingkontrollen sollen die Sportler vor Folgeschäden durch hohe Anabolika-Dosen schützen: „Ohne Dopingkontrollen hätte es im Spitzensport schon Tote gegeben", behauptet der Kölner Doping-Experte Manfred Donike. In der Vergangenheit wurde zwar noch kein Todesfall bekannt, der eindeutig auf Anabolika-Mißbrauch zurückzuführen war, doch Mediziner warnen vor Leberkrebs und Impotenz, vor Schäden an Herz und Niere, bei Frauen außerdem vor Bartwuchs, Menstruationsbeschwerden, Klitorisvergrößerung und Stimmveränderung.

Die meisten Body-Builder kennen die Gefahren. Schrecken lassen sie sich jedoch nicht. „Jeder ist überzeugt, daß er selbst verschont bleibt", erklärt Jusup Wilkosz. „Jeder glaubt, daß er die richtige Dosierung gefunden hat." Wilkosz selbst experimentiert seit fünf Jahren mit verschiedenen Präparaten: „Ich habe nie ein Mittel über einen längeren Zeitraum und in sehr hohen Dosierungen genommen. Bevor ich damit begonnen habe, habe ich mich intensiv damit auseinandergesetzt. Ich habe mich mit erfahrenen Freunden zusammengesetzt und viel Fachliteratur gelesen. Über Jahre hinweg habe ich mir das Grundwissen angeeignet, um medizinische Bücher und Aufsätze lesen zu können. Wenn man das nötige Fachwissen besitzt, kann man der entsprechenden Literatur viele nützliche Hinweise entnehmen. Die Erfahrungen aber muß man selbst machen und man muß sich selbst ständig beobachten. Ratschläge von anderen Body-Buildern bekommt man nicht. Niemand gibt seine Geheimnisse einem möglichen Konkurrenten preis."

Im Body-Building ist Doping nicht verboten. Es gibt weder Vorschriften noch Kontrollen. Denn dieser Sport ist, obwohl inzwischen gesellschaftsfähig, noch nicht anerkannt.

Kommerzielle Interessen machten eine Aufnahme in den Deutschen Sportbund und andere Dachorganisationen stets unmöglich.



Der Schönste im Land: Jusup Wilkosz
FOTO: DPA

Wettkämpfe finden trotzdem statt. Doch Wettkampf unter Body-Buildern ist immer Show. Kein meßbarer, objektiver Leistungsvergleich. Allein der Eindruck zählt. Fleischbeschau wie auf dem Pferdemarkt. Die Jury ist nur durch strotzende Muskelkraft zu beeindrucken. Anabolika beschleunigen den Weg zu diesem Ziel. Sie versprechen rasche und sichtbare Erfolge. Fehlende Kontrollen senken die Hemmschwelle, beugen Gewissenskonflikten vor und beseitigen mögliche Skrupel: „Vor allem die Anfänger sind unheimlich schnell bereit, das Zeug zu schlucken", hat Jusup Wilkosz beobachtet. „Sie kommen in die Studios, sehen die trainierten Körper anderer Body-Builder, die oft schon jahrelang dabei sind, und vergleichen sie mit ihren schlaffen Muskeln. Sie werden dann ungeduldig, suchen das schnelle Erfolgserlebnis. Da finden sich dann immer Leute, die ihnen den entsprechenden Tip mit den Anabolika geben."

Die Beschaffung ist relativ einfach. Der Schwarzmarkt blüht, die Gewinnspannen sind groß, denn „es ist offenkundig, daß es einen großen grauen Markt von illegal hergestellten Pharmaka gibt", erklärt der Kölner Doping-Experte Manfred Donike. „Das läuft ähnlich wie bei dem Geschäft mit den Schweizer Uhren, die in Dritte-Welt-Ländern billig nachgemacht werden. Auch hochwertige Anabolika-Präparate werden inzwischen imitiert und anschließend in Ländern wie Mexiko zu Dumpingpreisen verkauft."

Dealer tummeln sich inzwischen in vielen Studios. Wer keinen Händler findet, kann in England oder Frankreich sogar schon im Versandhandel bestellen, und „in Jugoslawien sind die Dinger für ein paar Pfennige rezeptfrei in jeder Apotheke zu haben", weiß Jusup Wilkosz. Die Gewinnspannen sind riesig: 100 Dianabol-Tabletten zum Einkaufspreis von 5 Mark bringen beim Verkauf 60 bis 80 Mark. Viele Body-Builder kaufen deshalb gleich in Großhandelsmengen während des Urlaubs oder bei Wettkämpfen. Ihr strafrechtliches Risiko ist gering. Anabolika-Schmuggel wird von Zöllnern selten aufgedeckt.

Im vergangenen Oktober wurden zwei sowjetische Gewichtheber mit großen Anabolika-Mengen in Kanada festgenommen, im Juni wurde eine große Ladung aus Ungarn an einem deutsch-holländischen Grenzübergang entdeckt. Die einzig bekannten Fälle der letzten Jahre.

Auch der unerlaubte Handel wird der Polizei nur in Ausnahmefällen bekannt. Der Gewichtheber-Olympiasieger Karl-Heinz Radschinsky, Besitzer eines Fitneßcenters in Lauf bei Nürnberg, und sein Partner Hans B. wurden im Frühjahr durch die Anzeige eines Kunden entlarvt. In Bielefeld fiel bereits vor zwei Jahren der Besitzer eines Body-Building-Studios wegen seines regen Handels auf: Ein Konkurrent hatte die Anzeige erstattet.

„Es gibt im Moment eine regelrechte Doping-Hysterie", sagt Jusup Wilkosz. „Wegen der großen Konkurrenz werden die Leute unvorsichtig. Sie greifen jetzt schon zu Dosierungen, die zehn- bis zwanzigmal höher sind als empfohlen. Sie nehmen jetzt sogar schon Mittel aus der Veterinärmedizin, die eigentlich für Pferde gedacht sind. Viele sind regelrecht süchtig. Das ist keine körperliche Abhängigkeit, sondern eine psychische. Man fühlt sich stärker, kann länger und härter trainieren. Das gibt eine Art Pumpeffekt, der richtig euphorisch macht. Ich hab das an mir auch schon festgestellt." Frei von Angst vor gesundheitlichen Risiken war Jusup Wilkosz nicht, doch „ich habe wie jeder andere Body-Builder eine eigene Strategie entwickelt, um aufkommende Zweifel zu verdrängen. Außerdem habe ich auf alles verzichtet, was meine Leber zusätzlich belasten könnte. Keine Tabletten, kein Alkohol, keine anderen Drogen. Ich glaube, den richtigen Weg gefunden zu haben. Aber wie gesagt, das glaubt jeder Body-Builder."

Indien droht das „Schwert des Islam"

Pakistans früherer Präsident Zulfikar Ali Bhutto nannte sie das „Schwert des Islam": jene Atombombe, die nun – davon ist man beim „Erzfeind" in Neu-Delhi überzeugt – schon oder so gut wie fertig ist. Eine neue brisante Situation für Südasien und den Nahen Osten?

Von PETER DIENEMANN

Das „Schwert des Islam" hat Pakistans früherer Präsident Zulfikar Ali Bhutto jene Atombombe genannt, die sein Land als künftige islamische Führungsnation sich für die gesamte islamische Welt umgürten sollte. Das „Schwert des Islam", die islamische Bombe, scheint jetzt geschmiedet zu sein.

Mehr und mehr sorgt sich der Nachbar Indien um die Nuklearpläne Pakistans. Die Bombe, an der die Pakistanis zur Zeit bauen, die möglicherweise sogar schon fertiggestellt wurde, ist nach indischer Auffassung nicht nur eine Bedrohung für die südasiatische Region, verändert nicht nur das Gleichgewicht, sondern zwingt auch das atomwaffenfreie Indien „zu Reaktionen", die eigentlich nicht vorgesehen waren.

„Auf eine pakistanische Bombe", so verkündete unlängst Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi, „werden wir entsprechend antworten." Der 40jährige Regierungschef, bemüht um Stabilität und Ausgleich in der Region, hat damit die öffentliche Diskussion in Indien entfacht, ob das Land, das 1974 in der Nähe der Wüstenstadt Pokhran eine atomare Testexplosion durchführte, in den Kreis der Nuklearmächte eintreten soll.

Dies würde ein nukleares Wettrüsten zwischen den zwei südasiatischen Nachbarn bedeuten, zu dem Pakistan schon 1972 unter Bhutto das Startzeichen gegeben hatte. Mit politischer und finanzieller Unterstützung durch Libyens Staatschef Khadhafi begann Pakistan sich Anfang der 70er Jahre Technologie und Material für eine „islamische Bombe" im westlichen Ausland zusammenzukaufen – und zu stehlen. Bhuttos Traum von der Bombe, die sowohl im Nahen Osten als auch in Südasien für politische Zwecke eingesetzt werden könnte – Pakistan geht es auch heute noch in erster Linie um die „Befreiung" Kaschmirs, Libyen geht es um ein Druckmittel gegen Israel und eine Antwort auf die angeblich schon existierenden Atombomben Israels –, steht jetzt nach indischer Ansicht kurz vor der Verwirklichung. Schon Ende dieses, Anfang nächsten Jahres, so rechnet der Direktor des indischen Institutes für Verteidigungsstudien und -analysen, R. R. Subramaniam, „wird Pakistan über eine erste voll einsatzfähige Nuklearbombe verfügen".

Bhuttos Nachfolger Ziaul Haq hat die nötigen Voraussetzungen dafür geschaffen: In dem 32 Kilometer von der Hauptstadt Islamabad entfernten Kahuta laufen seit 1978 jene Höchstgeschwindigkeits-Zentrifugen, in denen mit Hilfe des im 250 Kilometer entfernten Multan produzierten Hexafluorid-Gases Uran 238 in Uran 235 umgewandelt wird. Gleichzeitig betreibt Pakistan in Multan eine Anlage zur Herstellung von „schwerem Wasser". Bei diesem Prozeß falle ausreichend Plutonium ab, so daß Pakistan über kurz oder lang auch zur Herstellung von Nuklearbomben „auf dem Plutoniumweg" befähigt sei, betonen indische Experten.

Fünfzehn Kilogramm des in Kahuta angereicherten Urans 235 reichen aus, um eine Bombe zu produzieren – und diese Menge hat Pakistan jetzt erreicht, schließen indische Wissenschaftler, nachdem Islamabad in diesem Jahr einen in den USA erworbenen Spezialzünder erfolgreich getestet hat und jetzt mit dem Zusammenbau der Bombe beginnen kann. Das Trägersystem für die „islamische Bombe" steht Pakistan in den von den USA erworbenen F-16-Kampfflugzeugen zur Verfügung.

Mit dem fortschreitenden pakistanischen Nuklearprogramm wächst in Indien die Sorge über eine mögliche politische Erpressung mit Hilfe der Bombe. Pakistan könnte, so Verteidigungsexperte Subramaniam, mit einem nuklearen Potential in der Hinterhand, die Kaschmir-Frage neu aufrollen, ohne daß Indien dem etwas entgegenzusetzen hätte.

Tatsächlich hat sich die indische Nuklearforschung nach der ersten Atombomben-Explosion von 1974 in der Wüste Rajasthans ausschließlich auf die friedliche Nutzung konzentriert. Unter Ministerpräsidentin Indira Gandhi galt die Theorie, daß Indien von einem nuklearen Kampfpotential keinen Nutzen habe, zumal die damalige einzige nukleare Bedrohung von China ausging. Peking war jedoch in der Entwicklung so weit überlegen, daß Indien erst nach mindestens einem Jahrzehnt hätte aufholen können.

Bis heute gilt Indiens konventionelles militärisches Potential als ausreichend gegen eine Bedrohung von außen, trotz der massiven pakistanischen Rüstung. Eine Weiterentwicklung der 1974 getesteten Bombe bis zur Einsatzreife wurde bisher in Anbetracht vielfältiger anderer Entwicklungsaufgaben des 750 Millionen Menschen zählenden Landes als zu kostspielig erachtet, zumal entsprechende strategische Ziele fehlen.

Andererseits verfügt Indien aber künftig über ausreichend Plutonium für Atomwaffen, nachdem der geringe Ausstoß von Plutonium 239 des Cirus-Reaktors erheblich erhöht wurde durch die Inbetriebnahme des Dhruva-Reaktors am vergangenen Wochenende in der Nähe der südindischen Stadt Madras. Weitere Tests für eine indische Bombe wären zwar nicht nötig, rechnen Wissenschaftler – es genüge, Testergebnisse von anderen Versuchen befreundeter Länder zu erhalten –, doch hat Indien sich nicht auf einen Verzicht auf Atomwaffentests festgelegt.

Ob sich Rajiv Gandhi dem steigenden öffentlichen Druck beugen wird und grünes Licht für ein eigenes Atomwaffenarsenal gibt, ist mehr als fraglich. Mit der Produktion von Atomwaffen gäbe Indien Pakistan ganz offiziell ein Alibi, nun offen nuklear aufzurüsten. „Statt dessen müssen wir", so sagen indische Experten, „Pakistan im Zweifel darüber lassen, ob wir nicht tatsächlich schon über ein paar Bomben im Keller verfügen, die wir gegen Pakistan einsetzen oder als Druckmittel gebrauchen könnten."

Mit dieser ambivalenten Strategie würde Indien dem Beispiel Israels folgen, das in der Vergangenheit für eine zweite indische Option bereits das Vorbild gab: Dem Beispiel des israelischen Luftangriffs vom Juni 1981 auf irakische Nuklearanlagen folgend, könnte Indien in einem Überraschungsangriff sowohl die pakistanischen Zentrifugen in Kahuta als auch die Hexafluorid-Gasanlage in Multan zerstören.

Die Entscheidung, ob Neu-Delhi dem internationalen System der nuklearen Abschreckung folgen soll, wird bald fallen. Denn den Beteuerungen des pakistanischen General-Präsidenten Ziaul Haq, sein Land verfüge über keinerlei Atomwaffen, plane keine zu produzieren und verfolge ein rein friedliches Nuklearprogramm, glaubt in Neu-Delhi inzwischen niemand mehr.

Erklärungen über C-Waffen eilen der tatsächlichen Willensbildung voraus

Entscheidungsprozeß in Washington noch nicht abgeschlossen / Probleme in Europa

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Unversehens ist durch Alfred Dregger, den Bonner Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, nach einem Besuch in Washington die Frage der künftigen Behandlung der chemischen Waffen durch die NATO öffentlich aufgeworfen worden. Nun ist das Thema in den Schlagzeilen, allerdings nicht, weil zu erörtern wäre, wie sich die Verteidigungsplanung des Atlantischen Bündnisses auf die Möglichkeit der Herstellung neuer C-Waffen in den USA einstellen muß. Vielmehr wogte in den letzten Tagen ein unfruchtbarer Streit um die Frage, ob der amerikanische Verteidigungsminister im vertraulichen Gespräch Dregger nun die Zusage gemacht hat oder nicht, daß nach der Herstellung neuer C-Waffen die alten Bestände aus der Bundesrepublik abgezogen würden. Weinberger selbst wollte sich, als er letzte Woche mit Äußerungen Dreggers konfrontiert wurde, nicht präzise festlegen und sagte lediglich das Folgende vor Journalisten:

„Binäre Waffen sind sehr viel sicherer zu handhaben, zu lagern, zu verschiffen und einzusetzen als die alten. Ein großer Teil der vom Pentagon beim Kongreß angeforderten Gelder würde zur Vernichtung der veralteten und nicht mehr sehr wirksamen chemischen Waffen verwendet werden. Auch sagte ich (zu Dregger, die Red.), es wäre mit den binären Waffen möglich, große Teile der Stationierungspläne zu verändern. Wegen der Fähigkeit, diese Waffen sicher zu transportieren, wäre es denkbar, sie in diese Länder, die zugestimmt hätten, sie im Kriegsfalle verfügbar zu machen, sehr viel schneller zu verlagern als die alten."

„Keine Notwendigkeit"

Und auf die weitere Frage, ob erst dann der Abzug der veralteten Waffen geplant sei, wenn die neuen binären da seien, bemerkte der Minister: „Man muß eine bestimmte Sorte von chemischer Abschreckung haben. Worüber wir jetzt verfügen, ist nicht so wirksam oder sicher, wie wir es uns wünschen." Keineswegs klarer äußerte sich dazu der für den Kommandobereich Europa verantwortliche NATO-Oberbefehlshaber bei einem von Professor Werner Kaltefleiter veranstalteten Seminar über äußere Sicherheit. US-General Bernard Rogers sagte in der Kieler Universität, er sehe nicht die Notwendigkeit, die neuen binären C-Waffen außerhalb der USA zu stationieren. Ob aber die alten abgezogen würden, ließ er offen.

Dem tatsächlichen Stand der politischen Willensbildung im Kongreß in Washington eilen diese Erklärungen allerdings weit voraus. Noch ist nicht endgültig klar, ob die amerikanische Legislative in den nächsten Wochen tatsächlich das 16 Jahre währende Moratorium der Produktion von C-Waffen in den USA beendet. Das Pentagon drängt den Kongreß. Weinberger erklärte, solange die Sowjets nicht zur Vernichtung eines großen Teil ihrer C-Waffen-Bestände bereit seien, wie es die USA getan hätten, sei die Produktion der neuen binären Waffen erforderlich. Ein aus Abgeordneten und Senatoren gemischter Ausschuß des Kongresses hat der Bewilligung von 155 Millionen Dollar für die Fertigung neuer Bomben und Artilleriegeschosse zur Füllung mit Nervengiften bereits zugestimmt. Auch der Senat ließ das Nervengas-Projekt im Rahmen seiner Gesamtzustimmung zum neuen Pentagon-Haushalt, der am 1. Oktober in Kraft treten soll, bereits passieren. Diese Schlußabstimmung des Repräsentantenhauses fehlt noch. Sie wird im nächsten Monat erwartet.

Danach stehen die USA vor der Aufgabe, gemeinsam mit ihren Verbündeten in der NATO eine Vereinbarung für neue Einsatzrichtlinien und die mögliche Stationierung der binären Munition zu entwickeln. Die Ansichten darüber gehen nicht nur in Bonn unter den Politikern weit auseinander; auch in Washington und in den Planungsgremien der Allianz selbst wird es schwer sein, eine Einigung über diese Fragen zu finden. Erst im letzten Augenblick haben in den USA das Außen- und das Verteidigungsministerium gemeinsam verhindern können, daß sich das Repräsentantenhaus im Kongreß mit der Forderung durchsetzte, vor der Produktion der neuen C-Waffen müsse die NATO der Lagerung in Europa zustimmen.

Der gemischte Kongreßausschuß beugte sich dem Argument aus der Administration, eine solche Forderung würde in Europa heftige politische Unruhe auslösen. Stattdessen verlangt er nun vom Präsidenten, er habe die Verbündeten zu konsultieren und mit ihnen einen detaillierten Stationierungsplan auszuarbeiten. Im übrigen verabschiedete der Kongreßausschuß eine die Administration nicht bindende Resolution, nach der die neuen C-Waffen die alten ersetzen sollen. Dies ist für die einschlägigen Rüstungskontroll-Verhandlungen mit der Sowjetunion bedeutsam. So erhält sich die US-Administration im Genfer Ausschuß der 40 Staaten volle Bewegungsfreiheit und kann die alten C-Waffen zur Verhandlungsmasse gegenüber Moskau machen.

Knapper Transportraum

Die neuen binären C-Waffen sind deswegen leichter zu handhaben und zu lagern, weil sie – anders als die jetzt verfügbaren – zwei nichtgiftige Substanzen in getrennten Behältern eingebaut haben werden. Diese Substanzen würden sich erst nach dem Abfeuern mischen und dann das tödliche Nervengas bilden. Mit dieser Konstruktion soll die Flugzeugbombe „Bigeye" und die 155mm-Artilleriegranate versehen werden. Sie würde es auch erlauben, die schweren Teile der Munition mit nur einer nichtgiftigen Substanz bereits in Europa zu lagern und im Krisenfalle den zweiten Behälter aus den USA herbeizuschaffen.

Angeblich würden, wie Experten sagen, zwei Großraum-Flugzeuge ausreichen, um für den gesamten in Westeuropa benötigten erneuerten C-Waffenbestand die Behälter Nummer 2 zu transportieren. Gegen diese denkbare Methode wenden Kritiker ein, es wäre nicht angemessen, den in der NATO ohnehin knappen Transportraum für die Verlegung von Verstärkungskräften aus den USA zu blockieren und zudem mit dem Heranschaffen der C-Waffen-Komponenten im Krisenmanagement ein die Spannung verschärfendes Zeichen zu setzen. Dieses Argument wird allerdings von anderen in seiner Stichhaltigkeit bestritten.

Unbestritten aber ist bei allen in der NATO, daß C-Waffen, ob nun alte oder auch die neuen binären, lediglich als völkerrechtliches Repressalien-Mittel vorhanden sein müssen. C-Waffen würden von der westlichen Verteidigungsplanung niemals für den Ersteinsatz vorgesehen.

Arbed: Kritik der Saar-CDU am Kanzleramt

ULRICH REITZ, Bonn

Die Ablehnung des vom saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine (SPD) zur Lösung der Eigentümerfrage von Arbed Saarstahl vorgeschlagenen Treuhänder-Konzepts durch das Bundeskanzleramt ist bei der saarländischen CDU-Fraktion auf verhaltene Kritik gestoßen. „Wenn auch nicht kurzfristig, so ist doch ein Treuhänder-Modell für uns wenigstens diskussionswert", betonte Fraktionschef Günther Schwarz gegenüber der WELT.

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hatte in einem Brief an den saarländischen Minister für Bundesangelegenheiten, Ottokar Hahn, die Ablehnung damit begründet, daß bei der vorgeschlagenen Zwischenlösung dem Staat eine Eigentümerfunktion zukomme, die sich „nur in Nuancen von einer direkten Übernahme der Anteile durch die öffentliche Hand" unterscheide. Eine Treuhand-Lösung für Arbed führe dazu, so Schäuble, daß die Muttergesellschaft in Luxemburg weitgehend aus ihrer Verantwortung für Saarstahl entlassen würde. Bund und Saarland müßten mittelbar unternehmerische Verantwortung ausüben.

Schwarz wies darauf hin, daß es zwischen SPD-Regierung und CDU-Opposition unterschiedliche Motivationen für eine Treuhänderlösung gebe. Während Schwarz das Modell für den Fall ablehnte, daß es von der Landesregierung als „Vorstufe zur Verstaatlichung" gedacht sei, befürwortete er diesen Vorschlag, falls er das Ziel verfolge, Arbed in private Trägerschaft zu stellen.

Die Diskussion über ein Treuhänder-Modell sei für die Lösung der Probleme Arbeds aber „nicht vordringlich". Der CDU-Politiker warf Lafontaine in diesem Zusammenhang vor, aus politischen Opportunitätserwägungen von einer notwendigen Diskussion über ein Konzept für Arbed abzulenken und mit spektakulären Aktionen die Auseinandersetzung „zur falschen Zeit" auf die Problematik der Entschuldung zu lenken. Schwarz äußerte die Vermutung, Lafontaine weiche der Diskussion über ein Konzept zur Bestandssicherung von Arbed aus, um Reibereien mit der IG Metall zu vermeiden. Hintergrund: Die Existenz des Unternehmens kann nur gesichert werden, wenn Personal abgebaut wird.

Die Normenkontrollklage der Landesregierung mit dem Ziel einer Besserstellung des Saarlandes beim Länderfinanzausgleich nannte Schwarz „nicht hilfreich". Schwarz: „Überzeugen und verhandeln ist sinnvoller als drohen und erpressen." Beschlüsse wie die Aufhebung des Radikalenerlasses zeigten, „daß Lafontaine mehr darauf aus ist, Schlagzeilen zu produzieren als Probleme zu lösen."

Nach langem Streit soll jetzt eine Schule den Namen Anne Frank tragen

SPD wollte die Hauptstraße in Bergen umbenennen / Entscheidung fällt am 20. Juli

DW, Bonn

Der Streit um die Benennung einer Stätte in Bergen nach der im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordeten Anne Frank, der auch im Ausland mit kritischen Tönen zur Vergangenheitsbewältigung der Deutschen verfolgt worden war, ist beigelegt. Die SPD wollte zunächst die Hauptstraße von Bergen in Anne-Frank-Straße umbenennen. Dies stieß auf den Widerstand der Bevölkerung und der CDU. Schließlich einigte man sich auf den Kompromiß, eine andere Stätte zu suchen.

Am 20. August, wird sich der Verwaltungsausschuß der Stadt jetzt auf einmütigen Beschluß des Rates zusammensetzen, um einen geeigneten Ort für die Erinnerung an das Mädchen zu finden, das weltweit zum Symbol für die Treue der Nationalsozialisten geworden ist. Mitte September will dann der Rat über die Ausschußempfehlung abstimmen.

Nach einem Vorschlag der evangelischen Kirche, der von der SPD-Ratsfraktion in einem Antrag aufgegriffen worden war, soll eine Orientierungsschule nach Anne Frank benannt werden. Hier tut sich allerdings ein Problem auf. Träger der Schule ist nicht die Stadt, sondern der Kreis. Die endgültige Entscheidung über die Namensgebung obliegt damit der übergeordneten kommunalen Behörde.

Die in Bergen regierenden Christdemokraten ließen daher die SPD wissen, daß für sie auch ein anderer Ort in Frage komme. Hierzu meinte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Hohls, sofern es sich um eine geeignete Alternative handle, sei man zur Gemeinsamkeit bereit.

Gleichzeitig formulierte er herbe Kritik an dem CDU-Ratsherrn und Verleger des wöchentlich erscheinenden „Stadtanzeigers", Günther Ernst, ohne dessen publizistisches Feuer es nicht zu einem Aufruhr gekommen wäre. Ähnlich, zum Teil erboste Meinungen über den Ratsherrn sind auch in den Reihen der CDU zu hören. Durch den Mißbrauch seines Mediums habe Ernst den an sich schon historisch belasteten Ort weiter in Mißkredit gebracht.



An ihr entzündeten sich die Gemüter: Anne Frank FOTO: DW

Der Verleger hatte die Spalten seines Anzeigenblattes für Leserbriefe geöffnet, die massiv gegen den im Juli gestellten Antrag der SPD Stellung bezogen. Auch Ernst selbst griff zur Feder. Die SPD habe Unfrieden in der Bevölkerung geschaffen. Über das Maß der Kollektivschuld hinaus seien die Einwohner der Stadt schwer belastet worden. Sie hätten eine überdimensionale Schuldzuweisung und Schlimmeres über sich ergehen lassen müssen. Wem der Name Anne Frank so viel bedeute, er möge damit sein Haus zieren, aber bitte auf eigene Kosten.

Mit Drohbriefen und nächtlichen anonymen Anrufen versuchte man dann den Verleger unter Druck zu setzen. Und bei einer öffentlichen Diskussion, zu der die Sozialdemokraten eingeladen hatten, wurde ihm vorgeworfen, die Deutschen müßten „endlich das Büßerhemd ausziehen".

Die Meinung einzelner oder der gesamten Bevölkerung? Der Ortsvorsitzende der FDP, Hasso Holz, sagte: „Die Mehrheit der Bürger will nicht Tag für Tag mit dem Thema Bergen-Belsen konfrontiert werden." Und in der Stadtverwaltung hieß es: „Die Masse der Bevölkerung habe sich gegenüber dem Streit neutral verhalten." Mit der Entscheidung des Stadtrates wird der Schlußstrich unter ein Thema gezogen, das in der Vergangenheit immer wieder für Aufregung gesorgt hatte.

Schon 1961 hatten die Sozialdemokraten vorgeschlagen, eine Grundschule nach Anne Frank zu benennen. Der Antrag scheiterte. Die Schule wurde auf den Namen Eugen Naumann getauft, einen prominenten Vertreter der deutschen Minderheit in Polen. Gut 20 Jahre später, 1982, sollte eine Sonderschule nach der ermordeten Holländerin benannt werden. Ebenfalls vergeblich.

Die neue Initiative der SPD wurde dann ausgelöst durch den Besuch des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Bergen-Belsen, der gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Mai dieses Jahres die Toten der Konzentrationslager geehrt hatte. Reagan erinnerte damals an das Schicksal der Anne Frank und die Leiden der rund 50 000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die in dem KZ ebenso ihr Leben ließen wie rund 50 000 jüdische Häftlinge.

Eklat um Chef des Essener Presseamtes

Ausländerfeindlicher Artikel in Stadtzeitung / Autorenschaft zunächst abgestritten

WILM HERLYN, Essen

Anlaß zu heftiger Kritik gibt ein Aufsatz im „Amtlichen Veranstaltungs-Programm, Freizeit- und Besuchertips" der Stadt Essen. Die Broschüre, gedacht als Informationshilfe für Touristen und Leitfaden durch die Kulturwelt und das Vereinsleben der Ruhrmetropole wird kostenlos verteilt und ist mit einer Auflage von mehr als 10 000 Stück durchaus gut verbreitet.

In der neuesten Ausgabe des Heftes aber wird ein sozialpolitisches Thema behandelt mit einer Überschrift, die schon die Richtung erahnen läßt: „Dunkelhäutige Tamilen werden zur Last". Der Autor klagt, daß nun schon mehr als 500 Asylbewerber aus Sri Lanka die Aufnahmeheime in Essen überquellen lassen.

Weiter heißt es dort: „In dem Maße, wie die Asylbewerber aus Sri Lanka in immer größer werdenden Scharen auftreten, mehren sich die kritischen Stimmen aus der heimischen Bevölkerung." Der Autor – der Leiter des städtischen Presseamtes, Herbert Bernhard, SPD-Mitglied – fährt fort: „Man kann es den Einheimischen nicht verdenken, daß sie die Untätigkeit der durchweg recht gepflegt auftretenden Asiaten mit gemischten Gefühlen betrachten. Derweil morgens oder nachmittags Deutsche zu ihrer vielfach schweren Schichtarbeit gehen, frönen sie dem Müßiggang der ungebetenen Gäste." Die Heime, in denen die Tamilen untergebracht wurden, „sind ein wimmelndes Nest".

Bei der Registrierung habe sich herausgestellt, daß die Asylbewerber nicht mehr über den Ostberliner Flughafen Schönefeld kämen, sondern aus anderen Bundesländern, vor allem aus Bayern und Baden-Württemberg. Dort wichen sie dem sanften Druck der erheblich strenger vorgehenden Behörden und suchten nun Zuflucht in NRW, meint Bernhard. Wo Städte noch aufnahmefähig seien oder zumindest noch nicht mit drangvoller Enge kämpften, wüßten die Einwanderer nach Ansicht der Asylantenstelle des Sozialamtes genau. Es sei ein offenes Geheimnis, daß sie sogar von Rechtsanwälten aufs Beste informiert würden.

Nachdem Herbert Bernhard „Ausländerhetze" vorgeworfen wurde, rückte er von dem Artikel ab. Seine Mitarbeiter im Presseamt aber verübeln ihm vor allem, daß er sich bei den Vorhaltungen zunächst hinter Ausflüchte versteckt habe. Irgendein freier Mitarbeiter habe das Machwerk verfaßt. Diese Notlüge allerdings gestand Bernhard inzwischen ein. Er sandte ein ausführliches Entschuldigungsschreiben an die Verwaltungsspitze der Stadt ab und bekannte sich als Autor des umstrittenen Artikels. Er kündigte außerdem an, er wolle sich auch in der nächsten Ausgabe des „Essen heute" entschuldigen.

Hamburger FDP befindet sich im Aufwind

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

„Die Fünf-Prozent-Hürde ist überhaupt kein Thema für mich – ich habe mir vorgenommen, zweistellig einzuziehen. Das ist natürlich ein sehr ehrgeiziges Ziel." Der Hamburger Politiker, der diesen Ehrgeiz entwickelt, ist gerade 100 Tage im Amt: Ingo von Münch, renommierter Staats- und Völkerrechtler, im Frühsommer aus dem Stand – er hatte vorher kein Parteiamt – zum Vorsitzenden der Hamburger FDP gewählt. Der 52jährige Berliner, der seit 1973 in Hamburg lehrt, gibt allerdings ein Handicap zu: Wenn in einem Jahr der Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaft beginnt, sind es gut acht Jahre, die die Elb-Liberalen „draußen" stehen. Noch kein anderer Landesverband der FDP war bisher so lange von der Parlaments-Arbeit und damit von der ständigen Aufmerksamkeit der Medien verbannt.

Doch die hanseatische FDP befindet sich im Aufwind. Nachdem mit der „Wende" „fast ein Drittel der Partei von den Fahnen gegangen ist" (Münch), darunter die langjährige Landesvorsitzende, Helga Schuchardt, verzeichnen die Liberalen jetzt laufend Neuzugänge. Das Verhältnis der Eintritte gegenüber den Austritten liegt bei 4:1, Landesvorsitzender von Münch freut sich besonders darüber, daß vorwiegend junge Leute die Mitgliedschaft erwerben wollen.

Auftrieb für seinen Optimismus gaben ihm auch die Ergebnisse im Saarland – „einem Industrie-Land, in dem es eigentlich für Liberale schwierig ist" – und in Berlin mit Problemen einer Metropole, ähnlich wie in Hamburg. Die Liberalen sind in der Hansestadt zwar seit sieben Jahren nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten, doch zweimal – im Juni 1978 und im Juni 1982 – verfehlten sie mit 4,8 und 4,9 Prozent nur um Haaresbreite das Ziel. Die letzte Wahl zum Landesparlament ließ den FDP-Anteil auf kümmerliche 2,6 Prozent sinken, doch der Termin – Mitte Dezember 1982 – war äußerst ungünstig: Er lag unmittelbar hinter dem Bonner Koalitionswechsel. Ihr Reservoir wollen die Blau-Gelben in der Hansestadt auch außerhalb der „klassischen" Gruppen – Mittelstand, Beamte, gehobene Angestellte – suchen.

SED hat die Jüngsten straff am Gängelband

DIETER DOSE, Berlin

Rekorde bei der Getreideernte, Höchstleistungen zum Weltfriedenstag in den Betrieben, Medaillenflut für Schwimmer und Ruderer (Junioren) bei Europameisterschaften – die „DDR"-Zeitungen sind voll von Jubelarien. 91 Betrieben und drei Kollektiven aus der Landwirtschaft flattert nun die Fahne voran. Die Wanderfahnen „für vorbildliche Ergebnisse im Wettbewerb" („Neues Deutschland"), verliehen von Ministerrat und FDGB-Vorstand.

„Durch hervorragende Arbeitstaten im sozialistischen Wettbewerb und täglich hohe Leistungen zur würdigen Vorbereitung des XI. Parteitages der SED haben die Kollektive wesentlichen Anteil an der weiteren Stärkung der Wirtschaftskraft der Republik", preist das SED-Zentralorgan die mit der „Fahne" ausgezeichneten Institutionen. Das Kreiskrankenhaus Sondershausen ebenso wie die Staatsoper Dresden.

AUS DER PRESSE VON DRÜBEN

In der Funktionärs-Zeitschrift „Neuer Weg" (Untertitel: „Organ des Zentralkomitees der SED für das Parteileben") wird deutlich, wie straff die Partei die Jüngsten im Lande, die „Jungen Pioniere", am Gängelband hat. Unter der Rubrik „Methodische Ratschläge" werden die SED-Funktionäre angewiesen:

„Die Kreisleitung nimmt auf die politische Qualifizierung der Freundschaftspioniere Einfluß. Sie legt fest, welche leitenden Kader zu welchen Grundfragen in Schulungen bzw. Anleitungen auftreten."

Oder: „Die Festlegungen der Kreisleitung der SED beziehen sich auch darauf, wie die Pioniere bei der Pflege und Erforschung revolutionärer und antifaschistischer Traditionen der Arbeiterbewegung des Kreises, des Ortes, der Betriebe beitragen."

In der „DDR" gibt es keinen Wein-Skandal. Aber gepanscht wird auch. Wenn nicht beim edlen Rebensaft, dann eben beim Speiseeis. „Es ist ja so einfach zu bewerkstelligen und nicht so einfach zu durchschauen", stellt die „Wochenpost" in einem Gerichtsbericht fest.

In einem kleinen Ostberliner Eiscafé machten der Leiter und seine Stellvertreterin großen Gewinn. Mit zuviel Wasser im Eis und überhöhten Preisen 47 000 Mark in zwei Jahren auf eigene Rechnung. Die Gäste merkten nichts, aber die Hygiene-Inspektion kam den „Panschern" auf die Spur.

Das Pärchen wurde zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. „Außerdem, entscheidet das Gericht, dürfen beide nach der Haftverbüßung fünf Jahre lang nicht wieder als Leiter in einem gastronomischen Bereich arbeiten", berichtet die „Wochenpost" und beklagt, daß trotz schon bestehender Verdachtsmomente die staatlichen Organe zu spät die sogenannte „Tiefenprüfung" veranlaßt haben, um die Eispanscher zu überführen.

Da sind die Sero-Sammler, die für hervorragende Leistungen im „Neuen Deutschland" gewürdigt werden, schon bessere Menschen. „Sero" ist die Abkürzung in den „DDR"-Medien für Sekundär-Rohstoffe. Schrott, Flaschen, Gläser, Altpapier, Plastikerzeugnisse, Batterien gehören dazu. Und pausenlos wird an die Bevölkerung appelliert, „Seros" zu sammeln.

„Ab Oktober soll in Berlin auch der sogenannte Elektronik-Schrott, das heißt bunt- und edelmetallbehaftete Teile, wie sie zum Beispiel in Rundfunkgeräten, Fernsehern und anderen elektrischen Haushaltsgegenständen vorkommen, erfaßt werden", kündigt das „Neue Deutschland" an.

Der Erlös fließt in die Taschen der Sammler. Zum Beispiel in die der „Rentnerbrigade" aus Pankow oder in die dafür eingespannten „Wohngebietsausschüsse" (WBA). „Die nächste Mondscheinfahrt im Herbst mit der Weißen Flotte hat der Vorsitzende schon gebucht", berichtet das „ND" über erfolgreiche Sero-Sammler aus einem Ostberliner Wohngebiet.

In diesen Tagen freilich wird auch in der „DDR" auf vielen Gebieten kürzer getreten. Urlaubszeit. Neue Bettenburgen, zwölfgeschossig, sind vor allem an der Ostsee entstanden. Denn die Küste ist nach wie vor das beliebteste Ferienziel. Groß das Gedränge. Aber sicher würden viele „DDR"-Bürger auch mal woanders Urlaub machen – so schön die Ostsee auch ist.

SPD fordert Steigerung der Binnen-Nachfrage

p. p. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesbank aufgefordert, während der heutigen Zentralbankrats-Sitzung eine Senkung der Leitzinsen um ein Prozent zu beschließen. Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Uwe Jens ergänzte dies mit weiteren Forderungen an die Bundesregierung zur Belebung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage. Dabei betonte er, daß es den Sozialdemokraten nicht um die Verwirklichung kurzfristiger Konjunkturprogramme gehe. Denn: „Wir verspüren keine Sehnsucht nach einem hohen Staatsanteil."

Für Jens ist es zwingend, angesichts „deutlich sinkender Tendenzen" in den Wachstumsraten von USA und Japan, daß die „Geldmengenentwicklung an der möglichen und wünschenswerten Wachstumsrate zu orientieren" sei. Außerdem müßten die öffentlichen Investitionen erheblich erhöht werden, nachdem sie im Bereich des Bundes „in 1986 mit 13,2 Prozent einen Tiefstand erreichen" würden. Die von der Koalition beschlossene Erhöhung der Städtebau-Förderungsmittel sei nur „ein kurzfristiges Programm für die Bauwirtschaft ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt".

Auffallend ist, daß Jens viele Argumente, mit deren Hilfe es der Koalition gelungen war, 1982 die Bundestagswahl zu gewinnen, nun gegen die Bundesregierung verwendet: Die Abgabenquote habe mit 46,2 Prozent einen neuen Höchststand erreicht, die Subventionen seien 1985 um weitere zwei auf nun 32 Milliarden Mark gestiegen und: „Die Verschuldung wurde nicht abgebaut, der Schuldenberg von 297 Milliarden in 1982 wird sich bis 1986 auf 405 Milliarden DM erhöhen."

Sultanat Oman kauft den Tornado

rmc. Bonn

Das Sultanat Oman kauft das europäische Kampfflugzeug „Tornado". Ein entsprechender Vertrag ist in London zwischen der Herstellerfirma „Panavia GmbH", München, an der deutsche, britische und italienische Unternehmen beteiligt sind, dem britischen Verteidigungsministerium und der Panavia-Partnerfirma „British Aerospace" geschlossen worden. Er sieht die Lieferung von acht Flugzeugen der schon bei der britischen Luftwaffe im Einsatz befindlichen Luftverteidigungsversion des „Tornado" vor. Der Auftrag hat einschließlich der zu liefernden Bewaffnung (Luft-Luft-Raketen vom Typ Skyflash) und der technischen Betreuung einen Wert von rund einer Milliarde Mark. Am Bau der Flugzeuge werden deutsche Firmen beteiligt sein.

Für Überraschungen immer gut

Es fällt nicht schwer, an Herbert Hupka Anstoß zu nehmen. Denn der baumlange Schlesier, der heute 70 Jahre alt wird, sagt stets, was er denkt – und er denkt oft gegen den Strom modischer Aktualitäten. Das treibt ihn immer wieder zu politischen Parforce-Ritten, die ihm nicht nur heftige Polemiken aus gegnerischen Lagern, sondern gelegentlich auch den Ärger seiner eigenen Parteifreunde einbringen.

Das war schon so, als der SPD-Bundestagsabgeordnete Hupka Anfang der siebziger Jahre gegen die Ostpolitik des damaligen Kanzlers Brandt Front machte und schließlich – nachdem ihn Fraktionschef Herbert Wehner aus dem Auswärtigen Bundestagsausschuß zurückgezogen hatte – aus Protest zur CDU überwechselte. Die Konfliktbereitschaft hat ihn bis heute nicht verlassen, wie Bundeskanzler Helmut Kohl feststellen mußte, als er die von seinem Parteifreund Hupka geführte Landsmannschaft im vergangenen Frühjahr nur durch massiven Druck dazu bewegen konnte, das Motto des diesjährigen Schlesiertreffens zu ändern.

„Schlesien bleibt unser", wollte Hupka in Hannover in Gegenwart des Kanzlers verkünden. Und er hatte dabei keineswegs ein ungutes Gefühl. Denn für den einstigen Journalisten, der in Ceylon geboren wurde und in Ratibor aufgewachsen ist, sind solche Formeln durchaus mit der Bereitschaft zu Verständigung und Ausgleich vereinbar.



Herbert Hupka wird heute 70 Jahre alt FOTO: DPA

Tatsächlich ist Hupka trotz des ihm aufgeklebten „reaktionären" Etiketts alles anderes als fanatisch oder revanchistisch. Seine Mutter war während der NS-Zeit im Konzentrationslager Theresienstadt inhaftiert, und er selbst leugnet keinen Augenblick die von Deutschen an Juden, Polen und Russen begangenen Verbrechen. Doch gerade aus dieser klaren Haltung leitet er sein Recht ab, das, was nach 1945 den Heimatvertriebenen angetan wurde, als Fortsetzung der Verbrechen, als Rache und Vergeltung anzuklagen.

Wie kann man aus diesem Teufelskreis herauskommen? Der CDU-Abgeordnete – dessen Interessen im Bundestag weit über die Ostgebiete hinaus bis nach Südostasien und Amerika reichen – will seine Gegnerschaft gegen die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie keineswegs mit der Forderung nach einer neuen Vertreibung der heute in Schlesien, Pommern oder Ostpreußen wohnenden Polen verbinden. „Eine Vertreibung war bereits eine Vertreibung zuviel", lautet sein Credo. Wovon er träumt, sind gemeinsame Lösungen in einem „Europa der freien Vaterländer".

Daß er das ernst meint, weiß jeder, der Hupka näher kennt und erlebt hat, wie liebenswürdig, tolerant und humorvoll der sonst so kämpferische Debattenredner im Kollegenkreis oder im privaten Umgang seine Mitmenschen behandelt. Er selbst empfindet sich als demokratischen Patrioten und schätzt konservative Tugenden wie Aufrichtigkeit und Verläßlichkeit. Manchen mag es verblüffen, daß gerade er den Politikern in der Bundesrepublik mehr Gelassenheit empfiehlt. Aber für Überraschungen war Hupka schon immer gut. BERNT CONRAD

Deutsche Waffen für Nicaragua?

dpa, Bonn/Wiesbaden

Das Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden ermittelt wegen einer Lieferung deutscher Waffen für Nicaragua. Wie ein BKA-Sprecher gestern mitteilte, wird die Staatsanwaltschaft gegebenenfalls in den nächsten Tagen in die Affäre eingeschaltet. Wie aus gutinformierten Kreisen verlautete, handelt es sich um 200 Maschinenpistolen vom Typ Heckler & Koch. Die Waffen, für die keine Ausfuhrgenehmigung vorlag, wurden im Juli von den costarikanischen Behörden bei der Überprüfung eines dänischen Frachters beschlagnahmt, der aus Bilbao kam und nach Nicaragua weiterfahren wollte.

Wieder Christen in UdSSR verurteilt

DW, Frankfurt

In der Sowjetunion sind kürzlich vier Deutsche – alle Angehörige der nichtregistrierten Baptistengemeinden – wegen ihres religiösen Bekenntnisses verurteilt worden. Wie die internationale Gesellschaft für Menschenrechte (igfm) erfuhr, wurden der 58jährige Johann Steffen, der 27jährige Andreas Wolf und dessen Bruder, der 31jährige Georg Wolf, zu jeweils fünf Jahren und die 55jährige Susanna Gerzen zu drei Jahren Straflagerhaft verurteilt. Konkret zur Last gelegt wurde den drei Männern ihre Betätigung in einer Untergrunddruckerei der Baptistengemeinden, der Frau religiöse Arbeit mit Kindern.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Eigenständiges Christentum für die Afrikaner“

DW. Jaunde

Nach Abschluß eines einwöchigen Besuches in drei Ländern Westafrikas – Togo, Elfenbeinküste und Kamerun – ist Papst Johannes Paul II. gestern in die Zentralafrikanische Republik und nach Zaire weitergereist. Für seinen sechsstündigen Aufenthalt in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, war eine Messe und ein Zusammentreffen mit Präsident André Kolingba vorgesehen, der Katholik ist.

Von Bangui aus reist der Papst nach Kinshasa, der Hauptstadt von Zaire. Höhepunkt des dortigen Programms ist die erste Seligsprechung einer Afrikanerin, einer Ordensfrau, die sich 1964 den Annäherungsversuchen eines Armeeobersten widersetzte und dabei mißhandelt und ermordet wurde.

Noch in Kamerun hatte das Oberhaupt der katholischen Kirche die Schwarzen Afrikas um Vergebung dafür gebeten, daß Millionen Afrikaner von christlichen Sklavenhändlern aus ihrer Heimat verschleppt und in der Fremde verkauft worden waren. Vom Ende des 15. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, als britische Kriegsschiffe den Sklavenhandel gewaltsam beendeten, hatten europäische und amerikanische Schiffe von arabischen Sklavenhändlern oder örtlichen Häuptlingen Millionen von Schwarzen gegen Waren eingetauscht und nach Übersee verschifft.

Vor 1500 Wissenschaftlern, Professoren, Geschäftsleuten und Intellektuellen aus ganz Kamerun hatte Johannes Paul dazu aufgerufen, ein eigenständiges afrikanisches Christentum zu entwickeln. Er verstehe die Forderung nach Freiheit von kultureller Ausbeutung Afrikas, sagte der Papst. Darum sollten einheimische Theologen eine Mischung aus afrikansicher Tradition und biblischer Botschaft finden, die es möglich mache, Christ und Afrikaner zugleich zu sein.

Die Bischöfe Kameruns rief der Papst auf, ihre Anstrengungen mit denen der umliegenden Länder und des ganzen Kontinents zu koordinieren. Vor allem in den bisher für das Christentum kaum erschlossenen Bezirken nahe der nigerianischen Grenze solle die Frohe Botschaft entschlossen verkündet werden.

„Jetzt habe ich ein Gefühl für die Freiheit“

Von GEORGE BAILEY

Gesucht wird Alexander . . ., Jahrgang 1963, Russe, geboren in Woronesch, einberufen im April 1981, Schütze, seinen Dienst ausübend in der 4. Luftarmee der sowjetischen Wehrmacht; wird verdächtigt, sich im November 1981 mit dem Ziel der Umgehung des militärischen Dienstes, aus dem Lazarett kommend, nicht zur Verfügung seiner Einheit gestellt zu haben. Vermutlich hält er sich auf dem Territorium der polnischen Volksrepublik versteckt. Er beherrscht die polnische Sprache nicht . . .“

Jetzt beherrscht er die polnische Sprache. Er hat volle dreieinhalb Jahre in Polen als Gast der verbotenen Gewerkschaft Solidarität und, weitere vier Monate lang, anderer Polen verbracht, die zwar keinen Kontakt zur Solidarität, wohl aber zu der Kirche haben. Versteckt? Gewiß, aber nur bedingt. Zuerst lebte er mit den Überresten seiner Uniform – er hatte die Schulterklappen und die Kokarde abgenommen – und unbeholfen, wie er war, war er jedem Passanten, dem er nicht aus dem Wege gehen konnte, ausgeliefert. In den dreieinhalb Jahren hat er in mehr als dreißig Wohnungen gelebt und wurde von Hunderten von Leuten herumgereicht. Versteckt? Alexander lebte in der „offenen Gesellschaft im Untergrund“ in Polen, bekam polnische Dokumente, auch Arbeit in seinem Fach (Schlosser), Urlaub (einmal in Masuren, einmal in den Bergen im Süden) – alles von Solidarität organisiert, eingeschlossen seine Ausreise in den Westen.

Täglich geschlagen

Was bewog ihn zu fliehen? Ein sowjetischer Offizier befahl ihm, die Latrine mit einer Zahnbürste sauberzumachen. Alexander, noch frisch im Dienst, gab dem Offizier die gebührende Antwort und bekam dafür einen Monat im Strafbataillon aufgebrummt. Aber dann: „Sie haben mich zweimal täglich geschlagen – vor und nach der Arbeit, ausgenommen samstags und sonntags“. Wer? „Zwei Offiziersanwärter“. Wie lange dauerte solch eine „Belehrung“ („Wir werden dich belehren, wie man mit einem Offizier spricht!“)? „Eine halbe Stunde!“

Schon vor Ende der Strafe war Alexander völlig dienstunfähig. Im Lazarett faßte er den Entschluß zu fliehen. Denn es war ihm klar: In kurzer Zeit würde noch so ein Offizier auftauchen (die meisten waren ja solche – „Sie halten die Soldaten nicht für Menschen!“), und alles würde sich wiederholen. Aber das war nicht der einzige Grund. Zum ersten Male konnte Alexander feststellen, daß der sowjetische Informationsdienst vorsätzlich lügt. Zum ersten Male war er imstande, Vergleiche anzustellen. „Uns haben sie gesagt, daß die Leute der Solidarität Banditen und Mörder seien – die schlimmsten, die es gebe! Aber wir konnten sehen, daß es ruhige, anständige, disziplinierte Menschen sind. Der Eindruck, den die Solidaritäts-Leute auf mich gemacht haben, war so gut, daß ich mich schließlich entschloß, mich bei meiner Flucht an sie zu wenden.“

Der General irrt sich

Bei seiner Odyssee hat Alexander manch anderes noch gesehen: polnische Offiziere mit Solidaritäts-Abzeichen an der Uniform; ein Priester, bei dem er eine Zeitlang Unterschlupf fand, gab ihm ein polnisch-russisches Wörterbuch, das Alte und das Neue Testament und Solschenizyns Archipel GULag und „Krebsstation“ – alles auf russisch. Ein Milizionär, der ihn bei einer Begegnung leicht hätte überführen können, entschuldigte sich für einen Augenblick und kam nie zurück. Ihm wurde rechts und links geholfen, von allen und überall.

Ich las Alexander ein Zitat aus einer westlichen Zeitung vor. Demzufolge behauptete General Jaruzelski, der Widerstand in Polen – also die Solidarität – sei in Auflösung begriffen. „Ich glaube, der General irrt sich“, sagt Alexander. „Sehen Sie, Solidarität ist nicht nur irgendeine Organisation. Solidarität ist eine zweite, eigentlich die einzige wirkliche Regierung im Lande.“ Was hat der zweiundzwanzigjährige Sohn einer Arbeiterfamilie jetzt vor? „Ich möchte irgendwo im Westen bleiben und in Ruhe und in Freiheit arbeiten. Jetzt habe ich einen Sinn, ein Gefühl für die Freiheit.“ Wo er diesen Sinn, dieses Gefühl für die Freiheit am stärksten vermittelt bekommen habe, fragt der Berichterstatter. „In Polen“, lautet die spontane Antwort.

Die Israelis schätzen Buthelezi

Herzliches Gespräch mit Peres / Der Zulu-Chef plädiert für „Evolution“ in Südafrika

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nur die militärische Ehrengarde fehlt – ansonsten trägt der Empfang, den die Israelis dem südafrikanischen Oberhaupt des Zulu-Stammes, Gatsha Buthelezi, bereiten, die Kennzeichen eines königlichen Besuchs. Buthelezi hält sich seit Montag für zehn Tage in Israel auf. Er traf alle führenden Persönlichkeiten – Staatspräsident Herzog, Knesset-Präsident Hillel, Ministerpräsident Peres, Außenminister Shamir und den Vorsitzenden des parlamentarischen Ausschusses für Äußeres und Verteidigung, Abba Eban.

Peres, der sich vor einigen Monaten weigerte, den südafrikanischen Außenminister zu empfangen – und dies auch öffentlich bekanntgab –, fand zwei äußerst herzliche Stunden für Buthelezi und begleitete dann seinen Gast bis an dessen Wagen – eine Geste, die besuchenden Regierungschefs vorbehalten ist.

Die israelische Freundschaft für Buthelezi hat seine Gründe darin, daß dieser genau den Typ des afrikanischen Politikers repräsentiert, den die Israelis schätzen – und suchen. Buthelezi ist weder Kommunist noch linker Sympathisant und daher auch nicht von vornherein für die PLO eingenommen. „Er droht nicht damit, sich aus Moskau oder aus den arabischen Staaten das zu holen, was er im Westen oder von Israel nicht bekommen kann“, meinte dazu ein israelischer Diplomat. Auch ist er kein Revolutionär und stellt die bedrängten Israelis nicht vor die Wahl, sich entweder für Pretoria oder für die Schwarzafrikaner zu entscheiden. Die Israelis verabscheuen die Apartheid. Buthelezi macht es ihnen möglich, ihren Überzeugungen treu zu bleiben, ohne ihre diplomatischen Interessen zu gefährden.

Buthelezi führt etwa sechs Millionen Zulus im Bundesstaat Natal, die größte ethnische Gruppe Südafrikas überhaupt. Bisher hat er es abgelehnt, für die Zulus „Unabhängigkeit“ im Rahmen eines „Homeland“ anzunehmen. Das ließe sich als Anerkennung der Apartheid auslegen, die Buthelezi ebenso bekämpft wie die extremen Organisationen. „Aber die Politik ist die Kunst des Möglichen. Derzeit ist es unmöglich, die Weißen in Südafrika zur Abschaffung der Apartheid zu bewegen. Ich trete daher für einen allmählichen, evolutionären Prozeß ein“, sagte Buthelezi bei seinem Gespräch mit Shamir.

Er ist gegen Wirtschaftssanktionen. „Das würde vor allem den Schwarzen schaden, gerade jenen, denen wir helfen wollen.“ Er befürwortet aber einen Waffenboykott. Dies hat er zum ersten Mal in Israel erwähnt. Beobachter nehmen an, daß er die israelisch-südafrikanische Zusammenarbeit bei der Entwicklung hochtechnologischer Waffen im Sinn hatte. Israel hat dies übrigens nie bestätigt.

Der afrikanische Besucher brachte ein konkretes Anliegen vor – technische Hilfe an die Zulus, aber nicht über die Regierung in Pretoria. Die Israelis haben versprochen, Mittel und Wege zu suchen, um diese Hilfe zu gewähren, ohne die südafrikanische Regierung zu brüskieren.

Die Einladung an Buthelezi erging schon vor mehreren Monaten, also vor der Eskalation der Unruhen und dem ihnen folgenden internationalen Druck auf die südafrikanische Regierung. Israel sucht den Kontakt mit Schwarzafrika, wurde aber bisher enttäuscht. Auch bei der UNO-Weltfrauenkonferenz in Nairobi mußte Israel es hinnehmen, daß sich die meisten schwarzafrikanischen Delegationen den Frauen aus den kommunistischen und den arabischen Ländern anschlossen, Israel dagegen beschimpften.

Die Israelis sind davon überzeugt, das nicht verdient zu haben, und weigern sich, ihre Beziehungen mit Südafrika als Grund gelten zu lassen. „Alle westlichen Staaten treiben Handel mit Südafrika und haben Botschafter in Pretoria. Warum soll das uns versagt sein?“ bemerkte ein israelischer Sprecher. Manche Waren, die Israel aus Südafrika bezieht, sind lebenswichtig, so etwa billige Kohle als Ersatz für das teure Öl.

Trotzdem fordern linke israelische Kreise in Israel, gerade jetzt gegenüber Pretoria zu handeln, beispielsweise durch die Herabstufung der israelischen Botschaft auf den Rang einer Gesandtschaft. Andere fordern, daß David Ariel, der als Nachfolger von Botschafter Moshe Lankin vorgesehen ist, bis auf weiteres nicht entsandt werden solle. (SAD)



Gatsha Buthelezi (r.) ist Shimon Peres in Israel willkommen. Südafrikas Außenminister zu empfangen, lehnte er vor kurzem ab. FOTO: DPA

Iran: Wahl mit schon bekanntem Ausgang

PETER M. RANKE, Athen

Keine politischen Änderungen und auch keine Bemühungen um die Beendigung des fünfjährigen Golfkrieges sind von der Präsidentenwahl morgen in Iran zu erwarten. Etwa 20 Millionen Perser können einen von drei Kandidaten wählen. Die oppositionellen Widerstandsparteien im Ausland haben zum Boykott aufgerufen. Der „Rat der Wächter“, der alle Gesetze und Amtshandlungen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Islam prüft, hat nur drei Kandidaten zugelassen. Der jetzige Präsident Ali Khamenei hat die besten Aussichten. Die Überwachung der Bevölkerung durch das Netz der Moscheen und der Revolutionskomitees in den Stadtteilen und Dörfern ist so engmaschig, daß Überraschungen bei der Wahl ausgeschlossen sind. Der erste Ministerpräsident nach dem Sturz des Schah 1979, Mehdi Bazargan, durfte nicht antreten, da er als gemäßigt gilt und den Golfkrieg beenden möchte.

Auf die Ausschaltung von Bazargan drängte vor allem Parlaments-Sprecher Rafsandschani, der mächtigste Mann neben Ayatollah Khomeini und wahrscheinlich dessen Nachfolger. Rafsandschani wird auch weiter den Kurs der Politik bestimmen. Das Regime ist bemüht, das Kriegsbündnis mit Syrien zu erhalten und schiitische Stützpunkte in Libanon auszubauen. Darum erkannte Iran auch die prosyrische „Nationale Rettungsfront“ der Palästinenser an. Eine iranische Delegation wirbt zudem in Khartum für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, um Sudan ins radikale Lager mit Libyen und Syrien zu lotsen.

Für die Fortsetzung des Golfkrieges benötigt Iran vor allem Waffen. Lieferanten sind weiterhin Syrien und Libyen, aber auch die USA, wenngleich gegen ihren Willen. Der als Agent entlarvte US-Oberstleutnant Gillespie hat in den letzten Jahren allein für 140 Millionen Dollar modernste Waffen, Raketen und Ersatzteile nach Iran geschmuggelt. Nach Angaben des FBI arbeiteten in Armeedepots und Rüstungskonzernen iranische Agenten, die Waffen und Gerät sogar per Computer abriefen und über dritte Länder nach Teheran verschifften. Ein neuer Deal im Wert von 75 Millionen Dollar platzte in letzter Minute. (SAD)

Droht den kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas in nächster Zukunft eine Umweltkatastrophe? Diese Frage wird unter der Hand in den Regierungs- und Parteizentralen von Prag und Warschau, Ost-Berlin und Budapest gestellt. Ein serbischer Abgeordneter erklärte jetzt, die Bevölkerung werde demnächst weder genügend sauberes Wasser noch saubere Luft zum Atmen haben, wenn nicht sofort etwas gegen die Umweltverschmutzung unternommen werde.

„Das System hat nicht gelernt, mit der Natur umzugehen"

Giftige Abgase, wie hier bei einer Hütte in Kattowitz, gehen ungefiltert in die Luft
FOTO: HERBERT PETERHOFEN/STERN

Von CARL G. STRÖHM

Die Situation in Polen ist alarmierend. In der altehrwürdigen polnischen Universitätsstadt Krakau leiden sowohl die Bewohner als auch die Bauwerke unter dem Ausstoß giftiger Abgase aus den benachbarten Hüttenwerken von Nowa Huta, den Chemiewerken von Tarnow und dem westlich der Stadt gelegenen oberschlesischen Industriegebiet. Ein Aluminiumwerk wurde nach massiven Protesten der Anrainer inzwischen stillgelegt. Viele Arbeiter des Werks mußten wegen schwerer Gesundheitsschäden vorzeitig in Pension geschickt werden.

Die Baudenkmäler und Skulpturen in der Krakauer Altstadt sind einem unaufhaltsamen Verfall durch Sauren Regen und Abgase preisgegeben, gegen den nichts Ernsthaftes unternommen wird, weil das Geld fehlt.

Umweltschutz gilt noch als überflüssiger Luxus

Im oberschlesischen Industriegebiet zwischen Kattowitz, Königshütte, Gleiwitz und Beuthen ist die Krebshäufigkeit um ein Drittel höher als im übrigen Polen. Kreislauferkrankungen kommen um 150 Prozent häufiger, Krankheiten der Atemwege um 47 Prozent öfter vor als in den anderen Gebieten des Landes.

Auch die Säuglingssterblichkeit in diesem Industriegebiet, das bis heute nach den Methoden der dreißiger und vierziger Jahre arbeitet, ist außergewöhnlich hoch.

Oberschlesien wird von polnischen Ökologie-Experten als eines der gefährdetsten und am meisten belasteten Gebiete der Welt bezeichnet. Die Luft in Kattowitz sei „grausam", berichten Augenzeugen. Die Luftverpestung in den polnischen Industriegebieten verschlimmert sich noch durch die Tatsache, daß die polnische Regierung angesichts der schweren Schuldenlast von fast 30 Milliarden Dollar ihre gesamte gute Steinkohle nach Westen exportiert, in den polnischen Industriewerken dagegen minderwertige, schwefelhaltige Kohle verfeuert wird.

Das hat den in Krakau gegründeten „polnischen ökologischen Klub" bereits 1980 dazu veranlaßt, vor einer bevorstehenden „ökologischen Katastrophe" zu warnen und sofortige Maßnahmen – vor allem eine Einschränkung der minderwertigen Brennstoffe – zu fordern. Auch die unabhängige Gewerkschaft „Solidarität" warnte bereits auf ihrem Kongreß 1980 vor der Vergiftung der Ostseeküste bei Danzig und Stettin durch Abwässer und Industrieabgase.

Hatte es früher geheißen, Polen habe kein Geld für den Umweltschutz, weil man den „Sozialismus aufbauen" müsse, so wird jetzt argumentiert, angesichts der Wirtschaftskrise und der schweren Auslandsverschuldung sei Umweltschutz als überflüssiger Luxus zu betrachten. Polnische Ökologen sprechen in diesem Zusammenhang von der Krise eines Systems, das „nicht gelernt habe, mit der Natur umzugehen".

Stefan Kozlowski, ein Geologe und Mitglied des polnischen Staatsrats für Umweltschutz, erklärte bereits vor geraumer Zeit, zur Rettung der Umwelt in Polen seien dreimal so viel Mittel notwendig als im Wirtschaftsplan für die Jahre 1981–1985 vorgesehen sind. So kommt es, daß Polens Umwelt- und Gewässersituation von Fachleuten als „chaotisch" charakterisiert wird.

In der Tschechoslowakei ist die Situation womöglich noch krasser. Hier wird in der Industrie und im Hausbrand ausschließlich heimische Braunkohle geringer Qualität verfeuert.

Statistiken werden wie ein Staatsgeheimnis behandelt

Auch die Elektrizitätswerke werden mit dieser Braunkohle betrieben, die den Schwefeldioxidgehalt der Luft auf eine europäische Rekordmarke hochschnellen ließ. Heute ist der SO_2-Ausstoß der CSSR mit ihren knapp 14 Millionen Einwohnern etwa ebenso hoch wie jener der um ein Vielfaches größeren Bundesrepublik Deutschland. Über zwei Drittel der CSSR-Industrien und Kraftwerke sind nicht mit Anlagen zur Verringerung dieser Schadstoffemmissionen ausgerüstet.

Am schlimmsten umweltverseucht ist das Gebiet von Brüx (Most) in Nordböhmen – dem Zentrum des tschechischen Braunkohlebergbaus. Schon in den frühen sechziger Jahren hatte das Gebiet von Teplitz-Schönau in Nordböhmen die höchste Todesrate des Landes, vor allem hervorgerufen durch Emissionen von SO_2 und Arsen. Zwar sind die Umweltstatistiken in der CSSR inzwischen zum Staatsgeheimnis erklärt worden, doch ist bekannt, daß in den böhmischen Industriegebieten die Zahl der Fehlgeburten und der mongoloiden Kinder erschreckend zugenommen hat. Der Smog soll in einigen Industriezentren so konzentriert auftreten, daß akute Atemnot auftritt. Die Bevölkerung wird dann aufgefordert, ihre Fenster geschlossen zu halten. Schulkinder werden in Autobussen aufs Land gefahren, um „Sauerstoff zu tanken".

Durch die Industrieverschmutzung wird in der CSSR nun auch das Trinkwasser knapp. 1982 waren nach offiziellen Angaben die Hälfte aller Flüsse in der Slowakei verseucht (für Böhmen und Mähren gibt es keine amtlichen Angaben). Der Genuß von nicht einwandfreiem Trinkwasser hat in der Slowakei zu einer Häufung von Erkrankungen geführt, unter anderem trat Virus-Hepatitis in verstärktem Umfang auf. Jahrelang unternahmen die Behörden nichts gegen die vergifteten Abwässer, die von den „Slovnaft"-Chemiewerken in Preßburg in die Donau und die Kleine Donau abgeleitet wurden und 1974 zu einer Gefährdung der gesamten Wasserversorgung führten. Erst im laufenden 5-Jahresplan ist der Bau einer Abwasserreinigungsanlage vorgesehen, die aber bis jetzt noch nicht in Betrieb genommen wurde.

Der unbekümmerte Einsatz von Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der CSSR-Landwirtschaft hat inzwischen ein Absinken der Erträge und eine Verringerung der Erntequalität hervorgerufen. Zum Sauren Regen kommt jetzt der saure Boden. Zwar will die Prager Regierung bis 1993 die SO_2-Immissionen um ein Drittel senken. Ob das ausreicht, um die einst legendären böhmischen Wälder noch zu retten, wird von Fachleuten aber bezweifelt.

Abschied vom gefährlichen Staub

Das Bundesinnenministerium stellt umfangreichen Bericht über Asbest-Ersatzstoffe vor

Von EBERHARD NITSCHKE

Als „einmaliges und beispielhaftes Werk" hat der Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Franz Kroppenstedt, am Mittwoch in Bonn den zehnbändigen Abschlußbericht eines im Auftrag des Umweltbundesamtes vom Batelle-Institut durchgeführten Forschungsvorhabens der Öffentlichkeit vorgestellt. Es handelt sich um „Erhebungen über im Handel verfügbare Substitute für Asbest und asbesthaltige Produkte", von deren Verbreitung das Bundesinnenministerium einen erheblichen und schnellen Rückgang der Umweltbelastung durch Asbest erwartet.

Weniger Asbest am Bau

Die rund 100 000 Tonnen Asbest, die in der Bundesrepublik und Berlin (West) heute noch pro Jahr verbraucht werden (1980: 160 000 Tonnen), können nach den Erwartungen Kroppenstedts zumindest in dem umweltempfindlichen Sektor Hochbau bis Ende 1990 auf null Prozent gesenkt werden.

Beim Tiefbau (Röhren) gibt es bis heute kein Substitut für Asbest, hier fällt aber auch nicht der krebserregende Staub an. In der am 1. Oktober 1980 in Kraft getretenen und im Februar 1982 neugefaßten Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe ist Asbestfeinstaub im Anhang II der Arbeitsstoff-Verordnung in die Gruppe II der „stark gefährdenden" krebserzeugenden Arbeitsstoffe eingestuft.

Mit der Zusage der Asbestzement-Industrie an den Bundesinnenminister, bis zum 31. Dezember 1990 sämtliche Hochbauprodukte asbestfrei herzustellen, waren bereits zwei entscheidende Schritte verbunden. 1984 wurde der Asbesteintrag bei Hochbauprodukten gegenüber 1981 um 33,4 Prozent gesenkt, für 1985 ist eine nochmalige Verringerung um 40 Prozent vorgesehen.

Die Automobilindustrie hat dem Bundesinnenminister versichert, daß zur Zeit schon fast 60 Prozent der in den Verkehr kommenden Personenkraftwagen deutscher Hersteller zumindest an einer Achse mit asbestfreien Bremsbelägen ausgerüstet sind. Es wird im Bundesinnenministerium erwartet, daß bis Januar 1988 sämtliche Fahrzeuge dieser Art asbestfreie Bremsbeläge haben, während sie für Lastkraftwagen in großem Umfang erprobt werden und erst für einige Fahrzeugtypen schon freigegeben wurden.

Spätestens ab Juli 1990, so Staatssekretär Kroppenstedt, werden alle in den Verkehr kommenden deutschen Pkw auch mit asbestfreien Kupplungsbelägen ausgerüstet sein. Mit den Regelungen im Hochbau und in der Kraftfahrzeugtechnik sei der Asbest-Bereich, der die Allgemeinheit betreffe, „damit geregelt".

Nach Ansicht der Mitarbeiter des Batelle-Instituts, die am Zustandekommen des zehnbändigen Nachschlagewerks beteiligt waren, das 900 000 Mark kostete, „kann niemand sagen, diese Dinge seien nicht in die Praxis umsetzbar". Praktisch zu jedem Kapitel habe es eine Anhörung mit Repräsentanten sämtlicher betroffenen Firmen und Industrien gegeben.

Unkenntnis des Marktes

Die Ergebnisse zeigten auf, daß heute auf Asbest in sehr vielen Bereichen verzichtet werden könne. Es werde auch aufgezeigt, daß der Markt häufig „aufgrund alter Gewohnheiten, Unkenntnis oder aus kurzzeitig betrachteten Kostenerwägungen bisher nur unvollkommen die gegebenen wirtschaftlichen Substitutionsmöglichkeiten genutzt hat".

Im Band II der Neuerscheinung, die vom Umweltbundesamt, der Bundesanstalt für Arbeitsschutz, der IG Chemie-Papier-Keramik und den Berufsgenossenschaften herausgegeben werden wird, findet sich auch ein ausführliches Kapitel über asbestfreie Hitzeschutzkleidung.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zukunft für Moore

Frankfurt (dpa) – Nach Angabe der zentralen „Informationsstelle Torf und Umwelt" sind seit 1973 insgesamt 730 Hektar Torffläche – das entspricht der Größe von tausend Fußballfeldern – künstlich wieder bewässert worden. Nach einer Schätzung werden bis zum Jahr 2010 auf diese Weise 4200 Hektar neuer Feuchtbiotope mit einer „naturnahen" Flora und Fauna entstehen. Im Lauf von Jahrzehnten soll sich auch die typische Hochmoor-Flora und Fauna wieder ansiedeln – so beispielsweise Libellen, Torfmoose und Sonnentau.

Regenwasser-Recycling

Münster (idr) – In einer Neubausiedlung von 44 Eigenheimen in Münster soll erstmalig das anfallende Regenwasser nicht mehr in die städtische Kanalisation abgeleitet werden. Drainageleitungen führen es insgesamt 15 Schächten zu, in denen das Wasser versickert. Man erhält so einen konstanten Grundwasserspiegel; Klärwerke und Kanalisation werden weniger belastet. Langfristig plant die Stadt Münster, das versickerte Regenwasser – aus Brunnen gefördert und aufbereitet – der Siedlung als Trinkwasser wieder zuzuführen.

Umweltpreis für „Globus"

Köln (dpa) – Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) vergibt seinen diesjährigen „Journalistenpreis" an die Redakteure des ARD-Umweltmagazins „Globus". Alfred Thorwarth und Dieter Kaiser (beide WDR), sowie Dieter M. Kuhr (Bayerischer Rundfunk). Die Preise werden am 21. September in Karlsruhe im Rahmen des baden-württembergischen Naturschutztages verliehen.

Künstliches Seegras

Bochum (D.T.) – Seegras aus Kunststoff soll zukünftig vor der Küste Sylt's dafür sorgen, daß mehr Sand an- als weggespült wird. Der künstliche Pflanzenteppich „wächst" auf langen Bändern, die im Küstenstreifen ausgelegt werden. Entwickelt wurde das „System zur Stabilisierung der Strandlinie" in der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe von Privatdozent Dietrich Stein vom Lehrstuhl für Bauverfahrenstechnik und Baubetrieb der Bochumer Ruhr-Universität.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Blindheit der Alliierten

„Propheten der Vernunft – ungehört": WELT vom 1. August

Lieber Herr Springer,

lassen Sie mich Ihnen sogleich spontan sagen, wie ausgezeichnet – ja staatsmännisch – ich Ihren Artikel über die ungehörten Propheten fand.

Vor allem haben Sie die Blindheit auch gerade der Alliierten in den 20er und 30er Jahren genannt, die ja wahrlich zu der schweren Wirtschaftskrise in Deutschland beitrug und Hitler und seinen Mannen so sehr die Eroberung des Reichskanzleramtes und damit der Macht ermöglichte.

Sie zitierten in Ausführlichkeit einen Brief, den Carl Burckhardt schon 1925 an Stresemann schrieb. Wie recht hat er behalten!

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich einer Situation im Zweiten Weltkrieg, als ich ja auf der West-Alliierten-Seite im Combat Intelligence der US Army Air Forces und der Royal Air Force stand: Als die Alliierten Lübeck so sehr stark bombardierten, habe ich mich an die englische Regierung gewandt und versucht ihnen klarzumachen, daß Lübeck einen rein kulturellen und keinerlei militärischen Wert besaß. Ich setzte mich stark dafür ein, daß man Lübeck künftig verschone.

Die Antwort des englischen Air Marshalls Sir Arthur Harris (genannt „Bomber-Harris") war, daß nach der Bombardierung von London, Coventry und anderer englischer Städte er alles, was in Deutschland durch Luftangriffe zu erfassen war, nicht verschonen würde.

Ich habe dann erreicht, daß der englischen Regierung durch Carl Burckhardt, dem Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in der Schweiz, die Mitteilung zukam, daß die ganze Kriegsgefangenenpost inklusive Liebesgabenpakete an englische Kriegsgefangene in Deutschland über Lübeck geleitet würden. Das Resultat: Lübeck ist nie wieder bombardiert worden.

Leider konnte man diese Mittel ja nur zugunsten einer deutschen Stadt anwenden. Die schweren Bombardierungen von Dresden und so vieler anderer Städte waren mit diesem Argument leider nicht zu stoppen.

Mit herzlichem Gruß
Eric Warburg,
Hamburg 1

Verdrängte Vergangenheit

Da ging vor einigen Wochen eine Nachricht durch die Presse, das Städtchen Bergen betreffend, die gleichzeitig erschütternd und beschämend ist. Bergen liegt im Norden der Bundesrepublik. In der unmittelbaren Umgebung errichteten die Nazis ein Vernichtungslager, Bergen-Belsen genannt, wo unzählige Menschen, vor allem Juden, umkamen.

Es bedarf keiner Erklärung, daß dafür natürlich nicht die Einwohner von Bergen, also die Eltern und Großeltern der heutigen Einwohner verantwortlich gemacht werden konnten oder können. Dies war allein das Werk der Nazis und ihrer Schergen. Die damaligen und heutigen Bewohner des Städtchens konnten oder können eigentlich nichts anderes tun, als Trauer darüber zu empfinden, was da in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft an Schrecklichem geschah.

Dem war so – bis vor kurzem. Jetzt ist etwas Schreckliches vorgefallen. Vor einiger Zeit hat die sozialdemokratische Fraktion des Stadtrates von Bergen den Antrag eingebracht, die Belsener Straße in Anne-Frank-Straße umzubenennen. Wer Anne Frank war, weiß die Welt. Ein junges Mädchen, das zweimal Pech hatte. Einmal, daß es als Jüdin in Deutschland geboren worden war. Und dann, daß die Gestapo die Familie in ihrem holländischen Versteck aufstöberte und nach Bergen-Belsen brachte. Dort starb Anne Frank und es ist völlig unerheblich, ob sie umgebracht wurde oder an einer Seuche starb. Wäre sie nicht nach Bergen-Belsen gekommen, wäre sie wohl auch nicht gestorben. Denn sie war, wie gesagt, jung und gesund.

Dies alles ist dem Tagebuch der Anne Frank zu entnehmen, das, in mehr als zwanzig Sprachen übersetzt, in der ganzen Welt mit Schrecken, Entsetzen und tiefem Mitleid gelesen wurde. Zweifel, daß das Tagebuch nicht von der kleinen Anne stamme, sind gegenstandslos. Selbst wenn der Vater, einziger Überlebender der Familie Frank, einiges bearbeitet hat – so ändert das ja nichts an den Fakten, daß Anne nach Bergen-Belsen gebracht worden ist und dort umkam.

Und das wird nie vergessen. Wobei „nie" natürlich nicht wörtlich zu nehmen ist. Fünfzig Jahre lang wird der Name Anne Frank sicher noch vielen Menschen etwas bedeuten – auch Menschen, die Deutschland nie betreten haben, die eben nur vom traurigen Schicksal eines jungen, unschuldigen Mädchens berührt worden sind. Vielleicht wird das sogar länger als fünfzig Jahre dauern, sagen wir bis zu hundert Jahre.

Aber das haben viele Einwohner von Bergen, zumindest die Majorität im Stadtrat, nicht begriffen. Sie glauben, man könne den Namen Anne Frank vergessen machen und natürlich auch die einstige Existenz von Bergen-Belsen. 1961 und 1982 wurden Anträge, Schulen nach Anne Frank zu benennen, im Stadtrat abgelehnt. Nun auch ein Nein zur Straße. Gäbe es heute eine Anne-Frank-Straße in Bergen, was würde das bedeuten? Es würde bedeuten, daß die Bewohner des Städtchens sich von den Missetaten der Nazis distanzieren.

Es wurde oben gesagt, eine Rehabilitation des Städtchens war nicht notwendig – weder die Großeltern noch die Eltern, noch die augenblicklichen Bewohner waren verantwortlich für das, was in Bergen-Belsen geschah. Jetzt haben sie eine Rehabilitation bitter notwendig.

C. Riess,
Zürich

Staatsmonopol

„Auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit suchen viele Firmen vergeblich Kräfte": WELT vom 10. August

An diesem Artikel ist wieder einmal klar zu erkennen, daß wir neue Wege der Arbeitsvermittlung gehen müssen. Ich glaube, die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist so dramatisch, daß man praktikable, kleine Schritte wählen und in die Tat umsetzen sollte. Wie in der Vergangenheit schon beliebig oft nachgewiesen, ist der Staat einer der schlechtesten Partner im Wirtschaftsleben, das heißt, daß staatliche Unternehmen in allen Bereichen vorwiegend Defizite produzieren und meist ineffektiv arbeiten („56 von 100 Arbeitslosen keinen einzigen Vermittlungsvorschlag bekommen haben . . ."), wogegen privatwirtschaftlich geführt dieselben Unternehmen rentabel sind.

Auf die Situation des Arbeitsmarktes übertragen heißt das, daß das staatliche Monopol der Arbeitsvermittlung in Form der Arbeitsämter um eine privatwirtschaftliche Konkurrenz – zunächst auch als Modellversuch – zu ergänzen ist. Es wird sich dann erweisen, daß diese neue Komponente, neben den zigtausend staatlichen Arbeitsvermittlern, aus dem Zwang heraus, rentabel zu sein, für eine gesunde Belebung auf diesem Markt sorgen wird. (Wichtig ist, daß der Staat für diese private Vermittlungstätigkeit den Rahmen festlegt.) Es ist mir klar, daß viele Wenn und Aber gegen dieses In-Frage-Stellen eines Tabus durch ein Heer von Bedenkenträgern – meist in gesicherten Positionen – ins Feld geführt werden. Ich kann mir jedoch vorstellen, wenn es einem Politiker wirklich ernst ist um das Schicksal von Millionen, daß er auch solche unkonventionellen Gedanken aufgreift und nicht nur in resignierender Faktenfeststellung verharrt.

H. A. Schwarz,
München 40

Ohne Aufschrei

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

die WELT meldete am 10. August, daß ein Türke, bereits 1981 wegen Heroinhandels festgenommen, 1983 wegen des gleichen Deliktes fünf Jahre Gefängnis erhielt. Der hessische Innenminister, Herr Winterstein, habe eine Abschiebung des Verbrechers verhindert.

Nun müßte der Türke, wenn er 1983 fünf Jahre Gefängnis erhielt, nach Adam Riese bis 1988 sitzen. Nicht in Hessen, wo Adam Riese längst auch aus den Schulen verbannt ist: Der Heroinhändler ist nicht nur frei, sondern erfreut sich einer Anstellung beim Landesvermessungsamt Wiesbaden!

Wo bleibt der Aufschrei der Gewerkschaften, die sonst zu allem, was sie nichts angeht, ihren Senf beitragen müssen? Oder gibt es in Wiesbaden keine Arbeitslosen?

W. Saamer,
Grabenstätt

Wort des Tages

„Das Heilende besteht nicht in Belehrung, in Aufklärung, in Information, es besteht in einer Veränderung Ihres seelischen Klimas, Ihres inneren Wesens, der Aufnahme eines neuen, eines veränderten Seelenklimas, einer besseren Luft, durch die nicht die Zustände geändert werden, sondern Ihre, unsere Seele berührt und verwandelt."

Carl Zuckmayer; dt. Autor (1896–1977)

Sachsen-Anhalt

„Leserbrief: In der Börde": WELT vom 10. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Leserbrief ist zu bemerken: Eine preußische Provinz „Sachsen-Anhalt" hat es nie gegeben. Vor 1945 gab es eine preußische Provinz Sachsen mit der Hauptstadt Magdeburg und ein von Preußen unabhängiges Land (Freistaat) Anhalt mit der Hauptstadt Dessau. 1945 wurde in der sowjetischen Besatzungszone der größte Teil der preußischen Provinz Sachsen – ohne den Regierungsbezirk Erfurt, der 1944 dem Lande Thüringen angegliedert worden war – mit dem Land Anhalt zur, nicht mehr preußischen, „Provinz Sachsen-Anhalt" (seit 1947 als Land bezeichnet) zusammengeschlossen, Hauptstadt wurde Halle an der Saale. Im Zuge der Neugliederung im Jahre 1952 wurden aus dem Land Sachsen-Anhalt die Bezirke Halle und Magdeburg gebildet.

Mit freundlichen Grüßen
H. Dietrich,
Bonn 1

Unterstellung

„CDU gerät mehr und mehr in die Defensive"; WELT vom 5. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der WELT vom 5. August 1985 wird behauptet, daß Bundesverkehrsminister Dr. Werner Dollinger in Sachen Alleentunnel Frankfurt einer Rückstufung in der Prioritätenliste des Bundesfernstraßenbaus zugestimmt und damit schädlich in die hessische Politik hineingefunkt habe. Die Unterstellung ist freilich falsch.

Der Bundesverkehrsminister hat immer wieder, auch in Schreiben an die zuständigen und interessierten Institutionen, klargestellt, daß die verkehrspolitische Bedeutung des Alleentunnels außer Frage steht. Die Tatsache, daß der hessische Minister Steger den Alleentunnel aus dem Bedarfsplan herausnehmen möchte und daß die Finanzierungsfragen schwierig sind, kann nicht als Beleg dafür herhalten, daß auch der Bundesverkehrsminister diese Absicht teilt.

Dollinger hat im Gegenteil mehrfach betont, daß er vor weiteren Diskussionen über dieses Thema ein klärendes Gespräch mit dem hessischen Verkehrsminister und dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt für erforderlich hält. Vor diesem Gespräch werden keinerlei Festlegungen zum Alleentunnel getroffen. Es gibt also keinen Anlaß, einen Schwarzen Peter zu verteilen.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried H. Vogt,
Bundesministerium für Verkehr

Personalien

KIRCHE

Der Herforder Pfarrer Dr. **Klaus-Jürgen Laube** (51), wird zum 1. Januar 1986 Leiter der Evangelischen Akademie und Heimvolkshochschule der Oldenburgischen Landeskirche in Rastede. Er tritt die Nachfolge von Pfarrer **Hans-Wilhelm Mechau** (66) an, der zum Jahresende in den Ruhestand geht. Laube stammt aus Landsberg an der Warthe, studierte Theologie in Bethel, Heidelberg und Hamburg. Er promovierte 1977 bei Professor Dr. **Hans Rudolf Müller-Schwefe** über die Erweckungspredigt in Minden-Ravensberg. Seit 1965 ist er Pastor der Münster-Kirchengemeinde Herford.

GEBURTSTAGE

Der emeritierte Rechtswissenschaftler **Friedrich Wilhelm von Rauchhaupt** feiert am Dienstag in Heidelberg seinen 104. Geburtstag. Der im westpreußischen Wersk geborene Gelehrte, der im jüngsten Universitätsverzeichnis noch immer als außerplanmäßiger Professor für ausländisches Recht und vergleichende Rechtswissenschaft geführt wird, lebt seit 40 Jahren in einem Heidelberger evangelischen Altersheim. Noch als 80jähriger hatte sich von Rauchhaupt der Mathematik, Physik und Astronautik zugewandt und war mit zahlreichen Veröffentlichungen über Probleme des Weltraumrechts hervorgetreten. Seit 1958 gehört der hochbetagte Völkerrechtler als korrespondierendes Mitglied der International Astronautic Federation (IAF) und der Hermann-Oberth-Gesellschaft an.

*

Der Orgelbauexperte, Musikpädagoge und Pianist, **Herbert Schulze**, feiert am Samstag in Berlin seinen 90. Geburtstag. Als Pianist wurde er in den 30er Jahren und als Orgellehrer an der Berlin-Spandauer Evangelischen Kirchenmusikschule sowie als Sachverständiger für Orgelbau bekannt. Er regte neue Bauprinzipien zur Erzeugung moderner Klangverhältnisse auf dem Instrument an. Schulze wurde in Wilhelmshaven geboren, erhielt in München seine Ausbildung für Orgel, Klavier und Cembalo und war Schüler von Professor **Karl Straubes** in Leipzig, wo er als Gemeindeorganist und als Lehrer in der Thomas-Schule wirkte. 1934 übernahm er eine Aufgabe als Instrumentallehrer und Dozent für Orgelkunde an der damaligen vom Komponisten **Hugo Distler** geleiteten Berliner Evangelischen Schule für Volksmusik der späteren Kirchenmusikschule im Spandauer Johannes-Stift. Dort lehrte er bis 1962 und prägte mehrere Generationen von Komponisten und Kirchenmusikern.

*

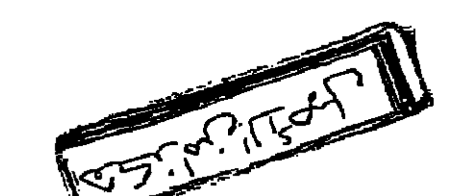
Der Aachener Schriftsteller **Karl Friedrich Kohlenberg**, auch unter dem Pseudonym **Benno Frank** bekannt, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Der in Berlin geborene Autor ist durch zahlreiche Segelbücher und Sachbücher wie „Enträtselte Vorzeit" und „Enträtselte Zukunft" bekannt geworden.

AUSZEICHNUNGEN

Der Ministerpräsident des Landes Hessen, **Holger Börner**, hat dem Präsidenten der Frankfurter Wertpapierbörse, dem Bankier **Karl-Oskar Koenigs**, das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, das ihm vom Bundespräsidenten verliehen wurde, überreicht. Börner hob die herausragenden Verdienste von Koenigs als Präsident der größten deutschen Wertpapierbörse hervor, die in diesem Monat auf ihr 400jähriges Bestehen zurückblickt. Die an ihrer Spitze ehrenamtlich Tätigen haben eine große Verantwortung zu tragen. Er betonte, daß Koenigs auch unter Zurückstellung persönlicher Interessen, mit beispielhaftem Engagement seine Aufgaben mit großem Erfolg in der ihm eigenen Beständigkeit und Verläßlichkeit erfüllt habe.

*

Professor Dr. **Günter Minz** aus Köln, Vorstandsmitglied der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, ist in Anerkennung seiner bedeutenden Verdienste um die europäische Integration und die europäische Bewegung mit der Europa-Union-Medaille ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung überreichte der Präsident der Europa-Union Deutschland e. V., der frühere Bundespräsident **Walter Scheel** im Bonner Europazentrum. Die Europa-Union Deutschland e. V. ist ein überparteilicher privater Verband, der diese Auszeichnung seit 1969 an Personen, die sich um das europäische Einigungswerk verdient machen, verleiht.



Pressekampagne der Sowjetunion in den USA

● Fortsetzung von Seite 1

wesen. Washington habe wiederholt diese Argumente benutzt, wenn die USA nach militärischem Übergewicht gestrebt und keinen echten Wunsch zur Lösung von Rüstungsbegrenzungsfragen gehabt hätten.

Nichts erfährt der sowjetische Leser jedoch darüber, welche Pläne die UdSSR-Führung auf dem Gebiet einer eigenen Weltraumverteidigung hat. Auf den Vorwurf Washingtons, daß Moskau soeben seine Testserie abgeschlossen habe, antwortete Gorbatschow: „Um das einseitige Moratorium einzuführen, mußte ein Testprogramm, ohne es zu Ende zu führen, abgebrochen werden."

In dem Interview bestritt Gorbatschow die amerikanische Auffassung, ein Teststopp sei nur sehr schwer zu überwachen. Beide Seiten verfügten heute über technische Mittel, selbst kleinste Atomexplosionen zu entdecken, sagte er. Eine internationale Vereinbarung sei nun nötig, um das Problem „ein für alle Male" zu beseitigen. Den Gegenvorschlag Washingtons, Experten zu den nächsten amerikanischen Atomtests in die USA zu entsenden, lehnte Gorbatschow erneut ab. Die Sowjetunion strebe „die vollständige und allgemeine Einstellung von Atomversuchen" und „nicht ihre Fortsetzung in Gegenwart von Beobachtern" an.

Offenbar ging es dem Kreml-Chef wieder darum, die Vereinigten Staaten als Störenfried an den Pranger zu stellen. Denn es seien die USA in Genf gewesen, „die im Verein mit anderen Ländern diese Verhandlungen unterbrochen hätten". Auch warf er Washington vor, sie hätten bisher mehr Kernexplosionen gezündet als die UdSSR. Aber, so führte Gorbatschow weiter aus, „die Sowjetunion rechnet nicht arithmetisch, uns geht es aus prinzipiellen und politischen Gründen nur darum, zur Abrüstung beizutragen".

Insgesamt entspricht seine Argumentation den immer wieder begründeten sowjetischen Forderungen, die USA sollten ihre SDI-Pläne zur Erleichterung einer Einigung über die anderen Bereiche der Rüstung in Genf als Zahlungsmittel einsetzen. Abschließend bekundete Gorbatschow, daß man in Moskau immer noch an eine positive Lösung glaube: „Ist doch die Verantwortung der UdSSR und den USA zu groß, um einer Lösung solch wichtiger Fragen der Sicherheit auszuweichen."

„September-Runde" wird nicht in Frage gestellt

DAG-Beteiligung bleibt für Bundesregierung erwünscht

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm empfängt heute nachmittag den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu einer vorbereitenden Aussprache über das für den 5. September anberaumte „Dreier-Treffen" zwischen Regierung, Gewerkschaft und Arbeitgeberverbänden. Dabei soll auch die seit Wochen immer wieder öffentlich diskutierte Frage geklärt werden, ob allein der 7,5 Millionen Mitglieder in 17 Einzelgewerkschaften zählende DGB oder auch die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die eine knappe halbe Million Angestellte organisiert, teilnehmen werden.

In dem bisher letzten Spitzengespräch des DGB im Bundeskanzleramt am 23. Juli, in dem das Dreier-Gespräch – das keine Neuauflage der „Konzertierten Aktion" alter Art werden soll – vereinbart wurde, war ausdrücklich von der Teilnahme des DGB und nicht etwa „der Gewerkschaften" gesprochen worden. Allerdings hatte der Arbeitsminister den DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt vom Ergebnis der Besprechung informiert und ihm gesagt, er gehe davon aus, daß wegen der generellen Bedeutung des Themas „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" auch die DAG an dem Treffen im September teilnehmen werde. Dies werde er aber noch klären. Die DAG hatte parallel zu den DGB-Kontakten mit der Regierung ähnliche Begegnungen; so war eine Delegation noch vor dem DGB Anfang Juli im Kanzleramt.

Vorgeprescht

Ohne die von Blüm gegenüber DAG-Chef Brandt angekündigte Klärung einer Beteiligung der Angestellten-Gewerkschaft abzuwarten, ging deren stellvertretender Vorsitzender Issen an die Öffentlichkeit. Er erklärte gegenüber dem SPD-nahen „parlamentarisch-politischen pressedienst" (ppp), Blüm habe Brandt die Teilnahme der DAG zugesichert; von den sechs Teilnehmern auf der Gewerkschaftsseite würden zwei von der DAG gestellt. Blüm konferierte daraufhin auch mit dem SPD-Mitglied Issen, konnte auch ihm aber nur sagen, daß er sich um eine Teilnahme der DAG bemühen werde. Dem widersprach der DGB zunächst über seinen Sprecher Preussner, der auf die Vereinbarung vom 23. Juli verwies und eine Beteiligung der DAG ablehnte. Später lehnten auch andere Führungsfunktionäre eine Ausweitung der Dreier-Runde am 5. September ab.

Regierungssprecher Friedhelm Ost beschrieb die Situation korrekt, als er vor der Presse sagte, zwar sei eine Beteiligung der DAG erwünscht, doch werde die Bundesregierung das Zustandekommen der September-Runde nicht in Frage stellen. Wenn der DGB darauf bestehe, allein mit den Arbeitgebern und der Regierung über das Thema „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" zu reden, so werde eben später ein zweites Gespräch auf derselben Ebene mit der DAG geführt werden. Ost wiederholte diese Einschätzung, die auch die des Kanzlers sein dürfte – Ost hält täglich telefonisch Kontakt mit Helmut Kohl an dessen österreichischem Urlaubsort –, Anfang der Woche in einem Rundfunk-Interview.

Weitere Fragen

Zur weiteren Vorbereitung des September-Treffens wird Blüm entweder Ende dieser oder aber – was wahrscheinlicher ist – erst in der kommenden Woche mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zusammenkommen. Blüm und Bangemann sind von Bundeskanzler Kohl beauftragt worden, das Dreier-Treffen vorzubereiten. Allerdings werden beide Minister weitere Fragen erörtern. Unter anderem wollen sie die Meinungsverschiedenheiten ausräumen, die hinsichtlich der Verwendung der Überschüsse der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit aufgetreten sind. Blüm will die knapp fünf Milliarden Mark zum Teil zur Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld verwenden und aus dem Rest das geplante Qualifizierungsprogramm für Arbeitnehmer finanzieren. Diesem Vorhaben hat sowohl der DGB beim Treffen im Kanzleramt, als auch in der Verwaltungsratssitzung der Nürnberger Anstalt am 16. Juli zugestimmt. Auch die Arbeitgeber stimmten im Verwaltungsrat diesem Plan zu. Anfang der Woche wurden sich Arbeitsminister Blüm und Bundesfinanzminister Stoltenberg ebenfalls darüber einig. Dagegen steht derzeit nur noch der aus der FDP vorgetragene Vorschlag, anstellte der Verlängerung des Arbeitslosengeldes lieber die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu kürzen.

In Rumänien melden sich wieder demokratische Stimmen zu Wort

Echte Volksvertretung gefordert / Ineffizienz und Verschwendung angeprangert

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In Rumänien haben sich erstmals seit der kommunistischen Machtergreifung zwei prominente Politiker der nach dem Zweiten Weltkrieg verbotenen und verfolgten bürgerlichen und bäuerlichen politischen Parteien wieder zu Wort gemeldet. Sie erinnern daran, daß Rumänien vor der kommunistischen Ära ein Land mit einem ausgeprägten Parlamentarismus und einer bürgerlichen öffentlichen Meinung gewesen ist.

Der 76jährige Ion C. Bratianu hat in mehreren Briefen an die kommunistische Partei- und Staatsführung scharfe Kritik an der Diktatur und am Personenkult um Ceausescu geübt. Bratianu, der zwölf Jahre als politischer Häftling in rumänischen Gefängnissen zubrachte, ist wegen seiner Briefe mehrfach von der rumänischen Sicherheitspolizei verhört worden.

Ebenfalls zu Wort gemeldet hat sich Ion Puiu, ein Politiker der zweiten demokratischen Kraft des Landes, der Rumänischen Nationalen Bauernpartei. Die Bauernpartei erhielt bei den letzten halbwegs freien Wahlen in Rumänien 1946 eine überwältigende absolute Mehrheit der Stimmen. Kurze Zeit später wurden die gesamte Führung der Partei sowie Zehntausende von Parteimitgliedern von den Kommunisten verhaftet. Die Überlebenden dieser Verfolgung wurden erst 1964 auf freien Fuß gesetzt.

Es sei nicht sein Ziel, die rumänische KP von der Macht zu entfernen, erklärte der Bauernpolitiker. Vielmehr gehe es um die „Demokratisierung und Modernisierung der rückständigen KP Rumäniens durch Überredung und Dialog". Puiu verlangt die praktische Verwirklichung der bürgerlichen Freiheiten und Rechte, wie sie in Verfassung und Gesetzen der Sozialistischen Republik Rumänien auf dem Papier formuliert wurden. Staat und Kommunistische Partei sollten voneinander getrennt und die „gigantische Parasiten-Institution" der Truppen der inneren Sicherheit (der Staats- und Geheimpolizei) aufgelöst werden. Das Parlament solle von der KP-Kontrolle befreit und zu einer echten Volksvertretung werden. Für die Arbeiterschaft fordert Puiu die 41-Stunden-Woche sowie das Verbot der unbezahlten Arbeit und schließlich auch das Verbot, den Arbeitern und Staats wegen Lohn für Produktionsausfälle abzuziehen. Besonders im Dienstleistungsbereich solle die Privatinitiative gefördert und das kollektivierte Land an die Bauern zurückgegeben werden. Die rumänische Regierung solle die christliche Moral respektieren und allgemeine Religionsfreiheit verwirklichen.

Diese Forderungen ähneln den Formulierungen des Repräsentanten der Liberalen Partei, Bratianu, der das kommunistische Regime wegen seiner kostspieligen Prestigeprojekte wie dem Donau-Schwarzmeer-Kanal und der Demolierung der historischen Bukarester Altstadt verurteilt. Das Regime habe zuerst die Bauern vom Lande in die Stadt und in die Fabriken gejagt – und jetzt zwinge es die Stadtbevölkerung und die Arbeiterschaft, Saisonarbeit und Erntehilfe auf dem Land zu leisten. Das Ergebnis seien Ineffizienz, Verschwendung, Rückgang der Produktivität und soziale Entwurzelung. Schließlich fordert der liberale Politiker die Kommunisten auf, das Schweigen über die politischen Gefangenen der Jahre 1945 bis 1964 zu brechen, die Leiden Hunderttausender von Menschen anzuerkennen, sich der Toten zu erinnern und die Diskriminierung gegenüber den Überlebenden zu beenden.

Bekennerbrief war ein Durchschlag

DW. Bonn

Für das Bundeskriminalamt (BKA) besteht zwischen der Ermordung des amerikanischen Soldaten Edward Pimental in Wiesbaden und dem Bombenanschlag auf die Frankfurter US-Airbase am vergangenen Donnerstag ein Zusammenhang. Deshalb hat die Wiesbadener Behörde auch im Mordfall die Ermittlungen übernommen.

Wie aus BKA-Kreisen zu erfahren war, stützen die Beamten ihre Vermutungen vor allem auf neue Erkenntnisse über das Bekennerschreiben, das am Dienstag zusammen mit dem Original-Ausweis des Soldaten bei der Nachrichtenagentur Reuter in Frankfurt eingegangen war. Dabei handelt es sich nicht, wie zuerst angenommen, um eine Fotokopie, sondern um einen Durchschlag des Bekennerbriefes der „Rote Armee Fraktion", der bereits am vergangenen Freitag nach dem Attentat auf dem Flughafen bei der „Frankfurter Rundschau" und der „Deutschen Presseagentur" eingegangen war.

Vorkaufsrecht für ARD und ZDF?

mj. Hannover

Die Entscheidung des Deutschen Fußball-Bundes, die Fernsehrechte für Länder- und DFB-Pokalspiele künftig auch privaten Programmanbietern zu übertragen, hat die Medienpolitiker der SPD auf den Plan gerufen. Bisher waren derartige Übertragungen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vorbehalten.

Mit der Forderung nach einer Art Vorkaufsrecht für ARD und ZDF vor den privaten Fernsehmachern meldete sich jetzt der medienpolitische Sprecher der niedersächsischen Landtagsfraktion, Reinhard Scheibe, zu Wort. Ohne eine solche „Präferenz bei Sportereignissen von nationaler Bedeutung" stehe, so fürchtet das NDR-Rundfunkratsmitglied, den öffentlich-rechtlichen Anstalten wirtschaftlich der Ruin ins Haus.

Der DFB läßt die Senderechte künftig über den Münchner Medienmakler Hans R. Beierlein allen Interessenten anbieten.

15 Tote durch Bombe in Beirut

DW. Beirut

Bei einem verheerenden Bombenanschlag sind gestern im christlichen Ostteil Beiruts mindestens 15 Menschen ums Leben gekommen. Nach Angaben der Polizei erlitten 120 Personen zum Teil schwere Verletzungen. Rund 150 Kilo des Sprengstoffs TNT, die in einem Auto verborgen waren, detonierten am Morgen in einem Wohn- und Industrieviertel. Ein siebengeschossiges Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Insgesamt 25 Wohnungen wurden ein Raub der Flammen, die sich in Windeseile ausbreiteten. Durch die Wucht der Detonation wurden zahlreiche geparkte Autos in die Luft geschleudert.

Bei einem ähnlichen Anschlag waren im Mai in Ostbeirut 60 Menschen getötet worden. Mehr als 100 Personen wurden verletzt. Der Anschlag war damals auf Streitigkeiten zwischen der Führung der christlichen Falange-Partei und ihren Milizionären zurückgeführt worden.

Diskussion um Regelung der Mitbestimmung

■ Fortsetzung von Seite 1

den Tarifgebiet sehr hoch an. Für all diese mittelbar Betroffenen verlangten die Gewerkschaften die Zahlung von Kurzarbeitergeld. Franke wollte dies unter Hinweis auf die Beeinflussung des Arbeitskampfes durch solche Zahlungen nicht gewähren.

Eine Gruppe von 130 Abgeordneten hatte zunächst einen Gesetzentwurf formuliert, um damit zu verhindern, daß bei einem solchen Spezialisten-Streik die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit mit ihrem Kurzarbeitergeld quasi erneut zur Streik-Ersatzkasse der Gewerkschaft würde. Sie hat diesen – inzwischen mehrfach überarbeiteten – Entwurf aber nicht in der Fraktion formell eingebracht.

Fraktionschef Dregger hatte vor kurzem dazu gesagt, solch wichtige Entscheidungen könnten wohl nicht als Gruppenantrag im Bundestag eingebracht werden. Darüber müsse zunächst Einvernehmen in der Fraktion erzielt werden. Diese befasse sich derzeit aber nicht mit dem Thema, weil er eine „Phase der Vernunft" in den Beziehungen der Sozialpartner oder Tarifvertragsparteien voraussehe. Der Bundeskanzler hat, auch in dem Spitzengespräch mit dem DGB am 23. Juli deutlich gemacht, daß er den Streit um diesen „Streikparagraphen" nicht unbedingt gesetzlich regeln wolle. Er könne sich Vereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien zur Regelung des Arbeitskampfrechts vorstellen. In Teilbereichen gibt es solche Vereinbarungen; etwa bei der Regelung des Schlichtungsverfahrens in Arbeitskämpfen. Vor dem Gespräch von Regierung, DGB und Arbeitgebern am 5. September wird das vom Sozialministerium in Auftrag gegebene Gutachten des früheren Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Müller vorliegen, von dem ein Votum für eine gesetzliche Regelung erwartet wird. Dies könnte die Bereitschaft der Tarifparteien zur Vereinbarung eines Verhaltenskodex für Arbeitskämpfe wachsen lassen.

Trotz der Kritik der Gewerkschaften wird die geplante Änderung im Wahlmodus des Betriebsverfassungsgesetzes zum Schutz von Minderheiten und zur Einführung von Sprecherausschüssen der Leitenden Angestellten wohl wie geplant verabschiedet werden. Der Entwurf, in erster Lesung behandelt und jetzt im Ausschuß stellt das Ergebnis schwieriger Koalitionsverhandlungen dar, an die die Regierungsparteien nicht noch einmal rühren wollen.

Von Cleopatra bis Cher: Die Lust am Schminken

Wer ist die Schönste...?

Mit Eurer allerhöchsten Vollmacht habe ich eine Kollektion Elfenbeinstäbchen eingekauft, die zum Auftragen der Augenlidfarbe besonders geeignet sind. Auch habe ich eine neue Art gesehen, die Augenwinkel nach außen zu verlängern." Schmetterlingsaugen werde diese Novität genannt, schreibt die Hofdame an Nofretete, die ägyptische Königin, und sie hoffe, daß Ihre Majestät dies interessieren und schmücken werde.

Über Schönheit und Schönheitsideale läßt sich trefflich streiten: Was der einen Kultur Inbegriff der Vollkommenheit ist, lehnt die andere strikt ab. Unstreitig aber ist, daß zu allen Zeiten Frauen wie Männer nach Mitteln suchten und sie benutzten, um ihre Erscheinung zu verfeinern: in der Mode wie in der Kosmetik. Schminken ist etwas Kreatives – die bewußte und phantasievolle Veränderung des persönlichen Bildes, des Ich. Und das auch in allen Übersteigerungen. Horaz verhöhnte die Athener und deren Schmink- und Duftsucht, die soweit ging, daß auf manchen Dächern duftende Fahnen wehten und gar Haustiere parfümiert wurden: „... er rülpst Malven, er atmet Hyanzinthen aus, grinst Rosen und lacht Rittersporn."

Titel, Thesen, Temperamente – ARD, 22.00 Uhr

Aber die Römer waren um keinen Deut besser. Ovid persiflierte den übertriebenen kosmetischen Luxus seiner Zeitgenossen: „Zwei Drittel von Dir, mein Freund, liegen in Gefäßen verpackt." Denn selbst lichte Haare oder zu schmale Augenbrauen machten damals schon keine Probleme mehr. Das Toupet war bereits entdeckt. Der römische Dichter der „Ars amandi" berichtet ausführlich über den Beruf der „ornatrix" (ornare = schmücken). Mit Bimsstein, Harzen und Wachs entfernte die Römerin unerwünschten Haarwuchs, Hefemasken waren gebräuchlich, die Zähne putzte man mit Hirschmarksalbe. Und als Tusnelda, die Gattin des Arminius, gefangen im Triumphzug durch Rom geführt wurde, erregte sie Aufsehen und Neid vor allem mit ihren rotblonden Haaren. Kurz darauf färbten sich die Modebewußten die Haare mit Henna. Und als Dreingabe bemalten sie sich Finger- und Fußnägel farbig.

Zu den ersten Visagisten werden die Ägypter gezählt. Der berühmte, weit ausladende Hinterkopf der Nofretete ist das Ergebnis ständigen Bandagierens des Schädels – eine schmerzhafte Behandlung des Neugeborenen, die nur der Herrscherklasse am Nil vorbehalten war. Aber die exakt gezupften, spitz zulaufenden Augenbrauen, der malachitgrüne Lidschatten und die starke Betonung der Augen mit schwarzem Kajal setzten sich durch – bis heute bekannt als Cleopatra-Look.

Archäologen entdeckten schon aus der Zeit um 3200 v. Chr. Gräber mit Salbenschränkchen, die mehr als 30 Fächer besaßen, in denen wertvolle Kosmetika aufbewahrt wurden. Viel Zeit verwandten die Schönheiten damals auf ihre Schönheit – hatten sie doch sonst wenig zu tun. Wie heute?

Marilyn Monroe brauchte gut drei Stunden vor dem Spiegel, um sich in die Kunstfigur MM zu verwandeln. Und es scheint, es gibt wieder Auswüchse wie bei den alten Römern: Die harmonischen Schönheitsideale haben ausgedient, Make-up-Regeln sind auf den Kopf gestellt. Dezent ist nicht in; Schminke soll auffallen – auch bei Männern. Eigentlich nichts Neues: War es nicht der französische Dichter Charles Baudelaire, der vor mehr als hundert Jahren meinte: „Make-up muß man sehen", und sich die Haare violett färbte? Knatschtöne sind wieder in – rot und pink, grellgrün und schockgelb.

Das Signal wird auch in New York vernommen. Im Laden von Patricia Fields in der Achten Straße greifen nicht nur Mädchen und Frauen zu Rouge und Flitterspray: „Männer, immer mehr Männer." Da ist die Pop-Sängerin Cher, die sich den Lidstrich bis auf die Nase pinselt, noch dezent wie der holländische Schwimmer Kees Vervoorn, der bei der Olympiade in Los Angeles mit gefärbter Strähnchenfrisur antrat. Zur Medaille reichte es trotzdem nicht.

Die Lust, die Augen größer, den Mund röter, die Wangen schmaler erscheinen zu lassen, ist auch immer Spiegelbild der Epoche, der Kultur einer Zeit. Die Autorin Ursula Krechel ließ sich durch eine kleine Ausstellung in Edinburgh, „About Face", die noch bis Frühjahr 1986 läuft, zu ihrem Fernsehbeitrag inspirieren. Die Sammlung stellt, so sagt sie, „historisch und ethnologisch die Gesichter vieler Epochen als Ausdruck der Individualität bildhaft dar". Kosmetik, Schminke, Make-up, das ist Signal der Persönlichkeit, aber „das Gesicht ist auch Scheidewand zwischen Intimität und Öffentlichkeit".

GABRIELE HERLYN

KRITIK

Vasen voll von Verwelktem

Eine jener Geschichten, die unter Tränen erzählt werden: Am Sterbebett des Bildhauers Martin (Heinz Bennent) wachen zwei Frauen: Seine mäuschenbrav leidende Exgattin (Francine Blistin) und seine tapfer trauernde geliebte Eva (Natasha Parry).

Und da im Schatten des Todes die gegenseitige Schonzeit vorbei ist, hätte diese erste Begegnung der „Witwen in spe" zur brisanten Studie weiblicher Rivalität (und/oder Solidarität) steigern können. Leider verharren die Damen in morbider Kontaktarmut, sämtliche Emotion auf edle Zurückhaltung eingeebnet. Ein Innenleben findet nicht statt, kann also auch nicht schauspielerisch umgesetzt werden, wobei beide Mängel (sowie Bennents unerträglich steifes Pathos, das sogar für einen Rampen-Tragöden etliche Nummern zu groß wäre) auf das Konto der Filmemacherin Marion Hänsel gehen: Sie schrieb auch das Drehbuch zu ihrem Erstling **Die Kraft der Liebe**, die das ZDF in seiner Reihe „Filme von Frauen" zeigte.

Aber über abgegriffene Klischees, die Atmosphäre vortäuschen sollen, kommt die Regisseurin nicht hinaus. Leichengrau und ausgeblichenes Altrosa sind die Lieblingsfarben. Die paar Symbole, die sie sich ausdenkt, werden immer wieder zitiert, wobei sie vollkommen vergißt, daß spätestens nach der sechsten Vase voller verwelkter Blumen jegliche Dramatik endgültig im Eimer ist. So erscheint der Tod des Künstlers nach 75 matten Minuten als reine Wohltat – vor allen Dingen für den Zuschauer.

DANA HORAKOVA

Comeback auf dem Rummelplatz

Vichy Dancing", der Originaltitel, sagt mehr als das deutsche **Schatten des Ruhms** (ZDF). Léonard Keigel verfilmte nach einem Roman von Pascal Sevran die Geschichte der Véra Valmont, die in der Tat von Ruhmesgipfeln während des Vichy-Regimes in die Niederungen geringster Popularität fiel. Es ist zugleich das Schicksal vieler Stars, die, ob '43 oder '85, nur selten merken wollen oder können, daß ihr Leben länger dauert als ihre Karriere.

Die Film-Valmont – von Colette Renard, selbst ein Chansonstar, glaubwürdig dargestellt – hält sich tapfer mit Schneidereien über Wasser. Ihr unehelicher Sohn, der gar nicht anders kann als sie gut zu finden, entdeckt Vaters Identität und Mutters Vergangenheit bei dem Versuch, ein Comeback zu managen, das auf einem Rummelplatz und während einer Libanon-Tournee stattfindet.

Mit Originalmusik von Charles Trenet bis Django Reinhardt gelang ein Stück unterhaltsame Geschichte. Mit Rückblenden wurde ebenso sparsam umgegangen wie mit thesenhaften Erklärungsversuchen. Die Story war ohnehin klar.

Das Grundthema, daß Lach- oft auch Sorgenfalten sind, klang mit lockerer Handschrift bereits ganz am Anfang an. Am Schminktisch meint Véra Valmont nach zehnjähriger Zwangspause: „Ich werde die neue Creme von Max Factor ausprobieren, sie wird einiges verdecken." Rien du tout, Madame...

MICHAEL HENKELS

Die Welt in einem Tal versammelt

Dieses Fernsehstück handelt von den süffig-grünen Hängen Neuseelands, von den Seen und Wäldern, von den Menschen, den alten und jungen, deren menschliches Antlitz der Film sucht: **Und er nahm mich bei der Hand** (NDR/WDR/HR III).

Ein Junge spielt mit, ein alter Mann ist da, eine Großmutter, die stirbt, eine junge Liebe, die nicht recht gedeihen will, eine streitbar-innige Ehe der Alten – oh, Philemon und Baucis! –, die schöne Unordnung junger Herzen nicht zu vergessen, also kurz, ein Kosmos im Kleinen, die Welt in einem Tal versammelt.

Rolf Hädrich hat die schlichtgewebte Geschichte in stillen Bildern erzählt. Er stützte sich dabei auf den Roman des Maurice Shadbolt, der in deutscher Übersetzung den Titel führt, mit dem leider auch der Film benannt wurde. Im Original heißt die Geschichte „Among The Cinders", was soviel bedeutet wie „Unter der Asche". Zu Recht, denn es geht dabei um das, was unter der Asche sitzt, das nachglüht und wärmt. Es ist Hädrichs Erzählkunst gelungen, die Verborgenheiten sichtbar zu machen, wie etwa in der liebevoll erdachten Figur des Großvaters (dies indes trotz der zu routinierten Synchronisation).

Mit dieser Fernseh-Geschichte setzt der NDR seine erfolgreichen und Maßstäbe setzenden Literatur-Verfilmungen fort. Möge ihm auch in Zukunft genug Geld und Sendezeit dafür bleiben!

VALENTIN POLCUCH

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Villa zu vermieten
Fernsehspiel
11.30 Souvenirs, Souvenirs
12.00 Umschau
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Die Babysitter
15.25 Fauna Iberica
Der Geier Kaspar
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Auf der Lüneburger Heide
Ein musikalischer Bilderbogen
16.55 Links und rechts vom Äquator
17.25 Computerzeit
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Der Computer-Krieg
Dokumentation von Klaus Ullrich und Josef Turecek
Ausgerechnet Amerikas beispielgebende Computerindustrie steckt in einer tiefen Krise. Konnte sie bisher jährliche Zuwächse von 25 bis 40 Prozent verzeichnen, sind heute Massenentlassungen und Betriebsstillegungen an der Tagesordnung: Der Grund: die ostasiatische Billigkonkurrenz. und das Warten auf technische Neuerungen.
21.00 Die Krimistunde
Geschichten von Henry Slesar
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Amadeus und kein Ende – Mozartfilme, Mozartmode, Mozartbücher / Das inszenierte Gesicht – Schminken zwischen Ritual und Moderne
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Rumplhanni (1)
Zweiteiliger Fernsehfilm von Horst Dallmayr und Rainer Wolffhardt nach dem Roman von Lena Christ
Mit Monika Baumgartner, Maria Stadler u. a.
0.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.03 Grisu, der kleine Drache
Reisen
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
16.30 Strandpiraten
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Umwelt
Umwelt, kein Thema für Franzosen
Jacquelin Pérard, Horst Danker und Horst Schättle untersuchen in dieser Sendung, warum das Umweltbewußtsein unserer französischen Nachbarn so schwach entwickelt ist. Denn obwohl dort Meer, Küstenlandschaft und Wälder durch Umweltverschmutzung massiv bedroht sind, halten die Franzosen diese Tatsache für wenig beunruhigend.
18.10 Trio mit vier Fäusten
Unter Mordverdacht
19.00 heute
19.20 Mariä Himmelfahrt '85
19.30 Der Wunschfilm: Musikfilme
– Du bist Musik
Deutscher Spielfilm (1956)
– Conny und Peter machen Musik
Deutscher Spielfilm (1960)
– Bühne frei für Marika
Deutscher Spielfilm (1958)
21.00 Aus Forschung und Technik
Experimente zum Anfassen
Wie Physik zum Vergnügen wird. Bericht von Franz Buob und Hildegard Werth
21.45 heute-journal
22.05 exclusiv
Mit dem ZDF bei Arthur Hailey, Grace Jones u. a.
22.50 Die Wiedertäufer
Komödie von Friedrich Dürrenmatt
Mit Volker Lechtenbrink u. a.
0.50 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
Jack Bodys großer Plan
15.00 Siebstel
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Hausputz bei Fosco
17.00 Die Schnüffler
Der Fall des schutzbedürftigen Engels
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Traumgras, Zedern und Zobel
Sowjetischer Dokumentarfilm oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Tu das nicht, Angelika
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Bob Hope, Lucille Ball, Marilyn Maxwell u. a.
Regie: Don Weis
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
Der Held
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück (7)
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das Schiff der Verurteilten
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Mit Alan Ladd, James Mason u. a.
Regie: John Farrow
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
u. a. Grenzstation: Mauer Zimmerstraße 11
Reportage von Werner Brüssau
19.00 heute
19.30 Derrick
Inkasso
Von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
21.15 Freude an Musik
Rudolf Buchbinder spielt berühmte Musikstücke
21.45 Deutschland im August (2)
Von Sylt bis zur Zugspitze
22.15 Café Central
Jedermänner unter sich
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
Lach- und Sachgeschichten
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

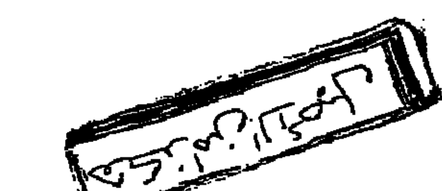
NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Natur und Freizeit
Mit Ulrich Nebelsiek
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Ungarn
An der schönen blauen Donau

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Nirgendwo ist Poenichen
1948 – Der Mann mit den Heringen
19.30 Nirgendwo ist Poenichen
1951 – Das Schachspiel

Gemeinschaftsprogramm:
WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Die Flamme von Arabien
Amerikanischer Spielfilm (1951)
Mit Maureen O'Hara, Jeff Chandler u. a.
Regie: Charles Lamont
21.30 Grand Café (6)
Das optische Ei
21.45 Rückkehr zu den Sternen
Der Astrophysiker Reinhard Breuer stellt den bunten Visionen der Science-fiction-Autoren die faszinierenden Erkenntnisse der wissenschaftlichen Himmelsbeobachtung gegenüber. Fragen werden aufgeworfen: Woher kommen wir? Sind wir allein oder nur eine unter vielen Zivilisationen? Wird der Mensch die Erde wieder zerstören, die vor mehreren Milliarden Jahren entstand?
23.10 Berliner Tinte
Sieben Autoren in ihrer Stadt
23.55 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Die Liebe und die erste Eisenbahn
Deutscher Spielfilm (1934)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Uhr
Polnischer Fernsehfilm
20.20 Die Diener des Fürsten
6 Jahre Arbeit am Keltengrab
21.05 Gold
Magie eines Metalls
22.35 Wallfahrten in Europa – Montserrat
Beobachtungen auf dem Heiligen Berg der Katalanen
23.20 Z. E. N. Meditation zum Fest Mariä Himmelfahrt
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Himmelblau mit Silberstreifen
20.30 Fall auf Fall – Recht für jeden
20.45 „Seit die Gospa hier erscheint ..."
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Mahd der Habichtswiese
Tschechoslow. Spielfilm (1981)
23.10 Jazz um Mitternacht
0.20 Rundschau



Die Macht nimmt ab

J.Sch. (Paris) – Zunehmende Arbeitslosigkeit schwächt die Macht der Gewerkschaft. Denn die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes läßt die Streikbereitschaft erlahmen. Dies zeigt sich auch in Frankreich. Hier ging in den letzten Monaten die Zahl der durch Streiks verlorengegangenen Arbeitsstunden im Jahresvergleich um immerhin fast zwei Drittel zurück.

Aber schon seit einigen Jahren finden die Gewerkschaften bei den Arbeitnehmern weniger Gehör. Das bestätigt die jetzt vom Arbeitsministerium veröffentlichte Bilanz über die letzten Betriebsratswahlen. Die Beteiligung der eingeschriebenen Wähler erreichte 1984 nur noch 68,7 Prozent nach 70 Prozent 1982 und 1980 sowie 71,1 Prozent 1978.

Unter dem Desinteresse hatten vor allem die radikalen, politisch organisierten Gewerkschaften zu leiden. So schrumpfte der Stimmenanteil der kommunistischen CGT gegenüber 1982 auf 29,3 (26,3) Prozent und der der linkssozialistischen CFDT auf 21 (19,2) Prozent. Dagegen brachten es die gemäßigten Gewerkschaften Force Ouvrière auf 13,9 (11,7), die CGC auf 7,1 (7,0) und die CFDC auf 3,8 (2,9) Prozent.

Den größten Zuwachs verbuchten allerdings die freien Kandidaten, die mit zuletzt 19,7 Prozent nicht mehr weit davon entfernt sind, zur dritten Kraft in den Betriebsräten zu werden. Dies ist deshalb beachtlich, weil die fünf Gewerkschaften auch in denjenigen Betrieben Kandidaten aufstellen dürfen, in denen sie keine Mitglieder besitzen. Ohne dieses seit 1950 gesetzlich verankerte „Monopol" wäre es um den gewerkschaftlichen Einfluß wahrscheinlich noch schlechter bestellt.

Wandel

adh. – Bei ihrem energischen Trommeln für eine Öffnung der internationalen Textilmärkte auf Gegenseitigkeit und für einen Abbau gezielter Subventionen besonders in anderen EG-Ländern wird die deutsche Textilindustrie wohl überall auf Verständnis stoßen. Kritischer dürfte es bei dem Wunsch nach Flankenschutz für den anhaltenden Strukturwandel der heimischen Textilunternehmen werden. Denn mit ihren beträchtlichen Exporterfolgen haben die deutschen Textilien selbst für erheblichen Wettbewerb auf den Weltmärkten gesorgt und gehen jetzt daran, mit dem beginnenden Eindringen in die Märkte in Südostasien auch den Schwellenländern, die den deutschen Binnenmarkt mit Billiglieferungen verstopfen, Kontra zu bieten. Hochtechnisiert und durchrationalisiert versteht sich die deutsche Textilindustrie heute als eine der modernsten auf der Welt. Der Wunsch nach Flankenschutz wird bei den Partnern auf wenig Gegenliebe stoßen.

TEXTILINDUSTRIE / Verband beklagt erhebliche Wettbewerbsverzerrungen

Bei stagnierendem Inlandsmarkt bleibt Export Zugpferd der Branche

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Inlandsabsatz stagniert. Auch der Export ist schwieriger geworden, bleibt aber nach wie vor das Zugpferd für die Textilkonjunktur. Gebremst fühlen sich die deutschen Textilunternehmen bei ihren erfolgreichen Exportbemühungen, die sie immerhin hinter Italien zum zweitgrößten Textilexporteur der Welt haben aufrücken lassen, vor allem durch Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Textilhandel.

Dazu gehören nach Einschätzung des Spitzenverbandes Gesamttextil in Frankfurt auch „autonome Abwehrmaßnahmen einzelner Industrieländer". Namentlich nennt der Verband in seinem jetzt vorgelegten „Jahrbuch der Textilindustrie 1985" vor allem die Vereinigten Staaten, wo die Außenzölle Spitzensätze von über 30 Prozent erreichen, sowie Kanada, Südafrika und Australien. Auch die meisten Schwellenländer hätten ihren Textil- und Bekleidungsmarkt durch hohe Zölle und andere Maßnahmen abgeschirmt, während bei den Staatshandelsländern die staatliche Importpolitik den kaufmännischen Bemühungen der westlichen Lieferanten Grenzen setze.

Vor diesem Hintergrund ist das erneute vehemente Plädoyer der Branche für eine Verlängerung (und Modifizierung) des im nächsten Jahr auslaufenden Welttextilabkommens (WTA), das die internationalen Textilen Handelsströme regelt, zu sehen. Gesamttextil plädiert für eine Öffnung der Märkte auf Gegenseitigkeit und will einzig den „echten" Entwicklungsländern gewisse Prioritäten in Gestalt größerer Lieferquoten einräumen, die freilich zu Lasten der Schwellenländer gehen sollen. Darüber hinaus sei eine Verlängerung des WTA auch deshalb notwendig, weil es „noch" als Flankenschutz für die Anstrengungen der Industrie im Strukturwandel gebraucht werde.

Dabei erinnert der Verband an die „auffällige Parallelität" zwischen dem Anschwellen der Niedrigpreisimporte und den Arbeitsplatzverlusten in der Branche. Von 1973 bis 1983 schrumpfte die Zahl der in der deutschen Textilindustrie Beschäftigten um 44 Prozent auf 238 000 Mitarbeiter, gleichzeitig verdreifachte sich im Zuge anschwellender Importe vor allem aus Niedrigpreisländern der Einfuhrüberschuß in der textilen Außenhandelsbilanz. Im vergangenen Jahr verdrängten die USA den durch den hohen Dollarkurs ausgelösten Importsog die Bundesrepublik von ihrem Weltspitzenplatz als Textilimporteur, gleichwohl ist der deutsche Einfuhrüberschuß weiter auf 8,7 Mrd. DM (1984) gestiegen.

Als „beachtlichen Erfolg" wertet der Bericht die Tatsache, daß die Branche in den zehn Jahren von 1974 bis 1984 ihr Produktionsniveau zu 90 Prozent zu verteidigen verstand, Indiz für die durch energische Rationalisierung erreichten hohen Produktivitätsfortschritte (plus 51 Prozent). Im vergangenen Jahr erzielten die noch 1400 deutschen Textilunternehmen mit gut 235 000 Beschäftigten knapp 35 Milliarden DM Umsatz, davon ein Viertel im Direktgeschäft mit dem Ausland. Inklusive Bekleidung aber ohne Rohstoffe erreichten die textilen Ausfuhren knapp 23 Mrd. DM (plus 15 Prozent), die Einfuhren gut 31 Mrd. DM (plus 13 Prozent). Inzwischen ist die Gangart etwas langsamer geworden. Bisher expandierten in diesem Jahr die Ausfuhren um zwölf, die Importe um sechs Prozent. Ursache für diese vergleichsweise schwache Einfuhrentwicklung ist der nach wie vor stagnierende Inlandsabsatz an Textilien, der schon im vergangenen Jahr dem einschlägigen Einzelhandel nur ein einprozentiges Umsatzplus brachte.

Besonders schwer tun sich derzeit die konsumnahen Textilbereiche, allen voran die Anbieter von Heim- und Haustextilien. „Ohne Export läuft nichts", heißt es deshalb in der Branche. Angesichts des stagnierenden Inlandsabsatzes und des schwieriger gewordenen Exportgeschäfts wird für das ganze Jahr eine Produktion etwa in Vorjahreshöhe erwartet; der Umsatz liegt nach den bisher vorliegenden Zahlen (erste vier Monate) um knapp fünf Prozent über dem Vorjahresstand, in der Bekleidungsindustrie leicht darunter, die Zahl der Beschäftigten ist um zwei Prozent gesunken.

MARKENPIRATERIE

Bonn will die Initiativen zur Bekämpfung verstärken

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung will verstärkt sowohl in multinationalen Gremien als auch in Verhandlungen mit einzelnen Ländern die Markenpiraterie angehen. Denn die sklavische Nachahmung deutscher Produkte durch Hersteller in anderen Ländern, vor allem im Fernen Osten, bringt zahlreiche Industrie- und Gewerbebereiche in Schwierigkeiten. In einem Brief weist der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, darauf hin, daß es der Bundesregierung in Verhandlungen, so mit Korea, in vielen Fällen gelungen sei, solche Nachahmungen zu unterbinden.

„Wichtig ist vor allem, daß der jeweilige deutsche Hersteller in dem imitierenden und auch in dem von Exporten aus dem imitierenden Land betroffenen Drittstaat um Schutzrechte bemüht ist", heißt es in dem Brief. Im internationalen Bereich genießen deutsche Exporte nur dann Schutz, wenn die deutschen Hersteller gemäß den ausländischen Rechtsvorschriften Schutzrechte wie Geschmacksmuster- und Kennzeichnungsrechte erworben haben. Beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) wurde ein Vorprüfungsausschuß eingerichtet. Dieser stellt fest, ob eine Nachahmung gegen deutsches Wettbewerbsrecht verstößt. Ist dies der Fall, dann wird das Bundesjustizministerium unterrichtet, das über das Auswärtige Amt Interventionen durch die jeweilige Botschaft veranlaßt.

Ein Sonderfall ist Taiwan, da keine diplomatischen Beziehungen mit diesem Land bestehen. Die Interessen der deutschen Industrie werden vom „Deutschen Wirtschaftsbüro" in Taipei wahrgenommen. Die taiwanesische Regierung hat wiederholt ausländische Unternehmen aufgefordert, ihre Handels- und Warenzeichen in Taiwan eintragen zu lassen.

In der britischen Kronkolonie Hongkong, wo die Bundesrepublik mit einem Generalkonsulat vertreten ist, sind vor allem unzulässige Nachahmungen deutscher Textilmuster vorgekommen. Seit der Unterzeichnung einer Musterschutzvereinbarung im Oktober 1977 hat sich die Situation nach Angaben Sprungs deutlich gebessert. Hongkong hat sich darin verpflichtet, Musterschutzverletzungen zu verhindern und den deutschen Behörden die Unterlagen zur Rechtsverfolgung zu liefern.

Im Januar hatte das Bundesjustizministerium bereits eine Initiative zur Bekämpfung der Markenpiraterie eingeleitet. In diesem Zusammenhang werden gegenwärtig eine Reihe von Maßnahmen geprüft, um die Quellen und Absatzwege der Piratenware besser aufdecken zu können. Überdies geht es um ein höheres Risiko für Piraten und Vertreiber gefälschter Ware, um die Schaffung eines EG-einheitlichen Zollbeschlagnahmeverfahrens und um eine Übereinkunft im Rahmen des Gatt.

Lira bleibt gefährdet

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der 19. Juli, der als „Schwarzer Freitag der Lira" in die Geschichte der italienischen Zentralbank eingegangen ist, wird ein Nachspiel haben. Sofort im Anschluß an die Sommerferien will die italienische Regierung die haushalts- und kreditpolitischen Maßnahmen verabschieden, die als unerläßlich angesehen werden, um die Abwertung der Lira nicht wirkungslos verpuffen zu lassen. Letzter Termin für die Formulierung einer wirksamen Strategie ist der 30. September. Dann muß die Regierung dem Parlament den Entwurf zu dem Finanzgesetz des Jahres 1986 vorlegen.

Die Vertreter einer rigoroseren Wirtschafts- und Haushaltspolitik, allen voran der Vorsitzende der Republikanischen Partei, der Craxi-Vorgänger Giovanni Spadolini, haben das Finanzgesetz bereits als den Prüfstein für die Koalition in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt. Mit deutlicher Anspielung auf die Sozialisten haben die christlichen Demokraten vor den Folgen gewarnt, die ein Schleifenlassen der Stabilisierungsbemühungen für die Wirtschaft nach sich ziehen würde. Damit zeichnet sich ein heißer Nachsommer ab, da die fünf Koalitionspartner zwar ein gemeinsames Ziel, eine niedrigere Inflationsrate, im Auge haben, über die Wege dahin aber weitgehend zerstritten sind.

Die Sozialisten scheuen vor allen Maßnahmen zurück, die den Konsens der Gewerkschaften in Frage stellen könnten. Das bedeutet beispielsweise, daß die letzten Angebote der Arbeitnehmerorganisationen zur Abkühlung der Lohndynamik, unter anderem die Vorschläge zur Abschwächung des Index-Mechanismus der gleitenden Lohnskala, von ihnen bereits als ausreichend angesehen werden, um eine Stabilisierung der Lohnkostenentwicklung herbeizuführen.

Nicht nur die Sozialisten sind es jedoch, die sich bei den Bemühungen um schärfere Eingriffe in die Verbrauchsdynamik querlegen. Widerstände gegen tiefgreifende Sparmaßnahmen gehen auch von Teilen der christlichen Demokraten aus, die davon eine Aushöhlung der bestehenden Systeme der Sozialversicherung und des staatlichen Gesundheitsdienstes befürchten. Dabei sind es in erster Linie diese beiden Systeme zusammen mit den übrigen Personalkostenbereiche im Staatshaushalt, die von den Sanierungsstrategen ins Visier genommen worden sind.

Wenn das Haushaltsdefizit 1986, wie ursprünglich geplant, unter der 100 000-Milliarden-Lire-Marke gehalten werden soll, wird dies nur dadurch geschehen können, daß der Hebel in den kommenden Monaten hier angesetzt wird. Die Defizite der Sozialversicherung und des Gesundheitsdienstes stellen bereits fast die Hälfte des Gesamtfehlbetrags des Staatshaushalts. Die übrige Hälfte setzt sich überwiegend aus den Zinsen für die Staatsschuld zusammen.

In der Kabinettsitzung vom 20. Juli, auf der die Regierung Craxi ein Bündel haushaltspolitischer Stabilisierungsmaßnahmen beschloß, verpflichtete sich Italien gegenüber den Partnern des Europäischen Währungssystems zu Einsparungen und zusätzlichen Einnahmen, die das für das Jahresende erwartete Staatsdefizit um etwas über 6000 Milliarden Lire vermindern sollen. Das entspricht gerade ungefähr einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise, da die Staatsschuld inzwischen bereits beinahe in die gleiche Größenordnung gerückt ist, nur etwas mehr als einem Prozent der staatlichen Verbindlichkeiten. Von einem Sanierungs- oder Stabilisierungseingriff kann aus diesem Grunde nicht die Rede sein.

Schon jetzt läßt sich daher leicht absehen, daß im September die in den letzten Wochen wieder aufgebrochenen Gegensätze zwischen zwei grundverschiedenen Konzeptionen der Wirtschafts- und Haushaltspolitik voll aufeinanderprallen werden. Auf der einen Seite die Republikaner und Mehrheit der christlichen Demokraten, die – geschart um Schatzminister Giovanni Goria und Zentralbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi – eine Verschärfung der bisher vorgesehenen Stabilisierungsmaßnahmen predigen. Auf der anderen die Sozialisten, die Stabilisierung nur so weit zu betreiben entschlossen sind, wie diese mit dem Hauptziel der Partei, Wachstum und Beschäftigung, zu vereinbaren ist. Es zeichnen sich somit wieder Kompromisse ab, so daß die die Lira weiter gefährdet bleibt.

AUF EIN WORT



„In einer Zeit, in der das Interesse an einem sinnvollen und berechtigten Datenschutz in eine Datenhysterie umzukippen droht, erscheint mir gerade die Wirtschaft in erster Linie aufgerufen, bei Bestandszählungen mit gutem Beispiel voranzugehen – schon um unserer Glaubwürdigkeit willen."

Fritz Eder, Präsident der Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg
FOTO: DIE WELT

DIW kritisiert Geldpolitik

wz. Berlin

Das Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, ist unzufrieden mit den nach wie vor zu hohen Realzinsen, die die Investitionen hemme. Außerdem kritisiert es die gebremste Geldmenge. Der geldpolitische Kurs der Bundesbank sei „nicht wachstumsgerecht". Die starren Geldmengenregeln müßten durch eine wachstumsorientierte Verstetigungspolitik ersetzt werden. Gemeint ist hier besonders eine kontinuierliche Geldmengenexpansion. Allerdings wird gleichzeitig die Bedeutung anderer Faktoren – Außenwirtschaft oder Lohn- und Finanzpolitik – nicht verkannt.

BANKENVERBAND

Die Wirtschaft ist wieder auf dem Wachstumspfad

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit deutlich gestiegener Industrieproduktion, weiter zunehmendem Auftragseingang bei Investitionsgütern und Verbrauchsgütern ist die deutsche Wirtschaft auf den Wachstumspfad zurückgekehrt. Nach dem Konjunkturbericht des Bundesverbandes deutscher Banken für August hat auch der private Verbrauch nach vorangegangener Schwächephase wieder angezogen. Dazu habe vor allem die Belebung des Automobilabsatzes beigetragen. Selbst bei der Baunachfrage sieht der Bankenverband nach letzten Daten über Baugenehmigungen und Auftragsvergaben ein Ende der Talfahrt ab, wenn sie sich auch noch auf niedrigem Niveau bewegt.

Die Wachstumsdynamik hat jedoch noch nicht ausgereicht, das gestiegene Arbeitskräfteangebot zu absorbieren und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen weniger als in den Vorjahren stieg, drängen – wie um diese Jahreszeit üblich – zusätzliche arbeitsuchende Schüler auf den Arbeitsmarkt. Für die Preisentwicklung sieht der Bankenverband gute Chancen, daß die Anstiegsrate der Verbraucherpreise von gegenwärtig 2,3 Prozent in den nächsten Monaten weiter zurückgehen wird.

Die Abschwächung des Dollars hat die Preisstabilisierung gefördert und Zinssenkungsspielraum geschaffen. Neben der Abschwächung des Dollars hätten auch Inlandseinflüsse zum Rückgang der Kapitalmarktzinsen beigetragen. Der Bankenverband: „Die derzeitigen nationalen und internationalen Bedingungen sprechen für einen weiteren tendenziellen Zinsrückgang."

STEUERPOLITIK

Stoltenberg ist mit Zielen der FDP einverstanden

AP, Bonn

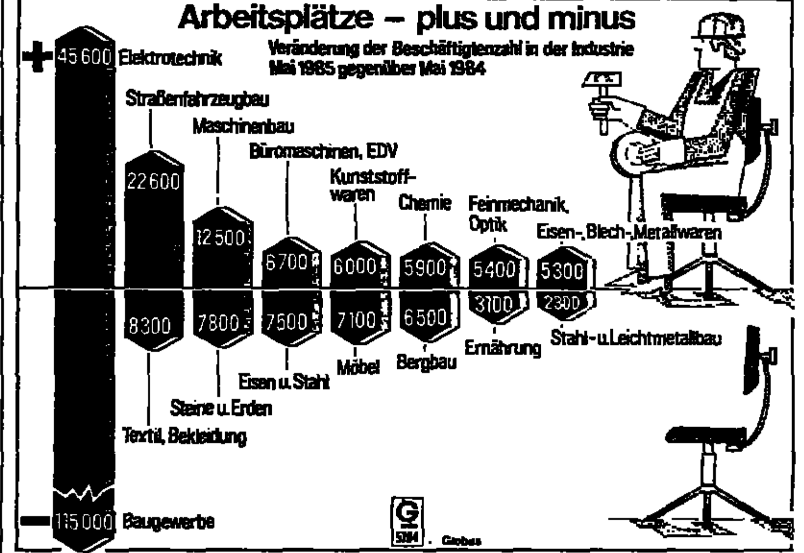
Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat sich im Grundsatz mit den Plänen der FDP für eine Steuerreform nach der Bundestagswahl 1987 einverstanden erklärt. Stoltenberg sagte gestern bei der Vorlage des Zollberichtes 1984, die Beschlüsse des FDP-Präsidiums stimmten im wesentlichen mit seinen Vorstellungen überein. Allerdings halte er die exakte Quantifizierung der Steuersenkungen – 40 Mrd. DM – für „noch nicht ausgereift". Für das letzte Drittel der Wahlperiode erwarte er innerhalb von CDU/CSU und FDP eine intensive Grundsatzdebatte über die Steuerpolitik.

Stoltenberg erinnerte ausdrücklich an ein Interview, in dem er zu Beginn der Sommerpause eine Steuersenkung von 35 bis 40 Mrd. DM in zwei Stufen in Aussicht gestellt hatte. Diese Zahlen seien „nicht ganz aus dem Leeren gegriffen", meinte der Minister jetzt. Als besondere Punkte der Übereinstimmung mit der FDP nannte er die Einführung eines gleichmäßig ansteigenden („linear progressiven") Tarifs bei der Lohn- und Einkommensteuer, die Erhöhung des Grundfreibetrages für alle Steuerzahler sowie die Verbesserung des Kinderfreibetrages.

Als „Schwäche" des FDP-Konzeptes nannte Stoltenberg, daß der angestrebte Abbau von Steuervergünstigungen in Höhe von 20 Mrd. DM nicht präzisiert werde. Er habe „erhebliche Zweifel", ob es gelingen werde, die Subventionen um diesen Betrag zu kürzen.

Mit Blick auf mögliche Steuersenkungen wies Stoltenberg auf die Schwierigkeiten hin, die sich durch die Harmonisierung des EG-Steuerrechts ergeben. Allerdings seien die EG-Vorschläge noch nicht diskutiert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Zum ersten Mal seit Jahren haben einige Industriezweige ihren Beschäftigtenzahl wieder erhöht. Vor allem zählen zu diesen Branchen der Elektroindustrie, der Automobilindustrie, der Maschinenbau. Ohne das Baugewerbe, daß die Zahl seiner Mitarbeiter kräftig abbauen mußte, wäre die Beschäftigungsbilanz der Industrie positiv. QUELLE: GLOBUS

KfW: Investitionskredite werden kräftig nachgefragt

Frankfurt (cd.) – Über eine deutlich stärkere Nachfrage nach zinsgünstigen Investitionskrediten seitens der gewerblichen Wirtschaft und vor allem der Kommunen, bei denen die Finanzierung von Baumaßnahmen in den Bereichen Umweltschutz, Energie- und Wasserwirtschaft im Vordergrund stehen, berichtet die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Der vorgesehene Rahmen für das ERP-Abwasserreinigungsprogramm ist bereits ausgeschöpft; die KfW bietet jedoch weiterhin Mittel zu den Konditionen des Programms an.

Neue Währung geplant

Abu Dhabi – Die Finanzexperten der im Rat für Zusammenarbeit der Golfstaaten zusammengefaßten Länder arbeiten an einer gemeinsamen Währung, berichtete in Abu Dhabi die halbamtliche Tageszeitung „Al Itihad". Dem Rat gehören Saudiarabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrein, Kuweit, Qatar und Oman an.

Drupa bereits ausgebucht

Düsseldorf (dpa) – Die 9. Internationale Messe Druck und Papier „Drupa", die im Mai kommenden Jahres in Düsseldorf stattfindet, ist schon jetzt ausverkauft. Die rund 1400 teilnehmenden Unternehmen haben die gesamte Ausstellungsfläche von 117 000 qm gebucht, teilte die Düsseldorfer Messegesellschaft NOWEA mit. Anmeldungen zur „Drupa '86", die als bedeutendste Fachmesse für die Druck- und papierverarbeitende Industrie in der Welt gilt, gingen aus 31 Ländern ein, darunter auch „Exoten" – Unternehmen aus Indien, Taiwan und Thailand, die zum ersten Mal dabei sind.

Fibor unverändert

Frankfurt (DW.) – Der Referenzzinssatz für D-Mark-Anleihen mit variablem Zins, die „Frankfurt Interbank Offered Rate" (Fibor), die seit Montag börsentäglich in Frankfurt ermittelt wird, blieb gestern mit 4,85 Prozent für drei Monate und 4,95 Prozent für sechs Monate unverändert. Diese beiden Zinssätze, von denen die tatsächlichen Zinsen für Floating rate notes in D-Mark je nach Bonität des Schuldners nach oben oder unten abweichen können, werden seit gestern in der WELT auf der Börsenseite unter den „Geldmarktsätzen im Handel unter Banken" veröffentlicht.

Ingenieure profitieren

Frankfurt (dpa/VWD) – Deutsche Ingenieurfirmen – sogenannte Consulting-Unternehmen – profitieren zunehmend von der staatlichen Hilfe für die Dritte Welt. Von ihrem gesamten Auslands-Umsatz 1984 (rund 1,1 Mrd. DM) stamme rund ein Fünftel aus dem Etat der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), sagte gestern GTZ-Sprecherin Sylvia Mallinkrodt. Sie wies darauf hin, der Umfang der Aufträge der staatlichen Entwicklungshilfe-Agentur an „Helfershelfer" in der Privatwirtschaft habe sich damit innerhalb von nur zehn Jahren verdreifacht.

Weinverbot aufgehoben

Bonn (DW.) – Taiwan führt wieder deutsche Weine ein. Kurzfristig hatte die zentrale Import- und Weinvertriebsbehörde Taiwans ein vollständiges Einfuhr- und Verkaufsverbot für alle österreichischen und deutschen Weine erlassen, nachdem der „Frostschutz"-Skandal bekannt geworden war.

„Mehr für Arbeitslose tun"

Düsseldorf (dpa) – Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert öffentliche Investitionsprogramme, beispielsweise durch Förderung neuer, sozialverträglicher Techniken, verstärkte Maßnahmen in der Wohnumfeldverbesserung, im sozialen Wohnungsbau und im öffentlichen Personennahverkehr. Die Sparmaßnahmen Nordrhein-Westfalens sollen nicht hingenommen werden. Notfalls müßten diese Maßnahmen auch durch eine zeitlich begrenzte Neuverschuldung finanziert werden.

SPD fordert Zinssenkung

Bonn (dpa/VWD) – Die SPD hat die Bundesbank aufgefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen und den Diskontsatz von derzeit 4,5 Prozent um mindestens einen Prozentpunkt zu senken. Wenn die Zentralbank in „einen Trippelschritt" verfalle und die Zinsen nur um einen halben Prozentpunkt senke, fördere dies eine abwartende Haltung in der Wirtschaft, erklärte der Wirtschaftsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Jens. Der Zentralbankrat berät heute über eine mögliche Leitzinssenkung.

VEREINIGTE STAATEN

Konsumschwäche dämpft alle Konjunkturhoffnungen

H.-A. SIEBERT, Washington

Nicht erfüllen wird sich in den USA die Hoffnung auf ein stark beschleunigtes Wirtschaftstempo im dritten Quartal, nachdem das Realwachstum im ersten Halbjahr nach deutscher Berechnungsmethode nur 0,5 Prozent betrug. Zurückhaltung üben die amerikanischen Verbraucher, während die abgeflachte Gewinnkurve der Unternehmen die Investitionen weiter bremsen wird. Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, liegen die Einzelhandelsumsätze um 0,7 Prozent unter dem Durchschnitt der April/Juni-Periode. Unerreichbar scheint das von Januar bis Juni registrierte Plus von 8,5 Prozent auf Jahresbasis.

Saisonbereinigt stiegen die Einzelhandelsumsätze in den USA im Juli lediglich um nominal 0,4 Prozent, verglichen mit minus 1,4 Prozent im Juni (nach unten revidiert). Gegenüber dem Vorjahrsmonat machte die Zunahme 5,7 oder real etwa 1,7 Prozent aus. Bei Gebrauchsgütern waren es nominal 9,3, bei Konsumgütern 3,8 Prozent. Hier hielten die Geschäfte gerade mit der Inflation Schritt. Besorgniserregend ist der Rückgang der Umsätze im Autohandel um 0,5 Prozent im Juli, da ein Ende des Streiks der Teamster, die Wagen von den Werken zu den Händlern transportieren, nicht abzusehen ist.

Optimistisch bleibt allerdings US-Handelsminister Baldrige. Er will ein größeres Vertrauen der Verbraucher ausgemacht haben, außerdem setzt er auf niedrigere Zinsen. Nicht ermutigend sind jedoch die Großhandelsumsätze, die im Juni um nominal 3,7 Prozent unter und die Lagerbestände, die um 7,2 Prozent über dem Vorjahrsmonat lagen.

HANDWERK / Kritik der Kammer in Münster an Lehrlingen mit Abitur

Stolz auf überbetriebliches Zentrum

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Handwerksmeister werden zunehmend kritisch gegenüber der Einstellung von Abiturienten als Auszubildende, weil diese Lehrlinge nach ihren Erfahrungen „ja doch wieder gehen".

Dies erklärte für den räumlich größten Handwerkskammerbereich, den von Münster in Westfalen, sein Vizepräsident Christian Vogedes vor Journalisten. Abiturienten machen im Kammerbereich Münster, der sich bis weit in das Ruhrgebiet erstreckt, zur Zeit 9,4 bis 9,8 Prozent der Auszubildenden unter insgesamt 38 000 Lehrlingen aller Berufe des Handwerks aus. Im Bundesdurchschnitt sind es nur fünf Prozent.

Die Handwerkskammer Münster hat ihre überbetriebliche Ausbildung, die der Bund 1985 mit 180 Millionen Mark für alle inzwischen bestehenden 322 Ausbildungsstätten dieser Art in den Ländern fördert, auf ein Höchstmaß ausgebaut. Die Vermittlungsquote zu einer Lehrstelle liege bei 75 Prozent. Ausgebildet wird in 16 Fachbereichen mit über 750 Plätzen, wobei das Aushängeschild ein erst vor wenigen Tagen in Betrieb genommenes „Handwerker-Bildungszentrum" ist, in dem unter anderem eine Druck-Werkstatt eingerichtet wurde. Hier steht die einzige Vierfachdruckmaschine, die es in einer überbetrieblichen Ausbildungswerkstatt des Handwerks gibt. Der zweite Bauabschnitt des Bildungszentrums hat ein Bauvolumen von rund 36 Millionen Mark und wird zu 80 Prozent aus Mitteln des Bundes, zu zehn Prozent aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und zu zehn Prozent aus Mitteln der Kammer finanziert.

Die Superausstattung der Werkstätten begründet Vogedes, ein selbständiger Tischlermeister, unter anderem mit der Spitzenposition der Handwerkskammer Münster, in der 60 Prozent aller angeschlossenen Betriebe Lehrlinge ausbilden. Die Kammer, zu deren Bezirk auch der von der Textilkrise besonders betroffene Raum Gronau an der deutsch-niederländischen Grenze gehört, hat besondere Anstrengungen unternommen, um Handwerksbetriebe zur Einstellung zusätzlicher Lehrlinge zu veranlassen. Im Raum Gronau wurden unter anderem für 1300 Jugendliche außerbetriebliche Vollausbildungsmaßnahmen im Rahmen einer Ausbildungsgemeinschaft geschaffen, und zwar schwerpunktmäßig in den Bereichen Tischler, Schlosser, Maler und Bürokaufleute im Handwerk.

Diese Ausbildungsmaßnahmen haben einen hohen betrieblichen Anteil, was bedeutet, daß die Lehrlinge fünf Monate im Jahr in Unternehmen untergebracht sind und dort betriebliche Praxis und betrieblichen Alltag erleben.

GROSSBRITANNIEN

Höchstproduktion seit sechs Jahren

WILHELM FURLER, London

Die Produktion in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens ist im Juni um 1,2 Prozent gestiegen und hat damit ihr höchstes Niveau seit mehr als fünf Jahren erreicht. Für Mai hatte das Statistische Amt in London noch einen leichten Rückgang der Produktion in der verarbeitenden Industrie um 0,2 Prozent gemeldet.

Zum letzten Mal lag die Industrieproduktion ohne Berücksichtigung der Kohle-, Öl- und Gasförderung im März 1980 auf dem gegenwärtigen Niveau. Gegenüber dem letzten Tiefpunkt im Konjunkturzyklus im ersten Quartal 1981 hat sie einen um elf Prozent höheren Stand erreicht. Allerdings liegt das gegenwärtige Produktionsniveau noch um sechs Prozent unter dem bisherigen Höchststand, der kurz vor dem Wahlsieg der Thatcher-Administration im Mai 1979 gemeldet worden war.

Zwischen dem ersten und zweiten Quartal dieses Jahres ist sowohl die gesamte Industrieproduktion in Großbritannien, also einschließlich Energie, als auch die Produktion der verarbeitenden Industrie um 0,5 Prozent gestiegen. Bei der gesamten Industrieproduktion kam es im Juni allerdings zu einem geringfügigen Rückgang gegenüber dem Vormonat *um 0,2 Prozent, der ausschließlich auf* die für diese Zeit üblichen Wartungsarbeiten an den Bohrplattformen in der Nordsee und damit auf einen reduzierten Ölfluß zurückzuführen ist.

Die Produktion im Metallbereich konnte sich am stärksten verbessern, nämlich um 6,9 Prozent zwischen dem ersten und zweiten Quartal dieses Jahres. Dies ist zum Teil auf das Ende des Kohlestreiks im März zurückzuführen. Die Produktion im Chemiebereich legte in der gleichen Zeit um 1,3 Prozent zu. Die Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakindustrie produzierte zwischen dem ersten und zweiten Quartal dagegen 1,7 Prozent weniger, während es im Maschinenbau zu einem Anstieg um 0,7 Prozent kam.

Die leichte Abschwächung der Jahres-Wachstumsrate für die Produktion in der verarbeitenden Industrie auf etwas unter 2,5 Prozent wird von der britischen Wirtschaft auf gewisse durch den hohen Pfundkurs bedingte Absatzschwierigkeiten zurückgeführt.

ITALIEN / Montedison will die mehrheitliche Beteiligung an Bi-Invest – Entsteht ein Musterprozeß?

Fiat-Familie stärkt Bonomi-Holding den Rücken

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Mailänder Börse ist in ihrer sommerlichen Ruhe gestört: Das Management des größten italienischen Chemiekonzerns, Montedison, und *das Management der Holding* der Bonomi-Gruppe, Bi-Invest, führen einen ungewöhnlichen Kampf. Gestritten wird um die 38-Prozent-Beteiligung von Bi-Invest, die die Montedison-Tochter Me. Ta. Anfang Juli erwarb.

An der Börse gehen Gerüchte um, *daß Montedison jetzt mit über* 51 Prozent an der Holding beteiligt ist. Bi-Invest versucht dagegen Einspruch zu erheben. Begründung: Das italienische Gesetz werde dadurch verletzt. Grundlage der Klage ist das italienische Aktienrecht, das den an der Börse *gehandelten* Gesellschaften verbietet, über Kreuzbeteiligungen mehr als zwei Prozent gesellschaftsrechtlich geltend zu machen.

Die Firma Bi-Invest geht dabei davon aus, daß sie nicht nur seit einigen Jahren einen Kapitalanteil an der Finanzgesellschaft *Gemina hält*, die mit 17 Prozent des Montedison-Kapitals der größte Aktionär des Chemiekonzerns ist, sondern seit dem 18. Juli dieses Jahres auch direkt zwei Prozent von Montedison besitzt. Mit juristischer Spitzfindigkeit weist Bi-Invest darauf hin, den Erwerb dieser Montedison-Quote dem Management des Konzerns per Gerichtsvollzieher am 12. Juli mitgeteilt zu haben, während die am 10. Juli per Post abgesandte Mitteilung der Montedison-Beteiligung erst drei Tage später bei der Bonomi-Holding eintraf.

Jenseits dieser Spitzfindigkeiten *zeichnet sich ein Musterprozeß ab*, in dem es zu einer Neudefinition des Verbots kommen könnte, über Kreuzbeteiligungen mehr als zwei Prozent geltend zu machen. Mailänder Finanzexperten sehen dieses Verbot als Einschränkung für Operationen an, *die darauf abzielen*, aus betriebswirtschaftlichen und konzernpolitischen Gründen Einfluß auf andere Gesellschaften zu gewinnen. Was als Barriere gegenüber reinen Finanzspekulationen gedacht war, erweist sich immer mehr als Hemmschuh *für Bemühungen, Strukturveränderungen* und -verbesserungen in der Industrie und in den Dienstleistungsbereichen herbeizuführen. In diesem Fall ist es kein Geheimnis, daß Montedison interessiert ist, Unternehmen, die derzeit von der Konzerntochter Me. Ta. kontrolliert werden, mit Firmen zu fusionieren oder kooperieren zu lassen, die zur Gruppe Bi-Invest gehören.

Einen pikanten Beigeschmack erhält die Affäre auch noch durch die Tatsache, daß es sich um den ersten Fall handelt, in dem das Management eines italienischen Großkonzerns Hand an die Familienholding seines Hauptaktionärs legt. Bi-Invest ist seit Jahren die Holding der Mailänder Familie Bonomi, die an dieser Finanzgesellschaft mit rund 25 Prozent beteiligt ist. Präsident von Bi-Invest ist der Erbe und Familienchef Carlo Bonomi. Er riskiert jetzt im Falle eines vollen Sieges des neuen Kontrollquoten-Inhabers, im zweiten Glied der italienischen Finanziers zu verschwinden.

Um ihm dieses Schicksal zu ersparen, haben die anderen Partner von *Bonomi innerhalb der Finanzholding* Gemina, allen voran die Fiat-Familie Agnelli, in den letzten Tagen und Wochen dem Bi-Invest-Management fleißig den Rücken gestärkt. Unter anderem erwarb die Finanzgesellschaft Sadip, über *die die Agnelli-Gruppe* an Gemina beteiligt ist, 15 der 17 Prozent, die die Gemina-Quote von Bi-Invest ausmachte. Mit insgesamt 34,3 Prozent ist Sadip damit der größte Aktionär von Gemina geworden, während Bi-Invest gerade noch die *zwei Prozent hält, die zur Geltendmachung* einer Überkreuzbeteiligung notwendig sind. Mit dem Geld für den Verkauf der Gemina-Quote finanziert Bi-Invest den Kauf der Montedison-Beteiligung und hat jetzt noch Munition übrig, um weitere *Kampfhandlungen zu führen.*

Was die Familie Agnelli bewogen hat, die Familie Bonomi im Sattel zu halten, entzieht sich der allgemeinen Kenntnis. Fest steht lediglich, daß es Montedison-Präsident Mario Schimberni nicht leicht hat, seine Sanierungsstrategie für den Chemiekonzern durchzusetzen. Schatten wirft die Affäre schließlich auch auf die Pläne des Chemiekonzerns, sein Kapital, das in diesen Wochen um 110 auf 1100 Mrd. Lire gebracht wird, in Kürze schon wieder aufzustocken.

ENTWICKLUNGSHILFE / Neue Wege in Bangladesch

Eine Bank für die Ärmsten

THOMAS LINKE, Bonn

„Revolutionäre Möglichkeiten" *auch für die bilaterale Entwicklungshilfe* der Bundesrepublik hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Professor Winfried Pinger, in Bangladesch entdeckt. Eine vom Staat unabhängige Bank vergibt in dem Entwicklungsland Kredite an die Ärmsten der Armen. Die Bundesrepublik unterstützt das Projekt bisher lediglich indirekt über die UN-Entwicklungsorganisation IFAD. Pinger will sich dafür einsetzen, daß dieses und ähnliche Projekte von der Bundesrepublik direkt unterstützt werden.

1976 hatte ein Wirtschaftsprofessor aus Bangladesch die Idee einer Bank für die arme Bevölkerung. 1979 erweiterten die IFAD und die Ford-Foundation mit 13,5 Mill. DM Unterstützung den Ansatz zu einem regionalen Projekt. Heute erreicht die GRAMEEN-Bank (Grameen = ländlich, dörflich) über 150 000 Kunden. Bis 1991 will der Professor über eine Million Bewohner mit Kapital versorgen.

Die Kredite werden vor allem für Gemüseanbau, Bewässerung, Kleinviehhaltung und Fischerei vergeben. Nach dem Motto „bring die Bank zu den Menschen und nicht die Menschen zur Bank" arbeiten Außendienstmitarbeiter in über 1300 *Dörfern*. Der Effektivzins liegt bei vier Prozent p. a. Einen Kredit bekommt nur, wer weniger als 0,2 Hektar kultivierbaren Boden besitzt und Mitglied einer fünfköpfigen Gruppe ist. „Dadurch wird ein starker sozialer Zwang zur finanziellen Disziplin ausgeübt", meint Pinger. „Der durchschnittliche Kreditbetrag von 330 Mark wird zu 98 Prozent termingerecht zurückgezahlt."

Die GRAMEEN-Bank hat nach Angaben der IFAD das Durchschnittseinkommen um 30 Prozent pro Jahr gesteigert. Durch die Kredite wurde die Landbevölkerung zur Selbsthilfe angeregt. Die These, daß Hilfe zur Selbsthilfe nur begrenzt möglich sei, sieht Pinger durch den Erfolg der GRAMEEN-Bank widerlegt – „eine *Konzeption*, die Mut zur Entwicklungshilfe machen und dem Entwicklungshilfepessimismus eine klare Abfuhr erteilen sollte".

SCHWEDEN / Regierung zeichnet zur Wahlkampagne günstiges Bild der Wirtschaft

IWF-Bericht paßt nicht ins Konzept

AP, Stockholm

Die *sozialdemokratische* Regierung ist im Zeichen der beginnenden Kampagne für die am 15. September stattfindenden Parlamentswahlen bemüht, ein positives Bild der künftigen Wirtschaftsentwicklung zu zeichnen. In der Absicht, Presseberichten entgegenzutreten, wonach der Internationale Währungsfonds (IWF) ernste Bedenken hinsichtlich der *wirtschaftlichen Zukunft* Schwedens hegen soll, machte Finanzminister Kjell-Olof Feldt der Öffentlichkeit einen vertraulichen Bericht des IWF zugänglich. In einer Pressekonferenz sagte Feldt, er wolle auf diese Weise Fehlinformationen richtigstellen, die von Stockholmer Zeitungen verbreitet worden seien.

Die Abendzeitung „Aftonbladet", die gewöhnlich die Politik der sozialdemokratischen Regierung unterstützt, hatte am Sonntag gemeldet, in dem IWF-Bericht werde ein „pessimistisches Bild" der schwedischen Wirtschaft gezeichnet, und die Regierung Palme sei darüber verärgert, daß Teile des IWF-Berichts an die Öffentlichkeit gelangt seien. Der Führer der konservativen „Gemäßigten Sammlungspartei", Ulf Adelsohn, erklärte, er neige ebenfalls einer negativen Interpretation des IWF-Berichts zu.

In dem Bericht wird ein Lohnzuwachs von sieben Prozent für 1985 vorausgesagt (Regierungsprognose: *fünf Prozent*). Die Preise werden laut IWF-Prognose um mehr als sechs Prozent steigen; diese Voraussage liegt um drei Prozent über den Erwartungen der Regierung.

Das Leistungsbilanzdefizit Schwedens wird sich laut IWF-Bericht 1985 auf neun Milliarden Kronen (rund drei Milliarden Mark) erhöhen; die Regierung war von einem Fehlbetrag in Höhe von 3,1 Mrd. Kronen (etwa eine Milliarde Mark) ausgegangen. Feldt sagte, die Regierung rechne jetzt mit einem *Defizit von fünf Milliarden* Kronen. Der IWF-Prognose zufolge wird die Wettbewerbsfähigkeit Schwedens *auf den* internationalen Märkten wegen steigender Produktionskosten abnehmen.

Die Zeitung „Expressen" schrieb, die Regierung habe dem IWF „entscheidende politische Maßnahmen" zugesagt. Das Blatt knüpfte daran die Erwartung, daß die ohnehin schon hohen Steuern möglicherweise weiter erhöht würden und eine Politik *des knappen Geldes eingeführt* werde. Feldt bestritt, daß es für die Zeit nach den Wahlen entsprechende Planungen der Regierung gebe. Der Minister beklagte, daß „Expressen" sich übermäßig auf die kritischen Aspekte des IWF-Berichts konzentiert habe. Er wies darauf hin, daß der Währungsfonds die „eindrucksvollen" wirtschaftspolitischen Leistungen der schwedischen Regierung in den Jahren 1982–84 gewürdigt habe, in denen es gelungen sei, Wirtschafts*wachstum mit einer Sanierung der* Leistungsbilanz zu verbinden.

Erfolge im Kampf gegen die Inflation

J. Sch. Paris

Der französische Lebenshaltungskostenindex ist im Juli um 0,4 Prozent gestiegen und damit um den gleichen Satz wie im Vormonat. Jedoch verminderte sich die Inflationsrate im Jahresvergleich auf 6,1 (6,4) Prozent. *Gegenüber Ende letzten Jahres hatte* sich das französische Preisniveau (bis Ende Juli) um 3,8 Prozent erhöht. Damit kann das Ziel der Regierung, die Inflation in diesem Jahr auf 4,5 Prozent zu begrenzen, wohl kaum noch erreicht werden. Die OECD erwartet 6 Prozent und für das nächste Jahr 4,6 Prozent gegenüber einer Regierungsvorgabe von 2,8 Prozent.

Immerhin aber schwächte sich die französische Inflation in letzter Zeit tendenziell stärker ab als im OECD-Durchschnitt. Noch 1984 hatte sie 7,3 Prozent erreicht. Allerdings sind in Frankreich noch ein Drittel aller Industriegüterpreise, die meisten Dienstleistungstarife und alle Handelsspannen behördlich reglementiert. *Preisdämpfend wirken zur Zeit* die Dollar- und die Ölbaisse.

POLEN / Importe müssen weiter gekürzt werden

Leistungsbilanzdefizit wächst

rtr, Wien

Für Polen sind weitere Einfuhrkürzungen unvermeidlich, wenn die Regierung das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen will. Zu diesem Schluß kommt das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW). Polen sei *nicht in der Lage, seine Exporte* entscheidend auszuweiten und werde seine Importe deshalb um etwa 30 Prozent kürzen müssen.

Falls Polen mit seinen Auslandsverpflichtungen in Verzug geraten sollte, würden seine Exportmöglichkeiten freilich über einen längeren Zeitraum hinweg deutlich absinken, so daß die Importe noch stärker reduziert werden müßten. Raum für weitere Einfuhrkürzungen bestünde bei Investitionsgütern und in der Landwirtschaft, falls die Regierung die Bauern zu Produktionssteigerungen bewegen könnte.

Das Wiener Institut schätzt, daß der Bruttowert der polnischen Hartwährungsschulden von 26,40 Mrd. *Dollar im Jahre 1983 auf 26,82 Mrd.* Dollar im vergangenen Jahr angestiegen sei. Die Nettoschulden seien dagegen *mit etwas* über 25 Mrd. Dollar in den beiden Jahren nahezu unverändert geblieben.

Wenn keine reale Veränderung in den Importen, Exporten und anderen Posten der Leistungsbilanz, jedoch ein nominales Wachstum dieser Posten bei einer Inflationsrate von vier Prozent und Zinssätzen von zehn Prozent angenommen werde, werde sich der polnische Handelsüberschuß gegenüber dem Westen erhöhen. Das *Leistungsbilanzdefizit werde ab 1986* jedoch weiter anwachsen. Unter diesen Voraussetzungen würden Polens *Hartwährungsschulden in diesem* Jahr auf 27,87 Mrd. Dollar, im kommenden Jahr auf 28,98 Mrd. Dollar und im Jahre 2000 auf 47,66 Mrd. Dollar ansteigen.





DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

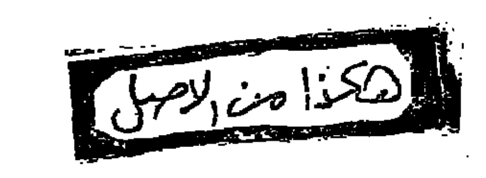
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



EISENHÜTTENTAG / 125 Jahre Vereinstradition

„Enormer" Ingenieur-Mangel

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Bis zu 150 junge Hütteningenieure müßte die deutsche Eisen- und Stahlindustrie pro Jahr einstellen, um ihr Corps an technischen Führungskräften konstant zu halten. Nur 30 Absolventen liefern die einschlägigen vier Ausbildungsstätten in diesem Jahr. Sie haben noch massenhaft Plätze frei für Studienanfänger, deren Wunschzahl die Branche mit 300 pro Jahr nennt, wenn bei demnächst beschleunigtem Ausscheren der Alten aus dem schon überalterten Fundus der Hüttentechniker das notwendige Potential gesichert bleiben soll.

„Enormer" Ingenieur-Mangel, derzeit mit Rekrutierung „Branchenfremder" (von Chemiker/Physiker bis zu Elektroingenieur) überbrückt, ist denn auch eines der Zentralthemen, das der traditionsreiche Verein Deutscher Eisenhüttenleute auf seiner diesjährigen Jahrestagung (7. bis 8. November in Düsseldorf) herausstellen wird. Es ist für diese technische Spitzenorganisation der 125. „Eisenhüttentag".

Ein an Rückblicken und Ausblikken reiches Ereignis (mit bis zu 5000 Fachleuten aus aller Welt), zu dessen frühem Auftakt nun Vereinsvorsitzender Theodor Wuppermann vor der Presse ein weiteres Hauptthema nennt: Umweltschutz, auch und gerade von den Stahlproduzenten bislang eindrucksvoll betrieben, bringe mit der bis auf das Bundesrat-Votum fertigen neuen „TA-Luft" erneut drastische Reduzierung der bis 1983 noch akzeptablen Staub-Emissionswerte und fordere von der arg gebeutelten Branche etwa drei Mrd. DM zusätzliche Investitionen. „Genausoviel, wie uns im nun gut 100 Mrd. DM teuren Wettlauf der EG-Stahlsubventionen Bonn als Hilfe zugebilligt hat."

Der Vereinsvorsitzende präzisiert den Kummer: Nichts wäre gegen noch so teure Umweltschutz-Verschärfung einzuwenden, wenn jeder europäische Produzent „in Ost und West" aus gleichem Anlaß die gleiche Produktverteuerung hätte. Auf einsamem Gipfel sehen sich da schon jetzt die Deutschen. Umweltschutz koste hierzulande je Rohstahltonne bereits 40 DM (etwa ein Zehntel aller Produktionskosten). Verteuerter Strom aus der neuen „TA-Luft" koste pro Kilowattstundenpfennig weitere 5 DM je Tonne und ergo für die Branche 200 Mill. DM pro Jahr.

Auch unter solchem Aspekt sehen die Eisenhüttenleute heute eine drastische Parallelität zu ihrem Vereins-Gründungsjahr 1860. Die „ganze vaterländische Eisenindustrie", so wird der damalige Aufruf zur Vereinsgründung zitiert, könne nur durch „festes und inniges Zusammenwirken" gegen die „steigende Konkurrenz des Auslands" ihre Rentabilität zurückgewinnen.

Das gleiche, jetzt aber durch Europas Stahl-Subventionslawine bewirkt, können die deutschen Stahlerzeuger heute konstatieren. Immerhin aber, wie Wuppermann einräumt, mit einem passabel positiven Aspekt zum laufenden Geschäft. Nach einer Plusrate von 4 Prozent im ersten Halbjahr 1985 werde die deutsche Rohstahlerzeugung auch im vollen Jahr die 1984er Marke (39,5 Mill. t) übertreffen. Der jüngste Beschluß des EG-Ministerrats zur Fortsetzung des Produktionsquoten-Krisenmanagements über 1985 hinaus zeige bereits positive Marktwirkung.

USA / Gute Ernte verdirbt die Agrarpreise

Farmerkrise verschärft sich

H.-A. SIEBERT, Washington

Unerwartet gute Ernten verschärfen die Krise im Getreidegürtel der USA. Das Landwirtschaftsministerium in Washington rechnet mit einem weiteren Preisverfall und sinkenden Exporten; steigen werden andererseits die Einkommenshilfen für die Farmer, was die Haushaltsdefizite des Bundes aufbläht. Die Einlagerung erreicht in diesem Jahr neue Rekordhöhen. Unter diesen Bedingungen wird Farmland noch billiger mit dem Ergebnis, daß sich die Zahl ungesicherter Bankkredite erhöht.

Nach Angaben des Ministeriums haben sich die Wetterverhältnisse im amerikanischen Farmbelt erheblich verbessert. Gegenüber der Vorjahressaison nimmt die Maisernte um acht Prozent auf 210,1 Mill. Tonnen zu. Das ist ein neuer Rekord – 209,3 Mill. Tonnen 1982. Das Ergebnis erstaunt, da die Farmer die Anbaufläche um sieben Prozent beschneiden mußten, um in den Genuß staatlicher Preisstützung zu kommen.

Die Weizenernte sinkt im Vergleich zu 1984 zwar um acht Prozent auf 64,8 Mill. Tonnen, obwohl der Anbau um 22 Prozent beschränkt wurde. Der Ertrag je Acre (0,4 Hektar) erreichte 36,8 Bushels oder rund eine Tonne. Die Erzeugung von Sojabohnen wächst um fünf Prozent auf 53,3 (Rekord 1979: 61,5) Mill. Tonnen. Bei Mais erhöhen sich die US-Lagerbstände von 181 auf 210 Mill. Tonnen; nicht abzusetzen sind überdies rund vier Mill. Tonnen Sojabohnen. Seit 1980 hat sich die Zahl der amerikanischen Farmer um sechs Prozent auf 2,28 Mill. verringert. Ihre Verschuldung wird auf 215 Mrd. Dollar veranschlagt. Wie das Ministerium außerdem mitteilte, wird die UdSSR in diesem Jahr 190 Mill. Tonnen Getreide ernten. Damit schrumpft ihr Importbedarf.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Göppingen: Hans Staudenmaier, Drackenstein; **Hamm:** Josef Vernhold; **Herford:** S-Z Wohnwelt GmbH i. L., Löhne; G & N Hocharbeitsbühnen-Gerüst-Vertriebs-GmbH, Löhne; **Husum:** Waltraut Thode geb. Kruse; **Krefeld:** Rolf Dieter Brenner, Willich-Neersen; **Landau:** Rudolph Werling, Rheinzabern; **Mannheim:** Grund & Kapital Vermögens- u. Immobilien-Verwaltungsges. mbH, Mannheim-Käfertal; **Mühldorf a. Inn:** Heino Herbert Solzin, Waldkraiburg; **München:** Sper u. Grund Ingenieurbüro f. Bauleitplanung u. Projektierung Grundstücksverwertungsges. mbH; Lernzentrum – gemeinnütziger Schulverein e. V., Freising; Viktor Wilhelm Röder; Nachl. d. Berta Helwing; Louisoder GmbH Münchener Spezial-Mantelfabrik; Gert Louisoder GmbH & Co. Bekleidungsfabrik KG; **Stuttgart:** Ott Holzmaschinen GmbH, Fellbach-Öffingen; **Tübingen:** Roland Mück.

Anschlußkonkurs eröffnet: Euskirchen: B+G Fördertechnik GmbH; **Heilbronn:** RHG Reifenhof GmbH; **Kleve:** Dr. Siebert Verwaltungsges. mbH, Düsseldorf; tapan-Werk Dr. Siebert GmbH & Co. KG, Wachtendonk.

Vergleich beantragt: Köln: Felten & Guilleaume GmbH, Köln (Porz-Eil).

NÜRNBERGER VERSICHERUNGEN / Bestand an Lebensversicherungen gewachsen – Umsatzplus erwartet

Im Neugeschäft vom Markttrend abgesetzt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Nürnberger Versicherungs-Gruppe, Nürnberg, ist 1984 über durchschnittlich gut vorangekommen. Das gilt nicht nur für das hohe Wachstum der Bestände der Gesellschaften, sondern auch für die versicherungstechnischen Ergebnisse sowie für die Leistungen an die Versicherten. Auch für 1985 rechnet der Vorstandsvorsitzende Georg Bayer mit einer Umsatzsteigerung von gut acht Prozent, wozu nicht nur die Lebensversicherung, sondern vor allem auch die HUK/Sachversicherung kräftig beitragen. Die Pflegerentenversicherung wird die Nürnberger Leben 1986 einführen. Für sie bestehe sowohl bei der Neuwerbung als auch bei der bestehenden Kundschaft ein Bedarf.

Insgesamt hat sich die Nürnberger Leben 1984 mit ihrem Neugeschäft positiv vom Markttrend abgesetzt, eine Folge der nicht unerheblichen Expansion im Vertriebsnetz der Gesellschaft und der genutzten Informationstechnologie. Mitte 1985 waren dafür rund 1000 mobile Kleinrechner und 100 Personalcomputer im Einsatz. Das starke Wachstum hat auch mehr Innendienstpersonal erforderlich gemacht. Nach leichten Personalrückgängen in den Jahren 1983 und 1984 werde für die nächsten Jahre mit 60 neuen Arbeitsplätzen gerechnet.

Der Bestand an Lebensversicherungen wuchs erheblich über Durchschnitt. Den stärksten Zuwachs hatten die fondsgebundenen Policen mit fast 21 Prozent, was auf die gute Wertentwicklung der zugrundeliegenden Wertpapierfonds (Noris-Fonds und Noris Rendite-Fonds) zurückgeführt wird. Auch im Neugeschäft hoben sich die Nürnberger vom Branchenschnitt (plus 1,1 Prozent) ab.

Neben der Direktgutschrift hat die Nürnberger innerhalb von zweimal Jahren zweimal die Überschußbeteiligung erhöht. Die hohe Rückstellungsposition bietet die Gewähr dafür, daß die zweite Erhöhung, die mit einer Umstellung auf das sogenannte „natürliche Überschußsystem" verbunden worden ist, mit ihrer hohen Verzinsung der Kundenguthaben in Höhe von 7,5 Prozent nicht gleich zurückgenommen werden muß, wenn – wie derzeit – der Marktzins für Kapitalneuanlagen einmal für einige Zeit unter dieser Marke liegt.

Vom Gesamtergebnis, das auf 360 (317) Mill. DM stieg, wurden 97 (98,2) Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Vom Jahresüberschuß von 6,9 (5,7) Mill. DM wurden 4 Mill. DM den Rücklagen zugeführt, der Rest geht als 14 Prozent Dividende an die Aktionäre. Im 1. Halbjahr 1985 lag das Neugeschäft leicht über dem Vorjahr, der Bestand erreichte 22,6 Mrd. DM Versicherungssumme (plus 7,5 Prozent). Zum Jahresende werden 23,5 Mrd. DM erwartet.

Der Kompositversicherer lag 1984 mit einem Plus von 7,1 Prozent auf 576 Mill. DM Bruttoprämieneinnahmen leicht über dem Marktschnitt. Trotz der Auswirkungen des Münchener Hagelunwetters (Netto-Schadenquote 64,5 nach 69,1 Prozent), blieb das technische Ergebnis nach Zuführung von 7,9 Mill. DM zur Schwankungsrückstellung mit 6,4 (2,4) Mill. DM positiv. Die nichttechnische Rechnung brachte einen Überschuß von 21,1 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 10,8 (11,3) Mill. DM wurden die Rücklagen mit 9,7 Mill. DM dotiert, der Rest dient als 14 Prozent Dividende.

Mit dem guten technischen Ergebnis weist die Nürnberger Allgemeine über alle Sparten positive technische Ergebnisse aus. Im 1. Halbjahr 1985 stiegen die Prämien der drei Kompositversicherer (Nürnberger, Merkur und Garant) um 15 Prozent (67 Mill. DM).

Nürnberger Leben	1984	± %	
Versicherungsbestand (Mill. DM)	21 845	+ 8,3	
Eingel. Neugeschäft	3283	+ 8,9	
Beitragseinnahmen	838	+ 2,9	
Aufw.f.Vers.Fälle	248	- 7,0	
Kapitalanlagen [1]	5702	+ 9,9	
Kapitalerträge [2]	418	+ 10,6	
Aufw.f.Beitr.Rückerst.	353	+ 13,5	
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	810	+ 13,4	
	1984	1983	1982
Stornoquote [3]	6,7	6,7	7,0
Verw.Kostenquote [4]	9,2	9,3	10,1
Abschl.Kostenq. [5]	44,3	42,9	44,2
Überschußquote [6]	43,0	38,9	34,7

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,7 (7,7) Prozent; [3] Rückk. Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. vers. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

LAMPE / Schweizer Großbank verhandelt über Einstieg

An Mehrheit interessiert

cd./hdt. Frankfurt/Bielefeld

Die Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich, die schon seit längerem nach einem Stützpunkt in der Bundesrepublik Ausschau hält, verhandelt mit der Oetker-Gruppe über einen Einstieg in das Bielefelder Bankhaus Hermann Lampe KG, das vor allem auch in Düsseldorf sowie in Hamburg, Berlin und Münster aktiv ist. Das bestätigt das Haus Oetker auf Anfrage. Die Gespräche dienten, wie in Bielefeld erklärt wird, der Verbreiterung der Basis der Lampebank. Sie hätten bisher aber noch zu keinem Ergebnis geführt, so daß über ihren Inhalt nichts mitgeteilt werden könne.

In Bankkreisen vermutet man, daß die Schweizerische Bankgesellschaft mindestens die Mehrheit des Lampebank-Kapitals von 100 Mill. DM erwerben will, das zu 70 Prozent bei Oetker, zu 25 Prozent bei der DG Bank und zu 5 Prozent bei C. A. Delius & Söhne, Bielefeld, liegt. Die DG Bank hat bereits signalisiert, daß sie einer solchen Lösung nicht im Wege stehen und ihre Schachtel abgeben würde.

Die Nummer eins unter den Schweizer Großbanken, deren Partizipationsscheine seit Anfang Juli an der Frankfurter Börse notiert werden, ist vor allem an einer Präsenz für das Investment- und Merchant Banking in der Bundesrepublik interessiert, nachdem der deutsche Kapitalmarkt nach der Restliberalisierung im Mai zusätzlich Attraktivität gewonnen hat. Die Schweizerische Kreditanstalt, die Nummer drei unter den Großbanken, hatte sich kürzlich durch die Übernahme der Effectenbank-Warburg am international interessanter gewordenen Finanzplatz Frankfurt engagiert, und die Nummer zwei, der Schweizerische Bankverein, will in Frankfurt eine Tochterbank mit 100 Mill. DM Kapital eröffnen, die ihre Tätigkeit im November aufnehmen soll.

Vorbereitung zur Börseneinführung?

dpa/VWD, Düsseldorf

Mutmaßungen über eine baldige Börseneinführung der Aktien des Düsseldorfer Chemiekonzerns Henkel KGaA haben neue Nahrung erhalten. Während Henkel entsprechende Berichte weiterhin dementiert, laufen dem Vernehmen nach aber zumindest schon Vorbereitungen für einen Schritt an die Börse. Darauf deutet ein in die Öffentlichkeit gelangter Entwurf eines Börsenprospektes hin, der unter Ausklammerung des Ausgabekurses Einzelheiten der Börseneinführung festlegt.

Danach würde die bisherige Familiengesellschaft mit nominal 75 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien an die Börse gehen und das Grundkapital von derzeit 300 Mill. auf insgesamt 575 Mill. DM erhöhen. Dem Entwurf zufolge sollen zunächst 200 Mill. DM offene Rücklagen in Grundkapital umgewandelt werden. Erst kürzlich hatte es aber geheißen, daß der Aktienbindungsvertrag verlängert worden sei und Henkel damit Familiengesellschaft bleibe.

NAMEN

Dr. Dr. Anton Maier, Vorsitzender des Aufsichtsrates und Alleinaktionär der Dr. Dr. Anton Maier AG, Uetze-Dollbergen, Inhaber der Ruselkraftwerke, Deggendorf, und Besitzer mehrerer Geschäftshäuser in München, starb am 9. August im Alter von 59 Jahren.

Kurt Schlicht, langjähriges Vorstandsmitglied der Sparkasse der Stadt Berlin West, feiert heute seinen 80. Geburtstag.

Dr. **Alfred Hovestadt**, Vorsitzender des Industrieverein Steinfurt e. V. (IVS), vollendet am 17. August sein 60. Lebensjahr.

Helmut Gieselmann übernimmt mit Wirkung vom 1. September die Leitung Vertrieb und Marketing für die Reifenmarke Continental. Er ist innerhalb des Konzernbereichs Reifen, zu dem Uniroyal und Semperit gehören, für die Marke Continental weltweit verantwortlich.

Peter White (38) wird zum 1. Oktober die Nachfolge von **Richard Twomey** als Deutschland-Direktor von British Airways, Berlin, antreten.

ÖSTERREICH / Weinskandal läßt auch den Absatz von Bier und Lebensmitteln stocken – Milliarden-Schaden?

Furcht vor einer generellen Image-Schädigung

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Auswirkungen des österreichischen Weinskandals sind noch gar nicht in ihrem vollen Ausmaß abzusehen und dürften sich nicht allein auf die Weinbranche beschränken. Auf dem US-Markt ebenso wie in Fernost befürchten österreichische Lieferanten generell eine Image-Schädigung des Gütesiegels „Austria" und insbesondere Verkaufseinbußen bei Bier und anderen Lebensmitteln. Und die Fremdenverkehrswirtschaft des Landes überlegt bereits Gegenmaßnahmen, um in einem millionenschweren Werbefeldzug das geschädigte Österreich-Image wieder herzustellen. Der entstehende Schaden wird nach Schätzung von Wirtschaftskreisen einige Milliarden Schilling erreichen.

Die österreichische Weinwirtschaft selbst ist mit einem fast ausnahmslosen Verkaufsstopp konfrontiert. Im inländischen Einzelhandel bleiben die Regale neuerdings unangetastet, kaum eine Flasche wird mehr verkauft. Der Umsatz eines Normaljahres von rund einer Milliarde Schilling wird nun wohl auf Jahre hinaus nurmehr Wunschvorstellung bleiben. Schadenersatzforderungen in vielfacher Millionenhöhe werden aus dem Ausland erwartet.

Auf den Exportmärkten in 60 Ländern erzielten österreichische Weine noch im Mai ein Umsatzplus von 31 Prozent. Der Jahresexport erreichte 1984 einen Wert von 700 Mill. Schilling. Jetzt ist der Wein nicht nur unverkäuflich, sondern wird vielfach von den Abnehmern wieder nach Österreich zurückgeschickt. In den österreichischen Weinlagern warten derzeit 4,4 Mill. Hektoliter auf den Verkauf; nach der herbstlichen Weinlese kommen nochmals drei Mill. Hektoliter dazu. Ein Preisverfall ist damit programmiert.

Betroffen sind in erster Linie die 56 000 österreichischen Weinbauern und ihre Familien. Rund die Hälfte davon ist völlig vom Weinbau abhängig. Ihr Einkommen lag aber zuletzt ohnedies um rund 50 Prozent unter jenem eines Industriearbeiters.

Obwohl nur ein Prozent der Weinvorräte beschlagnahmt worden war, sind auch die übrigen 99 Prozent in Verruf gekommen. Um doch noch Schäden abzuwehren, haben beispielsweise zehn der wichtigsten Importeure österreichischer Weine in Großbritannien eine Delegation nach Wien geschickt und verbittert Klage geführt über die verzögerte Verständigung der Importeure und Handelsstellen seitens der österreichischen Behörden, denen die Affäre schon seit Monaten bekannt war. Die britischen Importeure wollen von den Behörden finanzielle Mittel, um in einer Werbekampagne für Aufklärung und Beruhigung der öffentlichen Meinung zu sorgen. Ein britisches Fernsehteam ist bereits dabei, einen Film herzustellen, der die Mehrheit der unschuldigen Weinbauern von jedem Makel befreien soll.

Unterdessen wurde in den USA ein genereller Importstopp für österreichische Weine verfügt. Vorangegangen war vor Monaten eine Anfrage an das Landwirtschaftsministerium in Wien um Einzelheiten über geschädigte Weinmarken. Weil die Antwort des Ministers ausblieb, verfügten die US-Behörden ihrerseits dann rigorose Maßnahmen.

BMW

Exportboom im ersten Halbjahr

dpa/VWD, München

Die Bayerische Motoren Werke AG (BMW), München, rechnet in diesem Jahr mit einem „sehr zufriedenstellenden" Ergebnis. Nach einem „insgesamt befriedigenden" ersten Halbjahr 1985 erwartet der Münchener Automobilhersteller in der zweiten Jahreshälfte zusätzliche Impulse vom neuen Modellangebot. Der Anfang des Jahres eingetretene Nachfragestau als Folge der Katalysator-Diskussion sei durch das gute Exportgeschäft wieder ausgeglichen worden, schreibt das Unternehmen in seinem jüngsten Aktionärsbrief.

Im ersten Halbjahr 1985 rollten bei BMW 234 366 Autos und 20 375 Motorräder vom Band – das waren 19 Prozent beziehungsweise 40 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Umsatz in der AG ist um ein Viertel auf 7,4 Mrd. DM gestiegen, weltweit setzte BMW mit 52 445 Mitarbeitern (plus 3,6 Prozent) 9,7 Mrd. DM (plus 18,3 Prozent) um.

Im Inland hat das Unternehmen in den ersten sechs Monaten nur 77 786 (79 270) Autos abgesetzt. Weitaus mehr Interessenten als im Vorjahr fanden sich hingegen im Ausland, wohin 155 539 (125 493) Wagen verkauft wurden. Der Export hatte damit bei den Autos einen Anteil von zwei Drittel am gesamten Absatz. Herausragend seien dabei die Verkäufe in die USA, Großbritannien und Japan gewesen. In ähnlicher Weise hat sich auch das Motorradgeschäft im ersten Halbjahr entwickelt: Ins Ausland – vor allem nach Italien und den USA – rollten 59,9 Prozent (insgesamt 19 800 Stück) mehr Motorräder als noch vor einem Jahr. Der Inlandsabsatz hingegen ging um 2,6 Prozent auf 6346 Stück zurück.



Ausländer wieder als Käufer

Differenzierte Aufwärtsbewegungen am Aktienmarkt

DW.– Die Nachfrage nach deutschen Aktien aus dem Ausland hat sich verstärkt. Als Grund werden vor allem Diskussionen über angeblich bevorstehende Veränderungen innerhalb des EWS genannt die gegenüber dem französischen Franc eine Aufwertung der D-Mark bringen sollen. Belebt haben daneben günstige Konjunkturberichte aus der Bundesrepublik. Die Ausländer kauften jedoch nicht über die ganze Breite des Marktes. Inländische Anleger setzten ihre Käufe bei den Papieren der Großchemie fort.

Merkwürdig berührt hat an der Mittwochbörse, daß die Siemens-Aktien eher leicht rückläufig waren, wie überhaupt die Elektrobranche außerhalb des ausländischen Interesses blieb. Im Chemiebereich lagen dagegen nicht nur die Großchemietitel fester, sondern auch Papiere wie Schering, Chemieverwaltung und Kali-Chemie. Bei Veba wurden die Dividendenkäufe fortgesetzt, ohne daß sich deren Kurs wesentlich veränderte. Die Abgaben sollen zum Teil von Ausländern stammen, die an der Veba-Dividende nicht interessiert sein können. Am Bankenmarkt erholte sich vor allem die Deutsche Bank bei beträchtlichen Umsätzen. Hier waren eindeutig Ausländer am Werk. Ebenso bei einigen Autowerten, vor allem bei VW. Zu Sonderbewegungen kam es bei Kali + Salz und auch bei den Lufthansa-Vorzügen. Die Lufthansa – so wird behauptet – ist Nutznießer des gesunkenen Dollar weil sie mehr Dollarausgaben als -einnahmen hat.

Frankfurt: Cassella verbesserten sich um 14 DM, Riedel de Haen um 10 DM und Binding um 2 DM. Wella ermäßigten sich um 6 DM, Varta um 5,50 DM und Hartmann und Braun um 5 DM.

Düsseldorf: Um 3 DM wurden Buckau und Zanders, um 4 DM Bilfinger und Düwag angehoben. Vereinigte Rumpus verteuerten sich um 15 DM. Dyckerhoff ermäßigten sich um 4 DM und Audi NSU um 8 DM.

Hamburg: HEW waren um 0,50 DM fester, NWK-Vz. waren dagegen um 1,90 DM schwächer. Beiersdorf und Triton erhöhten sich je um 3 DM, Reichelt dagegen gaben um 2 DM und Haller-Meurer um 1 DM nach.

Berlin: Berliner Bank legten 2,50 DM und Orenstein 4 DM zu. Herlitz St. gaben um 4 DM, Deteweum 1 DM nach. Lehmann verloren 4,60 DM, während Berliner Elektro um 1 DM höher notiert wurden.

München: Aigner verminderten sich um 1,80 DM, Agrob Vz. um 1,50 DM und Energie Oberfranken um 1 DM. Audi AG zogen um 10 DM, Dywidag um 5 DM und Flachglas um 0,50 DM an.

Stuttgart: IWKA befestigten sich um 4,50 DM, DLW stockten um 4,50 DM auf und Gebe verteuerten sich um 3,50 DM. Württembergische Cattung zogen um 44,50 DM an. Maschinenfabrik Esslingen gaben um 8 DM nach.

Nachbörse: etwas freundlicher

WELT-Aktienindex: 197,40 (198,25)
WELT-Umsatzindex: 3151 (2990)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		14.8.	13.8.
H	Aach M Betl. 10	1544	1530
H	Aach. M. Vers. 7	610bG	600
D	Aach. Rück. 9	2200	2205
D	Aesag *4	490G	470T
M	Ack-Gögg. 6	120,2	120,2
H	Adca 5	138G	136
D	Adler 9	303G	302
F	Adt 0	35,5	37bB
F	AEG-Telef. 0	129,3	128,8
D	AEG-Kabel 9	275bB	275bG
S	Aesculap 9	425	420G

		14.8.	13.8.
H	Br.H.Hypo 10+1	345	342G
Hn	Brech.Jute *0	95G	95G
H	Breitenb.-C. *28	400G	400G
H	Br. Straßb. *8	430b	440B
H	Br. Vulkan 0	75,5	74,5
H	Br. Wollk. 7	161	163,1
F	BBC 6	237,7	235,2
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	123	120
D	Buderus *12,6	385G	385G
M	Bgl.Br.Jng. *12+1	985G	985G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	375bG	370

		14.8.	13.8.
M	En. Oberfr. 4	278B	279G
M	En. Ostb. 6	215bB	215bB
H	Ellerait 0	70	80B
B	Engelhardt 7	210G	210G
D	Enka 7,5	355	350
M	Erlus 12,5	328G	328G
M	Erste Kulmb. 9	1270	1360G
S	esbl *0	7,9	8,2
S	Essl. Masch. *6	430bG	438
M	Esterer **10	555G	555G
D	Forb. Liqu. RM 0	8,2	8,9
D	Flachglas 9	235	235
D	Ford *19,36	840T	840T

		14.8.	13.8.
S	Hohner *6	179,5	179,5
H	Holsten-Br. 6	236	236
F	Holzmann 10+1	457	450bG
D	Horten 6	183,5	184,8
B	Hw. Koyser *12	268G	280G
D	Hussel 8	339,5	342
M	Hutschenr. 9+1	240B	240B
H	Hypo Hbg. 10+2,5	500bB	498
D	IKB 7,5	209	208,8
S	IWKA 3	280	275,5
M	Isar-Amper 7,5	340	337
D	Isenbeck 4,75	170T	170T

Brüssel

	14.8.	13.8.
Arbed	1630	1650
Brux. Lambert	1890	1900
Cockerill Ougrée	211	215
Ebes	2880	2875
Gevaert	3945	3905
Kreditbank	8900	–
Pétrofina	5850	5750
Soc. Gén. d. Belg.	1785	1785
Sofina	7400	7390
Solvay	4530	4535
UCB	5110	5040
Index	2320,44	2319,87

Singapur

	14.8.	13.8.
Cycle + Car.	3,32	3,32
Cold Storage	2,66	2,64
Dev. Bk. of Sing.	4,96	5
Fraser + Neave	–	–
Kl. Kepong	2,38	2,38
Mal. Banking	5,75	5,7
Nat. Iron	2,12	2,21
OCBC	8	8
Sime Darby	1,84	1,83
Singapur Land	2,23	2,21
Un. Overs. Bank	3,7	3,64

Devisenmärkte

Die US-Währung präsentierte sich am 14.8. sehr widerstandsfähig und wurde zwischen 2,7820 bis 2,7950 gehandelt. Am amerikanischen Geldmarkt trat die Fed einer Versteifung nicht energisch entgegen, was sofort wieder Zinsüberlegungen auslöste und zu einer Befestigung der Euro-Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkt führte. Die amtliche Notiz wurde mit 2,7930 festgestellt. Recht uneinheitlich verlief die Kursentwicklung der übrigen Währungen. Im EWS notierten der belgische Franken, der französische Franken, das irische Pfund und der holländische Gulden schwächer, die Dänen-Krone und die Lira fester. Der nachlassende Druck auf den US-Dollar bescherte dem japanischen Yen eine Erholung um 2,1 Promille auf 1,1735. US-Dollar in: Amsterdam 3,1405; Brüssel 56,34; Paris –; Mailand 1871,00; Wien 19,6200; Zürich 2,3018; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,3821; Pfund/DM 3,863.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 14.8.: In D-Mark 2,22478 (Parität 2,24184); In Dollar 0,79784 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarktkurs am 14. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Weiter ansteigende Euro-Dollar-Zinsen waren am 14. August ausschlaggebend für die Erweiterung der Dollar-Termin-Deports.

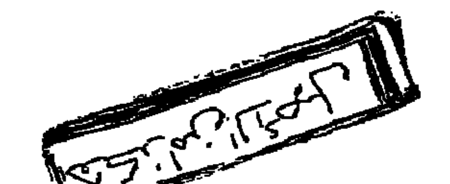
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,49-2,39	4,83-4,73
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,11-1,08	1,80-1,75
Pfund/DM	3,00-1,60	7,10-6,70	12,4-11,0
FF/DM	26-10	72-58	132-118

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 14.8.: Tagesgeld 4,80-4,90 Prozent; Monatsgeld 4,70-4,85 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,90 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 14.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 14. Aug. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,25 (5,55) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,05) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,50, 2 Jahre 5,30. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 101,00, Rendite 6,26.



Spekulation auf Diskontsenkung

Bei den öffentlichen Anleihen hat sich die Kaufneigung unter Heraufsetzung der Kurse bis zu 0,50 Prozentpunkten schlagartig belebt. An den Käufen sind auch wieder Ausländer beteiligt, die nicht nur auf eine bevorstehende Diskontsenkung, sondern längerfristig auch auf eine Aufwertung der D-Mark innerhalb des EWS spekulieren. Inländische Anleger vertraten zunehmend die Ansicht, daß alle Zeichen auf eine Herabsetzung des Diskonts schon in dieser Woche hindeuten. Nach anfänglichen Schwächeerscheinungen stabilisierten sich die Renditen wieder.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Während die Goldterminnotierungen an der New Yorker Comex leicht nachgaben, schlossen die Silberterminnotierungen unverändert bis etwas fester. Kupfer konnte sich durchweg erholen und notierte fester. Gewinne bei Kaffeenotierungen, Kakao tendierte schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

In der Spitzengruppe einige Veränderungen – Energie und Chemie liegen vorn

Deutschlands „Große 500"

Zum *zehnten Mal veröffentlicht die WELT die Liste der 500* größten Unternehmen aus Industrie, Handel und Dienstleistung. Diese Liste, ein Spiegelbild der Wirtschaftsaktivitäten in der Bundesrepublik, ist in den letzten Jahren zu einer Basisinformation über die Entwicklung der einzelnen Branchen und Unternehmen geworden. *Die Spitzengruppe der „500" wird* wieder von der Veba AG, die allerdings die Umsatzhürde von 50 Milliarden Mark noch nicht übersprungen hat, angeführt. Auf den folgenden 30 Plätzen gibt es zum Teil beachtliche Bewegungen: so rückt Siemens von *Platz* vier auf zwei, Haniel von Platz 51 *auf Platz 26* und die Metallgesellschaft von 34 auf Platz 24. Die Veränderungen innerhalb der Liste, von 10 bis 30 Plätzen, liegen durchweg im Rahmen der Vorjahre. Nur einzelne Unternehmen haben – bedingt durch die Abrechnung großer Einzelaufträge – einen gewaltigen Sprung nach vorn gemacht: wie die Siemens-*Tochter KWU, mit einer Umsatzsteigerung* von 3,4 auf 7,5 Milliarden Mark, oder Bremer Vulkan von 472 Millionen auf 2,8 Milliarden. Insgesamt kommen 20 Unternehmen neu in den „Club der großen 500". Im Hinblick auf die Branchen kann man feststellen, daß *1984* ein gutes Jahr für die Energie-Unternehmen und die Chemie war, während die Umsätze der Kaufhäuser und mancher Industrieunternehmen der Stagnation unterlagen. Das erklärt auch, warum der Umsatz auf Platz 500 (von 634 Millionen nach 635 Millionen) fast unverändert ist. 1984 hat es auch wieder eine Reihe von Zusammenschlüssen gegeben. Ein Beispiel dafür ist die Dagfu, Deutsche AG für Unterhaltungselektronik oHG (Umsatz 2,8 Milliarden) mit den Unternehmen Dual, Nordmende, Saba, Telefunken und Thomson Electronic. Um die Marktbedeutung der großen Handelsunternehmen deutlich zu machen, die einen Großhandelsumsatz oder zentralregulierten Umsatz (unter Einschluß des Verrechnungs- oder Agenturumsatzes) ausweisen, sind in einer Fußnote die Zahlen des Gruppen- oder Mitgliederumsatzes aufgeführt. Bei einer sehr kleinen Zahl von Unternehmen, die ihre Bilanz im September veröffentlichen, ist der Umsatz geschätzt, ebenso bei jenen Unternehmen, die noch immer keine Zahlen veröffentlichen. Insgesamt umfaßt die Liste, geordnet nach ihren Umsätzen in 1984 oder 1984/85, alle Unternehmen aus den Bereichen Industrie (gekennzeichnet durch I), Handel (H) und Dienstleistung (D), die selbständig bilanzieren.

		Firma	Branche	Umsatz 1984	Umsatz 1983
1	(1) I	Veba AG, Düsseldorf	Energie/Chemie	49 624,0	49 189,0
2	(4) I	Siemens AG, München	Elektrotechnik	45 819,0 W(9)	39 471,0
3	(2) I	Volkswagenwerk, Wolfsburg	Auto	45 671,0	40 089,0
4	(5) I	BASF, Ludwigshafen	Chemie	43 523,0 W	37 850,0
5	(3) I	Daimler-Benz AG, Stuttgart	Auto	43 505,0 K	40 005,0
6	(6) I	Bayer, Leverkusen	Chemie	43 032,0 W	37 336,0
7	(7) I	Hoechst, Frankfurt	Chemie	41 457,0 W	37 189,0
8	(8) I	Thyssen AG, Duisburg	Stahl/Maschinen/Handel	32 430,0 W(9)	28 368,0
9	(9) I	RWE, Essen	Energie	26 759,0 (6)	24 118,0
10	(11) I	Ruhrkohle, Essen	Bergbau	25 923,0 K	21 547,0
11	(10) I	Deutsche Shell, Hamburg	Mineralöl	22 771,0	22 215,0
12	(12) I	Veba-Öl, Gelsenkirchen (Zu 1)	Mineralöl/Chemie	21 625,0 K	21 175,0
13	(14) I	Esso, Hamburg	Mineralöl	19 302,0	17 487,0
14	(13) I	Deutsche BP, Hamburg	Mineralöl	18 596,8	18 078,4
15	(17) I	Bosch, Stuttgart	Elektrotechnik	18 372,7 W	16 125,6
16	(16) I	Krupp GmbH, Essen	Stahl/Maschinen/Handel	18 239,0 W	17 273,0
17	(21) H	Thyssen Handelsunion, Düsseldorf (Zu 8)	Handel	16 968,0 W(9)	14 182,0
18	(15) H	Stinnes, Mülheim (Zu 1)	Handel	16 727,0 W	17 309,0
19	(18) I	GHH-Gruppe, Oberhausen	Maschinenbau	16 645,0 K(6)	15 883,0
20	(23) I	BMW, München	Auto	16 484,0 W	14 025,7
21	(19) H	Aldi GmbH	Nahrungsmittel	16 000,0 G	15 500,0
22	(22) I	Mannesmann, Düsseldorf	Röhren/Maschinenbau	15 766,0 W	14 074,0
23	(26) D	Ruhrgas, Essen	Energievers.	14 816,8	12 887,5
24	(34) I	Metallgesellschaft, Frankfurt	Metallwirtschaft	14 028,0 W(9)	10 981,0
25	(27) I	Preussag, Hannover	Metall/Energie	13 734,6 W	12 477,3
26	(51) H	Haniel, Duisburg	Handel	13 565,0 K	8 878,0
27	(25) H	Aral, Bochum (Zu 12)	Mineralöl	13 418,0	13 252,0
28	(20) I	Opel, Rüsselsheim	Auto	12 880,0	14 707,0
29	(24) I	Ford, Köln	Auto	12 785,4	13 353,8
30	(32) H	Rewe-Zentrale, Köln	Nahrungsmittel	12 684,2	11 067,0
31	(35) I	Viag, Berlin/Bonn	Energie	11 960,0 K	10 730,0
32	(38) I	Wintershall, Kassel (Zu 4)	Erdölförderung	11 841,0 K	10 503,0
33	(29) H	Toepfer International, Hamburg	Getreide	11 736,0 W(11)	11 420,0
34	(30) I	Salzgitter AG	Stahl/Schiffbau	11 592,6 K(9)	11 365,4
35	(36) I	IBM, Stuttgart	Büromaschinen	11 277,0	10 622,0
36	(43) I	Deutsche Texaco, Hamburg	Mineralöl	11 210,0	9 600,0
37	(41) H	Raab Karcher, Essen (Zu 1)	Handel	11 210,0	10 202,0
38	(31) I	Degussa, Frankfurt	Edelmetalle	11 122,0 W(9)	11 097,0
39	(28) I	AEG, Frankfurt	Elektrotechnik	11 015,0 W	11 527,0
40	(37) I	Mobil Oil, Hamburg	Mineralöl	10 886,0	10 607,0
41	(40) H	Edeka Zentrale, Hamburg	Nahrungsmittel	10 870,0	10 250,0
42	(47) H	Klöckner & Co Kommanditgesellschaft auf Aktien, Duisburg	Handel	10 793,0	9 443,0
43	(33) H	Karstadt, Essen	Warenhäuser	10 786,0 K	11 052,0
44	(39) H	Schickedanz-Gruppe, Fürth	Handel/Foto/Möbel	10 690,0 W(1)[1]	10 396,0
45	(45) H	RHG Leibbrand, Rosbach v.d.H.	Handel	10 679,0 *	9 503,0*
46	(42) I	Flick Industrieverwaltung, Düsseldorf	Holding	10 516,0	9 949,0
47	(48) I	Deutsche Unilever, Hamburg	Nahrung-/Waschmittel	10 367,0 TK	9 311,0
48	(44) H	co op AG, Frankfurt	Nahrungsmittel	10 345,0	9 578,8
49	(50) H	Tengelmann, Mülheim	Nahrungsmittel	9 870,0 K(6)	8 980,0
50	(55) D	Deutsche Lufthansa, Köln	Luftverkehr	9 503,2	8 208,0
51	(54) H	Otto Versand, Hamburg	Versandhandel	9 400,0 K/G(2)[1]	8 452,0
52	(53) I	Henkel-Gruppe, Düsseldorf	Chemie	9 342,9 W	8 470,3
53	(57) I	Thyssen Stahl AG, Duisburg (Zu 8)	Stahl	9 213,0 (9)	7 878,0
54	(52) I	M.A.N., Augsburg (Zu 19)	Maschinenbau	8 820,0 W(6)	8 789,0
55	(58) I	Audi, Ingolstadt (Zu 3)	Auto	8 726,0	8 019,0
56	(49) H	Mabanaft-Gruppe, Hamburg	Mineralöl	8 720,0 W	9 159,0
57	(46) H	Metro Deutschland	Handel	8 500,0 G	9 500,0
58	(77) I/H	Batig, Hamburg	Beteiligungsverwaltung	8 171,0 [2]	5 564,0
59	(56) I	Holzmann, Frankfurt	Bauindustrie	8 133,0 B	7 868,0
60	(60) D	Preussenelektra, Hannover (Zu 1)	Energie	7 979,0 K	7 593,0
61	(59) H	Kaufhof, Köln	Warenhäuser	7 538,0 K	7 693,0
62	(105) I	Kraftwerk Union, Mülheim (Zu 2)	Kraftwerke	7 500,0 W(9)	3 400,0
63	(66) I	Allg. Deutsche Philips, Hamburg	Elektrotechnik	7 488,0 (4)	6 262,0
64	(64) I	Hoesch AG, Dortmund	Stahl	7 251,0	6 736,0
65	(62) I	Klöckner Werke, Duisburg	Stahl	7 250,4 W(9)	6 994,6
66	(63) H	Gedelfi-Gruppe, Köln	Handel	7 228,0	6 756,4
67	(69) I	Agfa-Gevaert-Gruppe, Leverkusen (Zu 6)	Fototechnik	7 023,3 W	5 989,0
68	(65) I	Saarbergwerke, Saarbrücken	Energie	6 991,7 K	6 593,8
69	(71) D	Schenker, Berlin/Frankfurt	Spedition	6 797,0 W	5 876,0
70	(75) I	KHD, Köln	Maschinenbau	6 761,0 W	5 651,0
71	(67) I	Bertelsmann, Gütersloh	Verlag	6 716,0 W(6)	6 218,0
72	(79) I	VEW, Dortmund	Energie	6 624,0	5 431,0
73	(61) I	Babcock, Oberhausen	Maschinenbau	6 450,0 (9)	7 084,0
74	(73) I	Hüls, Marl	Chemie	6 262,8 K	5 828,1
75	(68) I	Reemtsma, Hamburg	Zigaretten	6 114,9 W	6 199,0
76	(81) I	Panavia Airkraft, München	Flugzeugbau	6 109,0	5 338,0
77	(78) I	Krupp Stahl AG, Bochum (Zu 16)	Stahl	6 079,0	5 520,0
78	(70) H	BayWa, München	Handel	5 869,4	5 947,3
79	(72) I	MBB, München	Luft/Raumfahrt	5 719,0	5 875,0
80	(76) H	C & A, Düsseldorf	Warenhäuser	5 598,0	5 584,0
81	(88) I	Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling (Zu 123)	Öl/Chemie	5 357,0	4 605,0
82	(87) I	VAW, Bonn (Zu 31)	Aluminium	5 339,0 W	4 660,0
83	(90) D	Kühne & Nagel-Gruppe, Bremen/Hamburg	Spedition	5 250,0 W	4 430,0
84	(89) D	Bayernwerk, München	Energievers.	5 226,0 (9)	4 502,0
85	(86) H	Karl O. Helm, Hamburg	Chemikalien	5 220,0 W	4 676,0
86	(82) I	Thyssen Industrie, Essen (Zu 8)	Investitionsgüter	5 184,0 W(9)	5 068,0
87	(80) H	Hertie-Gruppe, Frankfurt/Berlin	Warenhäuser	5 076,0	5 425,0
88	(93) I	Schering-Gruppe, Berlin	Chemie	4 888,0 K	4 283,0
89	(85) I	Hochtief, Essen	Bauindustrie	4 886,0 B	4 691,0
90	(84) H	Schaper, Hannover	Nahrungsmittel	4 861,0 *K(9)	4 714,6*
91	(83) H	BBC, Mannheim	Elektrotechnik	4 816,0 W	4 949,0
92	(74) I	Agiv, Frankfurt	Holding	4 615,0 [3]	5 756,0
93	(91) I	B.A.T., Hamburg	Zigaretten	4 589,0	4 326,0
94	(92) I	SEL, Stuttgart	Elektrotechnik	4 492,0	4 293,0
95	(97) D	Hapag-Lloyd, Hamburg/Bremen	Reederei	4 300,0 K	3 999,0
96	(98) I	Boehringer, Ingelheim	Chemie	4 126,0 W	3 686,0
97	(103) H	Otto Wolff, Köln	Eisenindustrie	4 083,0 K	3 459,0
98	(94) I	Mannesmannröhren-Werke, Düsseldorf (Zu 22)	Rohrherstellung	4 080,0 W	4 060,0
99	(109) I	Rütgerswerke, Frankfurt	Feuerfest	4 006,0 K	3 347,0
100	(95) H	Alfred Massa, Alzey	SB-Warenhäuser	3 918,0 W	3 994,0
101	(96) H	Ruhrkohle, Handel, Düsseldorf (Zu 10)	Handel	3 858,0 W	3 957,0
102	(102) H	Ferrostaal, Essen (Zu 19)	Handel	3 841,0 (6)	3 522,0
103	(104) H	Plus, Mülheim (Zu 49)	Nahrungsmittel	3 827,1 (6)	3 425,8
104	(100) H	Conoco, Hamburg	Mineralöl	3 822,0	3 590,0
105	(99) H	Mannesmann-Handel, Düsseldorf (Zu 22)	Handel	3 769,0 W	3 656,0
106	(122) H	Wintershall Mineralöl, Düsseldorf (Zu 32)	Mineralöl	3 736,2	2 934,3
107	(112) I	Dynamit Nobel, Troisdorf (Zu 46)	Chemie	3 622,0 W	3 231,0
108	(108) I	Linde, Wiesbaden	Anlagenbau	3 603,0 W	3 364,0
109	(115) I	Philip Morris, München	Tabak	3 596,3	3 081,6
110	(106) I	Continental Gummiwerke, Hannover	Gummi	3 534,0 K	3 387,2
111	(124) I	ZF Friedrichshafen	Antriebstechnik	3 507,0 W	2 864,0
112	(107) I	Nestlé-Gruppe Deutschland, Frankfurt	Nahrungsmittel	3 465,5	3 388,1
113	(101) I	Bilfinger + Berger, Mannheim	Bauindustrie	3 411,0 B	3 522,0
114	(110) D	Neue Heimat, Hamburg	Wohnungsbau	3 392,8	3 282,0
115	(130) I	Feldmühle, Düsseldorf (Zu 46)	Papier	3 383,0 W	2 713,0
116	(121) I	Carl-Zeiss-Stiftung, Oberkochen	Feinmechanik	3 382,2 W(9)	2 955,0
117	(111) H	Wilh. Werhahn, Neuss	Handel	3 379,0	3 239,0
118	(113) H	Allkauf-Gruppe, Mönchengladbach	SB-Warenhäuser	3 334,0 *K	3 105,0*
119	(118) I/H	Oetker-Gruppe, Bielefeld	Nahrungsmittel	3 318,1	3 033,2
120	(132) I	Nixdorf Computer, Paderborn	Datenverarb.	3 273,0 W	2 712,0
121	(114) I	Bosch-Siemens-Hausgeräte, München	Elektrotechnik	3 205,9 K	3 103,6
122	(123) I	Mannesmann Demag, Duisburg (Zu 22)	Maschinen- und Anlagenbau	3 201,0 W	2 884,0
123	(116) I	Rheinische Braunkohlenwerke, Köln (Zu 9)	Braunkohlenbergbau	3 189,0	3 064,0
124	(119) I	Deutsche Solvay-Gruppe, Solingen	Chemie/Bergbau	3 187,0 K	2 969,0
125	(133) H	Salzgitter Stahl, Düsseldorf (Zu 154)	Stahlhandel	3 093,0 (9)	2 697,0
126	(134) I	Heraeus, Hanau	NE-Metalle	3 063,0 W	2 694,2
127	(137) I	Strabag-Bau, Köln	Bauindustrie	3 029,4 W/B	2 664,4
128	(136) I	E. Merck, Darmstadt	Chemie/Pharma	3 017,2 W	2 672,2
129	(140) I	PWA, Raubling	Papier	2 973,0	2 616,0
130	(139) I	Freudenberg, Weinheim	Gummi/Kunststoff	2 971,0 W(6)	2 631,0
131	(126) D	NWK, Hamburg (Zu 60)	Energievers.	2 888,0	2 763,0
132	(125) I	ITT Gesellschaft für Beteiligungen, Frankfurt	Holding	2 856,0	2 832,0
133	(164) I	EC Erdölchemie, Köln	Petrochemie	2 835,0 (3)	2 265,0
134	(147) I	Deutsche ICI, Frankfurt	Chemie	2 824,0 W	2 466,0
135	(-) I	Bremer Vulkan, Bremen	Schiffbau	2 800,0	472,0
136	(141) D	Energieversorgung Schwaben, Stuttgart	Energievers.	2 795,1	2 587,8
137	(127) I	Steag, Essen (Zu 10)	Energie	2 792,0	2 761,0
138	(149) I	FAG, Schweinfurt	Metallverarb.	2 783,0 W	2 401,0
139	(161) I	Wacker-Chemie, München	Chemie	2 783,0 W	2 287,0
140	(117) I	Grundig, Fürth	Elektrotechnik	2 782,0 K(3)	3 057,0
141	(145) H	Kaiser's Kaffee, Viersen (Zu 49)	Nahrungsmittel	2 782,0 TK(6)	2 536,0
142	(135) I	adidas, Herzogenaurach	Sport-/Freizeitbekleidung	2 775,0 W	2 686,0
143	(148) I	Rheinische Olefinwerke, Wesseling (Zu 4)	Petrochemie	2 726,0 (W)	2 414,0
144	(165) I	Thyssen Edelstahlwerke, Krefeld (Zu 8)	Edelstahl	2 714,0 (9)	2 249,0
145	(138) I	Coca-Cola, Essen	Getränke	2 700,0	2 650,0
146	(167) H	Bernhard Rothfos, Hamburg	Kaffee	2 692,3	2 194,1
147	(153) I	Enka, Wuppertal	Chemiefasern	2 681,5	2 346,6
148	(152) I	Beiersdorf, Hamburg	Chemie	2 665,0 W	2 358,0
149	(144) I	Rheinmetall, Berlin/Düsseldorf	Maschinenbau	2 649,0 K	2 545,4
150	(128) I/H	Agip, München	Mineralöl	2 645,0	2 751,0
151	(146) I	Esso-Chemie, Köln (Zu 13)	Chemie	2 624,0	2 476,0
152	(179) D	Contigas, Düsseldorf (Zu 84)	Energievers.	2 617,0 K(9)	2 056,0
153	(131) I	Brinkmann, Bremen	Tabak	2 615,0 (3)	2 712,9
154	(158) I	Stahlwerke Peine-Salzgitter (Zu 34)	Eisen/Stahl	2 602,0 (9)	2 305,0
155	(155) D	Stadtwerke München	Energievers.	2 521,0	2 341,0
156	(143) H	Horten, Düsseldorf	Warenhäuser	2 498,1 (2)[1]	2 557,0
157	(171) I	Porsche, Stuttgart	Auto	2 494,0 W(7)	2 134,0
158	(156) D	HEW, Hamburg	Energievers.	2 473,0	2 338,0
159	(120) H	Deutsches Milchkontor, Hamburg	Milchprodukte	2 462,2 W	2 961,2
160	(129) I	Elf Mineralöl, Düsseldorf	Mineralöl	2 447,0	2 716,4
161	(159) D	Badenwerk, Karlsruhe	Energievers.	2 440,0	2 300,0
162	(151) I	Springer Verlag, Berlin	Verlag	2 420,6 W	2 363,0
163	(173) I	Fichtel & Sachs-Gruppe, München	Fahrzeugteile	2 408,6 W	2 115,0
164	(150) D	TUI, Hannover	Touristik	2 406,0 (10)	2 372,0
165	(154) H	Südfleisch, München	Schlachtung	2 402,0	2 342,4
166	(168) I	MTU, München	Luft-/Raumfahrt	2 401,0 K	2 179,0
167	(142) I	Norddeutsche Affinerie, Hamburg	NE-Metallhütte	2 393,0 (9)	2 560,0
168	(166) I	Dyckerhoff & Widmann, München	Bauindustrie	2 373,0 B	2 239,0
169	(157) H	Raiffeisen-Haupt-Genossenschaft, Hannover	Agrarhandel	2 371,8	2 313,6
170	(160) I	Veba Kraftwerke Ruhr, Gelsenkirchen (Zu 1)	Energie	2 358,0	2 289,0
171	(169) H	Possehl-Gruppe, Lübeck	Handel	2 353,0	2 152,0
172	(163) H	W. & O. Bergmann, Düsseldorf	Metalle	2 340,0	2 276,0
173	(199) I	AG Dillinger Hütte	Stahl	2 327,0	1 793,5
174	(184) I	Du Pont de Nemours, Düsseldorf	Chemie	2 284,0	1 977,0
175	(174) I	Reynolds Tobacco, Köln	Zigaretten	2 260,0	2 104,0
176	(170) H	Andreae-Noris Zahn, Frankfurt	Pharmazie	2 255,9	2 139,7
177	(191) I	Benteler-Gruppe, Paderborn	Stahlverarb.	2 244,0 K	1 827,0
178	(185) I	Arbed-Saarstahl, Völklingen	Eisen/Stahl	2 235,0	1 972,0
179	(177) D	DER, Frankfurt	Touristik	2 186,3 W	2 065,2
180	(162) H	Centralgenossenschaft Vieh und Fleisch, Hannover	Vieh/Fleisch	2 169,0	2 285,0
181	(176) H	Nürnberger Bund, Essen	Einkaufsgen.	2 161,0	2 080,0
182	(172) H	Deutsche SB-Kauf, Bochum	Nahrungsmittel	2 159,0	2 120,0
183	(175) I	Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg (Zu 63)	Elektrotechnik	2 159,0 K	2 097,0
184	(239) I	Hewlett-Packard, Böblingen	Elektrotechnik	2 118,0 (10)	[illegible]
185	(183) D	Bewag, Berlin	Energievers.	2 104,0 (6)	[illegible]
186	(193) H	Jost Hurler GmbH, München	Handel	2 100,0	[illegible]
187	(182) I	Michelin, Karlsruhe	Chemie/Gummi	2 052,2	[illegible]
188	(178) H	Deutscher Supermarkt, Düsseldorf	Nahrungsmittel	2 047,0 W	[illegible]
189	(212) H	Lidl & Schwarz, Neckarsulm	Nahrungsmittel	2 046,0	[illegible]
190	(187) D	EWE, Oldenburg	Energievers.	2 002,4	[illegible]
191	(188) H	Lekkerland, Frechen	Handel	2 002,0 W	[illegible]
192	(192) H	co op Dortmund	Nahrungsmittel	1 965,0 *	[illegible]
193	(195) H	Raiffeisen Viehzentrale, Hamburg	Vieh/Fleisch	1 950,0	[illegible]
194	(197) I	Melitta-Gruppe, Minden	Haushaltsart.	1 949,0 W	[illegible]
195	(186) I	Eschweiler Bergwerksverein, Herzogenrath	Steinkohlenbergbau	1 946,0	[illegible]
196	(198) D	Thyssengas, Duisburg	Ferngas	1 938,2	[illegible]
197	(218) H	Deutsche Fina, Frankfurt	Mineralöl	1 933,9 TK	[illegible]
198	(220) D	Gasversorgung Süddeutschland, Stuttgart	Energievers.	1 931,0 (9)	[illegible]
199	(207) D	Rhenag, Köln (Zu 9)	Energievers.	1 921,0	[illegible]
200	(204) I	Deutsche Marathon Petroleum, München	Mineralöl	1 906,0	[illegible]
201	(222) H	Deutsche Total, Düsseldorf	Mineralöl	1 879,8 W	[illegible]
202	(200) I	Telenorma, Frankfurt	Elektrotechnik	1 850,0 W	[illegible]
203	(210) I	Alcan Aluminiumwerke, Frankfurt	Aluminium	1 847,0 TK	[illegible]
204	(213) I	Monheim, Aachen	Schokoladen	1 886,0 W	[illegible]
205	(194) H	Woolworth, Frankfurt	Warenhäuser	1 828,6 TK	[illegible]
206	(189) H	Landwirtschaftliche Fleischzentrale, Hannover (Zu 180)	Fleisch	1 828,5	[illegible]
207	(209) H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Kiel	Agrarhandel	1 827,0 W	[illegible]
208	(202) I	Diehl, Nürnberg	Metall/Halbz.	1 810,0 W	[illegible]
209	(226) I	Blaupunkt, Hildesheim (Zu 15)	Elektrotechnik	1 784,9	[illegible]
210	(201) I	Miele & Cie, Gütersloh	Elektrotechnik	1 774,0 W(6)	[illegible]
211	(216) I	Messer-Griesheim, Frankfurt (Zu 7)	Maschinenbau Chemie	1 767,0 W	[illegible]
212	(203) I	Procter & Gamble, Schwalbach	Reinigungs-/Waschmittel	1 766,0 (6)	[illegible]
213	(208) H	Nordwest Eisen- und Metallwaren, Hagen	Eisenwaren	1 757,0	[illegible]
214	(190) H	Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale, Frankfurt	Handel	1 748,0 (6)	[illegible]
215	(277) I	VDO Schindling, Frankfurt	Autozubehör	1 742,0 W	[illegible]
216	(205) D	Erdgas-Verkaufs-Gesellschaft, Münster	Energievers.	1 740,0	[illegible]
217	(235) I	Kali + Salz, Kassel (Zu 4)	Kali/Streusalz	1 739,0	[illegible]
218	(217) D	Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Energievers.	1 738,0	[illegible]
219	(253) D	Rhenus-WTAG, Dortmund (Zu 18)	Spedition	1 737,0	1 419,[illegible]
220	(219) H	Ferd. Schulze, Mannheim	Arzneimittel	1 736,9	1 606,[illegible]
221	(211) H	Kaufring, Düsseldorf	Einkaufsgen.	1 727,0	1 696,0
222	(287) H	Hoesch Export, Dortmund (Zu 64)	Handel	1 709,0 W	1 283,0
223	(225) I	Varta, Bad Homburg	Elektrotechnik	1 706,7 W	1 578,4
224	(350) I	Heinr. Bauer Verlag, Hamburg	Verlag	1 705,0	1 015,0
225	(-) I	Nestlé Maggi GmbH, Frankfurt	Nahrungsmittel	1 702,4 [4]	
226	(234) I	Süddeutsche Zucker, Mannheim	Zucker	1 692,0 (2)[1]	1 546,0
227	(224) I	Teves, Frankfurt (Zu 132)	Maschinenbau	1 692,0 W	1 590,0
228	(233) I	Osram, München (Zu 2)	Elektrotechnik	1 690,0 W(9)	1 551,0
229	(221) D	Schleswag, Rendsburg (Zu 60)	Energievers.	1 689,3	1 599,0
230	(180) I I	Krauss-Maffei, München (Zu 263)	Maschinenbau	1 687,0 K K	2 037,0
231	(237) I	BASF Farben + Fasern, Münster (Zu 4)	Chemie	1 674,0 W	[illegible]
232	(252) I	Röhm, Darmstadt	Chemie	1 671,0 W	[illegible]
233	(336) I	Mannesmann Anlagenbau, Düsseldorf (Zu 22)	Anlagenbau	1 661,0 W	1 054,0
234	(259) I	Dow Chemical, Stade	Chemie	1 658,3	[illegible]
235	(247) H	Asko, Saarbrücken	Handel	1 655,0 W	[illegible]
236	(272) I	Eduscho, Bremen	Kaffee/Tee	1 650,0 G	[illegible]
237	(214) I	Tchibo, Hamburg	Kaffee/Tee	1 648,4 W	[illegible]
238	(262) I	Bayerngas, München	Leitungsbau	1 629,1	1 372,1
239	(254) I	Wella, Darmstadt	Kosmetik	1 627,0 W	1 416,2
240	(256) H	Deutsche Conti-Handelsgesellschaft, Hamburg	Handel	1 626,0 W	[illegible]
241	(228) H	Mahag-Gruppe, München	Kfz-Handel	1 621,0 W	1 572,5
242	(319) I	Howaldtwerke, Kiel/Hamburg (Zu 34)	Schiffbau	1 610,0 W(9)	[illegible]
243	(229) I	Rasselstein, Neuwied	Stahl	1 605,0 (9)	[illegible]
244	(236) D	Stadtwerke Köln	Energievers.	1 604,0	1 517,5
245	(230) H	Rewe Dortmund	Nahrungsmittel	1 602,0	[illegible]
246	(255) I	Kali-Chemie, Hannover (Zu 124)	Chemie	1 596,6 W	1 407,0
247	(246) H	Deutscher Kraftverkehr Ernst Grimmke, Düsseldorf	Mineralöl	1 567,0	1 448,0
248	(215) I	Liebherr, Biberach	Maschinenbau	1 558,0	[illegible]
249	(231) H	Für Sie, Köln	SB-Handel	1 557,0	[illegible]
250	(242) H	Westfleisch, Münster	Vieh/Fleisch	1 553,0	[illegible]
251	(284) I	Schott Glaswerke, Mainz (Zu 116)	Glas	1 551,0 W(9)	[illegible]
252	(245) I	Molkerei-Zentrale Süd, Nürnberg	Nahrungsmittel	1 547,0 W	[illegible]
253	(249) I	Uni-Cardan, Lohmar	Gelenkwellenbau	1 545,0 TK	[illegible]
254	(241) I	Schmalbach-Lubeca, Braunschweig	Verpackungen	1 543,2 TK	[illegible]
255	(281) I	Altana, Bad Homburg	Pharma	1 539,8 W	[illegible]
256	(227) H	Trade Arbed, Köln	Walzstahl	1 538,0	[illegible]
257	(244) I	OMW, Karlsruhe	Mineralöl	1 520,6 W	[illegible]
258	(250) H	Einkaufsbüro Deutscher Eisenhändler, Wuppertal	Eisenwaren	1 517,0 *	[illegible]
259	(293) I	Dornier, Friedrichshafen	Luft-/Raumfahrt	1 509,0 K	[illegible]
260	(265) H	Avia, München	Mineralöl	1 503,0	[illegible]
261	(223) I	Iveco-Magirus, Ulm	Fahrzeugbau	1 501,0	[illegible]
262	(275) D	Saar-Ferngas, Saarbrücken (Zu 68)	Energievers.	1 497,0	[illegible]
263	(243) I	Buderus, Wetzlar (Zu 46)	Gießerei	1 488,6	[illegible]
264	(268) D	Energieversorgung Ostbayern, Regensburg	Energievers.	1 486,2 (9)	[illegible]
265	(276) I	SKF, Schweinfurt	Maschinenbau	1 464,0 TK	[illegible]
266	(311) H	Mitsui & Co Europe, Düsseldorf	Ex-/Import	1 463,0 TK(3)	[illegible]
267	(274) I	Bahlsen, Hannover	Nahrungsmittel	1 462,0 W	[illegible]
268	(271) I	Wieland-Werke, Ulm	NE-Halbzeug	1 461,0 K(9)	[illegible]
269	(249) H	WLZ-Raiffeisen, Stuttgart	Handel	1 456,0	[illegible]
270	(251) I	Allgäuer Alpenmilch-Gruppe, München (Zu 112)	Nahrungsmittel	1 450,6 TK	[illegible]

	Firma	Branche	Umsatz 1984	Umsatz 1983
271 (273) H/D	Gewerkschaft Brigitta, Hannover	Erdöl/Erdgas	1 440,4	1 344,5
272 (260) H	West. Centralgenossenschaft, Münster	Agrarhandel	1 438,0	1 384,0
273 (270) I	Grünzweig + Hartmann, Ludwigshafen	Dämmstoffe	1 433,0 K	1 356,0
274 (278) D	Technische Werke der Stadt Stuttgart (Zu 218)	Energievers.	1 433,0	1 328,0
275 (263) I	Knorr-Bremse, München	Maschinenbau	1 427,8 W	1 371,0
276 (238) I	Züblin, Stuttgart	Bauindustrie	1 426,0 B	1 506,0
277 (266) I	Gruner + Jahr, Hamburg (Zu 71)	Verlag	1 412,0 (6)	1 361,0
278 (269) D	Isar-Amperwerke, München	Energievers.	1 408,1 (6)	1 356,7
279 (279) D	GEW, Köln (Zu 244)	Energievers.	1 407,6	1 327,1
280 (292) I	Holtzbrinck-Gruppe, Stuttgart	Verlag	1 400,0 W(6)	1 263,0
281 (303) I	Mannesmann, Rexroth, Lohr (Zu 22)	Hydraulik	1 381,0 W	1 211,0
282 (299) H	AVA, Bielefeld	Warenhäuser	1 378,0	1 241,0
283 (264) I	Bergmann Elektricitäts-Werke, Berlin	Elektroindustrie	1 377,0	1 370,0
284 (290) H	Fiat Automobil AG, Heilbronn	Kfz-Import	1 367,0	1 274,0
285 (298) I	Maizena, Hamburg	Nahrungsmittel	1 361,3 (9)	1 244,3
286 (339) I	SKW Trostberg	Chemie	1 356,4 W	1 047,4
287 (280) H	Raiffeisen Waren-Zentrale Rheinland, Köln	Agrarhandel	1 343,3	1 324,5
288 (287) I	Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle, Lahr (Zu 75)	Tabak	1 340,4	1 395,5
289 (300) I	Carl Freudenberg, Weinheim (Zu 130)	Gummi/Kunststoffe	1 336,0	1 239,0
290 (283) H	Carl Spaeter, Düsseldorf	Handel	1 331,3	1 308,8
291 (368) I	Pegulan, Frankenthal (Zu 57)	Kunststoff	1 330,7	957,7
292 (333) H	Coutinho, Caro & Co Firmengruppe, Hamburg	Eisen/Stahl	1 328,0	1 075,0
293 (316) I	Mahle-Konzern, Stuttgart	Kfz-Zubehör	1 321,7 K	1 163,8
294 (258) H	Unternehmenskreis Deutsche Babcock Handel, Oberhausen (Zu 73)	Walzstahl	1 317,6 W(9)	1 393,0
295 (282) I	Boehringer Mannheim	Chemie	1 311,4 K	1 317,7
296 (304) I	Vorwerk, Wuppertal	Elektrotechnik	1 311,0 W	1 211,0
297 (306) D	Hastra, Hannover (Zu 60)	Energievers.	1 300,5	1 206,1
298 (297) H	Deutsche Renault, Brühl	Kfz-Import	1 295,0	1 249,0
299 (286) H	Edeka Minden-Hannover	Nahrungsmittel	1 294,9	1 286,4
300 (291) I	Flachglas, Gelsenkirchen	Flachglas	1 288,0 K	1 265,0
301 (289) I	AEG Kabel, Rheydt (Zu 39)	Kabel	1 286,0 K	1 277,0
302 (240) H	Scipio, Bremen	Handel	1 284,9 RG(9)	1 493,8
303 (313) I	HAG GF, Bremen	Kaffee/Tee	1 280,0 K	1 181,0
304 (301) D	Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover	Energievers.	1 267,5	1 218,9
305 (325) I	Heidelberger Druckmaschinen (Zu 9)	Maschinenbau	1 266,0	1 102,0
306 (352) H	Mitsubishi International, Düsseldorf	Handel	1 262,0 (3)	1 014,6
307 (305) D	EAM, Kassel	Energievers.	1 260,9	1 207,6
308 (288) I	„Nordsee", Bremerhaven (Zu 47)	Fisch	1 251,0 K	1 280,0
309 (312) I	Triumph-International-Gruppe, München	Textil	1 249,0 W	1 187,0
310 (343) I	Herberts, Wuppertal (Zu 7)	Chemie	1 238,2 W	1 039,6
311 (295) I	Heitkamp, Herne	Bauindustrie	1 235,0 B	1 250,0
312 (267) I	O & K, Dortmund	Maschinenbau	1 235,0 K	1 359,0
313 (338) I	Mannesmann Kienzle, Villingen (Zu 22)	Datensysteme	1 232,0 K	1 048,0
314 (322) I	Kraft, Lindenberg	Nahrungsmittel	1 233,0	1 116,0
315 (331) I	Sigri, Meitingen	Graphit	1 229,9	1 083,9
316 (232) I	Blohm + Voss, Hamburg (Zu 8)	Schiffbau	1 222,0	1 563,0
317 (294) I	WTB Walter Thosti Boswau Bauaktiengesellschaft, Augsburg	Bauindustrie	1 221,0 B	1 253,0
318 (314) I	Villeroy & Boch, Mettlach	Feinkeramik	1 215,4 W	1 179,1
319 (317) I	Olympia, Wilhelmshaven (Zu 39)	Büromaschinen	1 205,0 W	1 141,0
320 (449) I	Krupp Polysius, Beckum (Zu 16)	Maschinenbau	1 200,0 W	730,0
321 (196) I	Lurgi, Frankfurt (Zu 24)	Anlagenbau	1 200,0 W(9)	1 800,0
322 (320) H	Ludwig Wünsche, Hamburg	Handel	1 200,0 K	1 128,0
323 (296) H	Rheinbraun Verkaufsgesellschaft, Köln (Zu 123)	Handel	1 186,0 W(6)	1 250,0
324 (324) D	Neckarwerke Elektrizitätsversorgung, Esslingen	Energievers.	1 184,0	1 113,0
325 (323) H	Hussel-Holding, Hagen	Handel	1 174,0 W	1 113,0
326 (326) H	Bayerische Lagerversorgung, München	Handel	1 173,9	1 101,8
327 (340) D	MVV, Mannheim	Energievers.	1 172,0 (9)	1 046,0
328 (327) H	Anton Schlecker, Ehingen	SB-Warenhäuser	1 170,0	1 000,0
329 (261) I	Krupp MaK Maschinenbau, Kiel (Zu 16)	Dieselmotoren	1 169,0	1 379,0
330 (318) D	Stadtwerke Düsseldorf	Energievers.	1 169,0	1 130,0
331 (310) D	NUR Touristik, Frankfurt (Zu 43)	Touristik	1 166,0 (10)	1 194,0
332 (337) I	Haindl Papier, Augsburg	Papier	1 165,0	1 048,0
333 (308) I	Wayss & Freytag, Frankfurt (Zu 92)	Bauindustrie	1 164,0 B	1 199,0
334 (321) D	Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft, Bremen	Energievers.	1 155,0	1 121,0
335 (309) I	DUB, Dortmund	Getränke	1 150,0	1 198,0
336 (330) D	Stadtwerke Hannover	Energievers.	1 136,0	1 090,0
337 (334) I	Voith-Gruppe, Heidenheim	Maschinenbau	1 130,0 K(9)	1 068,0
338 (365) I	Aluminium-Walzwerke Singen	NE-Metalle	1 126,0	967,0
339 (351) H	Globus Handelshof-Gruppe, St. Wendel	SB-Warenhäuser	1 125,0 *(6)	1 015,0*
340 (347) I	Ciba-Geigy, Wehr	Chemie	1 123,3	1 028,5
341 (357) D	Hamburg-Süd	Reederei	1 121,0 W	998,0
342 (344) H	Gehe AG, Stuttgart (Zu 26)	Handel	1 110,0	1 039,0
343 (332) D	Städt. Werke Nürnberg	Energievers.	1 103,0 K	1 077,0
344 (315) I	Readymix, Ratingen	Bauzuliefer	1 102,0	1 187,3
345 (328) H/D	BEB, Hannover	Erdöl/Erdgas	1 100,4	1 095,4
346 (342) I	Schmolz & Bickenbach, Düsseldorf	Stahl	1 100,0 W	1 040,0
347 (363) I	Uhde, Dortmund (Zu 7)	Anlagenbau	1 096,0 W	970,0
348 (329) I	C. Deilmann, Bentheim	Energie	1 093,7 K	1 092,5
349 (364) I	Braun, Kronberg	Elektrotechnik	1 090,3 W(9)	967,7
350 (385) H	Spar Zentrale Hamburg Pfeiffer & Schmidt, Schenefeld	Nahrungsmittel	1 088,4 *	879,3*
351 (410) H	Toepfer Verwaltungsgesellschaft, Hamburg	Im-/Export	1 085,0 (7)	830,0
352 (354) H	EGWA Apothekergenossenschaft, Asperg	Pharmazeutischer Großhandel	1 082,5	1 007,3
353 (349) H	Koch & Sohn, Langenfeld	Nahrungsmittel	1 080,0	1 020,0
354 (358) I	Behringwerke, Marburg (Zu 7)	Pharma	1 074,0 W	995,0
355 (346) D	Stadtwerke Bremen	Energievers.	1 069,3	1 030,5
356 (359) I	Kabelmetal, Osnabrück (Zu 19)	Kabel	1 066,9 W(6)	988,6
357 (341) I	Maximilianshütte, Sulzbach-Rosenberg (Zu 65)	Eisen/Stahl	1 063,0 W(9)	1 045,0
358 (361) D	Westfälische Ferngas, Dortmund	Energievers.	1 058,0	974,0
359 (355) H	Raiffeisen Hauptgenossenschaft, Frankfurt	Agrarhandel	1 056,0	1 004,0
360 (348) H	Fried. Baur, Burgkunstadt	Versandhandel	1 045,0 W	1 021,0
361 (335) H	Edeka Handelsgesellschaft Hessenring, Melsungen	Nahrungsmittel	1 039,4	1 063,2
362 (356) I	Salamander, Kornwestheim	Schuhe/Leder	1 036,0 K	1 002,7
363 (373) D	Lech-Elektrizitätswerke, Augsburg	Energievers.	1 034,4 (6)	912,0
364 (302) I	PWH-Gruppe, Köln	Anlagenbau	1 030,0 W	1 216,0
365 (371) I	Westfälische Metall Industrie KG Hueck, Lippstadt	Kfz-Elektrik	1 026,5 (5)	947,0
366 (372) I	Class oHG, Harsewinkel	Landmaschinen	1 026,0 W(9)	928,0
367 (370) I	Eckes, Nieder-Olm	Getränke	1 026,0 W	950,0
368 (389) I	Knoll AG, Ludwigshafen (Zu 4)	Pharma	1 025,0 W	871,0
369 (366) I	Jagenberg, Düsseldorf (Zu 149)	Maschinenbau	1 023,2 W	963,2
370 (181) I	Triumph-Adler-Gruppe, Nürnberg (Zu 3)	Büro-/Datentechnik	1 018,0 K	2 025,0
371 (307) I	Wegmann & Co, Kassel	Waggonbau/Wehrtechnik	1 015,0	1 199,9
372 (360) I	Didier, Wiesbaden	Anlagenbau	1 014,0 W	976,0
373 (379) I	Effem, Verden/Aller	Tiernahrung	1 009,0	893,7
374 (418) I	Kodak, Stuttgart	Fototechnik	1 005,0	795,8
375 (376) I	Kolbenschmidt, Neckarsulm (Zu 24)	Kfz-Zulieferer	1 000,0 W(9)	900,0
376 (353) D	Hamburger Gaswerke	Energievers.	999,0	1 008,0
377 (369) D	Stadtwerke Frankfurt	Energievers.	994,4	955,9
378 (345) H	Ratio-Gruppe, Münster	SB-Handel	985,6	1 036,3
379 (441) I	Hermann C. Starck, Berlin	Chemie	981,0 W	742,0
380 (424) I	Benckiser, Ludwigshafen	Chemie	972,0 W	773,0
381 (400) I	3M Deutschland, Neuss	Multiprodukte	969,0 (10)	868,0
382 (412) H	Peugeot Automobile Deutschland, Saarbrücken	Kfz-Import	963,4	826,3
383 (403) I	ANT Nachrichtentechnik, Backnang	Elektroindustrie	950,0	853,1
384 (415) I	Südmilch, Stuttgart	Nahrungsmittel	945,6	800,8
385 (383) D	Pfalzwerke, Ludwigshafen	Energievers.	944,0	885,0
386 (374) H	Kaiser + Kellermann, Kirchhundem	Nahrungsmittel	941,0	909,0
387 (285) I	Heilit + Woerner	Bauindustrie	940,0 B	1 303,0
388 (363) I	Dyckerhoff, Wiesbaden	Zement	938,8	970,1
389 (409) I	G. M. Pfaff, Kaiserslautern	Nähmaschinen	938,0	832,0
390 (438) I	MD Verwaltungsgesellschaft, München	Papier	930,2 W	749,0
391 (423) H/I	Adolf Würth, Künzelsau	Schrauben/Werkzeuge	927,0 W	778,0
392 (387) I	Süddeutsche Kühlerfabrik, Stuttgart	Kfz-Zubehör	923,2	876,2
393 (390) I	Burda, Offenburg	Druck/Verlag	919,5	869,4
394 (381) I	Gerresheimer Glas, Düsseldorf	Verpackungen	915,0 (11)	888,0
395 (442) I	Andreas Stihl, Waiblingen	Werkzeuge	910,5 W	742,0
396 (402) I	Otto Fuchs Metallwerke, Meinerzhagen	NE-Metalle	909,6 K	862,5
397 (408) I	Cassella, Frankfurt (Zu 7)	Chemie	909,0 W	835,0
398 (-) D	Energieversorgung Oberfranken, Bayreuth	Energievers.	907,0 (9)	626,0 RG[5]
399 (404) D	Flughafen Frankfurt Main AG	Flughafen-Betreiber	904,1	850,9
400 (384) D	KG Gebr. Röchling, Mannheim	Beteiligungsverwaltung	900,0	881,0
401 (500) H	Nissan Motor Deutschland, Neuss	Kfz-Import	885,0	637,0
402 (367) I	Kässbohrer Fahrzeugwerke, Ulm	Fahrzeugind.	884,0	961,0
403 (386) I	Pfeiffer & Langen, Köln	Zucker	880,2	876,5
404 (382) I	Dunlop, Hanau	Gummi/Kunststoff	877,0 TK	886,4
405 (407) H	Raiffeisen-Zentralgenossenschaft, Karlsruhe	Handel	869,0	839,8
406 (433) H	Toyota Deutschland, Marsdorf	Kfz-Import	865,0	757,0
407 (388) I	Klein, Schanzlin & Becker, Frankenthal	Maschinenbau	864,0	871,0
408 (411) D	Ewag, Nürnberg (Zu 343)	Energievers.	861,1	828,9
409 (434) D	Main-Gaswerke, Frankfurt	Energievers.	858,8 K	755,9
410 (444) D	Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar, Mannheim (Zu 327)	Energievers.	851,0 (9)	737,0
411 (401) I	Heidelberger Zement	Baustoffe	848,0	864,0
412 (414) I	Schwarzkopf, Hamburg	Kosmetik	848,0 W	801,0
413 (419) I	Bunawerke Hüls, Marl	Chemie	847,9	793,3
414 (437) H	Biesterfeld, Hamburg	Chemie	842,0 W	750,0
415 (485) I	Leybold-Heraeus, Köln	Maschinenbau Feinmechanik Optik	838,0 K	663,0
416 (450) I	Zanders Feinpapiere, Bergisch-Gladbach	Papier	837,0	730,0
417 (435) I	M.A.N.-Roland, Offenbach (Zu 54)	Druckmaschinen	832,0 W(6)	753,0
418 (375) H	Molkerei Zentrale Südwest, Karlsruhe	Handel	828,9	903,6
419 (429) D	Großkraftwerk Mannheim	Energievers.	828,0	760,0
420 (426) D	Hapag-Lloyd Reisebüro, Bremen (Zu 95)	Touristik	828,0	771,0
421 (417) I	deuka, Düsseldorf	Futtermittel	826,0	798,0
422 (436) I	Hüttenwerke Kayser, Lünen (Zu 171)	NE-Metalle	824,0	752,0
423 (380) I	Vereinigte Glaswerke, Aachen	Glas	821,7 K	891,1
424 (420) H	Südvieh, München	Viehhandel	819,0	787,0
425 (377) I	Faun-Werke, Lauf a.d. Pegnitz	Fahrzeugbau	818,0 W	898,0
426 (406) H	co op Rhein-Neckar AG, Ludwigshafen	Nahrungsmittel	816,0	843,0
427 (413) D	Rank Xerox, Düsseldorf	Büromaschinen	813,3 (10)	824,9
428 (446) D	Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken	Energievers.	796,0	737,0
429 (455) H	Edeka Handelsgesellschaft Würzburg-Nürnberg, Rottendorf	Nahrungsmittel	793,0 K	725,0
430 (443) H	Otto Wolff Handelsgesellschaft, Köln (Zu 97)	Handel	791,4	737,4
431 (490) H	Panasonic Deutschland Hamburg	Elektronik	790,9 K(9)	658,7
432 (467) I	Gewerkschaft Auguste Victoria, Marl (Zu 4)	Steinkohlenbergbau	790,0	698,0
433 (453) I	Kloeckner-Moeller-Gruppe, Bonn	Elektrotechnik	783,0 (4)	727,1
434 (463) I	Zeppelin-Metallwerke, Friedrichshafen	Leichtmetall/Edelstahl	783,0	711,0
435 (428) H	Hahn & Kolb, Stuttgart	Handel	780,0	761,0
436 (425) I	Lohmann & Co, Cuxhaven	Tierzucht/Apparatebau	779,4 K(6)	771,5
437 (471) H	Sharp Electronics (Europe), Hamburg	Im-/Export Elektrotechnik	775,1 (3)	691,0
438 (440) D	Wuppertaler Stadtwerke	Energievers.	771,0	743,0
439 (461) D	Großkraftwerk Franken, Nürnberg (Zu 84)	Energievers.	769,0	712,0
440 (465) I/H	Kathreiner, Poing	Nahrungsmittel	767,5	700,5
441 (489) I	Leichtmetallgesellschaft, Essen	Aluminium	764,8	658,8
442 (432) I	Th. Goldschmidt, Essen	Chemie	763,5 K	757,0
443 (431) H	Eisen u. Metall, Gelsenkirchen	Stahl/Schrott NE-Metalle	762,0	757,0
444 (483) I	Drägerwerk, Lübeck	Atemschutz-/Druckgastechnik	760,1 W	672,1
445 (477) H	Nordfleisch, Hamburg (Zu 193)	Versandschlachthof	758,0	677,0
446 (466) H	hagebau, Soltau	Baustoffe	756,8	699,1
447 (439) H	Honda Deutschland, Offenbach	Kfz-Import	754,0	748,0
448 (405) H	Meiereizentrale Nordmark, Hamburg	Meierei	752,0	845,0
449 (473) H	Zedach eG, Bremen	Bedachungsmaterialien	751,0 K	682,9
450 (451) H	Buderus-Handel, Wetzlar (Zu 263)	Heizungs-/Klimatechnik	748,8	729,9
451 (480) I	G. A. Pfleiderer Unternehmensverwaltung, Neumarkt	Holzwerkstoffe Kunststoff	748,0 W(5)	674,0
452 (430) I	Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg, Karlsruhe	Maschinenbau	747,2 W	758,7
453 (445) I	Hoffman-La Roche, Grenzach	Pharma	745,0	737,0
454 (468) H	Raiffeisen-Warenzentrale Hessenland, Kassel	Handel	743,0	697,0
455 (-) I	textilgruppe hof, Hof/Saale	Textil	742,0 K	635,0
456 (488) I	Filterwerk Mann & Hummel, Ludwigsburg	Filter	741,0 K	659,0
457 (481) I	Hartmann & Braun, Frankfurt (Zu 22)	Elektrotechnik	741,0 W	673,0
458 (456) I	Deminex, Essen (Zu 12)	Erdöl/Erdgas	740,0	724,2
459 (474) D	Condor Flugdienst, Neu-Isenburg (Zu 50)	Bedarfsluftverkehr	738,2 W	682,1
460 (462) I	DLW, Bietigheim	Bodenbeläge	737,9	711,0
461 (494) I	Jungheinrich-Gruppe, Hamburg	Maschinenbau	737,0 W	643,0
462 (482) I	Sperry, Frankfurt	Informationstechnik	737,0 (3)	673,0
463 (-) I	Kraftanlagen, Heidelberg	Energieanlagen	735,0 K	603,0
464 (-) I	Europa Carton, Hamburg	Papier	733,0 TK	636,0
465 (472) I	Karmann, Osnabrück	Fahrzeugbau	730,0	689,0
466 (458) I	Veith-Pirelli AG, Breuberg/Odenwald	Chemie/Gummi	723,3 TK	721,6
467 (487) I	Ferrero, Frankfurt	Süßwaren	720,0	660,0
468 (416) I	Pepsi-Cola, Offenbach	Getränke	720,0 G	800,0
469 (448) H	Lagerland, München	Handel	715,0	734,0
470 (469) I	Schenck, Darmstadt	Maschinenbau	714,0 W(9)	696,9
471 (479) I	Gebr. Sulzer Holding, Filderstadt	Energietechnik	711,1 TK	674,4
472 (496) I	Welle, Paderborn	Möbel	708,0 K	642,0
473 (491) I	Zahnradfabrik Passau (Zu 111)	Antriebstechnik	708,0	655,0
474 (378) I	Braunschweigische Kohlenbergwerke, Helmstedt	Bergbau/Energie	707,9	896,1
475 (459) I	Braas, Frankfurt	Beton/Kunststoff	706,0	717,0
476 (478) D	Überlandwerk Nord-Hannover, Bremen	Energievers.	701,9	676,7
477 (457) I	Nordmilch, Zeven	Nahrungsmittel	697,1 W	722,1
478 (484) H	Kaffee-Einkaufskontor W. Herz, Hamburg	Kaffee	696,2 (6)	668,3
479 (452) I	Erdölraffinerie Ingolstadt	Mineralöl	689,0	728,0
480 (460) I	Phoenix, Hamburg (Zu 6)	Kautschuk	688,9 W	713,4
481 (476) H	„Ihr platz", Osnabrück	Nahrungsmittel	688,0	681,0
482 (498) H	Sütex, Sindelfingen	Textil	677,6	640,6
483 (497) D	Fränkisches Überlandwerk, Nürnberg	Energievers.	675,9	641,1
484 (-) D	Elektromark, Hagen	Energievers.	671,7	617,1
485 (-) D	Thyssen-Verkehr, Duisburg (Zu 8)	Spedition/Transport	669,7 W(9)	530,3
486 (447) D	VTG Vereinigte Tanklager und Transportmittel, Hamburg (Zu 25)	Transportwesen	669,0 W	736,0
487 (-) I	Rosenthal, Selb	Porzellan	666,5 W	626,0
488 (-) D	Stadtwerke Mannheim (Zu 327)	Energievers.	666,0 (9)	624,0
489 (-) H	Sony Deutschland, Köln	Vertriebsges.	653,4 (10)	607,1
490 (493) D	Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft	Holding	652,2 K	637,3
491 (422) I	Xaver Fendt, Marktoberdorf	Maschinenbau	650,0 K	780,0
492 (-) D	G+H Montage GmbH, Ludwigshafen (Zu 273)	Montagebau	648,0	623,0
493 (-) H	G. Schneider & Söhne, Ettlingen	Papiergroßhandel	648,0 *K	620,0*
494 (-) I	Unternehmensgruppe Pieroth, Burg Layen	Getränke	641,5 W	610,0
495 (-) D	Stadtwerke Duisburg (Zu 490)	Energievers.	640,3	609,7
496 (-) I	W. Schlafhorst, Mönchengladbach	Textilmaschinen	637,0	520,0
497 (-) I	Dürr, Stuttgart	Metall	636,0	601,4
498 (495) I	Erdoel-Raffinerie Neustadt	Mineralöl	636,0	642,0
499 (499) I	WMF, Geislingen (Zu 149)	Metallwaren	634,7 W	638,3
500 (-) I	William Prym-Werke, Stolberg	Metall-Halbzeug Kurzwaren	634,0 K	516,0

Auf den nächsten Plätzen folgen:

	Firma	Branche	Umsatz 1984	Umsatz 1983
501 (-) I	E. Holtzmann, Weisenbach	Papier	632,9	583,3
502 (-) I	Milupa, Friedrichsdorf (Zu 255)	Nahrungsmittel	631,0 W	603,0
503 (503) I	Werner & Pfleiderer, Stuttgart	Maschinenbau	628,1 W	629,7
504 (-) D	Main-Kraftwerke, Frankfurt	Energievers.	625,0 (6)	580,6
505 (-) I	Reichelt, Hamburg	Pharma	625,0	600,4
506 (-) I	Kabelwerke Reinshagen, Wuppertal	Elektrotechnik	623,5	571,8
507 (475) I	Hauni-Werke Körber, Hamburg	Maschinenbau	623,0	681,4
508 (509) D	Starkstrom-Anlagen-Gesellschaft, Frankfurt	Elektro-Montage	623,0 (6)	621,0
509 (510) H	Schwab, Hanau (Zu 51)	Versandhandel	622,6 *(2)[1]	620,6*
510 (504) I	Schöller-Gruppe, Nürnberg	Nahrungsmittel	622,5	627,2

Der Gruppen- bzw. Mitgliederumsatz betrug 1984 bei:
co op-Gruppe 14,100 Mill. DM; Edeka 21,200 Mill. DM; Rewe 23,488 Mill. DM; Selex + Tania 24,500 Mill. DM (G); Spar 9,500 Mill. DM

In den Zahlen der Mineralöl- und Tabakunternehmen sind die Mineralöl- bzw. Tabaksteuer enthalten (ausgenommen Nr. 58 – Mabanaft-Gruppe exkl. MinSt).

W = Weltumsatz, K = Konzern- oder Gruppenumsatz, TK = Teilkonzernumsatz, B = Bauleistung, * = Bruttoumsatz, G = geschätzt

Die überwiegende Zahl der Unternehmen bilanziert zum 31. Dezember, andernfalls ist der Bilanzmonat in Klammern aufgeführt - (6) = 30. Juni etc., RG = Rumpfgeschäftsjahr
Zahlen hinter den Firmennamen weisen die Zuordnung zur Muttergesellschaft aus.
Mit den Buchstaben D (Dienstleistung), H (Handel) und I (Industrie) wurden die jeweils überwiegenden Aktivitäten gekennzeichnet.

[1] Umsatzzahlen für das Geschäftsjahr 1984/85; [2] erstmalig mit Horten-Umsätzen; [3] ohne Umsätze der in 1984 verkauften Beteiligung O & K; [4] seit Dez. 1984 besteht die neue gesellschaftsrechtliche Einheit Nestlé Maggi GmbH, anstelle der bisherigen Teilkonzerne Nestlé Erzeugnisse GmbH und Maggi GmbH, daher keine Vergleichszahl zum Vorjahr; [5] Rumpfgeschäftsjahr 1.1.–30.9.1983, nach Verschmelzung mit der Überlandwerk Oberfranken AG.

Schmacke: „DIE GROSSEN 500", Deutschlands führende Unternehmen und ihr Management; Handbuch in Loseblattform, 2 Bände, ca. 2000 Seiten Luchterhand Verlag, Neuwied, 198,- DM

MOTORSPORT

Kanadas Polizei untersucht Unfall von Winkelhock

sid/dpa, Toronto

Die Polizei in Toronto untersucht den tödlichen Unfall des deutschen Automobilrennfahrers Manfred Winkelhock beim 1000-km-Rennen von Mosport. Bereits am Dienstag fand eine erste Besprechung statt, die aber nach Mitteilung des Untersuchungsrichters von Ontario kein Ergebnis brachte. Winkelhock war am Montag im Krankenhaus von Toronto an seinen schweren Kopfverletzungen gestorben.

In die Diskussion um die noch ungeklärte Unfallursache schaltete sich jetzt auch der Sprecher des Mosport-Kurses, David Stone, ein. Stone glaubt, der Unfall sei Folge eines technischen Defektes gewesen. Einen Fahrfehler schließt er aus: „Winkelhock war durch und durch ein professioneller Rennfahrer, einer der besten."

Manfred Winkelhock wird in der nächsten Woche in der Nähe von Stuttgart beerdigt. Die Überführung von Toronto nach Deutschland erfolgt Ende der Woche, sie wird von Winkelhocks amrikanischer Managergruppe geregelt.

Winkelhocks Berater müssen sich jetzt nach seinem Tode um noch ausstehende Honorare bemühen. So steht ein Gerichtsverfahren gegen den Bad Dürkheimer ATS-Rennstall an, für den Winkelhock in den letzten drei Jahren gefahren war. ATS-Chef Günter Schmidt weigert sich bisher, die Forderung in Höhe von 252 000 Mark zu erfüllen. Etwa die gleiche Summe steht Winkelhock auch vom RAM-Team zu, für das er seit Jahresbeginn die Läufe zur Formel-1-Weltmeisterschaft bestritten hatte. Nach zuverlässigen Informationen hatte RAM bisher keine Zahlungen geleistet. Sichere Einkünfte bezog Winkelhock aus seinen Starts in der Langstrecken-WM, die mit etwa 20 000 Mark pro Rennen dotiert waren.

Der RAM-Rennstall hat bereits Ersatz für den toten deutschen Rennfahrer gefunden. Am Sonntag, beim Großen Preis von Österreich, steuert der Ire Kenny Acheson (28) den zweiten Wagen neben dem Franzosen Philippe Alliott. Acheson fuhr schon 1982 für RAM, als er in der zweiten Saisonhälfte den Wagen von Eliseo Salazar übernahm. Er konnte sich nur einmal für einen Grand Prix qualifizieren.

SEGELN / Zum dritten Mal gewann Deutschland den Admiral's Cup, die WM der Hochseesegler

Jubelfeier morgens um zwei mit rotem Teppich, Champagner und Jazz von einer Dixieland-Band

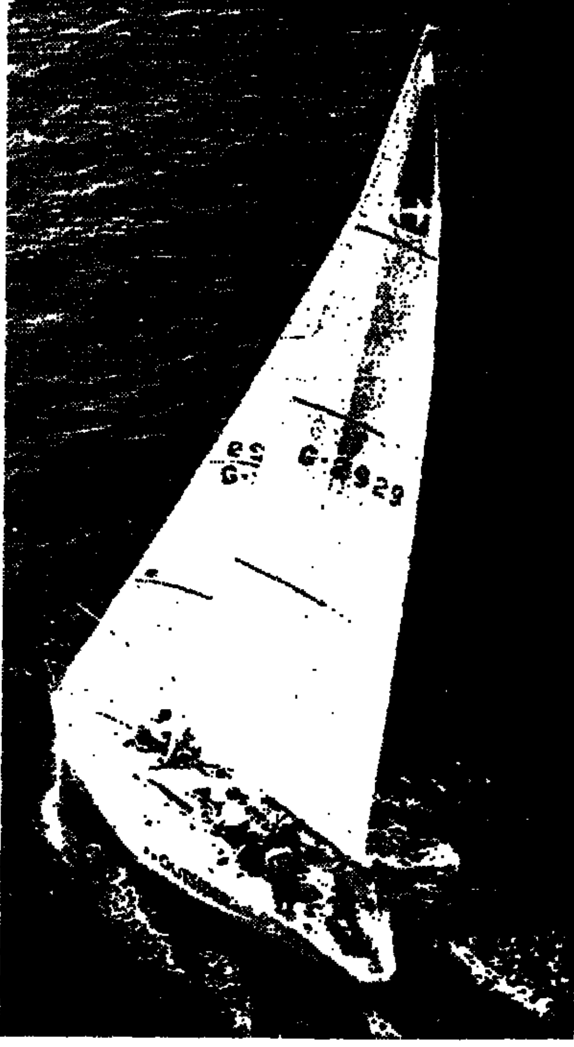
INGA GRIESE, Plymouth

Auf der Mole im Regattazentrum des „Royal Ocean Racing Clubs" in Plymouth war ein roter Teppich ausgerollt. Michael Iwand, der deutsche Team-Chef, hatte Champagner und Bier besorgt und eine Dixieland-Band aufgetrieben. Die produzierte nun Jazz am frühen Morgen, genau um 2.11 Uhr Ortszeit. Da kreuzte die Lübecker Yacht Diva den imaginären Zielstrich. Und Michael Iwand wurde etwas ruhiger: „Ich habe mich hier zum Fingernägelkauer entwickelt. Schließlich kann selbst auf den letzten Meilen noch etwas passieren."

Es ist nichts mehr passiert, es durfte gefeiert werden: Zum dritten Mal nach 1973 und 1983 gewann Deutschland den Admiral's Cup, die Mannschafts-Weltmeisterschaft der Hochseesegler. Mit großem Vorsprung verwiesen die Yachten Outsider (Kiel), Rubin (Hamburg) und Diva (1881 Punkte) das englische Team (1596 Punkte) auf den zweiten Platz. Außer Deutschland hatten nur noch Australien und Irland ein komplettes Dreier-Team ins Ziel gebracht. „Ihr wart fantastisch", gratulierten die amerikanischen Segler. Neidlos erkannte die Konkurrenz an, daß die Crews der deutschen Schiffe mit dem immer komplizierter gewordenen Material am besten umgehen konnten. Joachim Griese, Steuermann der Outsider und Olympiazweiter von Los Angeles im Starboot: „Konstruktion und Bootsentwicklung haben in Deutschland in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, aber wir hatten auch das Quentchen Glück, das dazugehört, um beim Segeln zu gewinnen."

Das abschließende Fastnet-Race über 605 Seemeilen war für Hans-Otto Schümann, Eigner und Skipper der Rubin, „anstrengender als das Katastrophen-Rennen von 1979. Damals hatten wir nur 18 Stunden schweres Wetter, jetzt die ganze Zeit" (1979 waren 15 Segler im Orkan ums Leben gekommen). Fast vier Nächte und drei Tage waren die Segler bei wenig Schlaf und Essen und ständig in derselben nassen Kleidung schwerem Wetter ausgesetzt.

Während des Fastnet-Race hatten die britische Jade und die Epic aus Neuseeland wegen Mastbrüchen aufgeben müssen. Von diesem Zeitpunkt an stand der deutsche Sieg praktisch schon fest. Bernie Beilken, Steuermann der Diva, nach dem errechneten Ergebnis: „Ich bin nur froh, daß wir auch gewonnen hätten, wenn die Jade das Ziel erreicht hätte."



Outsider kam auf den zweiten Platz

Die Outsider von Tilmar Hansen aus Kiel (Foto) war als zweite in der Einzelwertung Deutschlands erfolgreichste Yacht. Das von Judel/Frolijk konstruierte Boot (Baujahr 1985) hat folgende Daten: Länge: 12 Meter, Breite: 4 Meter, Tiefgang: 2,15 Meter, Gewicht: 5,7 Tonnen, Segelfläche am Wind: 89 Quadratmeter. Steuermann Achim Griese kann nicht lange ausruhen. Schon am Montag beginnt für ihn die Europameisterschaft der Starboote in Kopenhagen. In dieser Klasse hatte er zusammen mit seinem Vorschoter Michael Marcour in Los Angeles die Silbermedaille gewonnen.

FOTO: SCHUR

Die Diva, Platz acht der inoffiziellen Einzelwertung, war am häufigsten von Defekten betroffen. Da irritierte es die Crew auch gar nicht mehr, als plötzlich eine der großen Winschen aus dem Deck gerissen wurde und ein großes Loch hinterließ, das in kürzester Zeit abgedichtet wurde. Jörn Bock, Taktiker der Yacht: „Wir haben das Rennen unseres Lebens gesegelt, weder uns noch das Material geschont." Und Skipper Beilken: „Es war einfach nicht unser Wind bei dieser Serie."

Der Wind drehte nach den ersten 150 Seemeilen immer wieder so, daß über 400 Seemeilen sogenannte Anliegerkurse (erreichen einer Boje, ohne den Kurs ändern zu müssen) waren – eine günstige Konstellation für die englischen Yachten. So konnte auch fast erwartungsgemäß die Panda das Fastnet-Race gewinnen. Sie überholte auf dem Weg zum Hafen noch die Outsider, die bei der Umrundung des Fastnet-Felsens nach berechneter Zeit führte.

Die englische Phoenix kam zwar zwei Plätze hinter der Outsider ins Ziel, war damit aber noch schnell genug, um ihre Führung in der Einzelwertung vor der Outsider zu verteidigen. Für die Mannschaft von Skipper Achim Griese war das eine leichte Enttäuschung, trotz der Freude über den Gesamtsieg, der schließlich auch einen großen Teil der Taktik bestimmt hatte. Stefan Lehnert, Taktiker der Outsider: „Die englischen Yachten sind auf den Anliegerkursen einfach schneller als wir. Aber uns ging es vor allem um die Teamwertung. Deshalb haben wir bisweilen weniger riskiert, als wenn es nur um unseren Sieg gegangen wäre. Beim Fastnet-Race sind wir richtige Bögen gefahren, bei denen uns die Engländer immer folgten. Dadurch wollten wir Zeit für die Diva schinden."

Wieder einmal stand das Material im Mittelpunkt der Diskussionen. Bernie Beilken, Steuermann der Diva und einer der erfahrensten Hochseesegler überhaupt, sprach harte Worte: „So geht diese Entwicklung nicht weiter. Wir lassen uns immer leichtere Schiffe bauen, die immer anfälliger werden.' Die Sicherheit der Mannschaft ist nicht mehr gewährleistet. Ich mache da nicht mehr mit." Stefan Lehnert von der Outsider, die ohne jede Blessur durchgekommen war, sieht hingegen die Hauptfehlerquelle in einer mangelhaften Präparierung des Materials. „Segeln ist eine hochtechnische Angelegenheit geworden", sagt er, „auf eine Stunde Segeln kommen vier Stunden Vorbereitung des Schiffes."

Von den am 31. Juli zur ersten Wettfahrt gestarteten 54 Yachten aus 18 Nationen beendeten lediglich 28 den Admiral's Cup, der 1927 zum ersten Mal ausgetragen worden war. Nach England ist jetzt Deutschland die zweite Nation, die ihn zweimal hintereinander gewinnen konnte. Das deutsche B-Team, das unter österreichischer Flagge gestartet war, rutschte beim Fastnet-Race noch auf Platz acht ab. Nur die Pinta von Willi Illbruck aus Leverkusen konnte die Wettfahrt beenden – mit einem hervorragenden achten Platz. Die Container und die I-Punkt hatten mit Baum- und Mastbruch aufgeben müssen. Zeitweise waren die Boote einem Sturm von Windstärke zehn ausgesetzt.

FUSSBALL / Schon Streit in Dortmund

Pal Csernai schickte Raducanu in die Reserve

MARCUS BERG, Dortmund

In Dortmund geraten sie noch heute ins Schwärmen, wenn sie an den Tag denken, an dem sich Marcel Raducanu auf der Geschäftsstelle des Fußball-Bundesligaklubs im August 1981 vorstellte, nachdem er sich zuvor von der rumänischen Nationalmannschaft abgesetzt hatte. Johannes Wüst von der Dortmunder Geschäftsstelle erinnert sich: „Ich habe zu ihm gesagt: Eigentlich brauchen wir einen Techniker." Dies sei kein Problem, meinte Raducanu. Als Wüst einen Ball holte wollte, hielt ihn der Rumäne zurück: „Ich brauche keinen Ball, geben sie mir den Aschenbecher." Er warf den Aschenbecher hoch und fing ihn mit dem Fuß sicher wieder auf. Das überzeugte. Doch jetzt ist es offensichtlich vorbei mit der Überzeugung, ein Genie in der Mannschaft zu haben. Der neue Trainer Pal Csernai lebt im Streit mit dem Rumänen, auch wenn das noch alles etwas gedämpft wird. Schließlich steht ja erst der zweite Spieltag an – und Dortmund spielt morgen gegen den Hamburger SV.

An Raducanus Fertigkeiten am Ball erfreuen sich die Dortmunder heute noch – wenn Raducanu sie zeigt. Doch er zeigt sie nur noch selten, und wenn, dann höchstens im heimischen Westfalenstadion. Womit sie in Dortmund überhaupt nicht fertig werden, ist Raducanus Verhalten. Er gilt als Einzelgänger, der keinen Kontakt zu den Kollegen sucht. Er läßt niemand an sich heran. Überall wittert er Feindschaft und Intrigen. Seine Freunde, zumeist Exil-Rumänen, sind nicht immer die besten Berater. Sein großes Problem ist es, daß er mit sich und seinem Privatleben nicht ins reine kommen kann.

Was hat er den Dortmundern nicht alles versprochen, wenn endlich seine Frau Nicolina und sein sechs Jahre alter Sohn André-Filipe bei ihm in Dortmund wären: „Wenn sie hier sind, spiele ich den ganz großen Fußball." Doch nichts von alledem trat ein. Nach zwei Monaten ging die Ehe auseinander. Nicolina und der Sohn wohnen heute in Bochum. Raducanu voller Selbstmitleid: „Ich weiß nicht mehr, was ich machen soll."

Einen Spieltag hat es nur gedauert, dann stand der Krach mit dem neuen Trainer Pal Csernai schon in vollster Blüte. Csernai, der sich gerne mit Stars (in München mit Gerd Müller) anlegt, kennt auch bei Raducanu kein Pardon.

Dabei hatte alles so verheißungsvoll angefangen mit den beiden. In einem Fernsehinterview hörte Raducanu zwar, daß Csernai gesagt haben soll, er als Ungar habe im speziellen nichts gegen Raducanu, aber im besonderen etwas gegen Rumänen. Aber der Rumäne suchte sofort ein Gespräch mit dem Ungarn. Bei einem Abendessen sprachen sie sich aus. Das Ergebnis: Raducanu sollte der Spielmacher der Borussia bleiben. Raducanu war zufrieden. Csernai ließ seinen Spielmacher in allen Vorbereitungsspielen auf seiner gewohnten Position. Doch beim traditionellen Spiel gegen Schalke 04 (1:3) kam es zum ersten Knall.

Marcel Raducanu meldete sich plötzlich verletzt – eine Prellung am Knöchel. Csernai setzte ihn auf die Bank. Beim Bundesligastart in Saarbrücken, so ließ Raducanu den Trainer wissen, sei er wieder fit. Doch jetzt spielte der Ungar nicht mit: „In Saarbrücken sitzt du auf der Bank." In Dortmund halten viele Raducanu schon lange für einen eingebildeten Kranken.

Trainieren tut er auch nicht gerne, aber spielen will er immer. In der zweiten Halbzeit durfte er dann in Saabrücken ran, doch er spielte aus Trotz lustlos. Csernais Vorwurf: „Er fügt sich noch nicht in unser System ein, hemmt schnelles Spiel nach vorn und ist deckungsschwach." Raducanu gereizt: „Ich lasse mich nicht zum Sündenbock machen."

Am Dienstag beim Training dann ließ der Trainer seinen Spielmacher nur bei den Reservisten mitspielen. Da verlor Raducanu vollkommen die Lust. Er sagt: „Zwei, drei Wochen schaue ich mir das hier noch an. Auf die Reservebank jedenfalls setze ich mich nicht."

Aber Profi will er bleiben. So ist er auch gestern nachmittag zum Training gegangen. Er teilte Csernai mit, daß er gewillt sei, in Dortmund weiter zu arbeiten. Auch Csernai scheint die Differenzen nicht so schwerwiegend so sehen, als daß sie nicht zu überbrücken seien. Er sagt: „Mit Ballzauberei im Mittelfeld ist uns nicht geholfen. Ich habe jedoch die Hoffnung, daß er meine Ratschläge ernst nimmt und befolgt."

Becker im Stadion – warum nicht?

Die Euphorie war groß nach dem 3:2-Sieg Deutschlands über die USA im Davispokal. Kein Wunder, daß einige sehr schnell den Finger hoben, als es darum ging, eine Halle für das Halbfinale gegen die CSSR mit Ivan Lendl (4. bis 6. Oktober) zu finden. Die Tennis-Landesverbände Westfalen, Hessen und Bayern lagen da gut im Rennen, weil sie mit Westfalenhalle (Dortmund), Festhalle (Frankfurt) und Olympiahalle (München) die größten Arenen anbieten konnten. Der Blick auf den Veranstaltungskalender kam etwas später – und siehe da, die schönen Hallen waren schon ausgebucht.

Nun ist guter Rat teuer beim Deutschen Tennis-Bund (DTB). Ja, warum denn eigentlich? Das Gute liegt so nahe, es fehlt nur der Mut zuzugreifen. Wolf Dieter Späth hat bereits den ersten Vorstoß gewagt: Im Karlsruher Wildparkstadion könne ein Tennisfeld mit Teppichboden ausgelegt werden.

Im Oktober könnte die Witterung sehr feucht sein. Das ist schlecht für einen Teppichboden, der Wasser aufsaugt. Aber der Vorstoß geht allemal in die richtige Richtung.

Die BASF, einer der Werbepartner von Boris Becker, plant etwas

STAND ● PUNKT

anderes: Die Verlegung eines Asphalt- oder Kunstoffbodens im Südweststadion von Ludwigshafen, um auf ihm im November einen Schaukampf zwischen Becker und Ivan Lendl zu veranstalten. Da sollte der DTB zugreifen.

Erinnern wir uns. Tennis im Fußballstadion hat es schon einmal in Deutschland gegeben: 1970 im Rheinstadion von Düsseldorf. Da wurde eigens für die Davispokal-Begegnung mit Spanien ein Asphaltboden verlegt. Im letzten Jahr haben die Schweden einen extrem langsamen Sandplatz in einer Stockholmer Halle angelegt, um gegen die USA im Finale größere Chancen zu haben (der Sieg gab ihnen recht).

Der Verband rechnet damit, daß etwa 30 000 bis 40 000 Zuschauer pro Tag Interesse daran haben, das Spiel gegen die CSSR zu erleben. Eine solch große Halle gibt es hierzulande ohnehin nicht. Gefragt ist also der Mut, in ein großes Stadion zu gehen – und auf einen schnellen Boden, auf dem Boris Beckers Chancen steigen, Ivan Lendl zu besiegen. Nur wer etwas wagt, gewinnt auch. Nebenbei ginge der Verband weitere Schritte in die Richtung, Tennis tatsächlich zum Volkssport werden zu lassen.

HANS-JÜRGEN POHMANN

VFL BOCHUM

Croonen gesperrt

dpa, Frankfurt

Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) hat den Bochumer Ersatztorwart Markus Croonen für vier Pflichtspiele gesperrt. Der 21 Jahre alte Torwart war bei seinem Bundesliga-Debüt zum Auftakt der neuen Saison in Nürnberg vom Platz gestellt worden. Das Sportgericht sah das Vergehen von Croonen als „leichte Tätlichkeit" an.

Der Bochumer Torwart, der zum ersten Mal den verletzten Stammtorwart Ralf Zumdick vertrat, war in Nürnberg aus seinem Tor gerannt und hatte außerhalb des Strafraums versucht, den Ball vor dem heranstürmenden Reiner Geyer zu erreichen. Der Nürnberger aber war schneller, Croonen konnte nicht mehr abbremsen und brachte den Gegner zu Fall. Darauf stellte ihn Schiedsrichter Föckler vom Platz.

Mit der Sperre von vier Pflichtspielen folgten die Sportrichter dem Antrag des Kontrollausschusses. Dagegen hatte die Verteidigung für den ersten Saison-Platzverweis einen Freispruch gefordert.

Der durch die Verletzung von Zumdick und Croonens Sperre in einen personellen Engpaß geratene VfL Bochum hat vorsorglich den früheren Nationaltorwart Wolfgang Kleff als Aushilfe verpflichtet. Der 38 Jahre alte Kleff soll am Samstag beim Heimspiel gegen Düsseldorf bereits spielen (die WELT berichtete).

SPORT-NACHRICHTEN

Weiter Speerwurf

Dortmund (sid) – Ingrid Thyssen (Leverkusen) erreichte bei einem Sportfest in Dortmund eine deutsche Jahresbestleistung. Sie warf den Speer 65,20 Meter weit.

Schwacher Müller

Wien (sid) – Der ehemalige Fußball-Nationalspieler Hansi Müller bot im zweiten Spiel für seinen neuen Verein Wacker Innsbruck eine schwache Leistung. Innsbruck unterlag in einem Spiel der österreichischen Meisterschaft Rapid Wien mit 0:6.

Training abgesagt

Las Lenas (sid) – Der erste Abfahrtslauf des alpinen Ski-Weltcups droht heute auszufallen. Das zweite Training in Las Lenas (Argentinien) mußte wegen zu starken Windes abgesagt werden. Das Rennen soll heute innerhalb der „Tele-Illustrierten" des ZDF ab 17.15 Uhr übertragen werden.

Becker in Berlin?

Stuttgart (dpa) – Das sogenannte Young-Masters-Tennisturnier für Spieler unter 22 Jahren findet vom 1. bis 5. Januar in Berlin und Stuttgart statt. Titelverteidiger Boris Becker und der Schwede Mats Wilander sollen bereits zugesagt haben.

Hockey: Starke Junioren

Vancouver (sid) – Titelverteidiger Deutschland gewann das zweite Spiel der Feldhockey-Weltmeisterschaft der Junioren (bis 21 Jahre) in Vancouver gegen Zimbabwe mit 12:0 (7:0). Damit führt die deutsche Mannschaft weiter in der Gruppe A vor Holland. Die Holländer besiegten Belgien 10:1.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Herren-Meisterschaften von Kanada in Montreal, erste Runde: Gerulaitis (USA) – Pecci (Paraguay) 6:3, 4:6, 6:2, Zivijinovic (Jugoslawien) – Slozil (CSSR) 6:3, 6:3. – **Damenturnier** in Mahwah/New Jersey, zweite Runde: Graf (Deutschland) – Brown (England) 6:1, 6:1, Hanika (Deutschland) – Phelps (USA) 6:4, 1:6, 6:3.

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Hibernians Edinburgh – Bayern München 2:1 (0:0), Stadt-Auswahl Korschenbroich – Düsseldorf 1:14.

WASSERBALL

Europameisterschaft der Frauen in Oslo, dritter Spieltag: Ungarn – Belgien 10:5, Norwegen – Frankreich 15:4, Holland – Schweden 37:1, Deutschland – England 13:4.

SEGELN

Fastnet-Race über 605 Seemeilen: 1. Panda (England) 82:45,18 Std., 2. Outsider (Hansen/ Deutschland) 82:59,45, 3. Exador (Neusseland) 83:07,27, 4. Phoenix (England) 83:22,21, 5. Rubin (Schümann/Deutschland) 83:27,59, 6. Pinta (Österreich) 84:15,20, 6. Diva (Westphal-Langloh/Deutschland) 84:27,18. – Enstand im Admiral's Cup nach insgesamt fünf Wettfahrten: 1. Deutschland 1881 Punkte, 2. England 1596, 3. Neuseeland 1467, 4. Australien 1399, 5. Singapur 1235, 6. Frankreich 1139. – Endstand in der Einzelwertung: 1. Phoenix 696 Punkte, 2. Outsider 693, 3. Euro (Dänemark) 687, 4. Rubin 649, 5. Exador 637, 6. Highland Fling (Singapur).

Ach, wie viele Hände!

cuch – Unsere liebe Sprache fasert aus. Wo einst kernige Genauigkeit Trumpf war, sagen wir mal bei Kleist oder, meinetwegen, bei Clausewitz, wo einer wie der alte Luther Gott und die Welt mittels Sprache dingfest machte, da ist heutigentags die fahrlässige Ungenauigkeit zugange, da greift Beliebigkeit um sich, da landet das ungezielte Wort im Nebel, und wo eigentlich der zupackende Singular am Platz ist, taucht der unverbindliche Plural auf, gewissermaßen zum Aussuchen, wie eine, im Katalogdeutsch gesagt, „Angebotspalette".

So sagen die Leute, wenn eigentlich von vielfältigem Zwang die Rede sein soll, es habe viele Zwänge, denen man unterliegt. Zwänge, Mehrzahl, ist unverbindlicher. Sage ich Zwang, so muß ich auch sagen, welchen ich meine. Bei Zwängen läuft die Sache unverbindlich ab. (Daß der Plural „Zwänge" trotz aller Duden ein widerliches Wort ist, sei nur nebenbei vermerkt.)

Manchmal ist der Plural eine sehr bequeme Art des Kneifens. Wenn einer verdächtigt wird, spricht heutzutage niemand von einem Verdacht. Man sagt Verdächte, das ist weniger genau, darum auch weniger angreifbar, das ist in der Wirkung mehr als nur ein Verdacht, aber weniger konkret und daher unangreifbar. Der Plural Verdächte ist sehr gut geeignet, einen Verdacht zu äußern, ohne ihn belegen zu müssen. Was tut's, daß es diesen Plural in der deutschen Sprache gar nicht gibt!

Es gibt ihn so wenig, wie es den Plural von Aktivität gibt. Der Singular ist nämlich schon ein pluraler Sammelbegriff für mehrere, für viele Tätigkeiten. Aber Aktivitäten klingt bedeutender, es ist so interviewfest, so fernsehschirmgerecht.

Fast so wie die sagenhaften öffentlichen Hände, die es nur im politischen Großgelaber gibt. Die öffentliche Hand nämlich ist die Gesamtheit aller öffentlichen Haushalte. Die öffentlichen Hände wären demnach die Gesamtheit der Gesamtheiten der öffentlichen Haushalte. Also ein Unfug. Alle wissen es, nur in Bonn wissen sie es nicht. Die Flucht in den Plural ist eine Flucht aus dem präzisen Denken und aus der guten Anschaulichkeit zugleich.

Ich denke da immer an Luther, was er wohl sagen würde, wenn ihm die Fernseh-Meteorologen von den Winden (Plural) erzählten. Winde, hätte er gesagt, Winde? Die meinen wohl Furz? (Singular).

Zu viel „Neues Deutschland"? – Die 3. Auflage des „Handbuchs der DDR"

Das Erbe des Doktor Ludz

Die neue Ausgabe des „Handbuchs der DDR" ist da. Freilich, von einem Handbuch wird man bei 1660 Seiten Umfang kaum noch sprechen können. Was der Kölner Verlag für Wissenschaft und Politik jetzt in der dritten Auflage mit über 1000 Stichworten, von „Abgabenverwaltung" bis „Zoologische Gärten", vorgelegt hat, ist eher als zweibändiges Spezialexikon zu bezeichnen, das schon durch sein Gewicht zu erkennen gibt, wie sehr in den letzten sechs Jahren der hiesige Wissensstand über den SED-Staat zugenommen hat.

Für die zweite, damals noch einbändige Auflage (1280 Seiten) von 1979 lagen wissenschaftliche Leitung und Redaktion bei dem inzwischen verstorbenen Soziologen und Volkswirt Peter Christian Ludz (1931–1979), der als Lehrstuhlinhaber an der Münchener Universität das ganze Unternehmen einst angeregt (die erste Auflage des Handbuchs mit 992 Seiten war 1975 erschienen) und in seiner Diktion auf die entspannungspolitischen Bedürfnisse der sozialliberalen Koalition ausgerichtet hatte. Bekanntlich war wenige Jahre zuvor die elfte und letzte Auflage (1969) eines von der Bundesregierung jahrelang geförderten, dann aber als zu „antikommunistisch" erachteten „Taschen- und Nachschlagebuchs über den anderen Teil Deutschlands" (insgesamt 965 000 Exemplare) von Herbert Wehner, dem damaligen Minister für gesamtdeutsche Fragen, eingezogen worden.

Die wissenschaftliche Verantwortung für die dritte Auflage des „DDR-Handbuchs" trägt nun der Westberliner Politologe Hartmut Zimmermann, Ludz-Schüler noch aus den späten fünfziger Jahren an der Freien Universität, der mit einem Stab von mehr als 90 Mitarbeitern versucht hat, die kaum noch überschaubare Stoffülle lexikalisch zu bewältigen. Dieser Kreis von Fachjournalisten und Wissenschaftlern, der die 22 Sachgebiete zu bearbeiten hatte, blieb seit 1979 fast unverändert, dagegen mußten mehrere Beiträge neu aufgenommen, andere erweitert oder umgearbeitet werden. Daß Zeittafel (S. 1560–1615) und Literaturverzeichnis (27 Rubriken statt bisher 14) auf den neuesten Stand zu bringen waren, versteht sich unter den gegebenen Umständen von selbst.

Beispiele für neu aufgenommene Stichworte, auf die man 1985 nicht mehr verzichten zu können glaubte, sind „Friedensbewegung", deren kirchliche und außerkirchliche Aktivität auf über drei Spalten verzeichnet werden, „Militarisierung" und „Neue Medien", die in Mitteldeutschland seit Jahren für rege Diskussion sorgen. In erfreulicher Weise erweitert und ergänzt wurden, neben vielen anderen, die erläuternden Texte zu den Stichworten „Arbeitslosigkeit", die es selbstredend auch im Sozialismus gibt, „Bürgerrechtler", „Mitteldeutschland", „Schießbefehl" und „Totalitarismus", ein Begriff, der in der Ausgabe von 1979 lieblos auf nur fünf Zeilen als „unscharfe Bezeichnung zur Charakterisierung der Herrschafts- und Gesellschaftssysteme kommunistisch regierter Staaten" abgehandelt wurde, nun aber auf einer vollen Seite als „gerechtfertigt" angesehen wird.

Neben den einfachen Stichworten gibt es noch 90 Hauptartikel, die mit Verfassernamen gekennzeichnet sind und in einzelne Problemkreise wie „Deutschlandpolitik der SED" (Johannes Kuppe und Manfred Rexin: 27 Seiten), „Geschichte der DDR" (Hermann Weber: fast 10 Seiten), „Literatur und Literaturpolitik" (Hans-Dietrich Sander: 12 Seiten) einführen wollen.

Daß ein derart umfangreiches Nachschlagewerk nicht allen Ansprüchen genügen kann, ist eine Selbstverständlichkeit. Sachfehler wie das Geburtsjahr des einstigen FDJ-Chefs und heutigen Politbüromitglieds Egon Krenz, der beim angegebenen Datum 1931 auch mit 14 Jahren nicht einer Partei beigetreten sein dürfte, die 1945 noch nicht bestand, sind da noch am leichtesten auszumerzen (S. 1006).

Unerfindlich bleibt, warum das Delikt „öffentliche Herabwürdigung" (früher: Staatsverleumdung) erläutert wird, während andere Begriffe aus dem politischen Strafrecht, wie zum Beispiel „staatsfeindliche Hetze", zu fehlen scheinen. Man muß sie unter der Rubrik „Staatsverbrechen" suchen. Bei der Behandlung des „Juni-Aufstands" (gemeint ist der 17. Juni 1953) wird die nationale Komponente einfach ausgespart; es wird verschwiegen, daß die Streikenden nicht nur Abschaffung der Normerhöhung forderten, sondern gesamtdeutsche freie Wahlen und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Manche Texte, das fällt überhaupt auf, wirken so, als habe ihr Verfasser zu intensiv die Parteipresse der SED gelesen. So ist der erste Satz unter dem Stichwort „Bezirk" unverkennbar in einem dem „Neuen Deutschland" entlehnten Stil geschrieben: „Gebietseinheit im staatlichen Aufbau der DDR, die 1952 im Zuge der Neugliederung der staatlichen Verwaltung durch das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR geschaffen wurde."

Was hier gemeint ist, kann man kürzer und treffender im eingestampften Nachschlagewerk von 1969 nachlesen: „Die Bezirke sind Verwaltungseinheiten und Territorien, die bei der Verwaltungsneugliederung 1952 durch den Zusammenschluß von jeweils etwa 15 Kreisen gebildet wurden."

Ärgerlich ist auch der Artikel über den „Strafvollzug", weil der Autor, offensichtlich in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, die SED-Version übernimmt und, was die Sache noch schlimmer macht, unkommentiert läßt: „Ziel des Strafvollzugs ist die gesellschaftliche Erziehung und Wiedereingliederung des Strafgefangenen in die sozialistische Gesellschaft... Der Strafgefangene soll durch die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit erzogen werden. Dadurch sollen sein Verantwortungs- und Pflichtbewußtsein, die Disziplin und aktive und schöpferische Mitwirkung im Arbeitsprozeß gefördert werden."

An diesem Passus, der unverändert auch in der „Neuen Justiz" stehen könnte, ist jedes Wort falsch. Die parteiamtliche Rhetorik wird dennoch kommentarlos akzeptiert und damit ein Einverständnis der Rechtsbehörden im Rechtsstaat und unter der Diktatur suggeriert, wie er so nicht existiert.

Damit ist der Hauptvorwurf benannt, der diesem Handbuch zu machen ist: die mangelnde Bewertung politischer Prozesse im anderen Teil Deutschlands, die an Opportunismus grenzt. Unser westliches Demokratieverständnis als Kriterium wird nirgendwo eingeführt, soll und darf wohl auch nicht bei dem „systemimmanenten Ansatz", dem die „DDR"-Forschung seit Peter Christian Ludz huldigt.

So ist dieses Handbuch Laien, die sich informieren wollen, kaum zu empfehlen. Wissenschaftler, die über genügend „DDR"-Kenntnisse, und ehemalige „DDR"-Bewohner, die über genügend Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus" verfügen, kommen noch am ehesten zurecht. Für die Sichtweise, wie sie unseliges Ludzsches Erbe ist, beim Begriff „Totalitarismus" aber schon überwunden scheint, verwendet der Marxismus-Leninismus das Schlagwort „Objektivismus", es wird, in eben diesem Handbuch, definiert als „Unparteilichkeit und politisch-ideologische Neutralität".

JÖRG BERNHARD BILKE

Hartmut Zimmermann, Horst Ulrich und Michael Fehlauer: „DDR-Handbuch", 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1985, zwei Bände, 1660 Seiten, 48 Mark.



Gebilde der Erinnerung: „Väter" (1984), Zeichnung von Hetty Krist, aus der Darmstädter Ausstellung FOTO: KATALOG

Darmstadt zeigt das Werk von fünf Künstlerinnen

Memento-Botschaften

Die Darmstädter Kunsthalle hat einen ziemlich sicheren Kunstgriff angewandt. Die Ausstellung einer großen Bildhauerin, Hede Bühl (45) – wahrscheinlich unsere größte bildhauerische Kraft –, hat man von der Bremer Gerhard-Marcks-Stiftung übernommen, und das muß ja wohl jeden interessieren. Zweitens die wohlbekannte Ev Grüger (57) mit Zeichnungen und Gouachen, auch keine kleine Nummer. Und hinter diesem Vorspann dann drei weniger bekannte Namen: Hetty Krist (43), Christa Goertz (35) und im Studio Alice Meister (43). Wie man sieht, fünf Frauen, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht würde. Richtig! Qualität spricht für sich selbst.

Hede Bühls kraftstrotzende bandagierte Köpfe und Torsi, meist aus geglätteter Bronze oder verbleitem Gips, sind jedem Kenner geläufig. Warum bandagiert, also ohne Augen und Ohren, ist eine überflüssige Frage. Im Katalog wird sie gestellt und so beantwortet: „Ein bloßer Wille, dem die Orientierung und die Selbstbestimmung im Raum versagt ist." Und eine Reihe ähnlicher Möglichkeiten und Vermutungen.

Aber nicht einmal, wenn es (richtig) hieße, wir alle hätten Köpfe, die weder sehen noch hören wollen, wäre das Phänomen getroffen. Diese Gestalten sind Zeichen, die „Wächter" mit bandagierten Köpfen sind aufgerichtete Zeichen, das genügt. Und nicht einmal das braucht man, um vor den Archetypen, auch den monumentalen, aus Blöcken bestehenden Ganzfiguren, den Eindruck groß verspannter Kunstwerke zu haben. Daß die Künstlerin jüngst zu vorgeburtlichen Kokons und postmortalen Mumien überging, war zu erwarten; aber das ist eine vorübergehende Spielerei, nicht der Zielpunkt ihrer Kunst.

Ev Grügers weiträumige Landschafts- und Stadtstrukturen, und die ebenso weiträumigen Stilleben, in Bleistift und zart getönten Gouachen, sind ebenfalls längst bekannt und geschätzt.

Hetty Krist legt vielschichtige Gesichter vor (Bleistift, Kreide und Pastell), meist Gesichter alter Menschen, die mit Erinnerungsbildern ihres allmählich verwandelten Ausdrucks oder auch mit Bäumen und Häusern verwoben sind, fröhliche Jugend bis zum tiefen Altersblick und zum unentwirrbaren Verwachsensein. Das ist alles voller Memento-Botschaft. Sie kann aber auch lustige, simple Porträts zeichnen.

Christa Goertz malt Innenräume mit neosachlicher Genauigkeit und in geheimnisvollem Licht, oder auch den Strand der Riviera mit angeschwemmtem Abfall. Neben den Acrylgemälden gibt es Gouachen mit toten Vögeln und Mäusen und entsprechende Zeichnungen.

Alice Meister füllt Kästen mit gut komponierten Assemblagen und gibt ihnen häufig Farbnamen, alles aus den Jahren 1983–85. Nach dem Studium für Gestaltung in Offenbach heißt es: seit 1966 selbständig, seit 1981 Ausstellungen. Was sie in den 15 Jahren dazwischen gemacht hat, erfährt man allerdings nicht. (Bis 8. September; Katalog Hede Bühl, 18 Mark, Ev Grüger 10 Mark, Hetty Krist 29 Mark, Christa Goertz 16 Mark, Alice Meister 6 Mark)

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Das Tanzarchiv von Kurt Peters bleibt in Köln

Ballett auf 250 Metern

Jetzt ist es entschieden. Das Kölner Tanzarchiv bleibt in Deutschland. Nach jahrelangem Hinhaltemanöver und fast einjährigen Verhandlungen mit dem im Aufbau befindlichen Amsterdamer Dansberaad griff in letzter Minute des Kölner Informations- und Bildungszentrum „City Treff", eine Stiftung der Kölner Stadtsparkasse, zu: sie erwarb jetzt die unter Fachleuten weltberühmte private Tanzbibliothek. Die Stadt Köln sicherte zu, die Folgekosten zu übernehmen. Gestern wurde der Vertrag zur Übergabe von dem bisherigen Eigentümer der kostbaren Sammlung, Kurt Peters, unterzeichnet.

Peters, renommierter Tanzpädagoge, Verleger und Kritiker, wurde letztes Jahr vom Deutschen Verband für Tanzpädagogik für den vorbildlichen Aufbau der Sammlung mit dem Deutschen Tanzpreis geehrt. In jahrzehntelanger Arbeit hat er gemeinsam mit seiner Frau, Gisela Rohse-Peters, das Material zusammengetragen und betreut.

Tanzbücher, internationale Zeitschriften, Programmhefte und eine nahezu lückenlose Zeitungsausschnittsammlung zum einschlägigen Thema, aber auch historische Raritäten, wie zum Beispiel Federzeichnungen der Wiener Tänzerin Fanny Elßler, sind auf 250 laufenden Metern selbstgezimmerter Holzregale untergebracht. Wissenschaftler, Tanzpädagogen, Studenten, Kritiker und „Ballettomanen" haben freien Zugang zu der in ihrem Umfang in Europa wohl einmaligen Sammlung am Brüsseler Platz.

Das Tanzarchiv, sagte Kurt Peters gestern, sei ihm längst „über den Kopf gewachsen". Am vorigen Wochenende ist er 70 Jahre alt geworden. Die Gewißheit, daß sein Lebenswerk nicht zerstreut, sondern als Einheit weiter in Deutschland existieren wird, ist sein schönstes Geburtstagsgeschenk.

Schon einmal war die Existenz der Sammlung bedroht. Nachdem der gebürtige Hamburger die anfänglichen Schätze 1953 in seiner Heimatstadt erstmals öffentlich gezeigt hatte, gewährte ihm die Stadt einen bescheidenen finanziellen Zuschuß. Der wurde allerdings bald gestrichen. Peters sah sich gezwungen zu übersiedeln. Aus Köln kam ein verlockendes Angebot: Er sollte am Institut für Bühnentanz unterrichten – und er hätte die Möglichkeit, dort gleichzeitig sein Archiv unterbringen. Man sagte ihm Räume und Personal zu. Darauf hat er, der später dem Direktorium des Tanzinstituts angehörte, bis heute gewartet.

So mietete er auf eigene Kosten eine kleine Wohnung am Brüsseler Platz an. Wenn eines Tages die seit langem geplante Sporthochschule Wirklichkeit geworden sein sollte, wird dort auch das Tanzarchiv untergebracht werden. Das sicherte die Stadt jetzt zu.

Als vorrangigste Aufgaben bezeichnete es Peters, einen Katalog zu erstellen. Hierbei habe das Dansberaad seine Mitarbeit zugesagt. Außerdem will die Stadt Köln einen Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Er müsse, so Peters, über zweierlei verfügen: nicht eben nur bibliothekarische, sondern auch intime Tanzkenntnisse. Denn er soll eines Tages die Arbeit von Peters fortführen. Einen solchen Mitarbeiter ausfindig zu machen ist seine, Peters', erste Arbeit – sie wird ihm gelingen. Denn, so sagte WELT-Kritiker Klaus Geitel vor Jahresfrist in seiner Laudatio anläßlich der Verleihung des Tanzpreises an Kurt Peters: „Der Gentleman des Tanzes, die Institution Kurt Peters, hat es immer verstanden, sich Mitarbeiter zu gewinnen".

MARIELUISE JEITSCHKO

JOURNAL

Rostropowitsch-Festival mit Anne-Sophie Mutter

Bad. Aldeburgh

Einmal im Jahr rückt das ostenglische Seebad Aldeburgh in den Mittelpunkt der britischen Kulturszene: mit seinem sommerlichen Festival, das, 1948 von Benjamin Britten gegründet, seit drei Jahren von dem russischen Cellisten und Dirigenten Mstislav Rostropowitsch geleitet wird und das jetzt auch dessen Namen trägt. In diesem Jahr stellte es eine Künstlerin heraus, die in England schon seit langem Schlagzeilen macht: die Geigerin Anne-Sophie Mutter. Sie eröffnete die Konzertreihe am 8. August mit Bachs Violinkonzerten E-Dur und a-Moll, begleitet vom Britten Pears Orchestra unter der Leitung von Rostropowitsch, und sie beschloß es jetzt auch, und zwar mit Tschaikowskys Violinkonzert.

Bulgarischer Sänger bleibt in Österreich

AFP, Wien

Der aus Bulgarien stammende Baß-Sänger Nicolai Ghiaurow erhielt die österreichische Staatsbürgerschaft, wie in Wien bekannt wurde. Der 56jährige Ghiaurow studierte in Sofia und später am Moskauer Konservatorium Gesang. Einen seiner größten Triumphe feierte er als Boris Godunow unter Herbert von Karajan bei den Salzburger Festspielen. Derzeit singt er dort in „Macbeth".

Goethe-Institut zeigt Werke deutscher Künstler

DW. London

Das Londoner Goethe-Institut präsentiert bis zum 30. August eine Ausstellung mit Werken junger Multi-Media-Künstler, die in der abgelaufenen Saison als Stipendiaten des DAAD, des British Council oder des Landes Nordrhein-Westfalen in Großbritannien lebten und arbeiteten. Die Künstler, die sich mit einer Vielfalt von Ausdrucksformen und -möglichkeiten der interdisziplinären Kunst beschäftigen, arbeiten u. a. in den Bereichen Film und Performance, Bühnendesign, Skulptur und Zeichnen.

Historische chinesische Hauptstadt entdeckt

AP, Peking

Archäologen sind nach einem Bericht der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua auf eine der ältesten chinesischen Hauptstädte in Yanshi in der Provinz Hunan gestoßen. Xinhua beschrieb den Ort als Wiege der chinesischen Zivilisation. Dem Bericht zufolge handelt es sich um die Hauptstadt der frühen Shang-Dynastie, die von 1700 bis 1066 v. Chr. dauerte. Sie sei die besterhaltene aller alten Städte Chinas. Die rechteckig angelegte Stadt von über 1,6 Kilometer Länge sei von einem 18 Meter dicken Erdwall umschlossen.

Triennale der Zeichnung startet im Herbst

dpa, Nürnberg

Junge Künstler aus 16 Ländern beteiligen sich an der 3. Internationalen Triennale der Zeichnung und Bildhauerzeichnung, die von der Nürnberger Kunsthalle vom 11. Oktober 1985 bis zum 16. Februar 1986 veranstaltet wird. Jedes Land kann bis zu zehn Künstler unter eigener Regie auswählen. In der Sonderschau „Bildhauerzeichnung" werden Arbeiten von Magdalena Abakanowicz, Eduardo Chillida, Richard Serra und Jean Tinguely gezeigt.

Salzburg rechnet ab oder Die Steuern der Fremden

dpa, Salzburg

Die oft kritisierten hohen Subventionen für die Salzburger Festspiele werden nach dem Ergebnis einer Studie durch Steuerzahlungen mehr als wettgemacht: So bekamen die Festspiele im letzten Jahr 68 Millionen Schilling (knapp 10 Millionen Mark) von der öffentlichen Hand, führten aber 84,5 Millionen (über 12 Millionen Mark) an Steuern ab. Insgesamt entstanden nach einer von der Salzburger Landesregierung in Auftrag gegebenen und jetzt veröffentlichten Studie durch die Festspiele und den dadurch bewirkten Umsatz des Fremdenverkehrs Steuerleistungen von etwa 272 Millionen Schilling. 1978 seien es noch 160 Millionen gewesen.

Marcel Mihalovici †

AFP, Paris

Der französische Komponist rumänischer Herkunft Marcel Mihalovici ist im Alter von 86 Jahren gestorben, wie in Paris bekannt wurde. Der mit der Pianistin Monique Haas verheiratete Schüler von Vincent d'Indy war einer der letzten Vertreter der „Pariser Schule" aus emigrierten Musikern zwischen den beiden Weltkriegen. Mihalovici lebte seit 1919 in Paris. In den 30er Jahren war er an der Gründung der Konzertvereinigung „Triton" beteiligt, die maßgeblich zur Verbreitung der zeitgenössischen Musik beitrug.

Stuttgarter Sommerkurse: „Neue Musik – wohin?"

Kuhglocke im Computer

„Neue Musik – wohin?", so lauteten Frage und Motto der diesjährigen „Stuttgarter Sommerkurse". Dieser verfänglichen Frage waren Konzerte und Arbeitskreise, Instrumentalkurse und musikpädagogische Vorträge gewidmet. Die überraschungsreiche Entdeckungsreise dauerte sechs Tage und war voll harter Arbeit.

Die Überzeugung, daß sich der Trend zur publikumswirksamen Musik fortsetzen werde, hat sich gefestigt. Als Verfechter der neuen Stilprinzipien trat Reinhold Urmetzer in einem Vortrag und einem Symposiumskonzert auf. Mit provokanten Formulierungen distanzierte er sich von der Epoche experimenteller Methoden. In der bevorstehenden postmodernen Periode werde die Musik ihre hochgestochene Sprache aufgeben und zur Einfachheit und Verständlichkeit zurückkehren. Mit der Huldigung an die Vergangenheit würden dann die verpönte Romantik, der mißachtete Schönheitsbegriff, ja selbst der anrüchige Eklektizismus aufgewertet. Denken gilt dann als lästig, das propagierte Träumen soll alternative, bessere Lebensformen schaffen.

Die antimoderne Richtung wurde durch ein von Urmetzer zusammengestelltes Konzertprogramm mit Stücken von Phil Glass, Wolfgang Rihm und William Bolcom belegt. Erwartungsgemäß fehlte den Werken die starke künstlerische Aussage. Sicherlich wollte sie gering sein, da der geistige Anspruch bewußt nivelliert ist. Ungestört konnten die Zuhörer träumen, wenn sie wollten, auch schlafen, was bei dieser Art Musik wahrscheinlich einkalkuliert ist. Am lebhaftesten wurde Bolcoms zweite Violinsonate beklatscht, die, mit einer Prise Kitsch angereichert, im Kaffeehaus angesiedelt war.

Die Demontage des Denkvermögens scheint glücklicherweise nicht das einzige Kennzeichen der zukünftigen Musikepoche zu sein. Nach wie vor arbeiten spekulative Geister daran, der Musik jenen intellektuellen Anstrich zu geben, den diese Kunstform bisher hatte und weiterhin braucht. So wird die Entwicklung komplizierter Klangapparaturen nicht aufzuhalten sein und kommende Generationen beschäftigen. Doch der Umgang mit Technologie erfordert bekanntlich kein sanftes Träumen, sondern ein scharfes Kalkül. Die drei kompetenten Seminare hielten Erhard Karkoschka (Elektronische Komposition), Manfred Deffner (Einführung in elektronische Geräte) und Mesias Maiguashca (Computermusik).

Erfolgreiche Wechselwirkungen zwischen Musik und Technik deckte das Eröffnungskonzert auf. Wie gut sich die apparative Klangwelt mit dem überlieferten Instrumentarium verträgt, erhellte das extravagant besetzte Stück für Cello, Schlagzeug, Computer und Licht-Environment des ecuadorianischen Komponisten Mesias Maiguashca, der heute im badischen Lautenbach lebt. Das Werk heißt „Fmelodies" (weil die Melodien mit Hilfe eines Filters entstanden sind). Reale Klänge schweben über einem Computer-erzeugten Tongemisch. Unfreiwillige Assoziationen an unsere Umwelt, wie Wassertropfen, Donnergrollen oder Kuhglocken, lockern die etwas starr ablaufende Musik auf.

Durch Computer verfremdet sind auch die konkreten Klänge in „Mortuos plango, vivos voco" von Jonathan Harvey. Der sonore Cellopart dominiert über das Tonband in „Annonce" von David Mason-Edward. Quälerischer Ausdruckstanz, in Projektionen widergespiegelt, wird von analog/digitaler Elektronik in „One for the Ladies" von Allen Strange begleitet. Die eindrucksvollste Tonband-Arbeit für das Programm lieferte Erhard Karkoschka mit seinem uraufgeführten „Zeitmosaik". Der Umgang mit der musikalischen Zeit, der sich hier in nuancierten Wandlungsprozessen vollzieht, ist ein anschauliches Beispiel für die glückliche Mischung aus handwerklicher Kenntnis und künstlerischer Phantasie, die sich bei Karkoschka durch keine Labortätigkeit einengen läßt.

Mit dem Sorgenkind Oper befaßte sich Milko Kelemen. Um die Zukunft dieser Gattung sorgt er sich nicht, wenn sie aus der konventionellen Form hinausfindet, ihre anachronistischen Sujets aufgibt und dafür Zukünftiges in die Handlung einfließen läßt. Sechs weitere Dozenten lehrten ungewöhnliche Techniken im vokalen und instrumentalen Bereich. Einige stellten sich als exzellente Solisten in Konzerten vor. Musikschüler, die moderne Werke und Jazz spielten, widerlegten die weitverbreitete Ansicht, daß das Verhältnis zwischen Unterricht und Neuer Musik getrübt sei.

GERTH-WOLFGANG BARUCH

Zigeunerfilm: Tony Gatlifs Erstling „Die Prinzen"

Düster, stolz und schön

Der schöne Zigeunerfilm von Tony Gatlif aus Frankreich beginnt damit, daß ein gewaltiges, urgesundes Baby am Straßenrand hockt, direkt neben einer scheußlichen Regenpfütze. Erst knabbert das dralle Kind an einer Dollarnote. Dann verspeist es das Geld mit Behagen. Der Himmel ist verhangen. Archaisch traurige Musik untermalt die rätselhaft fidele Szene.

Später sehen wir immer wieder regennasse Straßen. Wir tauchen ein in das Elend und die schmutzige Tristesse trübselig ausgefranster Vorstädte. Hier hausen die Zigeuner. Sie sind, merkbar vorübergehend, in die Abbruchbuden verfallener Sozialbauten eingefallen. Ein schöner Schimmel, wie ein Abbild früheren Zigeunerglanzes, steht vor einer verfallenen Fabrikhalle angehalfert herum. Eine leuchtende Reminiszenz an bessere Zeiten. Das Tier wird verhökert mit Inbrunst und händlerischer Ausdauer. Ein Schwachsinniger taumelt immer wieder durch die schön getünchten Elendsbilder dieser Außenseiterwelt. Er torkelt über längst stillgelegte Gleise der Eisenbahn, schreit nach einer eingebildeten Geliebten.

Hier also auch haust Tara, der Zigeuner, mit seiner alten, raunenden Mutter und dem Mädchen, das er von seiner Zigeunerfrau hatte. Die hat er verstoßen. Sie hat die Pille genommen, hat ihn um Vaterfreuden und Vaterstolz betrogen. Tara, tief verwundet, kann den Verrat nicht verwinden.

Die drei Brüder der tief verachteten, schönen jungen Frau tauchen immer wieder in ihrem elend verkommenen Mercedes auf, anzusehen wie die Männer einer Mafia. Sie wollen vermitteln, ihre schöne Schwester wieder ehrlich machen, die Großfamilie, wie der Stolz gebietet, wieder reparieren. Das mißlingt.

Tara wird aus seiner Mietshöhle von der Polizei grausam exmittiert. Er findet auch nicht mehr in der düsteren „Bar des Princes" (der „Prinzen", wie sich die Zigeuner in Frankreich nennen) Heimat oder Gesellschaft. Die alte Mutter begibt sich, zusammen mit ihrem Enkelkind, auf den Weg zu einem Rechtsanwalt, der wieder ihre Ehre und endlich auch Seßhaftigkeit für die Familie erstreiten soll.

Sie stirbt in einer märchenhaften Himmelfahrt auf den dreckigen Straßen und der Unbehaustheit. Sie sieht, sterbend, den Himmel offen. Ein Wanderleben endet wie umkränzt von uralten Reminiszenzen aus der Weltepoche, da das Zigeunerleben, wie's im Liede heißt, wahrlich, wahrlich noch „lustig" war. Ein so schöner, kräftiger, oft lustiger und starker Erstlingsfilm von Tony Gatlif. Gatlif selber ist ein geborener Zigeuner, wuchs als Analphabet auf, geriet wie ein Wunder ans Theater und dann an den Film. Sein erstes Kinostück (schon bei dem letzten Münchner Filmfest bewundert und bejubelt) läuft nun auch bei uns.

Es ist von einer erstaunlichen Wehleidslosigkeit. Der Film ist, bei allem Unrat und aller Verfolgung, die er deutlich zeigt, wunderbar stolz. Gatlifs Menschen reagieren alle mit einem fast heiligen Selbstbewußtsein. Sie leben deutlich noch aus Bindungen, denen wir übrigen sonst alle längst bis zur Vergessenheit entwachsen sind.

Dieser Film klagt nie, auch dort, wo er deutlich anklagt. Er rührt bei völliger Abwesenheit von falscher Rührseligkeit. Er hat, bei allem Schmutz der Verfolgung, auf die er deutlich hinweist – er hat eine wunderbar selbstbewußte Reinheit. Gatlifs Erstlingsfilm, diese schöne Wirklichkeitsballade über das Leben der Zigeuner heute, ist auf Anhieb ein kleines Meisterwerk. Sehr zu empfehlen allen.

FRIEDRICH LUFT



Meisterliche Ballade über das Leben der Zigeuner heute: Szene aus Gatlifs Film „Die Prinzen" FOTO: PANDORA

Vorwürfe gegen Union Carbide auch aus Italien

DIETER THIERBACH, Bonn

Der drittgrößte amerikanische Chemiekonzern Union Carbide sorgt weiter für Schlagzeilen. Nur zwei Tage nach dem Austritt einer Giftgaswolke aus dem Werk in Institute/West Virginia wurde bekannt, daß sich in der nur acht Kilometer entfernten Fabrik in South Charleston am Dienstag abend ein weiterer „Störfall" ereignet hat. Die Klassifizierungen der Agenturen reichen vom „nichtgiftigen chemischen Produkt", über „Ammoniak" bis hin zu einem „übel riechenden Gas". Die Symptome sollen denen des Sonntag-Unglücks geglichen haben: Atembeschwerden, Brechreiz und Augenbrennen. Eine Stellungnahme zu den Vorfällen war von Union Carbide nicht zu erhalten.

In Institute waren vor fünf Tagen offenbar nach einem Ventilbruch rund 1900 Liter einer Vorstufe des Schädlingsbekämpfungsmittels „Aldicarb" (Handelsname Temik) ausgeströmt. Ein Vertreter der amerikanischen Umweltschutzbehörde (EPA) erklärte, es müsse jetzt „schnellstens gehandelt" werden. Wenn Untersuchungen eine ernsthafte Gefährdung der Bevölkerung ergäben, werde das Werk geschlossen. Erste Konsequenz: Die Aldicarb-Produktion wurde vorläufig eingestellt.

Hohe Toxizität abgestritten

Die Firmenleitung verstrickt sich in immer neue Widersprüche. Auch wenn nach Aussage der unabhängigen Experten keiner der Betroffenen Langzeitschäden befürchten muß, ist für Experten grotesk, welch unterschiedliche Zahlen über die Giftigkeit der beteiligten Verbindungen in die Welt gesetzt werden.

Nach wie vor bestreitet der Konzern die hohe Toxizität. Man versucht, die Bedeutung eines 1983 verfaßten, betriebsinternen Memorandums abzuschwächen, in dem es geheißen hatte, Aldicarb sei ebenso giftig wie die Bophal-Chemikalie Methylisocyanat. Die Erklärung für die zu späte Alarmierung wurde mehrfach revidiert: Hieß es zunächst, die computergesteuerte Überwachungsanlage hätte irrtümlich angezeigt, daß die giftigen Dämpfe nicht vom Werksgelände wegtreiben würden, erklärten Firmensprecher, „die Anlage sei nicht auf den Nachweis des Schädlingsbekämpfungsmittels programmiert gewesen".

Tomatenernte gestoppt

Die staatlichen Behörden haben im Virginia-Werk seit 1974 nach eigenen Angaben 18 Sicherheitsüberprüfungen vorgenommen. Dabei soll es verschiedentlich zu Beanstandungen gekommen sein. Keine war indes schwerwiegend genug, um auch nur eine zeitweilige Aussetzung der Produktion anzuordnen. Die amerikanische Umweltschutzbehörde veröffentlichte auch einen Bericht, wonach in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 28 Mal das hochgiftige Methylisocyanat ausgetreten sein soll. Allerdings, so die Behörde, habe keine Gefahr für die Bevölkerung bestanden.

Ärger droht dem Chemiemulti auch aus Italien. In der Region von Neapel müssen nach Ansicht der italienischen Konservenhersteller etwa zwei Millionen Doppelzentner Tomaten wahrscheinlich vernichtet werden, weil sie mit „Temik" von Union Carbide behandelt wurden. Das Insektenvertilgungsmittel war von den italienischen Behörden nur für die Behandlung von Zuckerrüben, aber nicht von Tomaten erlaubt worden.

Dieses Mittel, so die Gemüsekonserven-Hersteller, wirke sich gefährlich für Menschen aus, wenn freistehendes Gemüse oder Früchte damit besprüht würden. Wie gestern verlautete, hat das Gesundheitsministerium in Rom Experten der Union Carbide zu sich zitiert. Bis dahin wurde die Tomatenernte gestoppt, die fraglichen Tomaten werden zur Zeit auf ihren Giftgehalt geprüft.

Jumbo-Absturz: Experten stehen vor einem Rätsel / Flugschreiber gefunden / Überlebende Stewardeß spricht von lautem Knall

30 Minuten stemmte sich der Pilot gegen das Schicksal

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Über die Ursache für den Absturz des japanischen Jumbos wird weiter gerätselt. Erstes Licht haben jetzt die Aussagen der Stewardeß gebracht, die mit drei weiteren Passagieren das Unglück überlebt hat. Eine genauere Klärung wird jedoch erst die Auswertung des Flugschreibers bringen. Die schwerverletzte Frau, die außer Dienst mitgeflogen war und im hintersten Teil der Maschine – Reihe 54 – gesessen hatte, berichtete bei einer ersten Befragung am Krankenbett, daß es plötzlich einen lauten Knall gegeben und sich im Heck des Flugzeuges eine Wolke aus Staub und weißem Dampf ausgebreitet habe. Sie habe dann in der Decke über sich einen Riß gesehen. Gleichzeitig habe die Maschine zu schlingern begonnen. Sie habe dann ihren Kolleginnen an Bord noch geholfen, den Passagieren Schwimmwesten anzulegen. Anschließend habe sie sich wieder gesetzt und angeschnallt. Dann sei das Flugzeug plötzlich von mehreren heftigen Stößen erschüttert worden – offenbar der Aufprall auf den Berg –, bevor sie das Bewußtsein verlor. Etwa 30 Minuten dauerte das Drama – vom ersten Alarmruf des Piloten bis zum Verschwinden der Maschine vom Radarschirm.

Ein fünf Meter langes Teil der Boeing 747, das offenbar zum Seitenruder gehörte, wurde inzwischen im Meer etwa 200 Kilometer von der Unfallstelle entfernt gefunden. Dieses Teil scheint sich von dem Flugzeug gelöst zu haben und hat dabei offenbar die Kabinenhülle aufgerissen. Es ist aber noch völlig unklar, wie es zu dieser Beschädigung kommen konnte. Die Stewardeß sagte aus, daß die hintere rechte Kabinentür, von der zunächst berichtet worden sei, daß sie nicht richtig verschlossen gewesen sein soll, bis zum Unglück noch in Ordnung gewesen sei. Der Pilot hatte etwa 10 Minuten nach dem Eintritt des Notfalls gemeldet, er habe Schwierigkeiten mit dieser Tür.

Aus dem Funkverkehr zwischen Pilot und Bodenleitstelle ergab sich folgender Ablauf des Unglücks: etwa 12 Minuten nach dem Start in Tokio berichtete der Pilot erstmals von Schwierigkeiten bei der Kontrolle der Maschine. Wenige Minuten später leitete er einen Sinkflug ein und brachte die Maschine von der Flughöhe von 24 000 Fuß (etwa 8000 Meter) auf zunächst 22 000 Fuß. Kurz darauf meldete er der Bodenstelle einen „Notabstieg" und verringerte die Flughöhe um weitere 10 000 Fuß. Er versuchte dann, auf einem der Flughäfen in der Nähe notzulanden. Kurz vor dem endgültigen Absturz ließ er sich noch die Position durchgeben: allem Anschein nach war er also bereits so vom Kurs abgekommen, daß er nicht mehr wußte, wo er sich befand. Kurz darauf verschwand die Boeing von den Radarschirmen.

Die Aufprallstelle befindet sich knapp unter dem Kamm eines Bergzuges von etwa 1650 Metern Höhe. Auf Grund der Manövrierschwierigkeiten hatte der Pilot es anscheinend nicht mehr geschafft, den Bergkamm zu überfliegen. Flugzeuge besitzen kein eigenes Radar, mit dem sie erkennen könnten, ob sie sich auf einem Kollisionskurs befinden. Allerdings werden sie von einem elektronischen System (Ground proximity warning system) gewarnt, wenn sie in Bodennähe kommen.

Wie ein Sprecher aus dem Bereich Flugsicherheit der Lufthansa auf Anfrage mitteilte, bleiben trotz dieser bisherigen Erkenntnisse noch viele Unklarheiten. So ist zum Beispiel unbekannt, warum das Flugzeug bei Ausfall des Seitenruders nicht mehr kontrolliert werden konnte. Es dient vor allem der seitlichen Stabilisierung und wird kaum zum Steuern eingesetzt, höchstens beim Landeanflug. Zur Veränderung der Neigung des Flugzeugs dienen die beiden beweglichen Stabilisatoren, die seitlich am Heck der Maschine angebracht sind. Mit den Höhenrudern, die in die Stabilisatoren eingebaut sind, werden dann kleine Höhenkorrekturen vorgenommen. Die Querruder, mit denen das Flugzeug in eine Kurve gelenkt wird, befinden sich dagegen an den Tragflächen.

Möglicherweise ist beim Abreißen des Seitenleitwerkes auch die Steuerung der Stabilisatoren beschädigt worden. Bei Flugzeugen wie der Boeing 747 handelt es sich dabei um mechanische Seilzüge (in dreifacher Ausführung), die – durch eine Hydraulik verstärkt – die Stabilisatoren und die Höhenruder bewegen. Nach Auskunft der Rettungsmannschaften wurden die Stabilisatoren an der Unglückstelle gefunden; sie sollen einen relativ unbeschädigten Eindruck gemacht haben. Gegen eine Beschädigung dieser Teile zu Beginn des Unglücks spricht auch die Tatsache, daß der Pilot noch einen Sinkflug von 5000 Metern durchführen konnte.

Auch der Druckabfall, der in der Kabine nach dem Aufreißen der Umhüllung aufgetreten war, kann den Absturz nicht direkt verursacht haben. Selbst wenn ein solcher Vorfall in großer Höhe eintritt, ist die Maschine noch immer flugfähig. Bei einem damit verbundenen Luftmangel hat jeder Passagier sowie die Besatzungsmitglieder Sauerstoffmasken zur Hand. Der Pilot leitet in diesem Fall sofort einen Sinkflug ein.

Die jetzt verunglückte Boeing war schon 1978 und 1982 bei Unglücken beschädigt worden. Die beschädigten Teile waren danach vollständig ausgetauscht worden.



Im Heckbereich der Boing 747 befindet sich das Seitenleitwerk mit dem Seitenruder, mit dem das Flugzeug in horizontaler Lage nach rechts oder links gedreht werden kann. Seitlich sind die sogenannten Stabilisatoren beweglich angebracht, mit denen der Sink- oder Steigflug eingeleitet wird. Die in die Stabilisatoren integrierten Höhenruder dienen zur Feinabstimmung.

„Jahrhundertfund" aus Keltengrab erstmals zu sehen

dpa, Stuttgart

Die von Fachleuten als „Jahrhundertfund" eingeschätzten archäologischen Ausgrabungen aus dem 1978 in Hochdorf in Baden Württemberg entdeckten Grab eines Keltenfürsten sind jetzt erstmals zu besichtigen. Gestern wurde im Württembergischen Kunstverein in Stuttgart die Sonderausstellung „Der Keltenfürst von Hochdorf" eröffnet (bis 13. Oktober). Das einzige mit Sicherheit unberührte derartige Grab in Europa und dessen prachtvolle Beigaben waren in mehr als sechsjähriger Arbeit vom Landesdenkmalamt und dem Württembergischen Landesmuseum geborgen und restauriert worden. Anhand von neun weiteren Grabungsstätten der vergangenen Jahre in Baden-Württemberg präsentiert die Schau zudem moderne Arbeitsmethoden der archäologischen Denkmalpflege. Das „Kronjuwel" unter den Beigaben des Grabmals aus der Hallstattzeit (etwa 700 bis 500 v. Chr.) ist die mit Eisenblech überzogene fahrbare Totenliege.

Ex-Präsident angeklagt

AP, Mainz

Der frühere Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, der 69jährige Werner Tyrell, und sein Kellermeister Helmut Burscheid müssen sich am kommenden Montag vor der 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Mainz wegen Vergehen gegen das Weingesetz verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, in der Zeit von 1971 bis 1983 insgesamt 106 506 Liter Wein der Prädikatsstufen Kabinett bis Beerenauslese mit Kristallzucker verfälscht zu haben. Das teilte die Geschäftsstelle des Landgerichts gestern mit.

Fehlen die Beweise?

F.N. Großbottwar

Die mit Spannung erwartete Pressekonferenz der „Sonderkommission Hammer", die im baden-württembergischen Großbottwar im Fall des dreifachen „Parkplatzmörders" und „Hammerräubers" ermittelt, wurde von gestern auf heute verschoben. Die Polizei teilte offiziell mit, daß die Blutuntersuchungen des festgenommenen Roman Gianoncelli noch nicht abgeschlossen seien. Informierte Kreise vermuten eher einen Beweisnotstand der Polizei.

Brücke schmolz

dpa, London

Nach einer Gasexplosion aus zunächst unbekannter Ursache ist gestern eine stählerne Straßenbrücke über den Albert-Kanal nördlich der ostbelgischen Industriestadt Lüttich geschmolzen. Bei dem Unglück wurde nach Angaben der Polizei niemand verletzt, weil sich weder Autos noch Fußgänger auf der Brücke befanden. Augenzeugen berichteten, aus der auf der Brücke verlegten dicken Gasleitung sei plötzlich eine Stichflamme geschossen.

Invasion der Fliegen

AFP, Venedig

Der „Marco-Polo"-Flughafen von Venedig muß bis zum 17. August wegen einer Invasion kleiner Fliegen gesperrt bleiben. Mehrere internationale Flüge, darunter auch einer nach Frankfurt, werden daher bis auf weiteres auf dem Flughafen Treviso bei Venedig abgefertigt.

Vor „ernstem Gespräch"

p.p. Bonn

Mit einem „ernsten Gespräch" soll der Wirbel beendet werden, den der Bundesanwalt Manfred Bruns durch sein öffentliches Bekenntnis zur Homosexualität ausgelöst hat. Inhalt wird die Frage sein, ob es „mit dem Amtsverständnis eines hohen Bundesanwalts vereinbar ist, Dinge aus seinem Intimbereich so in der Öffentlichkeit zu präsentieren", hieß es gestern im Bundesjustizministerium. Für disziplinarrechtliche Schritte sieht das Bundesjustizministerium keinen Anlaß.

Legionäre aßen vegetarisch

AFP, London

Die Kost der römischen Legionäre war größtenteils vegetarisch. Dies erklärte der schottische Botaniker James Dickson, der jahrelang den Boden an ehemaligen Aborten der Soldaten Julius Cäsars untersuchte.

Intelligenz ist Intelligenz

AP, Berlin

Eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der Akademischen Intelligenz des Theoretikers und der Praktischen Intelligenz des Praktikers haben Wissenschaftler der Freien Universität (FU) in Berlin in jahrelangen Forschungen festgestellt. Einem gestern veröffentlichten Universitätsbericht zufolge sind sich die Arten der Fähigkeit von „Theoretikern" und „Praktikern" sehr ähnlich.

ZU GUTER LETZT

„Vorsicht! Freilaufender Hund. Wenn Hund kommt, hinlegen und auf Hilfe warten. Wenn keine Hilfe kommt, viel Glück!" Es steht auf einer Hinweistafel am Eingang eines Einfamilienhausgrundstücks in Deinste, Kreis Stade.

„Astor" wird Luxusliner für Parteigenossen

hkl. Bonn

Während das vor Monaten an die „DDR" verkaufte TV-Traumschiff „Astor" (18 834 BRT) auf seiner letzten Kreuzfahrt unter westlicher Flagge Kurs auf die mittelnorwegische Küste hält, wurde in Ost-Berlin bekannt: Nach Übergabe und Umbau soll der Luxusliner auf den Namen „Arkona" umgetauft und Rostock der neue Heimathafen des „DDR"-Staatsschiffes werden; in den Sommermonaten soll das Schiff „verdienten" Partei- und FDGB-Mitgliedern als Urlaubsschiff zur Verfügung stehen, in der Wintersaison an ausländische Kreuzfahrt-Veranstalter verchartert werden und so mit westlichen Passagieren an Bord Devisen einfahren. Die „Arkona" soll das „DDR"-Fahrgastschiff „Völkerfreundschaft" (die Ex-„Stockholm", die mit dem italienischen Luxusliner „Andrea Doria" vor der US-Küste zusammenstieß) ersetzen.

Erst im Februar vergangenen Jahres hatte die südafrikanische Reederei South African Marine Corporation (Safmarin; Kapstadt) die im Februar 1984 in Hamburg gebaute „Astor" für 130 Millionen Mark von der stadteigenen Hamburger HADAG übernommen. Schon bald darauf sickerte durch, Safmarin habe den Luxusliner wieder verkauft; der neue Besitzer wurde wochenlang geheimgehalten.

Die „DDR" darf, wie der WELT bekannt wurde, weder den Namen „Astor" weiterführen, noch mit ihm werben, den Luxusliner auch nicht auf dem deutschen Chartermarkt anbieten.

Am Montag lief der elegante Luxusliner zum letzten mal von Cuxhaven zu einer Kreuzfahrt aus mit 430 Passagieren an Bord. Angelaufen werden – unter dem Kommando Kapitän Ivan Curries das Nordkap, Tromsö und Trondheim, der Geirangerfjord sowie Bergen.

Am 27. August wird die „Astor" wieder in Cuxhaven festmachen. Bereits einen Tag später erfolgt die Übergabe an die „DDR"-Staatsreederei (Deutsche Seereederei), die den Umbau in Hamburg vornehmen läßt. Im Kaufvertrag ist übrigens das gesamte Inventar einschließlich Besteck und Bademäntel enthalten.

Aids verbreitet in Amtsstuben Unruhe

Bundesländer reagieren auf die tödliche Seuche / Bisher 230 Opfer in Deutschland

dpa, Bonn

Die sich drastisch ausbreitende tödliche Krankheit Aids, eine erworbene Immunschwäche, hat die Behörden alarmiert. 95 Menschen sind bisher in der Bundesrepublik Deutschland an der noch immer unheilbaren Krankheit gestorben. 230 Menschen – darunter zwölf Frauen und zwei Kinder – leiden derzeit nach offiziellen Angaben an Aids. Es wird mit einer Verdoppelung der Zahl der Fälle etwa alle acht Monate gerechnet. Weitaus mehr Menschen sind mit dem Aids-Erreger infiziert, ohne an Krankheitssymptomen zu leiden. Sie können trotzdem bei sexuellen Kontakten den Partner anstecken. Die Dunkelziffer der Aids-Betroffenen ist sehr hoch. Zudem überschreitet die Krankheit längst den Kreis der bisherigen Risikogruppen wie Homosexuelle, Drogensüchtige und Empfänger von Bluttransfusionen. Vor allem die Bundesländer reagieren auf die rasche Ausbreitung der erst 1980 erstmals in New York registrierten Krankheit mit Merkblättern, Beratungen und kostenlosen Blutuntersuchungen zur Aufklärung und zum Schutz der Bevölkerung. Dies ergab eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

In Baden-Württemberg hat das Gesundheitsamt von Stuttgart seit fast einem Jahr ein „Aids-Telefon" eingerichtet. Drei Ärzte beraten hier täglich fünf bis zehn Anrufer. Jeder kann zudem kostenlos sein Blut auf diese Krankheit untersuchen lassen. 150 Menschen haben dies inzwischen wahrgenommen. Die Zahl nehme „rasant" zu. Nach den bisherigen Erkenntnissen seien 20 Prozent der Tests „positiv". Außerdem wurden 600 Prostituierte aus dem Stadtgebiet für einen freiwilligen Test konkret angesprochen. Ferner werden Informationsabende speziell für die Risikogruppen und Informationsblätter sowohl für die Bevölkerung als auch für die besonders gefährdeten Gruppen angeboten. Wie auch in den meisten anderen Bundesländern werden Blutspenden einem Aids-Test unterzogen.

In Rheinland-Pfalz beraten die Gesundheitsämter kostenlos über Aids. Das Gesundheitsamt Mainz bietet darüber hinaus für Risikogruppen landesweit zweimal wöchentlich einen telefonischen Beratungsdienst an. Im Auftrag von Ärzten und Gesundheitsämtern macht das Medizinaluntersuchungsamt in Koblenz anonym und kostenlos Bluttests. Ferner gibt das Land ein Informationsblatt zu Aids heraus. Im Gesundheitsministerium wurde eine Arbeitsgruppe „Aids" gebildet. In Bayern klärt das Innenministerium die Gesamtbevölkerung bislang nur in Pressemitteilungen auf. In München bietet das Gesundheitsamt bereits seit Oktober Gratisuntersuchungen und anonyme Beratung für die Risikogruppen an, auch für Prostituierte.

In Niedersachsen ist bei Gesundheitsämtern und Suchtberatungsstellen kostenlos das Faltblatt „Was man über Aids unbedingt wissen sollte" zu erhalten. Von den anonymen schon 1983 vom Land eingerichteten Beratungsmöglichkeiten in der Medizinischen Hochschule Hannover machen etwa 50 Menschen wöchentlich Gebrauch. In Hamburg läuft im Herbst eine neue Aufklärungskampagne mit einem „Aids-Telefon" und „unkonventionellen Werbemethoden" an.

Mit 84 Jahren starb Amerikas Hotel-Magnat

AFP, Washington

Der amerikanische Hotel-Magnat John Willard Marriott ist am Dienstag in seiner Sommervilla in New Hampshire im Alter von 84 Jahren gestorben. Der Sohn eines mittellosen Schafzüchters aus Utah, der sich zum Eigentümer einer der führenden internationalen Hotelketten hochverdiente, war als 27jähriger nach Washington verschlagen worden, wo er mit geborgtem Geld einen Imbißstand aufzog. Als das Geschäft florierte, rief er die Restaurantkette „Hot Shoppes" ins Leben. 1957 stieg Marriott ins Hotelgeschäft ein. Heute beschäftigt die Marriott Corp. weltweit in 125 Hotels 140 000 Angestellte. Letztes Jahr meldete sie einen Umsatz von 3,5 Milliarden Dollar an.

Obgleich er die Geschäftsleitung schon 1972 seinem Sohn J. Willard Marriott Jr. übertrug, blieb er bis zum Lebensende Verwaltungsratpräsident. Ein weiterer Sohn, Richard, ist Vizechef des Familienunternehmens. Marriott war eine führende Persönlichkeit der Mormonensekte und prominentes Mitglied der Republikanischen Partei. 1968 und 1972 war er der Vorsitzende von Präsident Richard Nixons „inaugural committee".

Seit langem wird auch über das erste Marriott-Hotel in Deutschland gemunkelt. Die Eröffnung war an sich für das kommende Jahr geplant gewesen.

Marriott machte nie einen Hehl aus seiner Abneigung gegen die Gewerkschaften; sie konnten in seinem Unternehmen nie so recht Fuß fassen.

Palme als Statist

Der schwedische Wahlkampf hat sich von lautstarken Reden in Wahllokalen auf die Bretter, die die Welt bedeuten, verlagert. Am Dienstagabend trat Ministerpräsident **Olof Palme** in einer Nebenrolle in George Feydeaus Komödie „Das Gespenterhotel" in Stockholms Reginatheater auf. Seine Rolle des Schutzmannes wird allabendlich von anderen Politikern gespielt. Erziehungsminister **Bengt Goransson** brillierte bereits als solcher. Jetzt hat der Oppositionsführer **Ulf Adelsohn** Interesse bekundet.

Johnson als Neptun

Einen neuen Rekord stellte ein 26jähriger Amerikaner auf, der den Ärmelkanal von Frankreich nach England am Dienstag in acht Stunden und 20 Minuten durchschwamm. Der Geologe **Peter Johnson** aus Texas startete am französischen Cap Gris Nez bei Calais und landete in Dover. In dieser Richtung ist die Kanaldurchquerung anstrengender, da

LEUTE HEUTE

die Strömungen ungünstiger sind. So hat 1978 die Amerikanerin **Penny Dean** von Dover nach Calais nur sieben Stunden und 40 Minuten gebraucht. Johnson hatte mit mehreren



anderen potentiellen Kanalschwimmern in den letzten Wochen in Dover gesessen und auf besseres Wetter gewartet. Als einziger entschloß er sich am Montag, nach Calais zu fahren und die Sache von dieser Seite her anzugehen, zu seinem Glück. Aufgeschoben, nicht aufgehoben hat dafür die Heidelbergerin **Ute Niemz** ihr Vorhaben, den Kanal als erste deutsche Frau zu durchschwimmen.

Hähnel als Heino

Eines Abends im Herbst 1981 stieg **Norbert Hähnel**, Konzertveranstalter und Leiter eines Kreuzberger Szenen-Schallplattengeschäftes, auf eine Bühne und mimte den blonden Bäckergesellen **Heinz-Georg Kramm**, Müttern und Töchtern besser bekannt als **Heino**. Zum Playback sang er dessen Schlager vor einem Berliner Punk-Publikum und gab an, der „wahre Heino" zu sein. Jetzt droht dem gebürtigen Westfalen eine halbe Million Schadenersatz, wenn er seine Persiflage nicht einstellt. Vor dem Bonner Landgericht läuft die Klage, er täusche die Fans des Original-Heino. Hähnel läßt es auf einen Prozeß ankommen: „Ich trete mit der Düsseldorfer Punk-Gruppe „Die toten Hosen" auf und das vor einem völlig anderen Publikum".

WETTER: Abkühlung

Wetterlage: Auf der Südseite eines Tiefs bei Schottland wird von Westen her die schwül-warme Subtropikluft von mäßig-warmer Meeresluft verdrängt.

Deutscher Wetterdienst 14. August 1985, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:

Im Westen anfangs gewittriger Regen. Übergang zu wechselnder Bewölkung und vereinzelt Schauer. Höchste Temperaturen 24 Grad. Nachts Abkühlung auf 14 bis 11 Grad. Schwacher Südwestwind. Im übrigen Bundesgebiet anfangs noch sonnig und Erwärmung auf 30 Grad. Später zum Teil kräftige Gewitter. Nachts zwischen 16 und 13 Grad. Schwacher Wind aus Süd bis Südwest

Weitere Aussichten:

Wechselnd bewölkt. Schauer, kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	27°	Kairo	31°
Bonn	27°	Kopenh.	19°
Dresden	28°	Las Palmas	23°
Essen	27°	London	19°
Frankfurt	26°	Madrid	24°
Hamburg	24°	Mailand	28°
List/Sylt	21°	Mallorca	28°
München	28°	Moskau	22°
Stuttgart	28°	Nizza	30°
Algier	29°	Oslo	16°
Amsterdam	25°	Paris	23°
Athen	33°	Prag	25°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	27°	Stockholm	21°
Budapest	30°	Tel Aviv	29°
Bukarest	30°	Tunis	28°
Helsinki	21°	Wien	28°
Istanbul	31°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* **am Freitag:** 6.09 Uhr, Untergang: 20.42 Uhr; **Mondaufgang:** 5.34 Uhr, Untergang: 21.18 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hoffnung auf das „Blaue Band" für die Briten sinkt

dpa, London

Der britische Katamaran „Virgin Atlantic Challenger", der den Geschwindigkeitsrekord über den Atlantik brechen will, hat Probleme. Die Organisatoren des Unternehmens teilten gestern in London mit, daß einer der beiden Motoren des „Flitzers" einige Zeit ausgesetzt habe, weil die Spritzufuhr verstopft war. Außerdem hat das Boot mehr als 300 Gallonen Treibstoff wegen eines Lecks verloren. Schließlich mußte es wegen schlechten Wetters die Geschwindigkeit drastisch senken. Das Boot, das dem Schallplattenmagnaten Richard Branson gehört, war am Montag früh in New York gestartet und sollte den von dem amerikanischen Luxusliner „United States" gehaltenen Rekord von drei Tagen, zehn Stunden und 40 Minuten unterbieten. Damit wollten die Briten das „Blaue Band", das seit 1952 in den USA ist, zurückholen. Nach der Überquerung von mehr als der Hälfte der Strecke, die insgesamt 4800 Kilometer lang ist, hat das Schiff keinen zeitlichen Vorsprung mehr vor der „United States".

In Berlin beginnt die Zukunftsmusik

F. DIEDERICHS, Berlin

Den weltweit größten Rummelplatz für die Süchtigen der Fernseh-, Video-, Computer- und HiFi-Branche wird am 29. August Bundeskanzler Helmut Kohl in Berlin eröffnen. Auf dem Messegelände unter dem Funkturm werden mehr als 300 Unternehmen aus Europa, Asien und Amerika jene Produkte vorstellen, die im Bereich der Unterhaltungselektronik die Zukunftsmusik spielen sollen. Die „Internationale Funkausstellung Berlin 1985", die im Zweijahresrhythmus Treffpunkt von rund 400 000 Besuchern aus der ganzen Welt, wird in diesem Jahr jedoch nur wenige sensationelle Neuheiten präsentieren. Unbestritten bleibt jedoch der Vorteil, sich auf keiner anderen vergleichbaren Veranstaltung so umfassend über das Gesamtangebot der Industrie informieren zu können.

Eine der wenigen Weltpremieren wird auf der Funkausstellung, die bis zum 8. September dauert, das sogenannte „Video-Programm-System" (VPS) feiern. ARD und ZDF beenden mit der Einführung dieses Systems ein dauerndes Ärgernis vieler Besitzer von Videorecordern. Bisher konnten vorprogrammierte Recorder nicht reagieren, wenn Filme mit Verspätung begannen und auch länger als vorgesehen liefen. Jetzt soll ein unhörbar und unsichtbar ausgesendetes Signal – ähnlich dem des Verkehrsfunks beim Autoradio – den Videorecorder nur dann ein- beziehungsweise ausschalten, wenn der gewünschte Film tatsächlich beginnt.

Zu den Neuheiten zählen auch Kabeltuner, mit denen ältere Videorecorder kabelfernsehtauglich gemacht werden und für jede Fernsehnorm der Welt, sei es PAL, SECAM Ost und West oder andere Systeme, empfänglich sind. Für einen solchen „Multistandard-Recorder" gibt es natürlich auch den dazu ausgerüsteten Fernsehapparat. Japanische Firmen werden vor allem ein neues 8-Millimeter-Videosystem vorstellen, dessen sehr dünnes Bandmaterial und raffinierte Elektronik mit einer Kassette auskommt, die kaum größer als die bekannte Audio-Compaktkasette ist.

Auch der „Marktrenner" der vergangenen zwei Jahre ist in Berlin mit großem Sortiment vertreten: Die nur bierdeckelgroßen „Compact-Discs", kurz CD genannt. Sie bieten mit einem Durchmesser von zwölf Zentimetern bis zu 70 Minuten Musik in bester HiFi-Stereo-Qualität und schmälern den Hörgenuß auch nicht durch mehrfaches Abspielen: Ein Laserstrahl tastet beim Abspielgerät die auf der Platte gespeicherten Informationen ab und sichern so dauerhaft guten Klang. Experten rechnen für 1985 weltweit mit einer Lieferleistung der insgesamt elf Hersteller von 65 Millionen Scheiben – keine Branchenneuheit hat so gut eingeschlagen wie die „Compact Disc".

ARD und ZDF produzieren an den zehn Messetagen 200 Sendestunden live. Private Anbieter wollen gleichzeitig einen Überblick über alle Möglichkeiten des Kabel- und Satellitenfernsehens geben. Nicht nur die Unterhaltungselektronik, auch das Hotelgewerbe Berlins verspricht sich volle Kassen. Die Berliner Hotels sind schon so gut wie ausgebucht, lediglich Privatquartiere kann das Verkehrsamt noch vermitteln. Sogar Ost-Berlin profitiert von dem Ansturm: Messebesucher, die im Westen kein Bett mehr finden, weichen in die Ost-Berliner First-Class-Hotels „Palast" und „Metropol" aus – für 250 Mark für ein Einzel- und 295 Mark für ein Doppelzimmer – in Westmark, versteht sich.

